

ED 718-15-1

Band 15: Verband der Kriegsdienstverweigerer:
Varia

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 7842/190	Best. ED 718
Rep. Braun	Kat.

95

22.11.54

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER e.V.
Köln, Wildungerstrasse 16, Ruf 63182

ED 748 - 15-2

Aufnahme-Erklärung

Ich stimme den Zielen der "Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V." zu und erkläre, dass ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, Wehrdienste zu leisten.

Ich bitte um Aufnahme in die "Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V."

Name: _____ Vorname: _____

Geburtstag: _____ Beruf: _____

Wohnort: _____ Strasse: _____

Eintritt: _____ Mitgliedsbeitrag: _____

Ich verpflichte mich, den Verein bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen und mich dafür einzusetzen, dass die Unabhängigkeit der Vereinigung von allen einseitig orientierten Interessengruppen, wie Kommunisten, ihren Tarnorganisationen u.ä., erhalten bleibt.

_____ den _____ (Unterschrift)



Herrn
Horst Mäurer
Frankfurt/Main
Bungstr. 47 II

Die Gruppe der Wehrdienstverweigerer soll ein Zweck- und Hilfsverband aller derer sein, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigern.

Gewissen kann nicht nur religiös verstanden werden. Es kommt auf die ehrliche Gewissensentscheidung an, nicht auf die Art der Gründe, die den Einzelnen zu seiner Entscheidung veranlassen, seien sie religiös, ethisch oder politisch bestimmt.

Wir wollen aus der Tatsache unserer Verweigerung keine besondere Ideologie entwickeln, kein Religions- oder Parteiprogramm aufstellen.

Unsere Mitglieder haben verschiedene Auffassungen über die Ursache der Kriege und über die Mittel zu ihrer Verhinderung. Unsere Entscheidung, den Wehrdienst zu verweigern, ist eines dieser Mittel, wenn auch nicht das einzige.

Die meisten von uns sind der Meinung, dass ausser der Wehrdienstverweigerung, die für sich allein auch schon eine positive Tat ist, mehr getan werden muss und tun dies Mehr in den entsprechenden Parteien, Verbänden und Gewerkschaften.

Unsere Gruppe selbst macht also bewusst nur diese eine Frage zu ihrem Anliegen. Sie will dadurch allen, die den Wehrdienst verweigern, die Möglichkeit zur gemeinsamen Arbeit und gemeinsamen Kampf geben, unbeschadet der religiösen, ethischen oder politischen Auffassung des einzelnen.

Wenn wir das Recht auf die freie Gewissensentscheidung des einzelnen verteidigen wollen, dürfen wir das Gewissen des einzelnen Verweigerers nicht dadurch vergewaltigen, dass wir ihn auf eine bestimmte Weltanschauung verpflichten.

Die Kriegsdienstverweigerung ist ein Recht.

Dieses Recht ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als ein Grundrecht des Menschen festgelegt. Wir werden um dieses Recht kämpfen, wenn versucht werden sollte, es zu brechen.

Wir verlangen keine Bevorzugung, sondern unser Recht. Daher können wir nicht zustimmen, wenn von uns verlangt werden sollte, statt des Wehrdienstes einen Arbeitsdienst zu leisten, so wenig wie jemand in Anspruchnahme der Pressefreiheit eine Sondersteuer zahlen muss.

Wir verweigern den Wehrdienst auch im Frieden, denn Militärdienst im Frieden ist genau so eine Vorbereitung für den Kriegsdienst wie die Anfertigung von Nachschlüsseln eine Vorbereitung für den Einbruchdiebstahl ist. Auf dem Kasernenhof wird im "Frieden" ebenso die Menschenwürde zertrampelt wie im Krieg.

Wir gehen an unsere Aufgabe nüchtern heran.

Wir wissen, dass sie ungeheuer schwer ist, dass mancher, der jetzt mitmacht, vielleicht anderer Auffassung wird unter dem Trommelfeuer der Regierungspropaganda und dem Druck der Wehrbezirkskommandos.

Bei diesem inneren und äusseren Kampf wollen wir uns gegenseitig helfen und unterstützen. Wir werden dazu kommen, Beratungsstellen in allen Gebieten der Bundesrepublik einzurichten, die mit Juristen besetzt sein werden, um so für den nötigen juristischen Schutz zu sorgen.

Je nach Entwicklung der Dinge werden wir darüber hinaus andere Formen der gegenseitigen Hilfe entwickeln müssen.

Vor allem kommt es jetzt darauf an, so viele Verweigerer zu sammeln wie nur möglich, und in allen Städten Zweiggruppen zu gründen. Viele, die den Wehrdienst zu verweigern bereit sind, wissen nicht, dass sie ein demokratisches Recht dazu haben. Viele andere wissen noch nicht von der Existenz unserer Gruppe.

Wir bemühen uns mit aller Kraft, das Grundrecht der Wehrdienstverweigerung in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und auf uns hinzuweisen.

Es hat in Deutschland einige Organisationen gegeben, die ein ähnliches Anliegen wie wir vertreten, und zum Teil gibt es sie noch. Entweder beschränkten sie sich selbst in ihrer Wirksamkeit dadurch, dass sie fast sektiererhaft eine "Weltanschauung des Kriegsdienstgegners" aufbauten, wodurch sie natürlich viele einfache und unverbildete Menschen von der Mitarbeit abschreckten, oder sie fielen der Wühlarbeit der "Freunde aus dem Osten zum Opfer. Beiden Gefahren werden wir begegnen. Der einen - siehe oben, der anderen durch Vorsicht und Klugheit. Das bringt zwar mit sich, dass wir bei der Gründung von Zweiggruppen etwas langsamer vorgehen, um zu verhindern, dass uns anderntags eine kommunistische Resolution aus dieser Hauptaufgabe ausschließt den Graus macht, den unsere Gegner wünschen.

Das hat nichts mit Bolschewikenfresserei zu tun, sondern mit einer realistischen Anschauung der Tatsachen: erstens meinen die Kommunisten eine Wehrdienstverweigerung nicht ehrlich, da sie drübdan die FDJL er mit Flinten schmücken, und zweitens haben sie und diejenigen, die mit ihrer Tyrannei flirteten, jede Resonanz in Deutschland mit Recht verloren.

Wir wollen weder Volkspolizist noch Bundessoldat sein.

Unsere Satzungen:

- § 1) Der Verein führt den Namen "Gruppe der Wehrdienstverweigerer".
Er hat seinen Sitz in Köln a.Rh. und ist in das Vereinsregister einzutragen.
Nach der Eintragung soll der Verein den Zusatz "e.V." führen.
- § 2) Zweck des Vereins. Die Gruppe will alle die sammeln, die den Wehrdienst aus sittlichen, weltanschaulichen oder religiösen Beweggründen verweigern. Sie wird sich dafür einsetzen, das Recht der Wehr- und Kriegsdienstverweigerung zu erhalten und auszugestalten. Die Gruppe wird ferner ihren Mitgliedern alle mögliche Hilfe zuteil werden lassen, falls diesen durch die Ausübung der Wehrdienstverweigerung Nachteile erwachsen sollten.
Die Gruppe ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet.
Sie ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.
- § 3) Mitgliedschaft Mitglieder können nur natürliche Personen sein. Der Verein kann Förderer aufnehmen, die einen Fördererbeitrag leisten ohne Mitglied zu sein. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Im Falle der Ablehnung entscheidet auf Grund schriftlichen Einspruchs des Abgelehnten ein Ausschuß aus fünf von der Mitgliederversammlung gewählten Mitgliedern endgültig.
Die Mitgliedschaft kann jederzeit schriftlich gekündigt werden.
- § 4) Rechte und Pflichten der Mitglieder. Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen, insbesondere an den Bestrebungen des Vereins und seiner Arbeit teilzunehmen, sowie die von der Mitgliederversammlung beschlossenen Beiträge zu leisten.
Die Beiträge und das Vermögen des Vereins dürfen nur zur Verwirklichung des Vereinszweckes verwendet werden. Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes, sowie bei einer Auflösung des Vereins findet ein Ersatz von geleisteten Beiträgen sowie eine Übertragung des Vereinsvermögens nicht statt.
- § 5) Organe des Vereins. Die Organe des Vereins sind:
a) der Vorstand
b) die Mitgliederversammlung.
Der Vorstand besteht aus mindestens drei Personen- dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Kassierer.
Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung jeweils auf zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Zur Vertretung des Vereins sind je zwei Vorstandsmitglieder in Gemeinschaft miteinander berechtigt.
Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
1. Entgegennahme des Vorstandsberichtes und Entlastung des Vorstandes.
2. Festsetzung des jährlichen Beitrages der Mitglieder.
3. Wahlen zum Vorstand nach Maßgabe dieser Satzung.
Sie wird vom Vorstand des Vereins mit einer Frist von 10 Tagen schriftlich einberufen. Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Ort und Zeit bestimmt der Vorstand. Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes vorschreiben. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Leiter der Versammlung zu unterzeichnen ist.
- § 6) Auflösung des Vereins. Über die Auflösung des Vereins beschließt die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen. Bei der Auflösung des Vereins oder bei der Entziehung der Rechtsfähigkeit wird das Vereinsvermögen Zwecken zugeführt, die im Sinne der Ziele der Gemeinschaft liegen.
Näheres bestimmt die Mitgliederversammlung.

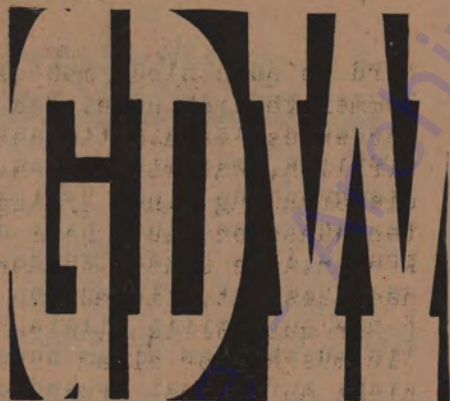
Köln, den 25. September 1953

Zusatz zu § 1) : Die Satzung wurde unter dem 4. Dezember 1953 in das Vereinsregister eingetragen. Der Verein führt den Zusatz "e.V."

Anschrift: Köln-Buchforst, Wildunger Str. 16, Telefon 63182
Postscheck-Konto Köln Nr. 6816

22. NOV. 1954

ED 718-15-4



Gruppe der
Wehrdienstverweigerer e. V.
Zentrale

INFORMATIONEN

Nr. 3

Wenn dieser Rundbrief endlich herausgeht, wird der Mitgliedsausweis Nr. 1000 ausgeschrieben worden sein. Wir sind uns darüber im Klaren, dass 1000 Leute ein hoffnungsloses Häuflein sind. Aber können Sie ermessen, was es bedeutet, in ca. 7 Monaten 1000 Mann zu sammeln (bei den ersten ist es ja immer am schwersten) und in 5 Städten Zweiggruppen aufzubauen? Schliesslich haben wir vom Vorstand und alle anderen Helfer auch einen Beruf; schliesslich hat der Tag nur 24 Stunden. Und schliesslich mangelt es vorne und hinten und überall an Geld.

Noch liegen rund 400 Anfragen in Köln, die überhaupt noch nicht beantwortet sind. Teilweise hat man uns schon zum zweiten Mal geschrieben und ist etwas verärgert über diese "müde Gesellschaft in Köln". Wir tun, was in unseren Kräften steht und manchmal auch mehr. Wir haben jetzt in der Wildungerstrasse einen arbeitslosen Angestellten sitzen, der uns stundenweise hilft. Mit rein ehrenamtlicher Arbeit

„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Art. 4, Abs. 3, Grundgesetz der Bundesrepublik

wird es auch nicht mehr lange gehen. Zu den rund 400 Anfragen kommen täglich neue. Das Problem muss gelöst werden. Und wir werden es lösen. Bitte, haben Sie noch etwas Geduld. Wir tun wirklich, was wir können. Noch liegen 10 Anträge in Köln, die die Gründung einer Zweiggruppe in den verschiedensten Städten wünschen. Auch hier dürfen wir sagen: Wir tun was wir können. Alle Städte werden der Reihe bezw. der Dringlichkeit nach besucht. Wir müssen die richtigen Organisatoren finden (Der gute Wille allein - "ich mache das schon - tut es nicht). Wir müssen vor allem zuverlässige Leute finden, damit wir nicht auf einmal irgendwo eine kommunistische Zweiggruppe haben. Einige Herren warten nur darauf, uns sowas nachsagen zu können. Trotzdem die Mitglieder in manchen Städten sehr ungeduldig sind, trotzdem müssen wir sagen: Es muss alles seine Ordnung haben. Es wäre der Anfang vom Ende, wenn wir wahllos aufnehmen und allerorten Gründungen (Vielleicht vom hiesigen Schreibtisch aus) vornehmen würden. Es wäre der Anfang vom Ende: Es gibt Beispiele dafür.

Je weiter die Städte von Köln entfernt liegen, desto unglücklicher waren sie natürlich dran. Das war eine Sache der Zweckmäßigkeit. Reisen, werben, Besuche, Versammlungen, alles das kostet Geld. So haben wir uns vorerst auf Köln und die nähere Umgebung beschränken müssen. Nun aber läuft die Sache hier. Wir werden künftig mehr Zeit für andere Dinge haben. Wir werden uns künftig mehr mit anderen Städten befassen können. Es wird vorwärts gehen.

Wenn Sie auch nicht gleich Antwort bekamen: Bitte schreiben Sie uns wieder. Ihre Anregungen und Vorschläge werden hier genau gelesen und diskutiert. Und wir brauchen sie, diese Anregungen. Auch sollen Sie ja ein Wort mitreden. Denn die "Gruppe" ist ja nicht für den Vorstand da, sondern wir - der Vorstand ist für die Gruppe da. Wir tun, was in unseren Kräften steht.

GdW-Informationen: Mitteilungsblatt der "Gruppe der Wehrdienstverweigerer e. V.", Köln-Buchforst, Wildungerstrasse 16 - Ruf 6 31 82 - Postscheckkonto Köln 68 16 - verantwortlich für den Inhalt: Hans-Hermann Köper, Köln-Buchforst - erscheint wenn Geld da ist.

KOMPANIE HERHÖREN!

Wenn auch bei uns ehrenamtlich gearbeitet wird, wenn wir auch keine Spesenritter haben, wenn auch bei uns kein Apparat und keine Vereinsbürokratie existiert, so kostet unsere Arbeit doch eine Menge Geld: Flugblätter, Briefbogen, Telefon, Karteikarten, das kleinste Teilchen kostet Geld. Die Bundesbahn befördert leider noch keine Wehrdienstverweigerer umsonst, die Post befördert unsere Briefe nicht gratis.

Niemand gibt uns Geld. Wir können nicht auf die Spenden der Grossindustrie rechnen, wir können kein Geld von den Parteien nehmen (wenn wir es bekämen). Uns bleiben nur die Mitgliedsbeiträge.

In den Orten, wo wir eine Zweiggruppe haben, kommt die regelmässige Kassierung nun in Gang. In Köln klappt es schon recht gut. Sorgen machen uns die vielen einzelnen Mitglieder, die weit verstreut irgendwo in Deutschland sitzen. An diese wenden wir uns: Denken Sie bitte daran, dass unsere Arbeit Geld kostet. Bitte denken Sie daran, dass es ohne Geld nicht geht. Füllen Sie bitte noch heute eine Zahlkarte aus und überweisen Sie Ihre rückständigen Beiträge auf das Postscheckkonto Köln 68 16. Dann: Kompanie wegtreten.

In der Presse haben sovieler objektive Berichte über das 188. Mittwochsgespräch ("Wollen die Zwanzigjährigen Soldat werden?") gestanden, daß wir uns weitere Worte sparen können. Was aber die Lüge anbetrifft, so hat neben der NRZ (Essen-Köln) die "Neue Deutsche Wochenschau" (Nr. 250) den Vogel abgeschossen. Nicht genug, daß dort neben einem "Nein"-Sager die beiden einziger "Ja"-Sager groß herausgestellt wurden. Hinter ihren Ausführungen, wie auch hinter den Worten von Herrn Guhr (Amt Blank), hat man Beifallszenen eingebaut. Bei dem "Nein"-Sager gibt es Tumult. Man kommt nicht aus dem Staunen heraus über die Möglichkeiten, die so ein Film-Atelier für Stimmungsmache bietet. Weiss doch jeder Beteiligte des Mittwoch-Gespraches, daß es mit Beifall und Tumult genau umgekehrt war. Ob Goebbels noch lebt? Dieser Streifen könnte von ihm stammen.

Presseschau



NRZ in Nr. 264 v. 11.11.54:

Die Gruppe, die heute bereits auch in anderen Städten Zweigstellen unterhält, räumt energisch mit der so beliebten Diffamierung auf, kommunistisch zu sein... Wie gesagt, die "Gruppe der Wehrdienstverweigerer" dehnt sich aus und hat auch die Unterstützung von Bundestagsabgeordneten vieler Parteien. Die "Verweigerer" werden jetzt ausserdem die Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit beantragen. Darüber muss die Landesregierung entscheiden."



Quick in Nr. 46 v. 14.11.54:

"1500 Diskussions-Teilnehmer waren im Wartesaal des Kölner Bahnhofs versammelt. Hunderte, die keinen Einlass fanden, hämmerten während der Diskussionen gegen die geschlossenen Türen. Zum Thema des Abends wurde wenig gesagt, denn eine wohlorganisierte Gruppe zwang die Diskussion immer wieder zu ihrer eigenen Parole zurück: Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer hat in Köln und Umgebung seine meisten Anhänger."



Wir bekommen nicht alle Zeitungen. Senden Sie uns bitte Ausschnitte.

Inst...

Gibt es Krieg?

fragt Elisabeth den Gefreiten Asch, als die beiden zusammen auf der Wiese liegen. „Ja“, sagt Asch, „die haben schon viel zuviel Geld in die Armee gesteckt.“ Klar — niemand gibt Geld umsonst aus.

In diesen Tagen,

in denen „Null-acht fuffzehn“ in den westdeutschen Kinos anläuft, in diesen Tagen, da dieser Satz tausendfach von der Leinwand tönt, beginnt man die neue deutsche Wehrmacht aufzustellen. Kostenpunkt:

40 000 000 000 DM

Uns kostet es außerdem zwei verlorene Josen Ausbildung in Totschießen und Robben. Uns kann es die Knochen nicht einmal gefragt werden

140 000

haben zeigt, dass der Flugblätter verteilt werden.—Es hat sich ge-
des Gesehenen stehend-für unser Flugblatt besonders an-
sprechbar ist. Er hat auch in den meisten Fällen noch die

Musse, den Zettel zu lesen. Hier ist also wirklich eine gute Werbemöglichkeit vorhanden. Flugzettel stehen in der Zentrale Köln auf Abruf bereit. Wo Zweiggruppen oder Vertrauensleute sind, wird das auf besonderer Wunsch auf dem Flugzettel (unter der Kölner Anschrift) vermerkt. Fordert Flugzettel an! (Aber bitte nicht 3 Wochen ins Nachtschränken legen!!)

Rund 30 000

dieser Flugblätter wurden in Köln, Frankfurt, Bremen, Dortmund, Wuppertal, Gelsenkirchen unters Volk gebracht. Sie klärten die Leute kurz über die „Gruppe“ auf und brachten uns eine Menge Zuschriften.

Diese Aktion wird fortgesetzt.

Der Film wird jetzt in den Vorstadtkinos anlaufen. Hier sollen nun ebenfalls nach der Vorstellung die

ED 718-15-6

Folgende Zeitungen berichteten in den letzten Wochen über die Gruppe:

Oberberg-Volkszeitung (5.10.) Neue Rhein-Zeitung (5.10.)
Kölner Stadtanzeiger (5.10.) Braunschweiger Zeitung (7.10.)
Süddeutsche Zeitung (9.10.) Westdeutsche Allg. Zeitung (14.10.)
Westfälische Rundschau (14.10.) Neue Ruhrzeitung (in Fort-
setz.) Neue Illustrierte (14.10.) Quick (14.10.) Aufwärts (14.10.)
Michael (14.10.) Bild (5.11.) General-Anzeiger Bonn (5.11.)
Welt der Arbeit (12.11.) Rheinischer Merkur (12.11.) u.a.m.

An einem Samstag- Nachmittag in KÖLN

Es überraschte sie mitten in ihrer Sorglosigkeit. Der Samstagnachmittag war gut gewählt.

Sie standen vor den Schaufenstern und stritten sich über Diors H-Linie. Sie saßen in den Cafés und wussten nicht, ob sie sich für Holländer Kirsch oder Linzer Torte

entscheiden sollten. Sie hingen ihren Blick in die Kinoplate und wunderten sich, wieso die Ziemann nicht so begnadet war wie die Lollobrigida. Sie schlenderten über die Ringstrassen und freuten sich, dass sie einen Nachmittag hatten, mit dem sie nichts anzufangen wussten. Und mitten in ihrer Sorglosigkeit überraschte sie es.

Als der Wagenkorso heran rollte, dachten sie zuerst an Reklame für einen neuen Film, an ein totsicheres Waschmittel oder ein extraweiches Klosettpapier. Dann aber blieben ihre Blicke kleben: "Kasernenhofdrill ist keine Erziehung" stand auf den Transparenten und: "Der Witz des Tages: "Frieden durch Kanonen!". Oft hiess es dann: "Aha, die Kommunisten mal wieder!" Aber dann kamen neue Wagen, neue Transparente: "Weder Bundessoldat noch Volkspolizist" Und "Nicht für Dollar, nicht für Rubel, fort mit dem Kasernentrubel"! Also keine Kommunisten. Komisch.

Rund 60 km rollte die Wagenkolonne, begleitet von papierbehelmteten Motorradfahrern, drei Stunden lang durch die City und Vororte von Köln und gab Anlass zu erregten Diskussionen: "Wenigstens ein paar, die das nicht widerspruchslos hinnehmen". Oder: "Swing-Heinis sind das. Man sollte sie..." Andere wieder: "Die Jungens haben recht, aber es nützt ihnen nichts. Wenn der Gestellungsbefehl kommt...." Woraufhin dann meistens der Hinweis auf Artikel 4 des Grundgesetzes kam: "Niemand kann gegen sein Gewissen" Erschreckend wieviele noch nichts davon gehört hatten.



Die grosse Masse aber-lächelte und nahm zur Kenntnis. Und ging weiter. Nicht ohne jedoch von Zeit zu Zeit den angenehmen Gedanken aus den Tiefen ihrer Gleichgültigkeit mit heimlicher Freude hervorzuholen wie einen gefundenen Zehnmarkschein, dass es also doch Leute gäbe, die offen sagten, dass sie nicht alles mit sich machen liessen". Wo die in Bonn uns doch überhaupt nicht gefragt hatten, ob wir überhaupt wollten". Irgendwie schien bei ihnen die neue Kenntnis von der "Gruppe der Wehrdienstverweigerer" eine gewisse Entspannung, eine Erlösung, eine Art "Gott-sei-Dank-Stimmung" auszulösen. Sie erzählten es auch alle weiter: "Hamse das heute nachmittag auf dem Ring gesehen?" Und sie sprachen darüber. Und in der Woche drauf fingen sie noch einmal an, davon zu reden. Als nämlich die Zeitungen mit ihren Bildern und Berichten über den Wagenkorso der "Gruppe der Wehrdienstverweigerer" herauskamen. Und manchmal schien es, als wenn sie mit einem leichten Anflug eines schlechten Gewissens davon sprächen. Weil ihnen nämlich einfiel, dass sie doch eigentlich genau so dachten wie die Jungen mit den Schildern auf den Autos und den Motorrollern. Und dass sie trotzdem noch nichts dagegen getan hatten, dass es jetzt schon wieder soweit war-Wehrmacht und Soldaten und Kasernen und Kanonen und alles. Doch, sie fingen schon an, sich Gedanken darüber zu machen und viele wurden sogar aktiv und schrieben Briefe: Wo denn eigentlich diese Wehrdienstverweigerer sassen und warum man nicht



mehr davon hörte. Und der Briefträger von Köln-Buchforst hatte schwer zu schleppen in den nächsten Tagen.

Die Autos und die Motorräder mit den frechen Schildern waren ihnen mitten in ihre Sorglosigkeit von Schaufenstern, Cafés, Kinoplakaten und Boulevardklatsch hineingefahren.

Es hatte sie mitten in ihrer Sorglosigkeit überrascht.

NACHRICHTEN NACHRICHTEN NACHRICHTEN NACHRI

Der Wagen-Korso der Kölner "Gruppe", der dort am 2.10. nachmittags durch die Stadt rollte, wurde in etwa 60 deutschen und einer Reihe von ausländischen Blättern besprochen. Viele Zeitungen brachten Fotos davon. Eine englische Wochenschau filmte.

X

Am 23.10. wurde in Dortmund eine Zweiggruppe gegründet. Die Versammlung war so gut besucht, dass wir 10 Minuten vor dem angesetzten Termin schnellstens ein grösseres Lokal suchen mussten. Die örtliche Presse berichtete später über die Gründung.

X

In Duisburg zeigten wir in 2 Vorstellungen den Film "Im Westen nichts Neues". Dabei trugen sich so viele Leute in die Interessentenliste ein, dass nunmehr die Gründung der Duisburger Zweiggruppe unmittelbar bevorsteht.

X

Technische Schwierigkeiten brachte am 13.10. auch unsere erste Versammlung in Gelsenkirchen mit sich, als wir uns unerwartet einer ca. 200 köpfigen Menge gegenüber sahen. Natürlich sind wir mit der Situation fertig geworden und konnten am 5.11. die Gelsenkirchener Zweiggruppe gründen. Anschrift: Helmut Bublitz, Gelsenkirchen, Overhofstrasse 76

X

Unsere jüngste Zweiggruppe ist in Wuppertal. Sie wählte am 9.11. ihren Arbeitsausschuss. Anschriften: H. Stemmer, W.-Langerfeld, Schwelmerstr. 62 und Manfred Hamm, W.-Cronenberg, Hackestrasse 3.

1. 12. 54

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER e.V.
Köln, Wildungerstrasse 16, Ruf 63182

Aufnahme-Erklärung

Ich stimme den Zielen der "Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V." zu und erkläre, dass ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, Wehrdienste zu leisten.

Ich bitte um Aufnahme in die "Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V."

Name: _____ Vorname: _____
Geburtstag: _____ Beruf: _____
Wohnort: _____ Strasse: _____
Eintritt: _____ Mitgliedsbeitrag: _____

Ich verpflichte mich, den Verein bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen und mich dafür einzusetzen, dass die Unabhängigkeit der Vereinigung von allen einseitig orientierten Interessengruppen, wie Kommunisten, ihren Tarnorganisationen u.ä. erhalten bleibt.

_____ den _____

(Unterschrift)

mtl. Beitrag 080 DM, freiwillig höher

ED 718 - 15 - 8

1. 12. 54 Köper
Doppel "Aufnahmeerklärung"



Herrn

Horst Maurer

Frankfurt a.M. NO 14

=====
Burgstr. 47 II

ED 718-15-9

1. 17



Soldaten - Ohne uns!

7. 1. 55 - - Versammlung Ffm

Zähne zusammenbeißen! Hart bleiben! Es ist alles halb so schlimm!



Lustig ED 718-15-11
ist das Soldatenleben



... wenn der Spieß das Spind aräumt

ED 718-15-12

und Du demnächst geschliffen wirst, bis — wie der bayrische Staatssekretär Guthsmuths so nett sagte: „bis die Fetzen fliegen“. Tatsächlich: Das ist sehr lustig, gemessen an dem was nachher kommt. Du wirst nicht nur gedrillt. Du lernst, wie Du jemand das Seitengewehr in den Bauch stößt (zwischen den Rippen klemmt es sich so leicht fest). Du lernst, wie Du jemand einen Kopfschuß verpaßt. Du lernst, wie Du am Bomben-Zielgerät in Sekunden 100 000 Frauen und Kinder morden kannst. Am Ende steht immer das Grauen. Am Ende steht das, was unser Foto hier zeigt. Am Ende steht immer der Tod.

Willst Du mitschuldig werden?

„Du sollst nicht töten“ sagen uns die Lehrer und Priester. „Außer im gerechten Krieg“ sagen die Politiker. Aber jeder unserer Kriege war bisher gerecht. Auch die Kriege unserer Gegner waren gerecht. Und jeder unserer Kriege wird gerecht sein. Gerecht? Wir — die wir nicht in den Regierungen sitzen — wußten es nicht. Wir werden es auch nie wissen. Wir wollen nicht mehr schuldig werden. Einmal muß Schluß sein:

WIR werden nicht Soldat

Das sagen wir und das werden wir halten, weil wir den Wehrdienst ablehnen, weil wir ihn nicht mit unserem Gewissen vereinbaren können. Wir töten keine Kinder mehr. Wir bringen keinen Menschen mehr um — nicht einen einzigen, denn

WIR werden nicht Soldat

Das sagen wir und das werden wir halten. Unsere Losung heißt: Weder Volkspolizist noch Bundesarmist! Und damit wir uns gegenseitig helfen können, wenn es ernst wird, haben wir uns zusammengeschlossen und sagen:

WIR werden nicht Soldat

Wir — das ist die „Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V.“. Ende 1953 wurde sie von einigen Gleichgesinnten in Köln gegründet. 24 Mann waren es. Zeitungen haben darüber berichtet, Zeitschriften und Illustrierte. Heute sind wir über 1000. Und täglich wächst die Zahl derer, die auch sagen:

WIR werden nicht Soldat

Du brauchst auch nicht Soldat zu werden. Das garantiert Dir Artikel 4, Abs. 3 des Grundgesetzes: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Dieses Recht wollen wir für uns in Anspruch nehmen. Dieses Recht wollen wir auch Dir erhalten. Dafür sind wir da, wir, die

Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V., Köln, Wildunger Str. 16



Willst Du das auf Dein Gewissen laden? Willst Du mitschuldig werden? Nein? Dann...



Dann bitte ...

schreibe an uns. Wir geben Dir jede gewünschte Auskunft. Wir helfen Dir durch juristischen Schutz und Beratung. Wir sind für Dich da.

Vielleicht hast Du auch keine Fragen mehr. Vielleicht ist für Dich die Ablehnung des Wehrdienstes auch längst Selbstverständlichkeit geworden. Dann trenne noch heute diese Seite ab und sende uns den Aufnahme-Antrag. Jeder kann zu uns kommen, jeder kann mitarbeiten — nur Kommunisten nicht. Wir sind an keine Religion, Partei oder Weltanschauung gebunden. Wir sind nur für Dich da.

Aufnahme-Antrag

Ich stimme den Zielen der „Gruppe der Wehrdienstverweigerer e. V.“ zu und kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, Wehrdienst zu leisten. Ich bitte um Aufnahme in die „Gruppe“. Ich bin bereit, einen monatlichen Beitrag gemäß meiner sozialen Lage, mindestens aber DM 0.80, zu zahlen.

Ich verpflichte mich, die „Gruppe“ bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und mich dafür einzusetzen, daß ihre Unabhängigkeit von allen einseitig orientierten Interessengruppen, vor allem den Kommunisten und ihren Tarnorganisationen, gewahrt bleibt.

Name, Vorname: _____

Beruf:
Geb.-Datum: _____

Anschrift: _____

Mitgliedsbeitrag: _____

Unterschrift: _____

Heute noch ausfüllen

ED 718-15-13

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER e.V.
Köln, Wildungerstrasse 16, Ruf 63182

Aufnahme-Erklärung

Ich stimme den Zielen der " Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V." zu und erkläre, dass ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, Wehrdienste zu leisten.

Ich bitte um Aufnahme in die " Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V."

Name: _____ Vorname: _____

Geburtstag: _____ Beruf: _____

Wohnort: _____ Strasse: _____

Eintritt: _____ Mitgliedsbeitrag: _____

Ich verpflichte mich, den Verein bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen und mich dafür einzusetzen, dass die Unabhängigkeit der Vereinigung von allen einseitig orientierten Interessengruppen, wie Kommunisten, ihren Tarnorganisationen u.ä., erhalten bleibt.

_____ den _____

_____ (Unterschrift)

Die "Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V."

Die Gruppe der Wehrdienstverweigerer soll ein Zweck- und Hilfsverband all davor sein, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigern.

Gewissen darf nicht nur religiös verstanden werden. Es kommt auf die ehrliche Gewissensentscheidung an, nicht auf die Art der Gründe, die den einzelnen zu seiner Entscheidung veranlassen, seien sie religiös, ethisch oder politisch bestimmt.

Wir wollen aus der Tatsache unserer Verweigerung keine besondere Ideologie entwickeln, kein Religions- oder Parteiprogramm aufstellen.

Unsere Mitglieder haben verschiedene Auffassungen über die Ursache der Kriege und über die Mittel zu ihrer Verhütung. Unsere Entscheidung, den Wehrdienst zu verweigern, ist eines dieser Mittel, wenn auch nicht das einzige. Die meisten von uns sind der Meinung, daß außer der Wehrdienstverweigerung mehr getan werden muß und tun dieses Mehr in den entsprechenden Parteien, Verbänden und Gewerkschaften.

Unsere Gruppe selbst macht also bewußt nur diese eine Frage zu ihrem Anliegen. Sie will dadurch allen, die den Wehrdienst verweigern, die Möglichkeit zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Kampf geben, unbeschadet der religiösen, ethischen oder politischen Auffassung des einzelnen.

Die Kriegsdienstverweigerung ist ein Recht. Dieses Recht ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als ein Grundrecht des Menschen festgelegt. Wir werden um dieses Recht kämpfen, wenn versucht werden sollte, es zu brechen.

Wir verlangen keine Bevorzugung, sondern unser Recht. Daher können wir nicht zustimmen, wenn von uns verlangt werden sollte, statt des Wehrdienstes einen Arbeitsdienst zu leisten, so wenig wie jemand eine Sondersteuer zahlen muß, wenn er das Grundrecht der Pressefreiheit in Anspruch nimmt.

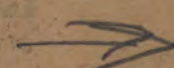
Wir verweigern den Wehrdienst auch im Frieden, denn Militärdienst im Frieden ist ebenso eine Vorbereitung für den Kriegsdienst wie die Anfertigung von Nachschlüsseln eine Vorbereitung für den Einbruchdiebstahl ist. Auf dem Kasernenhof wird im "Frieden" genau so die Menschenwürde zertrampelt wie im Krieg.

Kommunisten sind wir nicht. Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit stalinistischen Tarnorganisationen ab und werden uns vor Unterwanderungen zu schützen wissen. Das bringt zwar mit sich, daß wir bei der Gründung von Zweiggruppen etwas langsamer vorgehen, um zu verhindern, daß uns anderentags eine kommunistische Resolution aus dieser Gruppe auf den Tisch flattert und uns den Garaus macht, den unsere Gegner wünschen. Das hat nichts mit Bolschewikenfresserei zu tun, sondern mit einer realistischen Anschauung der Tatsachen: erstens meinen die Kommunisten eine Wehrdienstverweigerung nicht ehrlich, da sie drüben die FDJ-ler mit Flinten schmücken, und zweitens haben sie und diejenigen, die mit ihrer Tyrannei flirteten, jede Resonanz in Deutschland mit Recht verloren. Wir wollen weder Volkspolizist noch Bundessoldat sein.

Wir gehen an unsere Aufgabe nüchtern heran. Wir wissen, daß sie ungeheuer schwer ist, daß mancher, der jetzt mitmacht, vielleicht anderer Auffassung wird unter dem Trommelfeuer der Regierungspropaganda und dem Druck der Wehrbezirkskommandos. Bei diesem inneren und äußeren Kampf wollen wir uns gegenseitig helfen und unterstützen. Wir werden dazu kommen, Beratungsstellen in allen Gebieten der Bundesrepublik einzurichten, die mit Juristen besetzt sein werden, um so für den nötigen juristischen Schutz zu sorgen. Je nach der Entwicklung der Dinge werden wir darüber hinaus andere Formen der gegenseitigen Hilfe entwickeln müssen.

Vor allem kommt es jetzt darauf an, so viele Verweigerer zu sammeln wie nur möglich, und in allen Städten Zweiggruppen zu gründen. Viele, die den Wehrdienst zu verweigern bereit sind, wissen nicht, daß sie ein demokratisches Recht dazu haben. Viele andere wissen noch nicht von der Existenz unserer "Gruppe". Wir bemühen uns mit aller Kraft, das Grundrecht der Wehrdienstverweigerung in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und auf uns hinzuweisen.

Wir sind entschlossen, uns durchzusetzen und werden zeigen, daß das Zeitalter des Untertanengeistes zu Ende geht. Je größer unsere Zahl ist, desto stärker werden wir in den entscheidenden Augenblicken sein. Darum kommt jeder zu uns, der wie wir entschlossen ist, den Wehrdienst zu verweigern.



Unsere Satzung

- § 1) Der Verein führt den Namen "Gruppe der Wehrdienstverweigerer". Er hat seinen Sitz in Köln a.Rh. und ist in das Vereinsregister einzutragen. Nach der Eintragung soll der Verein den Zusatz "e.V." führen.
- § 2) Zweck des Vereins. Die Gruppe will alle die sammeln, die den Wehrdienst aus sittlichen, weltanschaulichen oder religiösen Beweggründen verweigern. Sie wird sich dafür einsetzen, das Recht der Wehr- und Kriegsdienstverweigerung zu erhalten und auszugestalten. Die Gruppe wird ferner ihren Mitgliedern alle mögliche Hilfe zuteil werden lassen, falls diesen durch die Ausübung der Wehrdienstverweigerung Nachteile erwachsen sollten. Die Gruppe ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Sie ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.
- § 3) Mitgliedschaft. Mitglieder können nur natürliche Personen sein. Der Verein kann Förderer aufnehmen, die einen Fördererbeitrag leisten ohne Mitglied zu sein. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Im Falle der Ablehnung entscheidet auf Grund schriftlichen Einspruchs des Abgelehnten ein Ausschuß aus fünf von der Mitgliederversammlung gewählten Mitgliedern endgültig. Die Mitgliedschaft kann jederzeit schriftlich gekündigt werden.
- § 4) Rechte und Pflichten der Mitglieder. Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen, insbesondere an den Bestrebungen des Vereins und seiner Arbeit teilzunehmen, sowie die von der Mitgliederversammlung beschlossenen Beiträge zu leisten. Die Beiträge und das Vermögen des Vereins dürfen nur zur Verwirklichung des Vereinszweckes verwendet werden. Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes, sowie bei einer Auflösung des Vereins findet ein Ersatz von geleisteten Beiträgen sowie eine Übertragung des Vereinsvermögens nicht statt.
- § 5) Organe des Vereins. Die Organe des Vereins sind:
a) der Vorstand
b) die Mitgliederversammlung.
Der Vorstand besteht aus mindestens drei Personen - dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Kassierer.
Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung jeweils auf zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Zur Vertretung des Vereins sind je zwei Vorstandsmitglieder in Gemeinschaft miteinander berechtigt.
Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
1. Entgegennahme des Vorstandsberichtes und Entlastung des Vorstandes.
2. Festsetzung des jährlichen Beitrages der Mitglieder.
3. Wahlen zum Vorstand nach Maßgabe dieser Satzung.
Sie wird vom Vorstand des Vereins mit einer Frist von 10 Tagen schriftlich einberufen. Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Ort und Zeit bestimmt der Vorstand. Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes vorschreiben. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Leiter der Versammlung zu unterzeichnen ist.
- § 6) Auflösung des Vereins. Über die Auflösung des Vereins beschließt die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen. Bei der Auflösung des Vereins oder bei der Entziehung der Rechtsfähigkeit wird das Vereinsvermögen Zwecken zugeführt, die im Sinne der Ziele der Gemeinschaft liegen. Näheres bestimmt die Mitgliederversammlung.

Köln, den 25. September 1953

Zusatz zu § 1): Die Satzung wurde unter dem 4. Dezember 1953 in das Vereinsregister eingetragen. Der Verein führt den Zusatz "e.V.".

Anschrift: Köln-Buchforst, Wildunger Str. 16, Telefon 63182
Postscheck-Konto Köln Nr. 6816

Duisburger
Waldunger Str. 16
Tel. 63182

Köln , im Januar 1956

Liebes Mitglied !

Sicher haben Sie auch schon darüber geklagt , daß Sie so verhältnismäßig wenig von uns hören , obwohl gerade die Einzelmitglieder , die nicht in einer Gruppe mitarbeiten können , zu unsern treuesten Beitragszahlern gehören.

Wir freuen uns nun , Ihnen mitteilen zu können , daß unser bisher unregelmäßig erscheinendes Informationsblättchen ab 1. April 56 monatlich gedruckt und bald in größerem Umfang herauskommen wird.

Die Bezugsgebühr, die von der Post vierteljährlich eingezogen wird , tritt auf Beschluß unserer Duisburger Bundeskonferenz an die Stelle des Beitrags. Näheres finden Sie im Januar- Informationsblatt.

Im Februar erscheint bereits eine erste gedruckte Nummer , die noch auf die bisherige Weise versandt wird. Wir bitten die wenigen säumigen Beitragszahler Ihren Beitrag nach Möglichkeit bis 1.4.56 per Zahlkarte auf unser Postscheckkonto Köln 6816 einzusenden.

Bitte denken Sie daran, daß unsere gesamte Arbeit, die von unsern Mitarbeitern und Freunden ausschließlich ehrenamtlich geleistet wird , nur durch unsere Mitglieder finanziert werden kann im Gegensatz zu den vielen Aufrüstungs - und KP- Organisationen , deren einzige Unabhängigkeit in der Unabhängigkeit vom Beitrag ihrer Mitglieder besteht.

Wir wären Ihnen dankbar , wenn Sie den anhängenden Bestellschein ausfüllen und dadurch noch einmal Ihre Bereitwilligkeit bestätigen würden , diesen Beitrag für unsere Sache zu leisten , zu dem Sie sich bereits durch Ihre Aufnahmeerklärung verpflichteten.

Mit freundlichen Grüßen und
den besten Wünschen für ein erfolgreiches
Neues Jahr

Hans Hermann Köper

B E S T E L L S C H E I N

Ich bestelle hiermit _____ Exemplar(e) der monatlich erscheinenden

" G d W - Informationen "

zum Preise von v i e r t e l j ä h r l i c h DM 2.70 zuzüglich 9 Pfg.

Postzustellgebühr. (Bitte deutlich ausfüllen)

Name : _____ Vorname : _____

Wohnort : _____ Strasse : _____

Zustellpostamt : _____

Datum : _____ Unterschrift : _____

(ALS Drucksache - 7 Pfg. - einsenden)

ED 748-15-16

~~GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER e.V.~~

Köln - Buchforst
Wildunger Str.16
Tel.63182

Köln , im Januar 1956

Liebes Mitglied !

Sicher haben Sie auch schon darüber geklagt , daß Sie so verhältnismäßig wenig von uns hören , obwohl gerade die Einzelmitglieder , die nicht in einer Gruppe mitarbeiten können , zu unsern treuesten Beitragszahlern gehören.

Wir freuen uns nun , Ihnen mitteilen zu können , daß unser bisher unregelmäßig erscheinendes Informationsblättchen ab 1.April 56 monatlich gedruckt und bald in größerem Umfang herauskommen wird.

Die Bezugsgebühr, die von der Post vierteljährlich eingezogen wird , tritt auf Beschluß unserer Duisburger Bundeskonferenz an die Stelle des Beitrags.Näheres finden Sie im Januar-Informationsblatt.

Im Februar erscheint bereits eine erste gedruckte Nummer , die noch auf die bisherige Weise versandt wird.Wir bitten die wonigen säumigen Beitragszahler Ihren Beitrag nach Möglichkeit bis 1.4.56 per Zahlkarte auf unser Postscheckkonto Köln 6816 einzusenden.

Bitte denken Sie daran,daß unsere gesamte Arbeit, die von unsern Mitarbeitern und Freunden ausschließlich ehrenamtlich geleistet wird , nur durch unsere Mitglieder finanziert werden kann im Gegensatz zu den vielen Aufrüstungs - und KP-Organisationen , deren einzige Unabhängigkeit in der Unabhängigkeit vom Beitrag ihrer Mitglieder besteht.

Wir wären Ihnen dankbar , wenn Sie den anhängenden Bestellschein ausfüllen und dadurch noch einmal Ihre Bereitwilligkeit bestätigen würden , diesen Beitrag für unsere Sache zu leisten , zu dem Sie sich bereits durch Ihre Aufnahmeerklärung verpflichteten.

Mit freundlichen Grüßen und
den besten Wünschen für ein erfolgreiches
reiches Neues Jahr

Hans Hermann Köper

Köln , im Januar 1956

Liebes Mitglied !

Sicher haben Sie auch schon darüber geklagt , daß Sie so verhältnismäßig wenig von uns hören , obwohl gerade die Einzelmitglieder , die nicht in einer Gruppe mitarbeiten können , zu unsern treuesten Beitragszahlern gehören.

Wir freuen uns nun , Ihnen mitteilen zu können , daß unser bisher unregelmäßig erscheinendes Informationsblättchen ab 1. April 56 monatlich gedruckt und bald in größerem Umfang herauskommen wird.

Die Bezugsgebühr, die von der Post vierteljährlich eingezogen wird , tritt auf Beschluß unserer Duisburger Bundeskonferenz an die Stelle des Beitrags. Näheres finden Sie im Januar-Informationsblatt.

Im Februar erscheint bereits eine erste gedruckte Nummer , die noch auf die bisherige Weise versandt wird. Wir bitten die wenigen säumigen Beitragszahler Ihren Beitrag nach Möglichkeit bis 1.4.56 per Zahlkarte auf unser Postscheckkonto Köln 6816 einzusenden.

Bitte denken Sie daran, daß unsere gesamte Arbeit, die von unsern Mitarbeitern und Freunden ausschließlich ehrenamtlich geleistet wird , nur durch unsere Mitglieder finanziert werden kann im Gegensatz zu den vielen Aufrüstungs - und KP-Organisationen , deren einzige Unabhängigkeit in der Unabhängigkeit vom Beitrag ihrer Mitglieder besteht.

Wir wären Ihnen dankbar , wenn Sie den anhängenden Bestellschein ausfüllen und dadurch noch einmal Ihre Bereitwilligkeit bestätigen würden , diesen Beitrag für unsere Sache zu leisten , zu dem Sie sich bereits durch Ihre Aufnahmeerklärung verpflichteten.

Mit freundlichen Grüßen und
den besten Wünschen für ein erfolgreiches
Neues Jahr

Hans Hermann Köper

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle hiermit _____ Exemplar(e) der monatlich erscheinenden

" G d W - Informationen "

zum Preise von v i e r t e l j ä h r l i c h DM 2,70 zuzüglich 9 Pfg.

Postzustellgebühr. (Bitte deutlich ausfüllen)

Name : _____ Vorname : _____

Wohnort : _____ Strasse : _____

Zustellpostamt : _____

Datum : _____ Unterschrift : _____

(ALS Drucksache - 7 Pfg. - einsenden)

27-1-56

ED 718-15-18

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER e.V.

Zentrale
Köln - Buchforst
Wildunger Str.16
Tel.63182

Köln , den 25.1.56

Liebe Freunde !

Es hat zwar lange gedauert , nun aber ist es soweit : In der kommen-
den Woche wollen wir versuchen , die Frankfurter Gruppe neu zu beleben.
Es wird auch höchste Zeit , denn die Generale im Amt Blank schlafen
nicht.
Wir laden Sie alle recht herzlich ein , zu unserer Zusammenkunft zu
kommen, die am

Freitag , den 3.Februar 1956
um 19 Uhr im DGB-Jugendheim
"Johann Sassenbach" in Frank-
furt , Untermainkai 66

stattfindet.

Unser 1.Vors.,Hans Hermann Köper , Köln wird über unsere Arbeit , Auf-
gaben und Pläne berichten.
Dem beiliegenden Informationsblatt werden Sie entnehmen können, daß wir
nicht untätig geblieben sind.
Wir würden uns freuen , wenn wir trotz der langen Pause alle Mitglieder
begrüßen könnten.

Mit freundlichen Grüßen !

GdW - Bundesvorstand

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER e.V.

Köln - Buchforst
Wildunger Str.16
Tel.63182

Köln , im Januar 1956

Liebes Mitglied !

Sicher haben Sie auch schon darüber geklagt , daß Sie so verhältnismäßig wenig von uns hören , obwohl gerade die Einzelmitglieder , die nicht in einer Gruppe mitarbeiten können , zu unsern treuesten Beitragszahlern gehören.

Wir freuen uns nun , Ihnen mitteilen zu können , daß unser bisher unregelmäßig erscheinendes Informationsblättchen ab 1.April 56 monatlich gedruckt und bald in größerem Umfang herauskommen wird.

Die Bezugsgebühr, die von der Post vierteljährlich eingezogen wird , tritt auf Beschluß unserer Duisburger Bundeskonferenz an die Stelle des Beitrags.Näheres finden Sie im Januar-Informationsblatt.

Im Februar erscheint bereits eine erste gedruckte Nummer , die noch auf die bisherige Weise versandt wird.Wir bitten die wenigen säumigen Beitragszahler Ihren Beitrag nach Möglichkeit bis 1.4.56 per Zahlkarte auf unser Postscheckkonto Köln 6816 einzusenden.

Bitte denken Sie daran,daß unsere gesamte Arbeit, die von unsern Mitarbeitern und Freunden ausschließlich ehrenamtlich geleistet wird , nur durch unsere Mitglieder finanziert werden kann im Gegensatz zu den vielen Aufrüstungs - und KP-Organisationen , deren einzige Unabhängigkeit in der Unabhängigkeit vom Beitrag ihrer Mitglieder besteht.

Wir wären Ihnen dankbar , wenn Sie den anhängenden Bestellschein ausfüllen und dadurch noch einmal Ihre Bereitwilligkeit bestätigen würden , diesen Beitrag für unsere Sache zu leisten , zu dem Sie sich bereits durch Ihre Aufnahmeerklärung verpflichteten.

f "Informationen" ohne
(27.1.56) #

Mit freundlichen Grüßen und
den besten Wünschen für ein erfolgreiches Neues Jahr

Hans Hermann Köper

B E S T E L L S C H E I N

Ich bestelle hiermit _____ Exemplar(e) der monatlich erscheinenden
" G d W - Informationen "
zum Preise von v i e r t e l j ä h r l i c h DM 2.70 zuzüglich 9 Pfg.
Postzustellgebühr. (Bitte deutlich ausfüllen)

Name : _____ Vorname : _____

Wohnort : _____ Strasse : _____

Zustellpostamt : _____

Datum : _____ Unterschrift : _____

(ALS Drucksache - 7 Pfg. - einsenden)

27-1-56

Herrn
Horst Maurer

ED 718-15-20



Frankfurt a./Main

Burgstrasse 47 II

Die Jugend muß wieder zu Arbeit und Opfer . . .

. . . bis die Fetzen fliegen.

. . . ist in den letzten Jahren zu Feigheit und Lascheit . . .

utorität, Einordnung und Gefolgschaft, Disziplin, Zucht und Mannesmut müssen wieder . . .

ED 718-15-21

Dies ist die eine Seite

. . . die weichlichen Jahre nach dem Kriege . . .

Das soldatische Ethos hat zu allen Zeiten . . .

. . . die abendländischen Werte der Freiheit sind . . .

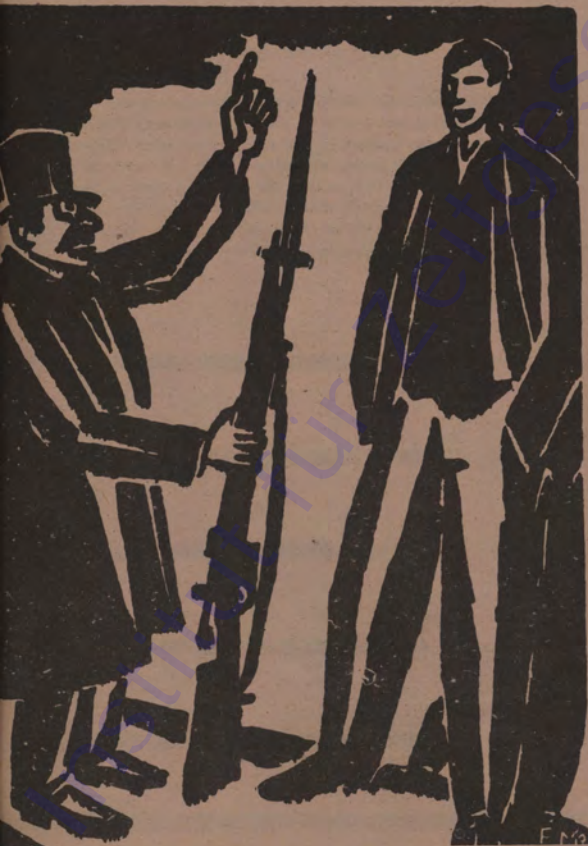
. . . bis es wieder der Stolz

eines jeden jungen Deutschen ist,

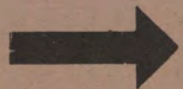
auf dem Felde der Ehre

mit dem Wort Deutschland

auf den Lippen . . .



**und das
die andere**



Wir wollen nicht schuldig werden



„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“
Grundgesetz Artikel 4, Abs. 3

Du brauchst nicht Soldat zu werden. Deshalb halten wir alle zusammen, um uns gegenseitig zu helfen und zu stützen. Wir werden juristische Beratungsstellen einrichten und Dich ggf. vertreten, wenn Du vor ein Gericht gefordert wirst. Wir halten zusammen unter der Lösung: Weder Volkspolizist noch Bundesarmist!

Ebenso konsequent lehnen wir „Ersatzdienst“ ab. Wofür Ersatz? Wir fordern keine Bevorzugung, sondern nur ein verbrieftes Grundrecht. Jeder von uns ist bereit, weiterhin friedliche Arbeit zu leisten. Was will man mehr von uns? Wir unterstützen auch nicht indirekt militärische Anstrengungen, wodurch andere Menschen umgebracht werden.

Wenn Du uns zustimmst, dann komme zu uns. Wir sind für Dich da, und wir brauchen auch Dich. Doch sei Dir klar über Deinen Schritt.

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER E. V.
Köln, Wildunger Str. 16

Du sollst nicht töten — nicht mit der Keule, nicht mit dem MG und auch nicht mit Flammenwerfern, Atomgranaten oder Bomben. Wir machen Ernst mit unseren Grundsätzen und glauben nicht an „gerechte Kriege“. Vernunft und Erfahrung sagen uns, daß jede Aufrüstung verderblich ist. Auch in der Weihnachtsbotschaft des Papstes heißt es: Der Krieg ist keine erlaubte Form des politischen Handelns!

Es ist durch Militär so viel gemordet und geschändet worden, daß Millionenzahlen darüber das Elend nicht mehr beschreiben können. Ehrliche, zivile Arbeit gibt mehr Gelegenheit zu Mut und Pflichterfüllung als „soldatisches Heldentum“.

Wir machen nicht mehr mit. Das Grundgesetz gestattet uns, nicht mehr mitzumachen. Wer dieses Grundrecht antastet, fordert Widerstand heraus.

Aufnahme-Antrag

Ich stimme den Zielen der Gruppe der Wehrdienstverweigerer e. V. zu und kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, Wehrdienst zu leisten. Ich bitte um Aufnahme. Ich bin bereit, einen monatlichen Beitrag gemäß meiner sozialen Lage, mindestens aber DM 0,80 zu zahlen. Ich verpflichte mich, die Gruppe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und mich dafür einzusetzen, daß ihre Unabhängigkeit von allen einseitig orientierten Interessengruppen, vor allem den Kommunisten und ihren Tarnorganisationen, gewahrt bleibt.

Name, Vorname: _____

Beruf:
Geb.-Datum: _____

Anschrift: _____

Mitgliedsbeitrag: _____

Unterschrift: _____

Zur Diskussion über mögliche Formen des antifaschistischen Kampfes

Dies soll ein Ausgangspunkt für die Diskussion sein. Ich stelle daher nur subjektive Erfahrungen von zwei Veranstaltungen zusammen.

Das Europatreffen von Antifaschisten Juni 68 in München hat die natürlichen Grenzen einer Honoratorenveranstaltung deutlich gezeigt. Eine respektable Unterschriftenliste erzeugt keine politische Bewegung, brin nicht einmal genügend Leute auf einen mittelgrossen Kundgebungsplatz. Wenn antifaschistische Grossveranstaltungen irgendeinen Demonstrationswert - ausser dem der eigenen Schwäche - haben sollen, muss ihnen ein Stück echter Bewegung zu diesem Thema vorausgehen. Die Notstandsbewegung war und ist (was ihre Reste angeht) nicht ohne weiteres in eine antifaschistische Kampagne umzutauften. Dazu müssen die potentiell aktiven Antifaschisten - deren Reservoir durchaus in der ganzen Breite der Antinotstandsbeuung liegt - die Tragweite des Problems des heutigen Faschismus erst kennenlernen.

Nötig wäre also: ein Aufklärungsprozess innerhalb der APO über die imperialistische Regierungspolitik und deren Tradition, über die Verflechtung der "Rechtsradikalen" mit den offiziellen Parteien, über den Zusammenhang von Faschismus und Gesellschaftssystem, über die faschistische Tradition in Bildungsgut, in der Erziehung, in Meinungsklassenges, gerade der monopolistischen Presse. Zu einzelnen Themen haben schon Fachleute qualifiziert: Kühnl, Engelmann, Hirsch. Gleichzeitig könnten einzelne Aktionen durchgeführt werden, die nicht viel Kräfte erfordern, aber hohen Demonstrationswert haben.

Aktionen, die auf die Bekanntmachung einzelner, in hohen staatlichen oder wirtschaftlichen Stellen befindlichen Faschisten zielen, oder die sich gegen Feierstunden (Deutschlandstiftung) oder gegen Manifestationen richten (z.B. SDS-Bonn beim Vertriebenenentreffen). Auch die Wiederaufnahme der Verjüngungsdebatte und in Zusammenhang damit Nazi-prozesse bieten Anlässe zu kleinen, wirksamen Aktionen.

Es fördert den Effekt der Demonstrationen, wenn dabei provokative Methoden angewandt werden:

1. weil sie in der Tendenz werden veranlassen, ein aktiver Demonstrant (Zwischenrufer, Plakatzeiger o.ä.) zu werden, wodurch die vorläufig nicht grosse Zahl der Demonstranten überspielt wird.
2. weil ein provokatives Auftreten die Rechten meistens zu einer Selbstenttarnung mittels Hetzreden und physischer Gewalt bringt.
3. weil beides zusammen auch einer kleinen Aktion das Interesse der Öffentlichkeit bringt.

Solche mit einigem Engagement und halbwegs breit publizierte Aktionen könnten der Anfang sein, dass Leute, die vorübergehend an der Notstandsbewegung teilnahmen - oder solche, die bisher nur passiv interessiert waren - sich an oppositionellen Aktionen beteiligen. Dass die an der APO Tätigen und die Sympathisierenden die Träger dieser Aktionen sein sollten, ist keine Frage der Zusammenarbeit von Organisationen. (Realistisch hierbei ist leider auch die Unterscheidung zwischen Beteiligung der Gewerkschaft und von Gewerkschaftlern).

Es sollten sich wie beim Besuch der NPD-Versammlung im Bürgerbräukell im November 68 Einzelpersonen zusammenschliessen. Gut wäre aber, wenn die Erfahrungen der Studentenbewegung, speziell ihre Aktionsformen, bei solchen Aktionen zum Tragen kämen. Studenten müssten sich an solchen Aktionen beispielgebend beteiligen oder eigene beispielhafte Aktionen durchführen. Möglich, dass an der Uni eine gewisse Massenbasis für solche Aktionen besteht.

Ziel von Veranstaltungen - go - ins sollte sein, die Versammlung anzufunktieren in ein teach-in über Faschismus. Daraus ergibt sich eine in der Hauptsache gewaltlose Taktik, die die lautstarke Forderung nach Diskussion und die Denunzierung der von den "Ordnern" angewandten Gewalt als ihre Hauptpunkte erkennt.

Man muss prüfen, in welcher Weise man an Diskussionsveranstaltungen der Rechten teilnimmt. Grundsätzlich sollte man sich nicht auf's Podium einladen lassen, dafür aber möglichst zahlreich aus dem Publikum diskutieren, prinzipiell und mit provozierenden Argumenten (nie mehr als "inman ent"). Auch hierbei sollten wir die Diskussionen so laut das Wort verlangen, gegen Manipulationen protestieren, evtl. Sammlungsleiter absetzen ... usw.

Nach meinem Eindruck von der Pohlmannkumgebung steht für die NPD gegenwärtig die Pflege ihres staatstragenden Image im Vordergrund, danach erst kommt die national-scheinoppositionelle Argumentation. Wir sollten zwar auch eine vernünftige nationale Argumentation entwickeln, aber das Gewicht unserer Argumente zunächst auch auf den "Ordnungsfaktor NPD" legen.

Mögliche Argumentation: Aller Neofaschismus in BRD ist gegen den Neubeginn nach 45, als dem Faschismus die organisatorische Grundlage entzogen wurde, dies ist geltendes Recht. Dies ausnutzbar gegenüber dem Anständigkeitsstreben der NPD. Dabei kann man auch die rechtsextreme Regierungspolitik angriffen, vor die sich dann die NPDler mit besonderer Lust schützend stellen. Das aber kann zur weiteren Agitation dienen, da bis jetzt noch verschiedene Interessenlagen bestehen: C will noch nicht, vor allem international, mit der NPD in einer Reihe gesehen werden, hält aber hintenherum gute Beziehungen. Die NPD hat Interesse daran, Gemeinsamkeiten mit der Regierung hinauszuposaunen ihre systemtragende Funktion zu beweisen. Die Selbstentlarvung der Rechten, die auf jeden Fall mit Minderheitenhetze verbunden ist, bietet grosse Möglichkeiten auch für die Entlarvung der Regierungspolitik.

Für sehr wichtig halte ich, dass man immer gegen Angriff auf die Gewerkschaften protestiert, selbst wenn diese noch so vornehm die Konfrontation mit den Rechten vermeiden

Die "Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V."

Die Gruppe der Wehrdienstverweigerer soll ein Zweck- und Hilfsverband aller sein, die den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigern.

Gewissen darf nicht nur religiös verstanden werden. Es kommt auf die ehrliche Gewissensentscheidung an, nicht auf die Art der Gründe, die den einzelnen zu seiner Entscheidung veranlassen, seien sie religiös, ethisch oder politisch bestimmt.

Wir wollen aus der Tatsache unserer Verweigerung keine besondere Ideologie entwickeln, kein Religions- oder Parteiprogramm aufstellen.

Unsere Mitglieder haben verschiedene Auffassungen über die Ursache der Kriege und über die Mittel zu ihrer Verhütung. Unsere Entscheidung, den Wehrdienst zu verweigern, ist eines dieser Mittel, wenn auch nicht das einzige. Die meisten von uns sind der Meinung, daß außer der Wehrdienstverweigerung mehr getan werden muß und tun dieses Mehr in den entsprechenden Parteien, Verbänden und Gewerkschaften.

Unsere Gruppe selbst macht also bewußt nur diese eine Frage zu ihrem Anliegen. Sie will dadurch allen, die den Wehrdienst verweigern, die Möglichkeit zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Kampf geben, unbeschadet der religiösen, ethischen oder politischen Auffassung des einzelnen.

Die Kriegsdienstverweigerung ist ein Recht. Dieses Recht ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als ein Grundrecht des Menschen festgelegt. Wir werden um dieses Recht kämpfen, wenn versucht werden sollte, es zu brechen.

Wir verlangen keine Bevorzugung, sondern unser Recht. Daher können wir nicht zustimmen, wenn von uns verlangt werden sollte, statt des Wehrdienstes einen Arbeitsdienst zu leisten, so wenig wie jemand eine Sondersteuer zahlen muß, wenn er das Grundrecht der Pressefreiheit in Anspruch nimmt.

Wir verweigern den Wehrdienst auch im Frieden, denn Militärdienst im Frieden ist ebenso eine Vorbereitung für den Kriegsdienst wie die Anfertigung von Nachschlüsseln eine Vorbereitung für den Einbruchdiebstahl ist. Auf dem Kasernenhof wird im "Frieden" genau so die Menschenwürde zertrampelt wie im Krieg.

Kommunisten sind wir nicht. Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit stalinistischen Tarnorganisationen ab und werden uns vor Unterwanderungen zu schützen wissen. Das bringt zwar mit sich, daß wir bei der Gründung von Zweiggruppen etwas langsamer vorgehen, um zu verhindern, daß uns anderentags eine kommunistische Resolution aus dieser Gruppe auf den Tisch flattert und uns den Garaus macht, den unsere Gegner wünschen. Das hat nichts mit Bolschewikenfresserei zu tun, sondern mit einer realistischen Anschauung der Tatsachen: erstens meinen die Kommunisten eine Wehrdienstverweigerung nicht ehrlich, da sie drüben die FDJ-ler mit Flinten schmücken, und zweitens haben sie und diejenigen, die mit ihrer Tyrannei flirteten, jede Resonanz in Deutschland mit Recht verloren. Wir wollen weder Volkspolizist noch Bundessoldat sein.

Wir gehen an unsere Aufgabe nüchtern heran. Wir wissen, daß sie ungeheuer schwer ist, daß mancher, der jetzt mitmacht, vielleicht anderer Auffassung wird unter dem Trommelfeuer der Regierungspropaganda und dem Druck der Wehrbezirkskommandos. Bei diesem inneren und äußeren Kampf wollen wir uns gegenseitig helfen und unterstützen. Wir werden dazu kommen, Beratungsstellen in allen Gebieten der Bundesrepublik einzurichten, die mit Juristen besetzt sein werden, um so für den nötigen juristischen Schutz zu sorgen. Je nach der Entwicklung der Dinge werden wir darüber hinaus andere Formen der gegenseitigen Hilfe entwickeln müssen.

Vor allem kommt es jetzt darauf an, so viele Verweigerer zu sammeln wie nur möglich, und in allen Städten Zweiggruppen zu gründen. Viele, die den Wehrdienst zu verweigern bereit sind, wissen nicht, daß sie ein demokratisches Recht dazu haben. Viele andere wissen noch nicht von der Existenz unserer "Gruppe". Wir bemühen uns mit aller Kraft, das Grundrecht der Wehrdienstverweigerung in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und auf uns hinzuweisen.

Wir sind entschlossen, uns durchzusetzen und werden zeigen, daß das Zeitalter des Untertanengeistes zu Ende geht. Je größer unsere Zahl ist, desto stärker werden wir in den entscheidenden Augenblicken sein. Darum kommt jeder zu uns, der wie wir entschlossen ist, den Wehrdienst zu verweigern.

Unsere Satzung

- § 1) Der Verein führt den Namen "Gruppe der Wehrdienstverweigerer". Er hat seinen Sitz in Köln a. Rh. und ist in das Vereinsregister einzutragen. Nach der Eintragung soll der Verein den Zusatz "e.V." führen.
- § 2) Zweck des Vereins. Die Gruppe will alle die sammeln, die den Wehrdienst aus sittlichen, weltanschaulichen oder religiösen Beweggründen verweigern. Sie wird sich dafür einsetzen, das Recht der Wehr- und Kriegsdienstverweigerung zu erhalten und auszugestalten. Die Gruppe wird ferner ihren Mitgliedern alle mögliche Hilfe zuteil werden lassen, falls diesen durch die Ausübung der Wehrdienstverweigerung Nachteile erwachsen sollten. Die Gruppe ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Sie ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.
- § 3) Mitgliedschaft. Mitglieder können nur natürliche Personen sein. Der Verein kann Förderer aufnehmen, die einen Fördererbeitrag leisten ohne Mitglied zu sein. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Im Falle der Ablehnung entscheidet auf Grund schriftlichen Einspruchs des Abgelehnten ein Ausschuss aus fünf von der Mitgliederversammlung gewählten Mitgliedern endgültig. Die Mitgliedschaft kann jederzeit schriftlich gekündigt werden.
- § 4) Rechte und Pflichten der Mitglieder. Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen, insbesondere an den Bestrebungen des Vereins und seiner Arbeit teilzunehmen, sowie die von der Mitgliederversammlung beschlossenen Beiträge zu leisten. Die Beiträge und das Vermögen des Vereins dürfen nur zur Verwirklichung des Vereinszweckes verwendet werden. Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes, sowie bei einer Auflösung des Vereins findet ein Ersatz von geleisteten Beiträgen sowie eine Übertragung des Vereinsvermögens nicht statt.
- § 5) Organe des Vereins. Die Organe des Vereins sind:
a) der Vorstand
b) die Mitgliederversammlung.
Der Vorstand besteht aus mindestens drei Personen - dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Kassierer.
Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung jeweils auf zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Zur Vertretung des Vereins sind je zwei Vorstandsmitglieder in Gemeinschaft miteinander berechtigt.
Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
1. Entgegennahme des Vorstandsberichtes und Entlastung des Vorstandes.
2. Festsetzung des jährlichen Beitrages der Mitglieder.
3. Wahlen zum Vorstand nach Maßgabe dieser Satzung.
Sie wird vom Vorstand des Vereins mit einer Frist von 10 Tagen schriftlich einberufen. Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Ort und Zeit bestimmt der Vorstand. Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes vorschreiben. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Leiter der Versammlung zu unterzeichnen ist.
- § 6) Auflösung des Vereins. Über die Auflösung des Vereins beschließt die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen. Bei der Auflösung des Vereins oder bei der Entziehung der Rechtsfähigkeit wird das Vereinsvermögen Zwecken zugeführt, die im Sinne der Ziele der Gemeinschaft liegen.
Näheres bestimmt die Mitgliederversammlung.

Köln, den 25. September 1953

Zusatz zu § 1): Die Satzung wurde unter dem 4. Dezember 1953 in das Vereinsregister eingetragen. Der Vereins führt den Zusatz "e.V.".

Anschrift: Köln-Buchforst, Wildunger Str. 16, Telefon 63182
Postscheck-Konto Köln Nr. 6816

ED 718-15-24

27-6-56

Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V.

Köln, Datum des Poststempels

Sehr geehrter Herr

Sie bestellten am [] die INFORMATIONEN, das Organ der deutschen Wehrdienstverweigerer. Ihre Bestellung blieb irrtümlich liegen. In den nächsten Tagen jedoch wird der Postbote die Bezugsgebühren für das 3. Quartal 1956 einziehen. Ab Juli werden Sie die Informationen regelmäßig erhalten. Wir bitten, die Verzögerung freundlichst zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen

Vertrieb der INFORMATIONEN

Köln-Buchforst
Wildunger Str. 16

Vogel

1962
63

2

Institut für Zeitgeschichte

SATZUNG der "Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V."

§ 1 Der Verein führt den Namen "Gruppe der Wehrdienstverweigerer e.V." Er hat seinen Sitz in Köln am Rhein und ist in das Vereinsregister einzutragen. Nach der Eintragung soll der Verein den Zusatz e.V. tragen.

§ 2 Zweck des Vereins.

Die Gruppe will alle die sammeln, die den Wehrdienst aus sittlichen, weltanschaulichen oder religiösen Beweggründen verweigern. Sie wird sich dafür einsetzen, das Recht der Wehr- und Kriegsdienstverweigerung zu erhalten und auszugestalten. Die Gruppe wird ferner Wehrdienstverweigerern alle mögliche Hilfe zuteil werden lassen, falls ihnen durch die Ausübung der Wehrdienstverweigerung Nachteile erwachsen sollten.

Die Gruppe ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Verwaltungsaufgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Der Verein verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. Dezember 1953.

Die Beiträge und das Vermögen des Vereins sowie etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes sowie bei einer Auflösung des Vereins findet ein Ersatz von geleisteten Beiträgen nicht statt. Die Gruppe ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.

§ 3 Mitgliedschaft

Mitglieder können nur natürliche Personen sein. Der Verein kann Förderer aufnehmen, die einen Förderbeitrag leisten, ohne Mitglied zu sein. Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen, insbesondere an den Bestrebungen des Vereins und seiner Arbeit teilzunehmen sowie seine Unabhängigkeit von einseitig orientierten Interessengruppen zu wahren. Sie haben die vom Verein festgesetzten Mitgliedsbeiträge zu zahlen. Beitragsschulden sind Bringschulden.

§ 4 Zweiggruppen

Der Vorstand faßt den örtlichen Möglichkeiten entsprechend die Mitglieder zu Zweiggruppen zusammen. Die Organe einer Zweiggruppe sind:

a) der Gruppenvorstand, b) die Gruppenversammlung.

Der Gruppenvorstand besteht aus mindestens drei Personen: dem Vorsitzenden, dem Stellvertretenden Vorsitzenden und dem Kassierer. Der Gruppenvorstand wird von der Gruppenversammlung für jeweils ein Jahr gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Zur Vertretung der Zweiggruppe sind je zwei Gruppenvorstandsmitglieder in Gemeinschaft miteinander berechtigt. Die Gruppenversammlung nimmt den Jahresbericht entgegen und entlastet den Gruppenvorstand. Sie wählt den Gruppenvorstand mit Mehrheit. Die Gruppenversammlung wird schriftlich vom Gruppenvorstand mit einer Frist von 10 Tagen, unter Angabe der Tagesordnung einberufen..

Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Über die Beschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Leiter der Versammlung zu unterzeichnen ist. Eine Zweiggruppe kann sich eine Geschäftsordnung geben, die mit dieser Satzung nicht im Widerspruch stehen darf.

Bis zur Wahl des ersten Gruppenvorstandes werden dessen Aufgaben von einem Arbeitsausschuß wahrgenommen, der vom Vorstand des Vereins bestellt wird.

§ 7 Aufnahme in den Verein

Über die Aufnahme in den Verein entscheidet der Zweiggruppenvorstand. Im Fall der Ablehnung entscheidet auf Grund schriftlichen Einspruchs des Abgelehnten ein Ausschuß aus fünf von der Gruppenversammlung gewählten Mitgliedern endgültig.

Falls im Wohnbereich des Aufzunehmenden keine Zweiggruppe besteht, entscheidet der Vorstand des Vereins, im Falle des Einspruchs ein von der Gruppenleiterkonferenz gewählter Ausschuß. Gründe für die Ablehnung brauchen nicht angegeben zu werden.

§ 8 Austritt und Ausschluß

Der Austritt aus dem Verein kann jederzeit schriftlich unter Abgabe des Mitgliedsausweises erfolgen. Ausgeschlossen wird, wer gegen die Ziele und Grundsätze des Vereins verstößt. Ein Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes kann von jedem der unter §§ 4 und 6 genannten Organe des Vereins gestellt werden. Über den Ausschluß entscheidet ein Schiedsausschuß der Zweiggruppe, der der Beschuldigte angehört. Der Vorsitzende des Schiedsausschusses wird vom Vorstand ernannt, der Antragsteller und der Beschuldigte ernennen je zwei Beisitzer. Bei Ausschlußverfahren gegen Einzelmitglieder wird der Schiedsausschuß in entsprechender Form beim Vorstand gebildet.

Wird gegen das Ergebnis des Verfahrens Einspruch erhoben, so entscheidet ein von der Gruppenleiterkonferenz zu wählendes Schiedsgericht endgültig. In Fällen, in denen eine schwere Schädigung des Vereins durch schnelles Eingreifen verhindert werden muß, kann der Vorstand des Vereins ein Mitglied mit sofortiger Wirkung ausschließen. Auf Antrag des Ausgeschlossenen ist anschließend das ordentliche Schiedsverfahren einzuleiten.

Über die Auflösung von Zweiggruppen entscheidet der Vorstand. Es ist Berufung an die Zweiggruppenleiterkonferenz möglich. Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 9 Auflösung des Vereins

Bei der Auflösung des Vereins oder bei der Entziehung der Rechtsfähigkeit wird das Vermögen zu gleichen Teilen dem Evangelischen Hilfswerk und der Arbeiterwohlfahrt zugeführt.

Zusatz zu § 1 :

Die Satzung wurde unter dem 4. Dezember 1953 in das Vereinsregister eingetragen. Der Verein führt den Zusatz "e.V.".

Rundschreiben Nr. 7 / 57

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER E. V.
- Bundesvorstand -

An die Mitglieder
des Bundesvorstandes
und der Zweiggruppenvorstände
=====

Köln, Hohenstaufenring 58
Tel. 218073

17.5.1957

Liebe Freunde !

Gesch.- Im Januar dieses Jahres war es soweit, daß wir unsere organisatorischen Regeln, so wie sie sich im Laufe der Praxis herausgeschält hatten, in einer Geschäftsordnung zusammengefasst haben. Es ging Euch seinerzeit ein entsprechender Entwurf zu. In seiner Sitzung vom 2.3.1957 wurde dann auch die Herausgabe der ihm vorgelegten Geschäftsordnung vom Bundesvorstand beschlossen. Wenn Euch die Exemplare erst heute zugehen, so liegt das einfach daran, daß einige Einzelheiten noch reguliert werden mussten, ehe sie fixiert werden konnten, so musste z. B. die Entwicklung des Postbezuges der INFORMATIONEN abgewartet werden usw. Nun legen wir Euch die neue Geschäftsordnung bei und können Euch nur bitten: Lest sie Euch gut durch, prägt sie Euch ein und beachtet sie im Interesse unserer Gruppe. Wenn das Organisatorische im Schlaf geht, haben wir den Kopf frei für unsere eigentlichen Aufgaben, die abseits jeder Bürokratie liegen.

Heute schon und in den folgenden Rundschreiben werden wir anhand der Geschäftsordnung die wunden Punkte aufspüren, die in der Organisation noch zu heilen sind; schließlich genügt nicht ein Schein, es muß auch ausgefüllt sein, und leider gibt es da noch böse Lücken.

Aufnahmeverfahren Fangen wir heute gleich mit dem ersten Übel an, das wir in der Geschäftsordnung unter dem Punkt "Aufnahmeverfahren" finden. Gemeint ist die Karteiabstimmung, hier ist bereits durch unser voriges Rundschreiben Abhilfe getan worden - vorausgesetzt die Gruppen reagieren entsprechend.

Was die neuen Ausweise für alte Mitglieder betrifft - wartet bitte auf unsere Verlautbarung.

Das im Aufnahmeverfahren benötigte Material (Satzungen, Geschäftsordnungen, Freixemplare, Beitragsmarken) steht ja mittlerweile zur Verfügung, und es dürfte jeder wissen, wo und wie es zu haben ist.

Grupp.- Kommen wir zum Punkt "Gruppengründungen". Was für die neuen Gruppen gilt sollte nachträglich auch für die alten Gruppen gelten. Es wäre zumindest interessant zu erfahren, wer den einzelnen Vorständen angehört. Füllt also bitte die beiliegenden Formulare dreifach aus und sendet sie an Eure Landeszentrale, die sie uns nach Erledigung zuschickt.

Landes- In diesem Zusammenhang erscheinen die Landeszentralen. Kommen wir zentr. also zu diesem Punkt der Geschäftsordnung. Es erscheint noch einmal notwendig, die Anschriften der zurzeit bestehenden Landeszentralen bekanntzugeben. Sie lauten wie folgt:

- | | |
|-----------------------|---|
| LZ. Hamburg | Hamburg 34, Sandkamp 21 i (Georg Regner) |
| LZ. Bremen | Bremen, Melanchthonstr. 85 (Siegf. Keßler) |
| LZ. Niedersachsen | Hannover, Rotermundstr. 26 (Günter Klocker) |
| LZ. Westfalen-Ruhr | Dtmd.-Sölde, Schwerter Str. 46 (Willi Kraack) |
| LZ. Rheinland | Köln, Hohenstaufenring 58 (K. H. Kuroпка) |
| LZ. Hessen | Ffm., Mainzer Landstr. 239. (Hans A. Nickel) |
| LZ. Rheinland-Pfalz | Mainz, Kaiser-Wilhelm-Ring 32 (Willi Müller) |
| LZ. Baden-Württemberg | Stuttgart, Forststr. 141 (Helga Heppeler) |
| LZ. Saar | Ludweiler, Karlsbrunner Str. 39 (H. Blatter) |

Die Zuständigkeitsbereiche der aufgeführten Landeszentralen decken sich mit den heutigen Ländern mit Ausnahme der beiden Landeszentralen von Nordrhein-Westfalen. Zur Landeszentrale Westfalen-Ruhr gehören die Regierungsbezirke Detmold, Münster und Arnsberg sowie die östlich des Rheins und nördlich der Ruhr liegenden Kreise des Regierungsbezirkes Düsseldorf. Der andere Teil Nordrhein-Westfalens bleibt für die Landeszentrale Rheinland. Das mag sehr formalistisch klingen; praktisch bleibt uns durch diese Erläuterung viel Arbeit erspart.

GDW-
Sitzgn.

Zum Punkt der "GDW-Sitzungen" ist weiter nichts zu sagen, als daß die Teilnehmer der Sitzungen auch darauf achten sollten, daß die protokollierten Beschlüsse auch wirklich verwirklicht werden. Der Bundesvorstand jedenfalls wird zur gegebenen Zeit z. B. darlegen können, daß die Beschlüsse der 2. Bundeskonferenz voll erfüllt wurden. Solche Rechenschaftsberichte sind genau so wichtig wie Protokolle über gefasste Beschlüsse.

GDW-
Rund-
schrbn.

Damit der Abschnitt "Innere Organisation" abgeschlossen werden kann noch ein Wort zu den Rundschreiben. Es musste leider festgestellt werden, daß die Exemplare, die an die Zweiggruppen zur Weiterleitung gingen, oft genug ihren Empfänger nicht erreichten also nicht weitergeleitet wurden. Es muß in diesem Zusammenhang noch einmal gesagt werden: Die Hauptarbeit der GDW muß in den Zweiggruppen geschehen. Der Bundesvorstand ist ein Gremium, das jeden Monat einmal zusammenkommt und die Richtlinien bestimmt, die dann im Laufe des Monats von der Geschäftsstelle den Zweiggruppen vermittelt werden. Hier bei den Zweiggruppen zeigt sich die Schwäche oder Stärke unserer Vereinigung.

Wie aber sollen die Gruppen funktionieren, wenn sich die aktive Arbeit auf 2 oder 3 Mann beschränkt. Oft genug liegt es an diesen 2 oder 3 Mann selber, wenn sie alleine arbeiten müssen und manchmal nur daran, daß sie ihre Vorstandskollegen nicht laufend informieren. Wir bitten also nochmals - haltet Euch auch an diesen Punkt der Geschäftsordnung.

Damit sei für heute Schluss. Im nächsten Rundschreiben werden die übrigen Punkte nach Mißständen absuchen, gleich ob sie nun bei uns oder bei Euch liegen.

Anlagen

Zum Abschluss nur noch unser üblicher Hinweis auf die Anlagen. Als verspätete Beilage zum letzten Rundschreiben ein Muster unseres neuen Aufnahmescheins, der als Flugblatt und daher auch in größeren Mengen verwendbar ist. Dieser Hinweis ist notwendig, weil wir in einzelnen Fällen solch niedrige Bestellungen bekamen (eine Gruppe bestellte 25 Stück), daß sich der Eindruck der Gruppenanschrift nicht lohnen würde. Lest Euch also noch einmal das letzte Rundschreiben durch und erledigt auch die übrigen Punkte, die dort angeschnitten wurden, falls es noch nicht geschehen ist. Desweiteren liegen bei die bereits erwähnten Formulare sowie Ausweise und Buchungsunterlagen, soweit sie angefallen sind.

Noch ein Versprechen: Die nächsten Rundschreiben werden kürzer. Doch heute wie morgen

freundliche Grüße !

i. A. Karl Heinz Stricker
(Geschäftsführer)

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER E. V.

GESCHÄFTSORDNUNG

=====

Diese Geschäftsordnung regelt die organisatorischen Vorgänge der GDW, mit deren Durchführung der Bundesvorstand den Geschäftsführer beauftragt; er ist dem Bundesvorstand verantwortlich.

1. Innere Organisationa) Aufnahmeverfahren

Der Bewerber um die Mitgliedschaft gibt seinen Aufnahmeantrag an die örtliche Zweiggruppe, welche eine Karteikarte für die Zweiggruppenkartei ausstellt, zum Zeichen der Befürwortung den Aufnahmeantrag mit dem Zweiggruppenstempel versehen und ihn sofort dem Bundesvorstand zuschickt. Für das Aufnahmedatum ist der Eingang beim Bundesvorstand maßgebend. Eingänge vom 1. - 15. des Monats erhalten rückwirkend das Eintrittsdatum des 1., solche vom 16. - 31. das des folgenden 1. Nach Eingang werden beim Bundesvorstand die Karteikarte für die Zentralkartei, der Mitgliedsausweis sowie die Karteikarte für die Abonnentenkartei und die Poststammkarte der INFORMATIONEN ausgestellt. Die Mitgliedsausweise gehen den Zweiggruppen am 15. eines jeden Monats gesammelt zu. Am gleichen Tag erhält die Bundespost alle vorliegenden Poststammkarten. Die Zweiggruppe händigt dem neuen Mitglied den Ausweis, den sie auf der Rückseite mit dem Zweiggruppenstempel versehen hat, zusammen mit einer Satzung, der Geschäftsordnung und einem Freixemplar der INFORMATIONEN aus, da der Postbezug immer erst einen Monat später einsetzt. Ferner wird bei dieser Gelegenheit der erste Jahresbeitrag gegen Abgabe der Beitragsmarke kassiert. Das neue Mitglied wendet sich in seinen weiteren Anliegen im allgemeinen an seine Zweiggruppe und ist zu aktiver Mitarbeit in deren Organen aufgerufen.

Bewerber, an deren Wohnort keine Zweiggruppe besteht, geben ihren Aufnahmeantrag an die zuständige Landeszentrale, die bis zur Gründung einer örtlichen Zweiggruppe deren Funktion für die Einzelmitglieder ausfüllt. Es ist also genau wie vorhin zu verfahren.

Bei der Aufnahme von Förderern gilt sinnentsprechend das gleiche Verfahren wie bei Mitgliedern.

b) Gruppengründungen

Ist an einem Ort eine genügende Anzahl von Einzelmitgliedern vorhanden, lädt die zuständige Landeszentrale diese Mitglieder an deren Ort zu einer Zusammenkunft ein. Zu dieser Zusammenkunft sollten interessierte Vertreter der örtlichen Jugendorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen usw. eingeladen werden. Es wird ein Arbeitsausschuss gebildet, der eine öffentliche Versammlung vorbereitet. Material und Referenten hierfür stellt die Landeszentrale. Der Vertreter der Landeszentrale erhält die Aufnahmescheine des Abends, um der Ar-

beitsausschuss beruft die Gründungsversammlung ein. Der Termin muß so gelegt sein, daß bis dahin jedes Mitglied im Besitze des Mitgliedsausweises ist. Bei der Gründungsversammlung muß ebenfalls ein Vertreter der Landeszentrale zugegen sein. Nach der Gründung beantragt die neue Zweiggruppe mit Befürwortung der Landeszentrale beim Bundesvorstand die Anerkennung als ordentliche Zweiggruppe. Der Antrag erfolgt schriftlich in drei Ausfertigungen, die vom Bundesvorstand abgezeichnet werden. Je ein Exemplar erhält die neue Zweiggruppe, die zuständige Landeszentrale und der Bundesvorstand. Von nun an führt die neue Zweiggruppe ihr gleichberechtigtes Gruppenleben. Sie wird gebeten, in allen weiteren Fragen steten Kontakt zur Landeszentrale und zum Bundesvorstand zu halten.

Die Gründung einer neuen Zweiggruppe kann auch durch die eigene Initiative örtlicher Interessenten erfolgen. Sie bitten die zuständige Landeszentrale um Unterstützung. Diese verfährt nun nach dem obigen Verfahren.

c) Landeszentralen

Neben den Aufgaben im Aufnahmeverfahren und bei der Gruppengründung unterliegt den Landeszentralen die Betreuung der Zweiggruppen im Lande durch Vermittlung von Material und von Referenten. Aus all diesen Aufgaben ist ersichtlich, daß es sich bei den Landeszentralen nicht um Landesverbände handelt, die den Zweiggruppen übergeordnet sind, sondern um eine Institution, die bei starken Zweiggruppen gebildet wird, und die für die Zweiggruppen eine Art Nachbarschaftshilfe leistet, ohne deren Eigenleben einzuschränken. Für die Finanzierung der Landesarbeit erhalten die Landeszentralen den Anteil INFORMATIONEN der Einzelmitglieder und deren Jahresbeitrag. Die Landeszentralen können eine Landeskonferenz einberufen, auf der die Landesarbeit von den Zweiggruppenleitern besprochen wird. Landeszentralen und Landeskonferenz sind satzungsmäßig nicht verankert. Sie dienen der Aktivierung der Arbeit. Die Landeszentralen berichten dem Bundesvorstand laufend über ihre Tätigkeit. Der Bundesvorstand vermittelt den Landeszentralen bei Bedarf Material und Referenten.

d) GDW-Sitzungen

Die Sitzungen der satzungsmäßigen Organe der GDW müssen von den gewählten Vertretern pflichtgemäß wahrgenommen werden. Bei Verhinderung bedarf es der Benachrichtigung des Einberufers. Die finanziellen Lasten dieser Sitzungen (nur Fahrt- und Unterkunftskosten) tragen die Einberufer. d. h. bei Sitzungen des Bundesvorstandes der Bundesvorstand, bei Zweiggruppenleiterkonferenzen die Zweiggruppen (gleichmäßige Umlage auf alle Zweiggruppen) und bei der Bundeskonferenz zur Hälfte der Bundesvorstand und zur anderen Hälfte die Zweiggruppen (ebenfalls gleichmäßige Umlage auf alle Zweiggruppen nach Maßgabe der Delegiertenzahl). Die Teilnahmeberechtigung bei Bundesvorstandssitzungen und bei der Bundeskonferenz ist eindeutig. Bei der Zweiggruppenleiterkonferenz kann der Gruppenleiter einen Vertreter entsenden. Gastteilnehmer der GDW-Sitzungen bedürfen zur Teilnahme der Zustimmung des Einberufers. Eine finanzielle Unterstützung der Teilnahme kann nur durch besonderen Beschluss des einberufenden Gremiums

erfolgen. Über alle Sitzungen (auch der örtlichen Vorstände und Mitgliederversammlungen) sind ordnungsmäßige Protokolle anzufertigen und den Teilnahmeberechtigten zuzuschicken.

e) GDW-Rundschreiben

Über alle wichtigen organisatorischen Vorgänge werden die aktiven Mitglieder laufend in Form eines nummerierten Rundschreibens des Bundesvorstandes informiert. Es geht an die Mitglieder des Bundesvorstandes, die zentralen Revisoren, die Leiter der Landeszentralen, die Mitglieder der Zweiggruppenvorstände und an die örtlichen Revisoren. Für die beiden letzten Gruppen erhalten die Zweiggruppen die Rundschreiben zur Weiterleitung. Die Informierung der Zweiggruppen über Landesangelegenheiten sollten die Landeszentralen durch ein eigenes nummeriertes Rundschreiben vornehmen, ebenso wie die Zweiggruppen die Mitgliedschaft durch ein gleichgeartetes Rundschreiben über die örtlichen Fragen auf dem Laufenden halten sollten.

2. Verbindung zu anderen Organisationen

Zur Stärkung des Gedankens der Wehrdienstverweigerung pflegt die GDW den Kontakt zu den Organisationen, welche sich gleiche oder ähnliche Aufgaben gestellt haben, oder die sich zur Betreuung ihrer Mitglieder auch in dieser Frage verpflichtet fühlen. Es sind zu erwähnen die Friedensverbände (IDK, DFG, Versöhnungsbund), die Jugend- und Studentenorganisationen, die Gewerkschaften, die Kirchen usw. Es können mit ihnen örtliche und zentrale Aktionsgemeinschaften eingegangen werden. Der Bundesvorstand versorgt die befreundeten Organisationen mit den INFORMATIONEN.

3. Aktionen

Die GDW tritt allein oder in Aktionsgemeinschaften mit Aktionen an die Öffentlichkeit. Bei solchen Aktionen muß stets darauf geachtet werden, daß die parteipolitische Unabhängigkeit der GDW erwahrt bleibt, wenn auch über all diesen Aktionen in Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen als Motto die Forderung an die Parteien stehen sollte "Schafft die Wehrpflicht ab!"

4. Beratungsarbeit

Neben der Durchführung von Aktionen liegt das Schwergewicht der GDW-Arbeit auf der Beratung der Wehrdienstverweigerer. Zu diesem Zweck werden von den Zweiggruppen, wenn möglich in Zusammenarbeit mit den interessierten Verbänden am Ort, Beratungsstellen unterhalten. Diese Beratungsstellen müssen zwecks Anerkennung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Beratungsstellen für Wehrdienstverweigerer gemeldet werden. Der engere Trägerkreis dieser Bundesarbeitsgemeinschaft besteht aus der GDW, der IDK, der DFG und dem Versöhnungsbund. Dem erweiterten Trägerkreis können alle anderen interessierten Verbände angehören. Die Bundesarbeitsgemeinschaft gibt Richtlinien für die Beratungsarbeit heraus und hilft beim Aufbau von Beratungsstellen. Die Beratung durch die GDW ist

kostenlos und ist nicht von einer Mitgliedschaft in der GDW abhängig. Die GDW leistet mit der Beratungsarbeit einen Beitrag zur staatsbürgerlichen Schulung und füllt eine Lücke aus in der öffentlichen Aufklärung über die Grundrechte.

5. Finanzen

Der Mitgliedsbeitrag zur GDW beträgt jährlich DM 1.--. Er ist bei Eintritt erstmals fällig, später am 1. Januar eines jeden Jahres. Die Kassierung erfolgt durch die Zweiggruppen gegen Abgabe einer Beitragsmarke. Einheitliche Beitragsmarken sind beim Bundesvorstand erhältlich, werden jedoch nur an die legitimierten Kassierer der Zweiggruppen abgegeben. Eine Verrechnung mit dem Bundesvorstand erfolgt nicht, da der Jahresbeitrag voll bei der Zweiggruppe bleibt. Die Beitragsmarken können auch für die Beiträge der Förderer und als Spendenmarke verwendet werden. Es ist auf eine sorgfältige Verwaltung der Marken im Rahmen einer ordentlichen Buchführung zu achten.

Die Hauptfinanzierung erfolgt durch den Bezug der INFORMATIONEN, zu dem sich jedes Mitglied mit dem Eintritt verpflichtet. Der Bezugspreis beträgt DM 2,70 je Vierteljahr. Der nach Abzug der Herstellungs- und Vertriebskosten verbleibende Betrag von DM 2.-- fällt zur Hälfte an den Bundesvorstand und zur anderen Hälfte an die Zweiggruppen, d. h. die Zweiggruppen erhalten vierteljährlich am ersten 15. des Quartals für jeden Abonnenten ihres Ortes DM 1.-- nach dem Abonnentenstand am ersten 1. des Quartals.

Für die Finanzbewegung zwischen Bundesvorstand und Zweiggruppe sind beim Bundesvorstand Zweiggruppenkonten eingerichtet. Die einzelnen Zweiggruppen führen ein entsprechendes Gegenkonto. Zwecks Übereinstimmung gibt der Bundesvorstand über jede Buchung eine Buchungsanzeige mit Saldoangabe an die Zweiggruppen. Die Bezahlung von Material wie Abzeichen usw. an den Bundesvorstand erfolgt durch Verrechnung über diese Konten, damit möglichst bargeldlos gearbeitet wird. Aus dem gleichen Grund werden die Gruppen auch gebeten, sich ein Postscheckkonto einzurichten. Ein Postscheckkonto ist für unsere Zwecke am besten geeignet. Es wird zweckmäßigerweise auf den Namen des Kassierers mit dem Zusatz "Gruppenkonto" eingerichtet.

Bundesvorstand, Landeszentralen und Zweiggruppen unterhalten eine ordentliche Buchführung, deren Richtigkeit von den zentralen und örtlichen Revisoren überwacht wird.

Die Zweiggruppen werden noch auf die Möglichkeiten zusätzlicher Einnahmen wie Spenden, Werbung von Förderern, Abzeichenverkauf usw. hingewiesen.

Bundesvorstand, Landeszentralen und Zweiggruppen stellen jeder für sich einen Etat auf, in dem aufgrund der zu erwartenden Einnahmen die Höhe der einzelnen Ausgabeposten festgelegt wird. Erhöhung eines Etatsposten oder Sonderausgaben für Sonderaktionen können nur bei Überschüssen über den Haushaltsplan hinaus vom jeweiligen Vorstand beschlossen werden.

6. Material

Der Bundesvorstand versorgt die Landeszentralen mit Material - berechnet oder unberechnet - (Abzeichen, Broschüren, Plakate, Flugblätter usw.). Die Landeszentralen übernehmen die Versorgung der Zweiggruppen. Aber auch die einzelnen Zweiggruppen geben eigenes Material heraus. Bei der eigenen Herstellung von Satzungen, Geschäftsordnungen und Aufnahmeanträgen ist darauf zu achten, daß sie den festgesetzten Wortlaut haben.

7. Referentenvermittlung

Falls die Landeszentrale einen Referentenwunsch nicht erfüllen kann, wendet sie sich an den Bundesvorstand, der eine zentrale Referentenkartei führt. Genauso führen die Landeszentralen und die Zweiggruppen eine Referentenkartei auf ihrer Ebene. Jeder neu zur Verfügung stehende Referent ist der Landeszentrale bzw. dem Bundesvorstand mitzuteilen. Die Kosten für die Entsendung eines Referenten trägt der Veranstalter.

8. Presse

Jede Zweiggruppe führt eine Kartei der örtlichen Zeitungen, Nachrichtenagenturen (dpa, ap) usw., entsprechend die Landeszentralen und der Bundesvorstand. Über jede Aktion ist die Presse zu informieren. Der Bundesvorstand versorgt die Presse mit den INFORMATIONEN.

9. INFORMATIONEN

Die INFORMATIONEN - Monatszeitschrift für deutsche Wehrdienstverweigerer - sind das offizielle Organ der GDW. Sie erscheinen im Eigenverlag. Verantwortlich für die Herausgabe ist der 1. Vorsitzende der GDW. Zum Bezug verpflichtet sich jedes Mitglied mit dem Eintritt. Es kann von Bezug auf Antrag an den Bundesvorstand befreit werden. Es erhält dann durch die Post ein Freiexemplar. Freiexemplare für Neumitglieder und zur Werbung sind von den Zweiggruppen beim Bundesvorstand zum Preise von DM 0,10 erhältlich - Bezahlung durch Verrechnung. Sie tragen die Aufschrift "Freiexemplar" und dürfen nur kostenlos abgegeben werden. Die Bestellungen für Freiexemplare müssen spätestens bis zum Monatsende beim Bundesvorstand eingegangen sein. Die Zweiggruppen erhalten die bestellte Menge vom folgenden Monat an jeden Monat sofort nach Erscheinen von der Druckerei zugeschickt. Die Bestellung gilt bis auf Widerruf.

Ordentliche Bezieher der INFORMATIONEN können auch Nichtmitglieder sein. Für diese Abonnenten erhalten die Zweiggruppen ebenfalls den Anteil. Stichtag für die Hereingabe von Abonnementsaufträge ist der 15. jeden Monats. Später eingehende Bestellungen gehen erst im nächsten Monat zum Einzug an die Post. Der Einzug erfolgt in der Zeit um den 20. des Monats vor Quartalsbeginn für das kommende Quartal. Bei Bestellungen, die im Laufe des Quartals hereinkommen, erfolgt bis zur Quartalskassierung eine Zwischenkassierung von DM 1,80 bzw. DM 0,90. Die Auslieferung der Zeitung erfolgt nicht mit dem

Einzug zusammen. Wird die Zahlung der Bezugsgebühren verweigert, oder trifft der Briefträger niemanden an, entstehen dem Bundesvorstand Verweigerungsgebühren in Höhe von DM 0.30 zusätzlich zu umsonst aufgewendeten Kosten. Die Namen der Bezugsverweigerer und der neuen Bezieher gehen dem Bundesvorstand von der Post zu, sodaß er aufgrund der Abonnentenkartei einen genauen Überblick über den Abonnentenstand hat. Wenn die Kassierung der Jahrebeiträge Aufgabe der Zweiggruppen ist, so ist die Heranziehung der Bezugsverweigerer als Abonnenten Aufgabe des Bundesvorstandes. Er kann allerdings in Fällen hartnäckiger Bezugsverweigerung die betreffende Zweiggruppe um Unterstützung bitten. Technisch wird von Bundesvorstand folgendermaßen verfahren. Bekommt er von der Post die Verweigerungsmeldung, schickt er den Bezugsverweigerer ein Schreiben, in dem er auf die Verpflichtung zum Bezug aufmerksam gemacht wird, die er mit seinem Eintritt in die GDW eingegangen ist. Gleichzeitig wird die Post abermals gebeten, die Kassierung noch einmal zu versuchen. Bleiben diese Bemühungen erfolglos, wird die Zweiggruppe unter Angabe des Namens gebeten, die Angelegenheit zu klären.

Um einer Mahnung durch den Bundesvorstand, wie sie eben erwähnt wurde, zu entgehen, ist es für das Mitglied, das die Zahlung vielleicht unbeabsichtigt verweigert hat, ratsam, sofort zum Postamt zu gehen, bevor dieses die Verweigerungsmeldung an den Bundesvorstand schickt. Es holt hier das Versäumte nach und zahlt die DM 0.30 Verweigerungsgebühren, die sonst dem Bundesvorstand berechnet worden wären. Damit ist die Angelegenheit wieder in Ordnung gebracht worden.

Die INFORMATIONEN erscheinen am 10. jeden Monats. Sie nehmen zu den grundsätzlichen Fragen der Wehrdienstverweigerung Stellung und zu den Tagesfragen unserer Organisation. Zur Mitarbeit ist jeder aufgerufen, die Mitglieder durch Leserbriefe, die Zweiggruppen durch Gruppenberichte. (Redaktionschluss am 25. des Vormonats.) Alle Einsendungen sind ausnahmsweise direkt an die Redaktion in Dortmund zu richten. (Alle sonstige Post unter Angabe des Betreffs grundsätzlich an die Geschäftsstelle des Bundesvorstandes in Köln, Hohenstaufenring 58, Tel. 218073 - Geschäftszeit: Mo. - Fr. 8 - 12 und 14 - 18 Uhr, Sa. 8 - 12 Uhr - von wo aus die Bearbeitung bzw. Weiterleitung vorgenommen wird.) Es wird weiter gebeten, sich um Inserate für die INFORMATIONEN zu bemühen. Die vermittelnde Zweiggruppe erhält 50 % der Einnahme. Zur Gestaltung der INFORMATIONEN kann außer Leserbriefen und Gruppenberichten durch das verschiedenste Material beigetragen werden. Was nicht zurück verlangt wird wandert später, ob in den INFORMATIONEN verwendet oder nicht, ins Zentralarchiv.

10. Archiv

Hier wird alles das zusammengetragen, was mit der Frage der Wehrdienstverweigerung in allgemeinen und unserer Organisation in speziellen zusammenhängt - hier in Zentralarchiv und auch in den Archiven der Landeszentralen und Zweiggruppen. Sie dienen der Dokumentation unserer Arbeit. -

Herausgegeben vom Bundesvorstand

Januar 1957

Str.

AUFNAHMEANTRAG

Ich stimme den Zielen der „Gruppe der Wehrdienstverweigerer e. V.“ zu und kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, Wehrdienst zu leisten. Ich bitte um Aufnahme und um Lieferung der monatlich erscheinenden „Informationen – Monatszeitschrift für deutsche Wehrdienstverweigerer“ zum Preis von DM 2,70 vierteljährlich durch die Bundespost. Der Beitrag beträgt DM 1,- pro Jahr. Ich verpflichte mich, die Gruppe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und mich dafür einzusetzen, daß ihre Unabhängigkeit von allen einseitig orientierten Interessengruppen und politischen Parteien, vor allem den Kommunisten und ihren Tarnorganisationen, stets gewahrt bleibt.

Name, Vorname:

Beruf:

Geb.-Datum:

Anschrift:

Unterschrift:

Sämtliche Angaben bitte in Blockschrift!

Herausgeber: GdW. Verantwortlich: H. H. Köper, Köln. Druck: Fortuna-Druck, Frankfurt-M.

ED 748-15-31

Falls keine Briefmarke zur Hand,
unfrankiert einwerfen

**Gruppe der Wehrdienstverweigerer
Bundesvorstand**

Köln

Hohenstaufenring 58

Telefon 21 8073 + 631 82

DER SCHLEIFER PLATZEK WURDE PENSIONIERT! 08/15 IST TOT! — HOCH IHR BÜRGER IN UNIFORM!

So tönt es uns aus den Zeitungen entgegen. Der Ton auf den deutschen Kasernenhöfen soll sich gewandelt haben. Schön und gut! Warten wir es ab: Neue Besen kehren gut! Aber nach wie vor werden Menschen zum Töten ausgebildet. Ob das mit oder ohne Drill geschieht — das ist unserer Meinung nach zweitrangig. So oder so: Töten bleibt töten!

EIN TECHNISCH INTERESSANTER BERUF IST DER

des „Facharbeiters an der Waffe“, schreiben die Werbeblätter der Bundeswehr. Er läßt sich nun tatsächlich ohne Drill erlernen. Man braucht keinen mehr mit dem Bajonett „umzulegen“ und sich die Hände dabei zu besudeln. Heute macht man das einfacher. Heute macht man das perfekter: Man sitzt im sicheren Bunker am Schalter und drückt — vielleicht mit Handschuhen — auf einen Knopf: 50 000 Menschen (und mehr) können so getötet werden. Auch der Krieg wurde jetzt rationalisiert.

WIE IMMER: TOTE STÄDTE! VERBRANNT E ERDE!

Das wird wieder das Ende sein: Frauen ohne Männer, Kinder ohne Väter . . . Elend . . . Chaos . . . Vernichtung . . . Willst Du da mitmachen? Du mußt dich entscheiden. Du mußt eine klare Gewissensentscheidung treffen: Eine Gewissensentscheidung für das Militär oder eine Gewissensentscheidung gegen das Töten. Entscheide Dich: So oder so! Nur eines darfst Du nicht: Diese Entscheidung anderen überlassen.

DU BRAUCHST NICHT MITSCHULDIG ZU WERDEN!

Du brauchst nicht Soldat zu werden. Das garantiert Dir Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Dieses Recht wollen wir für uns in Anspruch nehmen: Wir töten nicht! Dieses Recht wollen wir auch für Dich durchsetzen, wenn Dein Gewissen NEIN sagt. Du kannst Dir unverbindlich in unseren Beratungsstellen Auskunft holen. Du kannst aber auch Mitglied bei uns werden: Denn gemeinsam erreicht man mehr. Wir — das sind jetzt rund 16 000. Alle sagen NEIN. Wir — das ist die

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER e. V. KÖLN
ZWEIGGRUPPEN IN DER GANZEN BUNDESREPUBLIK

Rundschreiben Nr. 8 / 57

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER E. V.
- Bundesvorstand -An die Mitglieder
des Bundesvorstandes
und der Zweiggruppenvorstände
=====Köln, Hohenstaufenring 58
Tel. 218073
21.5.1957

Liebe Freunde !

Wir kommen heute wie angekündigt zu weiteren Punkten, die noch ins Reine gebracht werden müssen.

- Bera-
tungs-
arbeit
- Schickt uns umgehend folgende Angaben:
1. Wieviele Anträge auf Wehrdienstverweigerung wurden in Eurem Gruppenbereich gestellt; Name und Anschrift der Antragsteller angeben.
 2. Welche davon sind Mitglied der GDW?
 3. Berichte über Prüfungsverhandlungen (Welche Fragen, Unterlagen, Entscheidungen?).
 4. Jeder Wehrdienstverweigerer, der vor dem Ausschuss war, hat Anspruch auf eine schriftliche Urteilsbegründung. Wir brauchen Abschriften dieser Urteilsbegründungen, gleichgültig ob Anerkennung oder Ablehnung enthaltend.
 5. Berichte über sonstige Prüfungsmaßnahmen.
Wir brauchen dringend aus dem Bereich jedes Prüfungsausschusses wenigstens einen vollständigen Bericht mit allen oben genannten Unterlagen zur Auswertung.
 6. Stehen Euch Rechtsanwälte zur Verfügung, oder sollen wir Euch welche stellen?

Mancherorts wird die Beantwortung dieser Fragen schwer sein, aber wir müssen es wissen.

Schickt die Angaben und Unterlagen an uns mit Durchschrift an die Bundesarbeitsgemeinschaft der Beratungsstellen für Wehrdienstverweigerer, Dortmund, Kronprinzenstr. 98 (Werner Haak).

Material

Die GDW-Zweiggruppe Offenbach stellt interessierten Gruppen ausgezeichnete Dias zum Preise von DM 5.-- her, die man in Kinos zur Werbung laufen lassen kann. Wendet Euch direkt an die Zweiggruppe Offenbach, Starckenburgring 55 (Norbert Winkler).

Ab sofort wird die Vermittlung der "Moritat" (kostenlose Bildserie mit Texten) von Werner Haak, Dortmund, Kronprinzenstr. 98 vorgenommen. Wendet Euch also künftig an diese Anschrift.

Referenten-
ver-
mitt-
lung

Die Landeszentralen stellen uns eine Liste der Referenten zusammen, die in ihrem Bereich zur Verfügung stehen, mit Name, Anschrift, Tel., Stellung und Angabe der Werte, von der er zu unseren Fragen Stellung nimmt. Unter einem Punkt Bemerkungen wären sonstige Angaben interessant. So können wir hier die zentrale Referentenkartei vervollständigen.

INFOR-
MATIO-
NEN

Wir haben uns entschlossen, gegen die Bezugsverweigerer der INF. energisch vorzugehen. Zunächst erhält jetzt jedes Mitglied, das die INF. nicht bezieht, ein Schreiben, in dem es auf seine Verpflichtung aufmerksam gemacht wird, die es mit dem Eintritt in die GDW eingegangen ist. Ein paar Tage danach wird die Post die Kassierung nochmals versuchen. Sollten diese zentrale Bemühungen erfolglos bleiben, werden wir die betreffende Zweiggruppe unter Angabe des Namens bitten, die Sache zu klären.

Damit ist unser Streifzug durch die Geschäftsordnung beendet. Sonstige Mängel müssen mit der Zeit verschwinden. -

Merkt Euch noch einen Termin vor: Haltet Euch den 1. September für eine zentrale Aktion frei. -

Mit freundlichen Grüßen !
i. A. Karl Heinz Stricker
(Geschäftsführer)

DER SCHLEIFER PLATZEK WURDE PENSIONIERT! 08/15 IST TOT! — HOCH IHR BÜRGER IN UNIFORM!

So tönt es uns aus den Zeitungen entgegen. Der Ton auf den deutschen Kasernenhöfen soll sich gewandelt haben. Schön und gut! Warten wir es ab: Neue Besen kehren gut! Aber nach wie vor werden Menschen zum Töten ausgebildet. Ob das mit oder ohne Drill geschieht — das ist unserer Meinung nach zweitrangig. So oder so: Töten bleibt töten!

EIN TECHNISCH INTERESSANTER BERUF IST DER

des „Facharbeiters an der Waffe“, schreiben die Werbeblätter der Bundeswehr. Er läßt sich nun tatsächlich ohne Drill erlernen. Man braucht keinen mehr mit dem Bajonett „umzulegen“ und sich die Hände dabei zu besudeln. Heute macht man das einfacher. Heute macht man das perfekter: Man sitzt im sicheren Bunker am Schalter und drückt — vielleicht mit Handschuhen — auf einen Knopf: 50 000 Menschen (und mehr) können so getötet werden. Auch der Krieg wurde jetzt rationalisiert.

WIE IMMER: TOTE STÄDTE! VERBRANNT E ERDE!

Das wird wieder das Ende sein: Frauen ohne Männer, Kinder ohne Väter . . . Elend . . . Chaos . . . Vernichtung . . . Willst Du da mitmachen? Du mußt dich entscheiden. Du mußt eine klare Gewissensentscheidung treffen: Eine Gewissensentscheidung für das Militär oder eine Gewissensentscheidung gegen das Töten. Entscheide Dich: So oder so! Nur eines darfst Du nicht: Diese Entscheidung anderen überlassen.

DU BRAUCHST NICHT MITSCHULDIG ZU WERDEN!

Du brauchst nicht Soldat zu werden. Das garantiert Dir Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Dieses Recht wollen wir für uns in Anspruch nehmen: Wir töten nicht! Dieses Recht wollen wir auch für Dich durchsetzen, wenn Dein Gewissen NEIN sagt. Du kannst Dir unverbindlich in unseren Beratungsstellen Auskunft holen. Du kannst aber auch Mitglied bei uns werden: Denn gemeinsam erreicht man mehr. Wir — das sind jetzt rund 16 000. Alle sagen NEIN. Wir — das ist die

GRUPPE DER WEHRDIENSTVERWEIGERER e. V. KÖLN
ZWEIGGRUPPEN IN DER GANZEN BUNDESREPUBLIK

AUFNAHMEANTRAG

Ich stimme den Zielen der „Gruppe der Wehrdienstverweigerer e. V.“ zu und kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, Wehrdienst zu leisten. Ich bitte um Aufnahme und um Lieferung der monatlich erscheinenden „Informationen – Monatszeitschrift für deutsche Wehrdienstverweigerer“ zum Preis von DM 2,70 vierteljährlich durch die Bundespost. Der Beitrag beträgt DM 1,- pro Jahr. Ich verpflichte mich, die Gruppe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und mich dafür einzusetzen, daß ihre Unabhängigkeit von allen einseitig orientierten Interessengruppen und politischen Parteien, vor allem den Kommunisten und ihren Tarnorganisationen, stets gewahrt bleibt.

Name, Vorname:

Beruf:

Geb.-Datum:

Anschrift:

Unterschrift:

Sämtliche Angaben bitte in Blockschrift!

Herausgeber: GdW, Verantwortlich: H. H. Köper, Köln, Druck: Fortuna-Druck, Frankfurt-M.

Falls keine Briefmarke zur Hand, unfrankiert einwerfen

**Gruppe der Wehrdienstverweigerer
Bundesvorstand**

Köln

Hohenstaufenring 58

0221

Telefon 21-8073 + 631 82

ED 718-15-37

Ich bestelle hiermit Exemplar(e) der monatlich erscheinenden

„GdW-Informationen“

zum Preise von vierteljährlich 2,70 DM zuzüglich 9 Pf Postzustellgebühr.

Name: Vorname:

Wohnort: Straße:

Zustellpostamt:

Datum: Unterschrift:

Bitte deutlich ausfüllen

Als Drucksache — 7 Pf — einsenden

DRUCKSACHE

Gruppe der
Wehrdienstverweigerer e.V.
Bundesvorstand

Köln-Buchforst

Wildunger Straße 16

~ 1958

B34'0201
 B34'0289
 B34'0289
 B34'0308
 B34'0309
 V34'0328
 B34'0383
 V34'0331
 V34'0032
 B34'0300

ED 718-15-38



„Männer, wenn ich Euch in die Augen sehe – dann weiß ich, daß Euere Begeisterung keine Grenzen kennt!“

**Weder Ulbricht-Heer
 noch Bundeswehr!**

Verantwortlich: Wilhelm Keller, Detmold
 und Hans-Hermann Köper, Köln
 Druck: Fortuna-Druck, Frankfurt-M.

Falls keine
 Briefmarke
 zur Hand,
 unfrankiert
 einwerfen.

**An den
 Verband der
 Kriegsdienstverweigerer e.V.**

Verbandssekretariat

Detmold

Hermannstraße 41
 Tel. 3337

Zweiggruppen in den meisten Städten

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

**Verband der
Kriegsdienstverweigerer e. V.**

in der War Resisters' International

Beitrittserklärung

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg,
weder direkt noch indirekt, zu unterstützen
und an der Beseitigung aller Kriegsursachen
mitzuarbeiten.

Ich bitte um Aufnahme in den Verband und um
Lieferung der monatlich erscheinenden
»Informationen - Monatszeitschrift für deutsche
Kriegsdienstverweigerer« zum Preise von DM 2,70
vierteljährlich.

Der Beitrag beträgt DM 2,- im Jahr.

Eigenhändige Unterschrift

Angaben bitte in Blockschrift!

Name, Vorname

Beruf

Geburtsdatum

Eintrittsdatum

Wohnort

Straße und Hausnummer

Fernruf

1.58

ED. 718-15-39

**Stimmen zu unserer Zeit
eine Schallplattenreihe
zu den Problemen der Gegenwart**

Gustav W. Heinemann

Deutschlandpolitik im Zwielficht

Ausschnitte aus der Bundestagsrede vom 23. Januar 1958

17 cm Langspielplatte (33 U/Min.) Preis DM 9,40

Dr. Dr. Gustav W. Heinemann war der erste Bundesinnenminister Dr. Adenauers; er trat 1950 aus Protest gegen den Beschluß Dr. Adenauers zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik zurück und erregte damit großes Aufsehen. Als Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland seit 1945 ist Dr. Heinemann einer der profiliertesten evangelischen Gegner der deutschen Rüstungspolitik und der Massenvernichtungsmittel.

Die vorliegende Schallplatte bringt die markantesten Ausschnitte aus jener Bundestagsrede von Dr. Heinemann, die ein starkes Echo auslöste. Diese Rede ist eine überaus klare und konsequente Absage an die „Politik der eingebildeten Stärke“ Dr. Adenauers, durch die die Spaltung Deutschlands vertieft wurde.

So ist diese Schallplatte nicht nur ein wertvolles zeitgeschichtliches Dokument, sondern auch ein Zeugnis christlicher Verantwortung in der Politik.

Die Lieferung der Platte erfolgt zum Preis von DM 9,40 porto- und spesenfrei gegen Rechnung. Bestellen Sie die Platte bei

Stimme-Versandbuchhandlung, 6 Frankfurt/Main
Finkenhofstraße 4

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DR. DR. GUSTAV HEINEMANN

Das Risiko des Krieges

Am 23. Januar 1958 hielt Dr. Heinemann namens der SPD-Fraktion eine denkwürdige Rede im Bundestag, in der er die Politik der Bundesregierung einer schonungslosen Kritik unterzog. Er hielt ihr alle die Gelegenheiten zur Wiedervereinigung Deutschlands vor, die sie unbenutzt verstreichen ließ. Dr. Heinemann warnte gleichzeitig die Bundesregierung vor einer atomaren Rüstung der Bundeswehr und schloß mit den Worten: „Jedes Risiko ist geringer als das Risiko des Krieges.“

Inzwischen ist leider die SPD auf die Politik der Bundesregierung umgeschwenkt und tritt auch für eine multilaterale Atomkraft in Europa ein. Wie haben sich die Zeiten in fünf Jahren gewandelt!

Nachfolgend bringen wir die markantesten Stellen dieser Rede:

Vor 7 $\frac{1}{2}$ Jahren trennten sich die Wege, die Herr Bundeskanzler und ich zunächst gemeinsam gegangen waren. Nun begegnen wir uns erstmalig hier wieder in einem Augenblick, wo der Herr Bundeskanzler sagte, es habe noch nie so ernst um uns gestanden wie heute. Das heißt mit anderen Worten, daß die Sicherheit der Bundesrepublik noch nie so gefährdet war und daß die Wiedervereinigung unseres Volkes noch nie so wenig in Sicht war wie gegenwärtig. An diesem Urteil ist leider vieles richtig und dieses Urteil besagt zugleich, daß die Zeit gegen uns gearbeitet hat und daß wir alle miteinander gerufen sind, die Richtigkeit des Weges zu überprüfen, der in den letzten Jahren verfolgt wurde.

Das Thema des Gesprächs von 1950, als wir auseinandergingen, und heute ist im Grunde unverändert. Damals ging es auch um Eigenmächtigkeiten des Bundeskanzlers. Er war es ja, der ohne einen Beschluß der Bundesregierung den Westmächten westdeutsche Soldaten gegen die vierte, östliche Besatzungsmacht anbot, so wie heute wieder zur Erörterung steht, ob er die Bundeswehr nun auch eigenmächtig in atomare Bewaffnung verstricken wird.

Herr Dehler ist zu sprechen gekommen besonders auf die Vorgänge vom März 1952, wo die Sowjetunion damals anbot: Wiederherstellung der deutschen Einheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, freie wirtschaftliche Entwicklung, nationale Streitkräfte für ein wiedervereinigtes Deutschland, Aufnahme in die Vereinten Nationen, gesamtdeutsche Regierung, hervorgegangen aus freien Wahlen; alles das unter der Bedingung, daß Deutschland sich nicht an Militärbündnissen beteilige. Wenige Tage vorausgegangen war die Rede des Bundeskanzlers vor dem CDU-Tag in Heidelberg am 1. März 1952, wo mit aller Klarheit von ihm gesagt worden war: „Erst stärker werden“ — und dann sollte es gehen, so heißt es wörtlich, um „die Neuordnung der Verhältnisse in Osteuropa“. Und ebenso im Rundfunk vom 5. März 1952: „Es geht nicht nur um die Ostzone; es geht darum, ganz Osteuropa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien.“

Kaum wurde sichtbar eine Möglichkeit, mit der Sowjetunion wirklich weiterzukommen, da war auch schon der ganze Übermut, die ganze Hybris wieder im Spiel, es uns als Aufgabe zuzuschreiben, ganz Osteuropa neu zu ordnen! Und dem Volke hier gegenüber wurde das alles zugedeckt durch eine ungewöhnlich verheerende Parole, verheerend, weil sie in einer tückischen Weise das Richtige und das Falsche miteinander vermengte; nämlich die Parole: „Zuerst freie Wahlen!“

Ja, gewiß, freie Wahlen wollen wir alle. Aber zu sagen „zuerst“, das mußte genau den Weg zu diesen Wahlen verschließen. Und wenn Herr Dr. Gradl heute morgen hier gesagt hat, daß es ihm nicht im Sinne stehe, daß die freien Wahlen am Anfang wären, sondern das Ergebnis sein müßten von mancherlei Zwischenbemühung, so kann ich das nur dankbar zur Kenntnis nehmen, daß diese Einsicht mittlerweile da ist. Aber 1952 hieß es und noch lange danach: „Zuerst freie Wahlen“, also eben nicht vorausgehend die Lösung der militä-

rischen, strategischen Fragen in bezug auf das mitteleuropäische Gebiet.

*

Eine letzte Chance, lediglich über die Sicherheitsfragen zu einer Wiedervereinigung zu kommen, war im Winter 1954/55, eingeleitet durch eine Note der Sowjetunion vom 23. Oktober 1954, in der noch einmal die Vorschläge vom März 1952 auflebten; nämlich der Vorschlag einer Viererkonferenz, freier Wahlen in Deutschland unter internationaler Kontrolle, aber alles unter der Bedingung, daß eine Einigung erreicht werde über den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland. Und die Antwort des Westens? „Erst die Pariser Verträge! Die Sowjetunion wird hinterher auch noch verhandeln. Lassen wir uns nicht einschüchtern! Erst stärker werden!“

Das war die Antwort. Wie sieht denn nun das Ergebnis eben dieser ganzen Politik heute aus? Sie müssen ja selber sagen, daß die DDR stärker im Spiele ist als je zuvor. Wahrscheinlich fühlte die Sowjetunion in all diesen Jahren, daß ihr mehr und mehr an Stärke zuwuchs. Das heißt mit anderen Worten, daß die Politik der eingebildeten Stärke das Spiel der Sowjetunion gespielt hat, daß diese Politik der eingebildeten Stärke, wo man die Chancen ausließ, der Sowjetunion die Zeit gab, aus dem Handicap herauszukommen, das doch noch so lange für sie bestand, als sie keine Wasserstoffbomben, keine Raketen hatte. Heute ruft die CDU, ruft die Bundesregierung nach der Viererkonferenz. Als der Osten sie anbot, war die wegwerfende Antwort: „Belanglos“.

Herr Bundeskanzler, was Sie in diesen Jahren betrieben haben, war die gleiche Politik der Preissteigerung in der Deutschlandpolitik, wie wir sie auch hier in der Wirtschaft erleben! Und ich erachte es für die historische Schuld der CDU, daß sie bis zum Jahre 1954 in dieser leichtsinnigen Weise die damaligen Möglichkeiten ausgeschlagen hat, denen wir heute nachtrauern müssen. Wie lange wollen Sie dieses Spiel noch fortsetzen, wie lange noch?

Heute klagen Sie, ja, und ich kann

nur sagen, mit viel sachlicher Berechtigung, über die Zustände in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie haben besonders erwähnt die schweren Auseinandersetzungen, die dort mit der Kirche im Gange sind. Aber, lieber und verehrter Herr Dr. Gradl, darf ich Sie mal eins fragen? Erachten Sie es für gut, daß der Westen aufmarschiert unter dem Schild und der Parole einer christlichen Front? Es gibt ein Blatt „Evangelische Verantwortung“, herausgegeben vom evangelischen Arbeitskreis der CDU. Da war in der Nummer vor der Wahl, der Nummer vom August 1957, eine Zuschrift zu lesen, wonach der Westen ja noch eine „Waffe gegen das Untier im Osten“ habe, und diese die aufhaltende Macht im Sinne des 2. Thessalonicherbriefes gegen den Antichristen sei. Ich bitte Sie herzlich, verehrte Freunde von der CDU und dem evangelischen Teil darin: sorgen Sie doch dafür, daß solche Klänge endlich verschwinden. Es geht nicht um Christentum gegen Marxismus! Es geht um die Erkenntnis, daß Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle!

II.

Unsere politische Aufgabe nach dem Krieg war von Anfang an und ist bis zur Stunde eine doppelte, und das heißt mit anderen Worten: um ein wesentliches Stück schwerer, als die CDU uns sie vorstellt. Sie war eine doppelte, nämlich zu verbinden miteinander das harte, das unerschütterliche **Nein** zum totalitären System mit dem **Ja** zur Nachbarschaft zu den totalitär regierten Ostvölkern. Das müssen wir miteinander fertigbringen: dieses Nein und dieses Ja.

Ich habe dem Herrn Bundeskanzler nie und keinen Augenblick vorgeworfen, daß er einen Ausgleich betrieb mit den westlichen Nachbarn. Das war unerlässlich. Aber ich habe ihm immer vorgeworfen und tue es auch in dieser Stunde, daß er mit diesem westlichen Ausgleich neue Ostfeindschaft verbunden hat in der Art, wie geredet wurde, von ihm und seinen Mitarbeitern bis tief in die Reihen der CDU hinein — und in der Art, wie gefordert wurde: „Neuordnung“ usw.

— bis wohin denn? Diese doppelte Aufgabe endlich anzufassen, das ist das Gebot der Stunde, und dem gilt alle Bemühung um eine neue Überlegung, nachdem Sie ja selber sagen müssen, es stand noch nie so schlecht um uns wie heute.

Die Rüstung löst diese Doppelheit der Aufgabe nicht! Ehe die zwölf westdeutschen Divisionen da sind, sind ja zwölf westalliierte längst aus Europa abmarschiert, und vor allem haben die Sowjets längst das Tausendfache an Waffenkraft dagegen entwickelt aus dem, was sie nun heute haben. Das ist doch die Bilanz des ganzen Rüstungswettlaufs, oder ich will sagen: des dreifachen Wettlaufs: in neuen Waffen, in alten Waffen und in der Wirtschaftshilfe gegenüber den Völkern in aller Welt. Dieser dreifache Wettlauf trägt sich nicht mehr aus. Und wenn man diesen Weg trotz dieser Gegebenheit, trotz dieser Erkenntnis heute immer noch fortsetzen will, dann muß allerdings auch ich sagen: wer Deutschland immer noch tiefer spalten will, kann es dann nicht besser machen als in Fortsetzung immer noch dieses Weges!

Herr Bundeskanzler, für mich bedeutet dieses alles an Sie die Frage, ob Sie nicht nachgerade zurücktreten wollen! Warum, Herr Bundeskanzler? Ich bitte Sie, das jetzt einen Augenblick zu hören. Ich verstehe zur Genüge, daß Sie sich in eine politische Sicht und in einen politischen Weg begeben haben, von denen Ihnen persönlich der Rückweg schwerfällt. Das verstehe ich. Dafür haben Sie vieles darangesetzt, die Dinge dahin zu entwickeln, wohin Sie sie geführt haben. Aber ich meine, daß eine ruhige Überlegung und Prüfung der gesamten Gegebenheiten es nachgerade nahelegen sollte, den Weg freizugeben für andere Kräfte, die nun aus dieser Gegebenheit wirklich und glaubwürdig das entwickeln, was geboten ist.

Es macht mich bis ins Tiefste betroffen, mit welcher Selbstverständlichkeit Sie im Begriffe sind, auf eine atomare Bewaffnung hier in Deutschland zuzugehen. Steht Ihnen überhaupt nicht irgendwie zur Überlegung — und zwar so zur Überlegung, daß Sie sich getrauen möchten, das hier auch einmal auszuspre-

chen —, daß diese Massenvernichtungsmittel von heute doch einfach keine Waffen mehr sind? Herr von Brentano hat das am vergangenen Sonntag in seiner Berliner Rede laut Bulletin sogar wörtlich so gesagt. Aber bitte: wenn das eben keine Waffen mehr sind, sondern wenn das etwas ganz anderes ist, dann können Sie doch unmöglich in dieser Selbstverständlichkeit auf eine solche Bewaffnung zugehen! Die Warnungen davor werden immer dringender. Und ich muß es beklagen, daß der Herr Bundesverteidigungsminister hier von einer „Panikmache“ redet. Verehrter Herr Dr. Strauß: Albert Schweitzer ist kein Panikmacher. Die 18 Göttinger sind keine Panikmacher. Die 9000 Wissenschaftler aus 40 Ländern, die gerade eine Eingabe an die Vereinten Nationen eingereicht haben, sind keine Panikmacher!

*

Verehrte frühere Freunde von der Christlich-Demokratischen Union! Ich appelliere hier an Sie mit der Frage, ob oder wie Sie glauben, verantworten zu können, auf Massenvernichtungsmittel zuzuschreiten, von denen auch Herr von Brentano sagt, daß sie keine Waffen mehr seien. Sie werden nicht durchkommen etwa mit dem Satz, daß eine solche atomare Bewaffnung zwangsläufig sei, zwangsläufig, weil andere Mächte, weil die Sowjetunion solche Massenvernichtungsmittel besitzt. „Zwangsläufig“, das ist eine atheistische Denkkategorie! Von Zwangsläufigkeit kann nur derjenige sprechen, für den Gott nicht mehr im Weltregiment sitzt.

Und es wird auch nicht gelingen, die Menschen hierzulande einfach an die Massenvernichtungsmittel zu gewöhnen, so wie man ihnen die Ausrüstung nach 1950 angewöhnt hat. Seien Sie sich darüber klar! Ich spreche hier gar keine Drohungen aus, das liegt mir völlig fern. Ich möchte nur dazu helfen, daß hier nicht auf irrtümlichen Grundlagen politisch gehandelt wird, auf brüchigen Grundlagen gehandelt wird. Seien Sie sich klar darüber, daß das, was der Herr Dr. Strauß „Panikmache“ nennt, einer tiefen, letztlich begründeten, unüberwindlichen Furcht im Volke ent-

(Fortsetzung Seite 13)

Einer der sich weigert, mit der Bombe zu leben

Friedens-Nobelpreis für Linus Pauling

Über den Friedens-Nobelpreis für das Jahr 1962, den das norwegische Nobelpreis-Komitee Dr. Linus C. Pauling verliehen hat, wurde fast in der gleichen Stunde entschieden, als der Testbann-Pakt in Moskau abgeschlossen wurde — eine Tatsache, die eine ausdrucksvolle Anerkennung für das bedeutet, was Prof. Pauling zur Schaffung einer besseren Kenntnis der Schrecken eines möglichen Atomkrieges beigetragen hat.

Prof. Pauling vom California Institute of Technology ist einer der bedeutendsten Biochemiker der Welt. Er ist auch ein außerordentlich mutiger Mann, der seinem Gewissen folgt, allen McCarthys und Senate Subcommittees zum Trotz. Sein fanatischer Kampf gegen Atom-Teste mit der unausbleiblichen Verseuchung der Welt als Folge hat in einer Epoche, in der gewisse Kreise jede, gegen Gewalt gerichtete Lebensäußerung als eine prokommunistische zu sehen geneigt sind, die seltsamsten und paradoxesten Folgen für ihn gehabt: so erhielt er eine Auszeichnung seitens des Präsidenten

der Vereinigten Staaten für die hervorragenden Dienste, die er den USA während des zweiten Weltkrieges geleistet hat, und später verweigerte ihm das State Department einen Paß, weil er kommunistischer Neigungen verdächtig sei.

Den schwersten Kampf für seine Überzeugungen focht er 1960 aus, als 11 021 Wissenschaftler in 49 Ländern seine Petition gegen Atomteste unterzeichnet hatten, und er sich hartnäckig weigerte, dem Senats Subcommittee die entsprechende Korrespondenz vorzulegen. Im vergangenen Jahre wanderte er eines Vormittags vor dem Weißen Hause mit einem Schild gegen Atomteste auf und ab, und am selben Abend nahm er im Weißen Haus an einem Dinner für Nobelpreisträger teil.

Unter diesen nimmt Pauling insofern eine einzigartige Stellung ein, als er der einzige ist, der jemals zwei volle Nobelpreise — den vorherigen als Biochemiker — erhalten hat. Selbst Madame Curie hatte es nur zu andert-halb gebracht.

(Schluß von Seite 9)

springt, daß hier ein Verhängnis heraufzieht, dem man sich entgegenstellen wird. Es wird das, was hier Panikmache genannt worden ist — ich kann diesen Ausdruck nur tief bedauern — es wird das nicht weggewischt werden können, einfach weil hier die Wunde, die Sorge viel zu tief brennt, viel zu echt ist — hier wird sich etwas mobilisieren.

Uns treibt die Sorge, daß hier Versäumnisse geschehen. Sie werden uns unablässig am Werke finden. hier die Initiative, wenn sie so wollen, auch die Phantasie anzuregen und zu beflügeln, damit wir über den toten

Punkt hinwegkommen, ehe denn die Katastrophe vollends da ist und Sie uns noch einmal wieder sagen, es sei noch böser um uns bestellt und es sei noch viel risikoreicher geworden usw., wie wir das von Ihnen bis dato zu hören bekamen. Halten Sie uns, bitte, auch nicht entgegen, daß auch das, was wir wollen, daß auch das, was wir anregen, mit Risiken verbunden ist. Das wissen wir selbst. Aber das Kriegsrisiko, das hier so drohend vor uns steht, das wird uns munter machen, und ich meine, auch willig machen müssen, ein anderes Risiko, ein Risiko friedlicher Begegnungen und Auseinandersetzungen einzugehen. Denn jedes Risiko ist geringer als das Risiko des Krieges!

ED 718-15-44

MONATSSCHRIFT **DIE** FÜR FRIEDEN
FRIEDENS **VERSÖHNUNG**
RUNDSCHAU VÖLKER
VERSTÄNDIGUNG

Aus dem Inhalt

Th. Michaltschew: Wiedervereinigungspolitik

Dr. Dr. Gustav Heinemann: Das Risiko des Krieges

Philip Noel-Baker: Mit der Bombe leben?

Einer, der sich weigert, mit der Bombe zu leben

Gerd Hirschauer: Zivildienstverweigerung

Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker: Bedingungen des Friedens

Dr. Stefan Matzenberger: Kriegsdienstverweigerung

im Lichte des göttlichen Rechtes, des Naturrechtes, des Völkerrechtes

17. JAHRGANG, NOVEMBER, PREIS DM 0,80, VERLAGSORT: HAMBURG Nr.

11

C 3059 E

1963

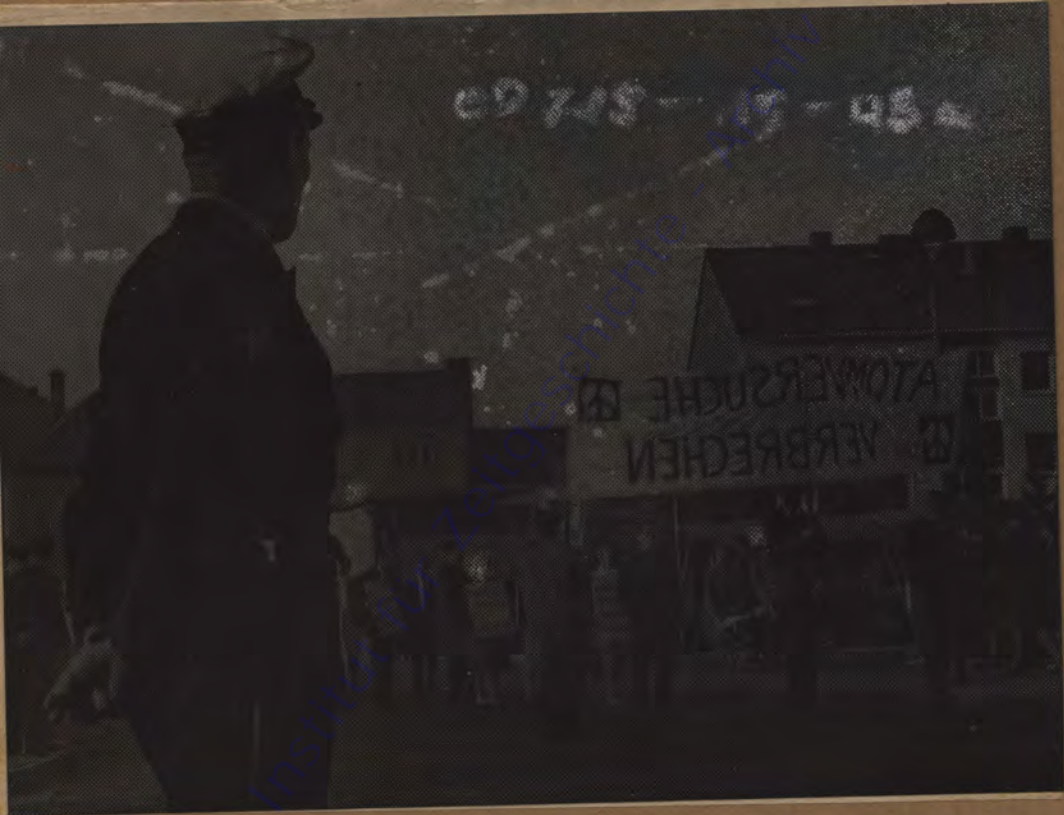
Wart
für Archiv
"Gewaltlose Aktionen
habe ich von Prof. Reu (Freyenstein)

ED 718-15-45

haben

3/12
1961

(Klinische FR-Bild)



31.10.61

ED 718-15-46

WIDERSTAND GEGEN ATOMWAFFEN JEDER ART UND JEDER NATION
IN OST UND WEST

Der Ostermarsch deutscher Atomwaffengegner
1961

Eine Presseanalyse
Zusammengestellt von Karl-Heinz Stahnke

- 1961-

Veröffentlichung des VERBANDES DER KRIEGSDIENSTVERWEIGER
in der WAR RESISTER'S INTERNATIONAL e.V. (VK)
-Dokumentationsabteilung-
(24a) Ahrensburg (Holst) 1, Bogenstr. 14
FOLGE 2

V O R W O R T.

Wir müssen ein für allemal erkennen, daß unsere Haltung gegenüber den Greueln der Nazizeit falsch war. Mit diesem ICH-WEIB-VON-NICHTS, ICH-BIN'S-NICHT-GEWESEN, oder WIR-KONNTEN-NICHTS-DAGEGEN-TUN können wir uns nicht von der Gewissenslast befreien. Es ist vielmehr nötig, daß wir uns klarmachen, was die Ereignisse dieser Ostertage für uns bedeuten.

Alles politische Informationsmaterial bedarf der Beurteilung, wenn es nützlich werden soll. Ein Urteil, das politische Einzelentscheidungen wirklich begründen kann, wird im allgemeinen nur der politische Fachmann fällen können, dem die Fülle der Tatsachen geläufig ist. Will der einzelne Staatsbürger sich eine eigene Meinung bilden, so hat auch er die Möglichkeit sich zu informieren. Natürlich entsteht hier die Gefahr, daß er gegenüber der Kompliziertheit der Probleme verzagt und entweder darauf verzichtet, sich eine eigene Meinung zu bilden, oder aber sich mit einer schrecklichen Vereinfachung begnügt. Die hier gewagte Presseanalyse **enthüllt** aufrichtig die Mängel, denen der einzelne Staatsbürger bei seiner einseitigen Meinungsbildung durch die Presse unterliegt.

Es ist wahrscheinlich notwendig, sich einmal die Frage vorzulegen, was die tatsächlichen Wirkungen eines Atomkrieges mit vollem Einsatz der existierenden Waffen heute wären. Wer dies durchdenkt, wird überzeugt sein, daß dieses Unglück vermieden werden muß, soweit das überhaupt in menschlichen Kräften steht. Er wird insbesondere auch sehen, daß die Kultur und die bürgerliche Freiheit, die wir zu schützen wünschen, durch den tatsächlich ausgebrochenen Krieg aller Voraussicht nach zerstört werden würden. Es ist nötig, sich nicht dem bloßen Erschrecken hinzugeben, sondern weiter zu denken. Der Weg zum Weltfrieden kann sich nicht der gewohnten Mittel bedienen. Umdenken tut not! Der Widerstand der entschiedenen Atomwaffengegner gegen die Übermacht des konventionellen Denkens ist ohne reelle Chance, solange er sich auf die üblichen Mittel politischer Einflußnahme beschränkt. Dieser Protest war ein Anfang; er wollte als solcher und als Mittel die Öffentlichkeit wachrufen und die Gefährdung bewußt machen.

Der vorliegende Bericht stellt eine Analyse der in den westdeutschen Zeitungen veröffentlichten Nachrichten dar. Nicht berücksichtigt sind die Veröffentlichungen der Auslandspresse, der pazifistischen Zeitschriften und der Pressemeldungen aus der DDR.

Für das Interesse an unserer Arbeit möchte ich an dieser Stelle Frau Dr. Hannelis Schulte besonderen Dank sagen. Ohne ihre hilfreiche Unterstützung wäre die Veröffentlichung dieser Arbeit nicht möglich gewesen.

Ahrensburg, den 31.10.1961

Karl-Heinz Stahnke

I. Arbeitsgrundlage

Für die Presseanalyse wurden 956 (134)⁺ Presseauschnitte ausgewertet. Die Mehrzahl der Berichte wurde innerhalb von 8 Wochen veröffentlicht. Den Texten waren 170 (17) Abbildungen beigelegt. Nur wenige Fotos wurden einmal gebracht. 49 (6) Pressefotos wurden mehr als zweimal veröffentlicht.

Die Presseauschnitte umfassen folgenden Zeitraum:

28. Januar 1961	=	1	Presseauschnitt
30. Januar 1961	=	1	"
31. Januar 1961	=	1	"
1. Februar 1961	=	1	"
10. Februar 1961	=	1	"
12. Februar 1961	=	1	"
13. Februar 1961	=	1	"
17. Februar 1961	=	1	"
18. Februar 1961	=	6	Presseauschnitte
22. Februar 1961	=	1	Presseauschnitt
24. Februar 1961	=	3	Presseauschnitte
25. Februar 1961	=	1	Presseauschnitt
1. März 1961	=	17	Presseauschnitte
2. März 1961	=	5	"
3. März 1961	=	4	"
4. März 1961	=	5	"
5. März 1961	=	1	Presseauschnitt
8. März 1961	=	5	Presseauschnitte
9. März 1961	=	6	"
10. März 1961	=	2	"
11. März 1961	=	7	"
13. März 1961	=	16	"
15. März 1961	=	15	"
16. März 1961	=	7	"
17. März 1961	=	9	"
18. März 1961	=	11	"
20. März 1961	=	3	"
21. März 1961	=	14	"
22. März 1961	=	4	"
23. März 1961	=	74	"
24. März 1961	=	27	"
25. März 1961	=	128	"
26. März 1961	=	3	"
27. März 1961	=	30	"
28. März 1961	=	21	"
29. März 1961	=	18	"
30. März 1961	=	41	"
31. März 1961	=	2	"
1. April 1961	=	68	"
2. April 1961	=	42	"
3. April 1961	=	4	"
4. April 1961	=	258	"
5. April 1961	=	59	"
6. April 1961	=	3	"
7. April 1961	=	9	"
8. April 1961	=	13	"
9. April 1961	=	1	Presseauschnitt
12. April 1961	=	1	"
13. April 1961	=	1	"
15. April 1961	=	1	"
23. April 1961	=	1	"
1. Mai 1961	=	1	"

+) Die Zahlenangaben in Klammern sind aus der Presseanalyse 1960 entnommen.

II. Auswertung der Überschriften

Die deutsche Presse wählte für ihre Berichterstattung nachstehende Überschriften (Auswahl):

1. März 1961

Der Ostermarsch - Sache des Gewissens
Falken begrüßen Ostermärsche
IG Metall unterstützt Protestaktion gegen atomare Aufrüstung
SPD versucht Atomwaffengegner kaltzustellen

4. März 1961

Widerstand gegen Atomrüstungspläne

13. März 1961

Protestmarsch mit Jazzmusik
Jazz und Kabarett gegen Atomwaffen
Auf zum Ostermarsch

15. März 1961

Sternmarsch der Atomwaffengegner
Warnung des DGB vor den Ostermärschen

16. März 1961

Absage an Ulbricht
Unerwünschte Schützenhilfe

17. März 1961

Wir dürfen keine Ruhe geben
Wohin führt der "Ostermarsch" ?

18. März 1961

Kriegsdienstverweigerer wollen keine Unterstützung von der SED
Hinter dem "Ostermarsch" steht die KPD

21. März 1961

"Falken" billigen Ostermarsch
Atomwaffengegner distanzieren sich von "Ostermarsch Saar"
Finale mit Fackelzug
DFU unterstützt Ostermarsch der Atomwaffengegner

22. März 1961

Atomwaffengegner distanzieren sich von SED-Beifallskundgebungen

23. März 1961

Das ist der falsche Weg
Ollenhauer gegen "Ostermärsche"

24. März 1961

Protest bei Ollenhauer
Atomgegner kontra SPD
Atomwaffengegner: SPD lügt !
Atomtödlern marschieren
SPD marschieren nicht mit.

25. März 1961

DGB warnt erneut vor Ostermärschen
Vermutlich kein Ostermarsch
Jungsozialisten distanzieren sich
Gegen die Ostermärsche
"Ostermärsche" für DGB-Mitglieder verboten

27. März 1961

DGB untersagt Beteiligung an Ostermärschen
Atomwaffengegner zeigen SPD und DGB wegen Verleumdung an
Marsch gegen Atomrüstung in aller Welt

28. März 1961

"Nicht unterwandert"
Wird der Ostermarsch ausfallen ?
Ostermarsch-Veranstalter kündigen Strafanträge an

29. März 1961

Merkwürdige Osterfreuden
"Ostermärsche" kein Weg zur Abrüstung
Mit Luftmatratzen bewaffnet...

30. März 1961

Ostermärsche stießen auf Widerstand
Neues Hobby: " Ostermarsch "
SPD und DGB für Ostermarsch

1. April 1961

Ostern 1961 im Zeichen der Atomwaffengegner
Und sie marschieren doch
Viele tausend Atomwaffengegner demonstrieren
Ostermärsche begannen
Protestmarsch zur Raketenbasis

3. April 1961

Ostermärsche der Atomwaffengegner
Protest in Eis und Schnee
Ostermärsche zwischen Wahn und Wirklichkeit

4. April 1961

Protestmärsche in aller Welt
Atomwaffengegner opferten ihre Osterruhe
Bayern sperrte Atomgegnern die Straßen
Regen störte die Sternmärsche
Sie liefen sich Blasen
Demonstration ohne Echo
Zum Weitermarsch über die Zonengrenze aufgefordert
"Ostermarsch" verlief ohne Störungen
Protest in strömenden Regen
Ostermärsche der Atomwaffengegner "für die Vernunft
in einer verrückten Welt"
Sehr friedliche Ostermärsche
"Gegen Atomwaffen in Ost und West"
Ein Baby "marschierte" mit
Schwarze Fahnen
Protestmarsch der Atomwaffengegner führte über Stock
und Stein

5. April 1961

9 000 Atomwaffengegner marschierten
Ostermärsche wurden kaum beachtet
Die Bilanz der Ostermärsche
Atomwaffengegner fanden wenig Widerhall
Statt 20 000 nur 3 500 Teilnehmer bei den deutschen
"Ostermärschen"

8. April 1961

Gegen den Atomtod

Ein Vergleich, ich möchte ihn dem Leser überlassen, zwischen dem täglichen Presseanfall und den Überschriften spricht für sich.

III. Die deutsche Presse 1961

Nach den neuesten uns vorliegenden Angaben gibt es in der Bundesrepublik Deutschland 1 636 Zeitungen. Die Ergebnisse dieser Presseanalyse durchleuchten die politische Gliederung und Bindung ebenso wie die meinungspolitische Kraft der deutschen Presse.

Die Nachrichten und Berichte über den Ostermarsch wurden in 309(88)⁺ Zeitungen veröffentlicht. Die Zahl der Verlagsorte betrug 196 gegenüber 73 des Vorjahres. Nur bei 13 Herausgebern konnte eine positive Berichterstattung festgestellt werden. Bei 14 Presseorganen ließ sich eine sehr einseitige und negative Unterrichtung der Leser ermitteln. Die Mehrzahl der Zeitungsverlage übernahm die Meldungen der Nachrichtenagentur dpa ohne Nachprüfung und kommentarlos. Nachstehend folgt eine Übersicht über Zeitungen, die mehr als drei Meldungen gebracht haben. Die Zahl der Berichte ist jeweils in Klammern aufgeführt.

Abensberger Tageblatt (5)	General-Anzeiger, Bonn (7)
Abendpost, Frankfurt (4)	Gießener Anzeiger (4)
Allgemeine Zeitung, Mannheim (6)	Goslarsche Zeitung (4)
Allgemeine Zeitung für Nordbarden und der Pfalz (5)	Grafschafter Nachrichten, Nordhorn (4)
Allgemeine Zeitung für Württemberg (4)	Hanauer Anzeiger (8)
Altmühl-Bote, Gunzenhausen (5)	Hannoversche Presse (4)
Amberger Volksblatt (7)	Hamburger Abendblatt (4)
Amberger Zeitung (4)	Hamburger Echo (5)
Die Andere Zeitung, Hamburg (8)	Hamburger Morgenpost (8)
Augsburger Allgemeine (8)	Heidelberger Tageblatt (7)
Badische Allgemeine Zeitung, Karlsruhe (6)	Heidenheimer Volksblatt (4)
Badisches Tagblatt (5)	Heidenheimer Zeitung (4)
Balinger Volksfreund (5)	Die Heimat am Mittag (Hattinger Zeitung) (7)
Bamberger Volksblatt (4)	Heimat Zeitung des Kreises Groß-Gerau (4)
Bayreuther Tagblatt (5)	Heilbronner Stimme (5)
Bersenbrücker Kreisblatt (4)	Hersfelder Volkszeitung (5)
Darmstädter Echo (4)	Hessische Allgemeine, Kassel (8)
Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf (16)	Industriekurier, Düsseldorf (4)
Deutsches Volksblatt, Stuttgart (5)	Kasseler Post (4)
Dill-Zeitung, Dillenburg (5)	Kieler Nachrichten (6)
Donaukurier, Ingoldstadt (5)	Kölnische Rundschau (6)
Düsseldorfer Nachrichten (4)	Kuseler Tageblatt (4)
Duisburger General-Anzeiger (5)	Landeszeitung für die Lüneburger Heide (4)
Erlanger Tagblatt (4)	Landshuter Zeitung (4)
Fränkische Presse, Bayreuth (8)	Lübecker Nachrichten (5)
Fränkische Tagespost, Nürnberg (5)	Ludwigsburger Kreiszeitung (5)
Frankenpost, Hof (5)	Main Echo, Aschaffenburg (7)
Frankfurter Allgemeine Zeitung (7)	Mannheimer Morgen (7)
Frankfurter Neue Presse (7)	Mindener Tageblatt (5)
Frankfurter Rundschau (9)	Der Mittag, Düsseldorf (6)
Freisinger Tagblatt (5)	Münchener Merkur (7)
Fuldaer Zeitung (7)	NWZ Göppinger Kreisnachrichten (6)
Gelnhäuser Tageblatt (4)	Neue Deister Zeitung, Springe
	Nürtinger Kreisnachrichten (4)
	Offenbach Post (6)
	Die Rheinpfalz, Ludwigshafen (4)
	Ruhr-Nachrichten, Essen (7)

)+ = Vergleichszahl für 1960

Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg (4)	Tages Anzeiger, Regensburg (8)
Saarbrückener Landeszeitung (4)	Taunusbote, Bad Homburg (4)
Saarbrückener Zeitung (4)	Trierischer Volksfreund (6)
Siegener Zeitung (5)	Unter-türkheimer Zeitung (4)
Solinger Tageblatt (5)	Velberter Zeitung (5)
Süddeutsche Zeitung, München (15)	Die Welt, Essen (4)
Südschleswigsche Heimatzeitung, Flensburg (5)	Weserkurier, Bremen (5)
Schwäbische Donau-Zeitung, Ulm (4)	Wiesbadener Kurier (5)
Stuttgarter Nachrichten (7)	Württembergisches Abendblatt, Vaihingen (4)
Die Tat, Frankfurt (8)	

ED 718-15-52

IV. Auszüge aus Presseartikeln zum Ostermarsch

"Cannstatter Zeitung, Bad Cannstatt" vom 23.3.1961

SPD beteiligt sich nicht an "Ostermärschen"

Bonn-...Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer erklärte dazu, die SPD distanzieren sich von den Ostermärschen nicht deshalb, weil sie für die Fortsetzung des Atomwetterüstens wäre oder es aufgegeben hätte, für die Abrüstung einzutreten. Sie sähe vielmehr die Ostermärsche nicht als geeignetes Mittel an, um der Abrüstung näher zu kommen. Wer, wie die Propagandisten für die Ostermärsche nur die einseitige Abrüstung verlange und mit den Ostermärschen gegen die Lagerung von Atomwaffen im Westen protestiere, der leiste ungewollt denjenigen Vorschub, die dann lieber "alles beim alten lassen."...

"NWZ Geislinger Fünftälerbote; Geislingen" vom 24.3.1961

Atomwaffengegner: SPD lügt

Hamburg(dpa)...der "Koordinator für die Ostermärsche", Tempel,...erklärt: Die SPD sei unwahrhaftig, wenn sie den Atomwaffengegnern vorwerfe, nur die einseitige westliche Abrüstung zu fordern.

"Badisches Tagblatt, Rastatt" vom 28.3.1961

Ostermarsch-Veranstalter kündigen Strafanträge an

Düsseldorf (dpa)- ... SPD und DGB wird der Vorwurf gemacht, sie wollten durch Verleumdung ihre eigene, bisher jedoch "inaktive" Aktion "Kampf dem Atomtod" möglichst bald aus wahltaktischen Gründen in Vergessenheit geraten lassen.

"Butzbacher Zeitung, Butzbach" vom 29.3.1961

Merkwürdige Osterfreuden von Heinz HARTMANN, Bonn

...Die Ostermärsche sind nichts anderes, als ein Versuch, die demokratischen Grundrechte gegen den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik zu mißbrauchen....

"Altmühl-Bote, Gunzenhausen" vom 29.3.1961

Unser Kommentar: Ostermarschierer

...Eine Gruppe von neutralistischen Schwärmern, deren laute Betriebsamkeit in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl steht, hat sich vorgenommen, die Festtage mit einer höchst zweifelhaften politischen Propaganda-Aktion auszufüllen.... Es finden sich in ihr all die Namen bekannter "Nonkonfirmisten" wieder, die schon seit Jahr und Tag bewußt oder unbewußt der östlichen Propaganda in der Bundesrepublik Vorschub leisten. Das Osterfest wird somit alle "Marschierer" auf den Beinen sehen, die in der Bundesrepublik gegen Staat und Regierung sind....

"Heidelberger Tageblatt, Heidelberg" vom 30.3.1961

Die Herausforderung / Von Dr.A. WINBAUER

...Natürlich geht es dabei nicht um einen Protest gegen die atomare Aufrüstung. Das ist nur der Vorwand. Der eigentliche Sinn ist ein völlig anderer. Es geht um die Kraftprobe der linken Kräfte der SPD und des DGB gegen die offizielle Partei- und Gewerkschaftsführung....
Denn es ist klar: dieser "Ostermarsch" ist weniger als Herausforderung der offiziellen Bonner Politik denn als Herausforderung der offiziellen SPD-Politik gedacht und geplant....

"Deutsche Stimmen, Hannover" vom 1.4.1961

Braunschweig: Und sie marschieren doch. SPD und DGB in Tuchfühlung

... Der Pressekonferenz, in der diese Erklärungen abgegeben wurden, waren die eingeladenen Verlags- und Schriftleiter der sozialdemokratischen "Braunschweiger Presse" ostentativ ferngeblieben.

"Bersenbrücker Tageszeitung, Bersenbrück" vom 2.4.1961

Neues Hobby: "Ostermarsch"

... Ein bezeichnendes Licht auf die Hintergründe des "Ostermarsches 1961" wirft eine Begebenheit, die sich Ende 1960 in Hamburg zutrug. Vertreter des nichtkommunistischen auf gewaltlosen Widerstand ausgerichteten englischen "Direct Aktion Committee against Nuclear War" baten beim "Verband der Kriegsdienstgegner" um Unterstützung für eine beabsichtigte gewaltlose Protestaktion gegen den atomaren Krieg beiderseits der Zonengrenze in Deutschland. Die Delegation erhielt diese Antwort: "Solch eine Aktion muß unter allen Umständen verhindert werden !"...

"Deutsche Tagespost, Würzburg" vom 4.4.1961

Sie liefen sich Blasen (Victor PETIT)

Würzburg.(DT)...Die CDU und die CSU hätten sich aber gegen die Ostermärsche einschalten müssen. Die Meinung, man solle solche Bewegungen "sich totlaufen" lassen, ist lächerlich, wenn nicht zum Weinen. Solche Meinungen konnte man auch vor 1933 gegenüber dem Nationalsozialismus hören. Der Kommunismus wird sich bei uns nicht "totlaufen", ebensowenig wie sich die "Atomwaffengegner" "totlaufen" werden. An Ostern 1961 liefen sie sich Blasen. Aber daß ihre Wirksamkeit eingedämmt wurde, ist den jungen Leuten zuzuschreiben, die in Gegenaktionen ihre Osterruhe opfer-ten, während sich Abgeordnete und Funktionäre der CDU und CSU auf ein "höheres Niveau" zurückgezogen, von dem nicht immer anzunehmen ist, daß es sich nur in östlicher Meditation erschöpfte....

"Bild am Sonntag, Frankfurt a.Main" vom 4.4.1961

Sie küßten und sie schlugen sich

... Nur wenige hundert Menschen beteiligten sich an den Demonstrationen.
... Selbst beim Marsch durch die Straßen wurde eifrig geküßt...

"Kasseler Post, Kassel" vom 4.4.1961

"Weitermarschieren" Klägliche Osterdemonstration

...Aber - wie kann eine atomare Auseinandersetzung verhindert werden ? An dieser Frage scheiden sich die Geister. Wenn wir, wie die Ostermarschierer, in den Wolken selbstgeschaffener Illusionen schweben, werden wir die drohende Gefahr nicht mindern, sondern vergrößern. Was uns allen nottut, ist Klarheit und Nüchternheit in der Betrachtung und Bewertung dieser Welt und ihrer Verhältnisse....

"Süddeutsche Zeitung, München" vom 5. April 1961

Das Streiflicht

...Was soll der Chronist aus dem geschilderten Zahlengefälle für Schlüsse ziehen? Den einen bestimmt, daß die Aktion in der Bundesrepublik ein Mißerfolg war. Schwieriger schon ist es, ihn zu erklären. Die Leute haben Disziplin geübt, kan man sagen. Sie haben ihren - ja, soll man sagen: Vorgesetzten, Organisationen oder Führern vertraut, die ihnen, einschließlich der SPD, nahelegten, sich von der Sache fernzuhalten. Solcherart negativ ermuntert, hätten sie schon einen ganz außergewöhnlichen eigenen Willen haben müssen, aus Leidenschaft und Überzeugung geboren, um wider den Stachel zu löcken und die Empfehlung der Vorgesetzten, Organisationen und Führer in allem Respekt nicht zu respektieren....

Wogegen wir sind, und zwar mit aller Schärfe, ist dies: daß ein Wohlverhalten, das in Wahrheit Bequemlichkeit ist, sich bei uns ausbreitet und schließlich auch ohne Polizeistaat als einzig erlaubte Meinung gilt. Wie schrieb doch jener Chronist? Es sei erstaunlich, daß immer noch "ehrenhafte Namen" auf den Briefköpfen der Atomwaffengegner stünden. Wollte er wirklich damit sagen, daß es also unehrenhaft sei, sich zu deren Ansicht zu bekennen? Ob wir nun dafür oder dagegen sind, das ist einfach ungehörig.

"Blick in die Zeit, Mannheim", 2. April-Ausgabe

Fröhliche Ostern auf der Straße

Welche Kraft strahlten diese jungen, älteren und auch alten Menschen aus, die auf eine "fröhliche Ostern" verzichteten und gegen den Schrecken der Atomwaffen und dafür marschierten, daß die Welt bald einem dauerhaften Frieden und alle Menschen einer glücklicheren Zukunft entgegen gehen. Welche Sympathie muß man ihnen entgegenbringen! Und sie wurde ihnen entgegengebracht.

In den Dörfern wurden sie freundlich begrüßt. Man gab ihnen Quartier, obwohl in Wardböhmern von den Atombombenbefürwortern versucht wurde, Ihnen das Quartier abzutreiben. Die Bauern gaben warme Milch und die Dorfbewohner tanzten abends mit ihnen! Und nicht genug, daß man am Tage marschierte, abends wurde ein Bericht eines holländischen Teilnehmers über den Kampf in Algerien aufmerksam angehört, ein Lichtbildvortrag über Indien mit Spannung entgegengenommen und viel diskutiert. Es gab viele unterschiedliche Meinungen und Ansichten, aber niemals einen Streit über die Abschaffung "der Bombe" und über die Notwendigkeit der Einigkeit....

Auszug aus den Abendnachrichten des Norddeutschen Rundfunks am 3. April 1961 um 21 Uhr 45.

... Heute endeten die Ostermärsche der Atomwaffengegner. An den Umzügen beteiligten sich nur wenige Tausend Menschen. Die Veranstalter hatten mit 20 000 Demonstranten gerechnet. Im gesamten Bundesgebiet verliefen die Ostermärsche fast ohne Zwischenfälle. In einigen Orten wurden von der Polizei Transparente beschlagnahmt. In Süddeutschland hatten einige Städte den Atomwaffengegnern den Marsch durch die Straßen untersagt. Die Veranstalter hatten während ihrer Umzüge die u.a. in Hamburg, Bremen, Dortmund, München und Heidelberg endeten, alle kommunistischen Annäherungsversuche mit Nachdruck zurückgewiesen. ...

V. Die Bilanz der deutschen Ostermärsche

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer e.V. schätzt 3 500 Marschteilnehmer. Alle zehn Kundgebungen zum Abschluß der Märsche umfaßten rund 20 000 Teilnehmer. Darunter waren beteiligt:

Hamburg	2 000
Bremen	600
Hannover	800
Frankf.	3 000
München	500
Stuttgart	1000
Heidelb.	500
Dortmund	3 000

Die geringe Zahl der Teilnehmer, trotz Verleumdung und Widerstand von Behörden, Parteien, Gewerkschaften, Presse und Rundfunk waren es ja immerhin noch rund 20 000 Menschen, mag enttäuschen. Aber so ganz bedeutungslos, wie sie die konformistische Presse der Bundesrepublik hinzustellen beliebte, sind die diesjährigen westdeutschen Ostermärsche doch wohl nicht gewesen. Jedenfalls ergibt sich dies eindeutig aus dieser Presseanalyse, die in der Tat überflüssig gewesen wäre, hätte man die Ostermärsche "totgeschwiegen".

VI. Dokumente

a) Aufruf des Zentralausschusses zur Vorbereitung des Ostermarsches

KEIN SIEGER NUR GESCHLAGENE

Ein Atomkrieg bedroht das Leben der gesamten Menschheit. Jede militärische Verteidigung ist damit illusorisch geworden, weil sie den atomaren Selbstmord des eigenen Volkes bedeutet. Es gibt keine überzeugende ideelle Rechtfertigung für einen atomaren Krieg, weil mit der Vernichtung der Menschheit auch alle Ideale zu Grunde gehen werden. Daraus folgt: Herstellung, Erprobung und Lagerung von Atomwaffen - gleich an welchem Ort und welcher Hand - sind eine Bedrohung des Lebens dieser Welt. Sie sind damit in höchstem Grade nicht nur unvernünftig sondern auch unsittlich.

Im Namen der Vernunft und der Menschlichkeit wenden wir uns daher an alle Regierungen in Ost und West, auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie zu verzichten. Wir appellieren an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung der Welt ein Beispiel zu geben.

Es gibt weder materielle noch ideelle Gründe, wie Weltherrschaftspläne oder auch die Verteidigung der Freiheit, die den Einsatz von Atomwaffen und damit den Untergang der Menschheit rechtfertigen. Als Bürger einer freien Demokratie, als Menschen, die sich für das Wohl ihres Volkes verantwortlich fühlen, sind wir vor unserem Gewissen zu diesem Apell verpflichtet. Eine parteipolitische Propaganda - gleich welcher Richtung - ist nicht unsere Absicht.

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGEGNER

Wir rufen auf zum Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West.

Um den Ernst, mit dem wir diese Forderung erheben, deutlich zu machen, werden wir - die entschiedenen Atomwaffengegner - 1961 in der ganzen Bundesrepublik Ostermärsche veranstalten. Diese Märsche sollen von vier militärischen Zentren aus in die umliegenden Großstädte führen. Damit knüpfen wir an die Tradition der großen englischen Märsche von Aldermaston

nach London und den ersten deutschen Ostermarsch 1960 von fünf norddeutschen Städten zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne an.

OSTERN 1961 FINDEN STATT

Marsch Nord

Von Bergen-Hohne (Raketen-Übungsplatz) nach Hamburg, Braunschweig, Hannover, Bremen

Marsch West

Nach Dortmund von Essen/Bochum, Wuppertal, Münster und Recklinghausen

Marsch Südwest

Von Miltenberg/Main (Raketen-Basis) nach Offenbach/Frankfurt, Würzburg, Heilbronn/Stuttgart, Heidelberg/Mannheim

Marsch Süd

Von Ingoldstadt nach München, Augsburg, Nürnberg, Regensburg

Die Vorbereitung der Ostermärsche liegt in den Händen eines Zentralen Ausschusses. Die Organisation für die einzelnen Marschgebiete wird von regionalen und örtlichen Ausschüssen geleitet. Sie alle sind von Parteien und Organisationen unabhängig und befassen sich ausschließlich mit der Vorbereitung und Durchführung der Märsche.

Um unser gemeinsames Anliegen in der Öffentlichkeit zu vertreten, haben sich hervorragende Persönlichkeiten zu einem Kuratorium für den Ostermarsch zusammengeschlossen. Hierzu gehören:

Stefan Andres, Schriftsteller
 Hedwig Born, Frau des Nobelpreisträgers für Physik
 Benjamin Britten, Komponist
 John Collins, Domherr, Leiter der englischen Atomabrüstungsbewegung
 Herbert Fallner, Bundesjugendleiter der Naturfreunde
 Heinz Hilpert, Intendant des Deutschen Theaters Göttingen
 Dr. Robert Jungk, Schriftsteller und Journalist
 D.D. Heinz Kloppenburg, Oberkirchenrat
 Margarethe Lachmund, Friedensausschuß der Quäker
 Dr. Arnim Prinz zur Lippe
 Earl Bertrand Russell, Philosoph, Nobelpreisträger

Wenn die Mahnungen der bedeutendsten Menschen der Völker beiseite geschoben werden, müssen alle diejenigen, die sich für das Schicksal ihres Volkes und der Menschheit verantwortlich fühlen, ein unmißverständliches und eindrucksvolles Zeichen ihrer Entschlossenheit und Überzeugung geben.

HELFEN SIE

daß dieser Marsch zu einem überzeugenden Beweis für die Wachsamkeit in unserer Demokratie wird

ZEIGEN SIE

daß Sie niemals resignieren werden, wenn es um die Erhaltung ihres Lebens und das vieler Millionen geht

SORGEN SIE

daß aus einem Kreise verantwortungsbewußter einzelner zum Segen aller Völker eine kraftvolle Mehrheit wird

NEHMEN SIE TEIL

am Protest - und sei es nur für einen Tag- und fordern Sie auch Ihre Familie und Ihre Freunde dazu auf

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER

Zentraler Ausschuß Koordinator
 Hans-Konrad Tempel
 Hamburg-Volksdorf 1
 Waldreiterringsring 35

b) Zentraler Ausschuß : Ratschläge für die Teilnehmer am Ostermarsch der Atomwaffengegner. (Auszug)

Datum des Poststempels

Der Erfolg unserer Aktion hängt nicht in erster Linie von der Zahl der Teilnehmer ab. Es kommt vor allem darauf an, ob wir überzeugen können. Deshalb sollten wir in unserem Verhalten gelassen und diszipliniert sein und alles vermeiden, was unsere Gegner zur Diffamierung des Ostermarsches ausnutzen könnten.

Der Protest muß vom ersten bis zum letzten Tag vollkommen eindeutig bleiben: Wir fordern den Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West und appellieren mit unserem Marsch an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen. Unser Protest richtet sich gegen atomare Kampfmittel jeder Art und jeder Nation. Er darf unter keinen Umständen durch unüberlegtes Verhalten zu Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art führen. Die Erfahrungen in anderen Ländern wie in USA und England bei gewaltlosen Demonstrationen und Märschen gegen den Atomkrieg haben gezeigt, daß nur dann ein Erfolg zu erwarten ist, wenn ein solcher Protest unerschrocken, gewaltlos und mit Würde durchgeführt wird. Jeder einzelne trägt also für das Gelingen des Ostermarsches die Verantwortung mit und wird deshalb auch dafür sorgen, daß die folgenden Punkte von allen Teilnehmern beachtet werden. Sollten Sie nach ernsthafter Prüfung der Meinung sein, daß Sie unseren Ratschlägen im Ernstfall nicht folgen könnten, so bitten wir Sie, nicht an der Aktion teilzunehmen.

1. Selbstdisziplin

Wir erwarten, daß jeder Teilnehmer sich den Anordnungen und Bitten des Organisationsausschusses und der Ordner des Marsches in sichtbarer Weise fügt. Insbesondere dann, wenn eine nicht sofort durchschaubare Anweisung gegeben werden muß, sollten ohne Kritik Folge geleistet werden. Die für den Marsch Verantwortlichen könnten Ereignisse berücksichtigen müssen, die den übrigen noch nicht bekannt sind. Bei Fragen oder Schwierigkeiten können am besten die Ordner helfen, die ständige Verbindung mit dem Organisationsausschuß halten.

Wenn Sie vermuten, daß durch Personen oder besondere Ereignisse eine Störung unserer Demonstration erfolgen könnte, teilen Sie dies bitte sofort dem für Sie zuständigen Ordner mit und versuchen Sie nicht, den Schwierigkeiten im Alleingang zu begegnen.

2. Verhalten auf dem Marsch

Ruhiges, freundliches Verhalten ist die beste Reaktion auf jeden beleidigenden Zuruf oder tätlichen Angriff durch Außenstehende. Niemand darf sich in eine handgreifliche Auseinandersetzung einlassen, selbst dann nicht, wenn ihm sein Plakat oder seine Handzettel entrissen werden sollten. Unsere Sache ist zu groß, als daß wir uns über eine derartige Provokation erregen dürfen. Selbstverständlich darf kein Teilnehmer des Marsches selbst Ursache oder Anstifter einer gewalttätigen Handlung sein, ist aber irgendwo ein tätlicher Streit ausgebrochen, werden wir ohne Anwendung von Gewalt zu schlichten versuchen, indem wir uns ruhig zwischen die Streitenden stellen, um sie voneinander zu trennen.... Besonders beim Durchqueren von Ortschaften und am Zielort ist größte Disziplin geboten. Eine ernst und schweigend marschierende Gruppe wird den größten Eindruck machen. Für eventuelle Sprechchöre werden die Texte rechtzeitig angesagt....

Die nachfolgende Erklärung wurde auf den Abschlußkundgebungen der deutschen und englischen Ostermärsche verlesen.

c) Das Europäische Oster-Manifest

Europa ist im Begriff, vor der Geschichte zu kapitulieren. Halb freiwillig, halb gezwungen verzichtet es darauf, die blinde Gewalt der Waffen einem ordnenden Gesetz zu unterwerfen und wird so zum Niemandsland hochmütiger Vernichtungsplaner. Unfähig, sich eine Zukunft jenseits des atomaren Kriegsbrandes vorzustellen, versucht es, sein Dasein auf den trügerischen Grund der Abschreckungs-Strategie zu bauen und verfällt damit um so sicherer dem unerbittlichen Prozeß militärischer Zwangsläufigkeiten.

Aber in diesem Augenblick politischer Lähmung und moralischer Erschöpfung hat der Widerstand bereits begonnen. Er ging von England aus, wo einst mit der Magna Charta der erste Versuch unternommen wurde, willkürliche Gewalt der Kontrolle freierer Institutionen zu unterwerfen. Dort hat die "Campaign for Nuclear Disarmament" den Kampf aufgenommen und jenseits der bisherigen sozialen und ideologischen Lager alle die Menschen zusammengefaßt, die den Vorrang des Politischen vor dem Militärischen, den Vorrang der freien Persönlichkeit über eine entfesselte Technokratie fordern: Jugend und Arbeiter, Intellektuelle und Künstler, Menschen aller Glaubensrichtungen und gesellschaftlichen Überzeugungen.

Während der letzten Jahre wurde der Ostermarsch von Aldermaston zur klarsten Demonstration für diese Forderungen. Jetzt, im Jahre 1961, nehmen vielhundert Menschen aus zahlreichen europäischen Ländern an dem Marsch teil - und Tausende erklären sich auf ähnlichen Kundgebungen in ihrem Heimatland mit den Zielen von Aldermaston solidarisch.

Dieser Ostermarsch verkörpert die Tradition des wachen europäischen Realismus. Die Teilnehmer stellen der schäbigen Metaphysik des Militärischen, die heute in aller Welt gepredigt wird, eine schlichte Tatsache gegenüber; die Tatsache nämlich, daß die Probleme unserer Welt zu ernst sind, um noch militärisch gelöst werden zu können, und daß die Anbetung der blinden Zerstörung höchstens zur Vernichtung der Menschheit, nicht zur Lösung ihrer Probleme führen kann.

Dieser Ostermarsch drückt unsere Forderung nach politischen Lösungen aus - nach einer

POLITIK OHNE BOMBE.

Europa ist aufgerufen, seinen politischen Beitrag im Kampf gegen Hunger, Krankheit und Elend zu leisten. Europa hat zu viele Sünden wiedergutzumachen; es darf sich deshalb nicht unter das Joch der Vernichtungsplaner beugen.

VII Bibliographie (Auswahl)

KLÖNNE, Arno: (Hrsg.)

Dokumentation über Äußerungen, Stellungnahmen, Aufrufe und Unterzeichner zu den Ostermärschen.

Kassel (Geckbergstr. 24 1/2:) (Selbstverlag des Hrsg.) 1961
11 S., 4^o, (Maschinenschriftl. autograph.) Nicht im Buchhandel

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER IN DER WAR RESISTERS'
INTERNATIONAL E.V., BUNDESVORSTAND: (Hrsg.)

Dokumentation zu den Vorgängen um den Ostermarsch der Atomwaffengegner.
Offenbach/Main (Waldstr. 99:) (Selbstverl. des Hrsg.) 1961
19 S., 4^o, (Maschinenschriftl. autograph.) Nicht im Buchhandel

WERKMEISTER, Frank: (Hrsg.)

Ostermarsch der Atomwaffengegner 1961

in: Pläne. (Sondernummer). Frankfurt/M. 1961, H.4/5 mit 65 Abb., 4°, geh. 1.-
(erhältlich: Verlag PLÄNE, Dortmund-Barop, Stockumer Str.197)

VIII. F i l m e

Ostermarsch der Atomwaffengegner. Dokumentarbericht von Erika Runge.
Kamera: Carlo Schellemann, Ton: Walter Schellemann, Text: Arno K.
Reinfrank, Schnitt und Regie: Erika Runge.

Ein 16 mm Lichtton mit 30 Minuten Laufzeit. Verleih: Erika Runge, Köln,
Salierring 41. Leihgebühr 20.-DM täglich; Kaufpreis 220.- DM.

IX. Inhaltsverzeichnis und Hinweis

a) Inhaltsverzeichnis

Vorwort	S. 1
Arbeitsgrundlage	S. 2
Auswertung der Überschriften	S. 3
Die deutsche Presse 1961	S. 5
Auszüge aus Presseartikeln zum Ostermarsch	S. 6
Bilanz der deutschen Ostermärsche	S. 9
Dokumente (Ein Aufruf, ein Ratschlag und ein Manifest)	S. 9
Bibliographie	S.12
Filme	S.13
Inhaltsverzeichnis u.Hinweis	S.13

b) H i n w e i s

Unter "Folge 1" in der Veröffentlichung des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V.(VK) - Dokumentationsabteilung erschien 1960 "Der Ostermarsch deutscher Atomwaffengegner 1960". Eine Presseanalyse.Zusammengestellt von Karl-Heinz Stahnke. 6 S., 4°, maschinenschriftl.hektograph.

Dieser Bericht von 1960 ist vergriffen. Eine Neuauflage ist nicht vorgesehen.

Zur Dokumentation zu den Vorgängen um den Ostermarsch der Atomwaffengegner

Vorbemerkung

Die Ostermärsche der Atomwaffengegner 1961 wurden, wie bekannt, unabhängig von Parteien und Organisationen von einem eigenen Zentralen Ausschuss und mehreren regionalen Ausschüssen vorbereitet und durchgeführt, und zwar unter dem Motto "Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West".

Der VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER geht in seiner Zielsetzung zwar über die bloße Atomwaffengegnerschaft weit hinaus, begrüßte jedoch den Ostermarsch und forderte seine Mitglieder zur Teilnahme an dieser Demonstration gegen das schrecklichste Symptom der Kriegspest auf. Der VK fühlt sich daher auch verpflichtet, allen Versuchen führender Funktionäre politischer Parteien und Gewerkschaften, die Initiatoren, Organisatoren und Teilnehmer der Ostermärsche schon im Vorbereitungsstadium als bewusste oder unbewusste Werkzeuge der Ostpropaganda zu diffamieren, nichts anderes als die überprüfbare und folglich objektive Wahrheit entgegenzusetzen:

diese wird aus der vorliegenden, kommentarlosen Dokumentation ebenso ablesbar wie aus allen Berichten über den tatsächlichen Verlauf der Ostermärsche. Sie lautet, auf die kürzeste Formel gebracht: die Ostermärsche waren Demonstrationen unabhängiger Atomwaffen- und Kriegsgegner, denen es gelang, jedweden Mißbrauch ihrer Haltung und Aktion zu Zwecken der Kalkriegspropaganda zu verhindern.

Unser Verband hat es nicht nötig, hier in eigener Sache zu sprechen: seine eigene Unabhängigkeit und scharfe Ablehnung totalitärer Systeme kommunistischer wie faschistischer Prägung ist allgemein bekannt und wurde auch niemals angezweifelt. Der offene Brief an Walter Ulbricht, den der Vorsitzende des VK vor dem Ostermarsch veröffentlichte - sein voller Wortlaut ist in der vorliegenden Dokumentation enthalten - mag die Haltung des Verbandes in Bezug auf den Ostermarsch bezeugen. Wir wären die letzten, welche einer pro-östlichen Tendenz solcher Demonstrationen das Wort reden wollten. Umso entschiedener müssen wir aber das Recht unabhängiger Staatsbürger verteidigen, gegen Atomwaffen in Ost und West zu protestieren, ohne menschlich wie politisch diffamiert und disqualifiziert zu werden.

Wir hoffen und wünschen, dass diese Dokumentation dazu beiträgt, die weitgehend vergiftete Atmosphäre zu reinigen. Wir wünschen keine Verschlechterung der Beziehung zwischen Atomwaffengegnern und Partei- oder Gewerkschaftsfunktionären, die jenen vielleicht heimlich zustimmen, nach aussen aber glauben, wahltaktischen oder anderen Erwägungen zuliebe solchen Demonstrationen fernbleiben oder gar gegen sie vorgehen zu müssen. Uns geht es um eine Klärung der tatsächlichen Vorgänge und wir würden uns freuen, wenn diese Klärung manche Skeptiker oder gar Gegner der Ostermärsche von 1961 in Befürworter und Teilnehmer der Ostermärsche 1962 verwandeln könnte!

Detmold, im April 1961
Hermannstrasse 41

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER
in der WAR RESISTER'S INTERNATIONAL
für den Bundesvorstand
gez. Wilhelm Keller
1. Vorsitzender

Inhaltsverzeichnis

Offener Brief an Walter Ulbricht	vom	10. 3. 61
Rundschreiben des DGB-Vorsitzenden Richter an alle DGB-Stellen	vom	1. 3. 61
Rundschreiben DGB-Landesbezirk NRW an alle DGB-Stellen	vom	1. 3. 61
Rundschreiben SPD-Parteivorstand an alle SPD-Bezirke	vom	1. 3. 61
Presseerklärung des Regionalen Ausschusses Ostermarsch - West	vom	3. 3. 61
DPA-Meldung "Kriegsdienstverweigerer gegen un- erwünschte Schützenhilfe aus dem Osten"	vom	10. 3. 61
Rundschreiben Oberkirchenrat Kloppen- burg DD an die Mitglieder des Ostermarsch- Kuratoriums	vom	3. 3. 61
Brief Oberkirchenrat Kloppenburg DD an Herrn Ollenhauer	vom	6. 3. 61
Brief Oberkirchenrat Kloppenburg DD an Herrn Tacke, DGB-Bundesvorstand	vom	6. 3. 61
Rundschreiben Oberkirchenrat Kloppen- burg an die Mitglieder des Ostermarsch- Kuratoriums	vom	15. 3. 61
SPD- Pressemitteilung	vom	22. 3. 61

Verband der Kriegsdienstverweigerer in der 'War Resisters' International
Der Vorsitzende

Offener Brief an Walter Ulbricht

10.3.1961

Sehr geehrter Herr Ulbricht !

Die Atomwaffengegner in der Bundesrepublik planen zu Ostern Protestmärsche gegen jegliche atomare Aufrüstung in Ost und West. Ubgleich wir Kriegsdienstverweigerer nicht nur Atomwaffengegner sind, sondern den Krieg überhaupt als das untauglichste aller Verteidigungsmittel ablehnen, befürworten und unterstützen wir solche Protestaktionen, die das Übel des modernen Krieges von seinen schrecklichsten Symptomen her sehen und bekämpfen. Diese an die Adresse aller Militär- und Atompolitiker sowohl des West- als auch des Ostblocks gerichteten Demonstrationen erfreuen sich - wie wir der Unmenge von Flugschriften, Briefen mit fingierten Absendern und Produkten politischer Propaganda wie "Tabu" und "Kaserne" etc., die seit Jahren aus der DDR in die Bundesrepublik geschleust werden, entnehmen - besonderer Beachtung und Befürwortung Ihrer Propagandisten. Diese unerwünschte und unerbetene Einmischung schadet der Sache des Kampfes für den Frieden und gegen die Atomkriegsbereitschaft, da sie zum Gegenstand der Propaganda des Kalten Krieges wird. Uns erscheinen die sowjetischen Atomwaffen genau so gefährlich wie die amerikanischen; ferner erscheint uns die wiederholt erklärte Bereitschaft der führenden Politiker des Ostblocks, die "sozialen Errungenschaften" mit Atomwaffen zu "verteidigen", nicht minder wahnsinnig als die Bereitschaft westlicher Politiker, die Freiheit mit dem gleichen untauglichen Mittel atomarer Massenvernichtung zu "retten". Während in der Bundesrepublik wie in anderen westlichen Ländern gegen diese Massenmord- und Massenselbstmordbereitschaft öffentlich protestiert wird, wurde bisher in der DDR wie in anderen Staaten des Ostblocks immer nur gegen die Atomrüstung des Westens, niemals aber gegen die des Ostens protestiert.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Ulbricht, als der Hauptverantwortliche für die SED-Propaganda ein Interesse daran haben, der von unabhängigen Personen und Gruppen in der Bundesrepublik durchgeführten Anti-Atom- und Anti-Kriegspropaganda nicht zu schaden, so verzichten Sie doch künftig auf jeden direkten und indirekten Einmischungsversuch über die DDR-Propaganda drüben und hüben!

Wenn Sie darüber hinaus aber unsere Sache wirklich unterstützen wollen, so empfehlen wir Ihnen, parallel zu westdeutschen Protestaktionen gegen die unter amerikanischer Führung getriebene und propagierte Atomrüstung und Atomkriegsbereitschaft entsprechende Demonstrationen gegen die unter sowjetrussischer Führung betriebene und propagierte Atomrüstung und Atomkriegsbereitschaft durchzuführen.

Wir haben allerdings wenig Hoffnung, dass Sie unsere Empfehlungen beachten oder gar befolgen werden. Vermutlich werden Sie, falls Sie uns überhaupt einer Antwort würdigen, beteuern, dass die sowjetische Atombombe ein Instrument des Friedens, die amerikanische hingegen ein Instrument des Krieges sei.

Der vorliegende offene Brief ist jedoch nicht nur an Ihre Adresse gerichtet. Er will auch die Haltung der unabhängigen Kriegsdienstverweigerer und aller Personen und Organisationen, die den Inhalt dieses Briefes bejahen, klarstellen.

gez. Wilhelm Keller
Vorsitzender des Verbandes

9.3.61

ED 718-15-63

An die
Kreis- und Ortsausschüsse des DGB
Bundesvorstand und Landesbezirke
zur Kenntnisnahme

Vors. Ka/Mh 1. März 61

Ostermärsche

Werte Kollegen!

Der DGB-Bundesvorstand hat sich in seiner Sitzung vom 7.2.61 mit den Aktionen von sogenannten Ostermärschen befasst und nach eingehender Diskussion beschlossen:

"Der Bundesvorstand nimmt von dem Bericht der Kollegen Tacke und Stühler und die Sitzung des Arbeitsausschusses "Kampf dem Atomtod", in der man sich insbesondere mit den geplanten Ostermärschen in der Bundesrepublik befasste, Kenntnis und billigt die ablehnende Haltung unserer Vertreter. Der Bundesvorstand stimmt der Auffassung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, wonach der DGB und seine Organe sowie die Gewerkschaften sich nicht an derartigen Märschen und Treffen beteiligen sollen, zu."

Die Einstellung des DGB zu den Atomwaffen ist Euch allen bekannt. Wir sind nach wie vor gegen die Herstellung von Atomwaffen aller Art und verlangen die Vernichtung der vorhandenen Bestände.

Der Bundesvorstand lehnt es jedoch entschieden ab, zuzulassen, dass sich unsere Kollegen an Aktionen beteiligen, die nicht von Idealisten sondern von politisch undurchsichtigen Kräften und Hintermännern im Interesse gegnerischer politischer Ziele gesteuert werden.

Die Hauptvorstände der Gewerkschaften und die DGB-Landesbezirke sind mit Rundschreiben vom 14. Febr. d.Js. auf die Ostermärsche und den Beschluss des DGB-Bundesvorstandes hingewiesen worden.

Wir bitten um Beachtung des Bundesvorstandsbeschlusses und gegebenenfalls um Information über die bei Euch tätig gewordenen Veranstalter solcher Ostermärsche.

Mit freundlichem Gruß

gez. Willi Richter

Für die Richtigkeit:

(E. Kassler)

Abs.: Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Düsseldorf, Strom-
str. 8

ED 748-15-64

A B S C H R I F T

1. März 1961

Betrifft: Sogenannte Ostermärsche

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Der Bundesvorstand hat sich in seiner Sitzung am 7.2.1961 u.a. mit den geplanten Ostermärschen in der Bundesrepublik befasst.

Er stimmt der Auffassung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes zu, wonach der DGB und seine Organe sowie die Gewerkschaften sich nicht an derartigen Märschen und Treffen beteiligen sollen.

In einem Schreiben des Bundesvorstandes vom 14.2.1961 an den Landesbezirk Hessen heisst es zur Frage der "Ostermärsche" :

"Der Ausschuss 'Kampf dem Atomtod' hat sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Frage befasst und es abgelehnt, sich zu beteiligen, weil der politische Hintergrund der Veranstaltungen, hinter denen angeblich keine Organisationen, sondern nur private Persönlichkeiten standen, durchaus nicht klar war. Nach einer Klärung dieser Frage wird sich der Ausschuss damit befassen, ob evtl. zu einem späteren Zeitpunkt solche Märsche sinnvoll erscheinen. Dieser Beschluss des Zentralen Ausschusses gilt selbstverständlich auch für die auf der Landesebene oder auf der örtlichen Ebene gebildeten Ausschüsse.

Wir können selbstverständlich nur als Organisation zu der Frage der Beteiligung an den Ostermärschen Stellung nehmen. Natürlich hat jeder einzelne Bürger das Recht, sich als Privatperson an Demonstrationen zu beteiligen, die gegen die Atomrüstung gerichtet sein sollen. Aber auch als Bürger und Einzelperson wird er sich zu überlegen haben, ob er sich damit nicht in die gefährliche Nähe kommunistischer Tarnorganisationen begibt, und wieweit das mit seinen demokratischen Überzeugungen vereinbar ist".

Wir schliessen uns der Interpretation zum Komplex der sogenannten Ostermärsche vollinhaltlich an.

Mit freundlichem Gruß !
DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
LANDESBEZIRK NORDRHEIN-WESTFALEN
Der Landesbezirksvorstand

gez. Haferkamp

gez. Michels

A B S C H R I F T

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Der Parteivorstand

An die
BezirkeBonn, 1. März 1961
Fr. Ebert Allee 170
Fernsprecher 21901 - 09

Liebe Genossen !

Die von verschiedenen Pazifisten-Vereinigungen und Einzelpersonen vorbereiteten und propagierten "Ostermärsche der Atomkriegsgegner" geben uns Anlaß zu einigen Feststellungen :

- 1.) Schon im vorigen Jahr bestand begründeter Anlaß, von einer Unterstützung solcher Märsche Abstand zu nehmen, weil sogar die damals noch regional begrenzten Märsche in den Dienst einseitiger Abrüstungsforderungen gestellt und von kommunistischen Hintermännern mißbraucht wurden.
- 2.) Die für dieses Jahr vorbereiteten 4 Märsche unterliegen noch mehr der Einwirkung kommunistischer Organisationen und sowjetzonaler Propaganda und werden von bestimmten Kreisen in eine mehrere europäische Länder umfassende Organisation eingeordnet, die vom kommunistischen "Weltfriedensrat" gesteuert wird.
- 3.) Die Sozialdemokratische Partei kann und wird diese Veranstaltungen nicht unterstützen. Sie erwartet auch von den ihr angehörenden Mitgliedern der Ausschüsse "Kampf dem Atomtod", dass diese Ausschüsse sich nicht an diesen Märschen beteiligen.
- 4.) Die Sozialdemokratische Partei erwartet von ihren Mitgliedern und Freunden, dass sie alle Kraft auf die eigenen Anstrengungen der Sozialdemokratie konzentrieren, in der Bundesrepublik die Änderung der Mehrheitsverhältnisse herbeizuführen, die erforderlich ist, um eine deutsche Politik möglich zu machen, die sich davon leiten lässt:

- a) nicht auf eine Vermehrung der Zahl der Atommächte und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr hinzuwirken,
- b) dass die Partner der von der Bundesrepublik eingegangenen Verträge im Rahmen der militärischen Notwendigkeiten auf die besondere Lage Deutschlands (Spaltung) Rücksicht nehmen,
- c) dass das Wettrüsten beendet und durch eine allgemeine, international kontrollierte Abrüstung abgelöst wird.
- 5.) Der politische Kampf um die allgemeine, international kontrollierte Abrüstung darf nicht verzettelt werden in Einzelaktionen, die fremden Elementen Gelegenheit geben, sich einzuschalten und damit den Willen derer zu verfälschen, die aufrichtig die allgemeine, international kontrollierte Abrüstung erstreben.

Mit freundlichem Gruß
Der Parteivorstand

(Erich Ollenhauer)

Aus der PRESSEERKLÄRUNG

zum Ostermarsch der
Atomwaffengegner vom 3.3.61

Regionaler Ausschuss
für den Ostermarsch-
West; verantwortlich:
Herbert Stubenrauch,
Wuppertal-Alberfeld,
Ludwigstrasse 29

Wir rufen auf zum Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West. Um den Ernst, mit dem wir diese Forderung erheben, deutlich zu machen, werden wir - die entschiedenen Atomwaffengegner - 1961 in der ganzen Bundesrepublik Ostermärsche veranstalten. Damit knüpfen wir an die Tradition der grossen englischen Märsche von Aldermaston nach London und den ersten deutschen Ostermarsch 1960 von fünf norddeutschen Städten zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne an.

Die Atomwaffengegner, die Ostern 1961 vier Tage lang im Norden, Westen, Süd-Westen und Süden der Bundesrepublik marschieren werden, fordern durch ihren Protestmarsch: Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West und appellieren an die Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen.

Der Verantwortlichen des Ostermarsches der Atomwaffengegner werden in der Lage sein, sich deutlich von jeder einseitigen und zu parteipolitischen Zwecken veranstalteten Propaganda zu distanzieren. Sollten uns von der 'SED' gesteuerte Gruppen unterstützen wollen, werden wir sie auffordern, sich zuerst im Ostblock für eine - auch einseitige - atomare Abrüstung einzusetzen.

Es besteht keinerlei Zusammenhang zwischen der laut UPI-Meldung vom 14.2.61 geplanten Demonstration von 10 000 'Antifaschisten' in Bergen-Belsen und dem Sternmarsch-Nord des Ostermarsches der Atomwaffengegner, der am Gründonnerstag am Raketenübungsgelände Bergen-Hohne beginnt.

Der Zentrale Ausschuss des Ostermarsches der Atomwaffengegner hat auf seiner Sitzung am 25.2.61 beschlossen, Strafanzeige gegen jeden zu stellen, der öffentlich behauptet, dass der Ostermarsch der Atomwaffengegner kommunistisch gesteuert, beeinflusst oder finanziert sei.

Dem Regionalen Ausschuss für den Ostermarsch-West gehören folgende Personen an:

Pfr. Gerold Jaspers, Dortmund
Bernd Jendrejewski, Dortmund
Willi Kraack, Dortmund
Dr. Kurt Vogel, Köln
Pfr. Gottfried Wandersleb, Herne

verantwortlich: Herbert Stubenrauch, Wuppertal

Für den Regionalen Ausschuss
Ostermarsch-West
gez. Herbert Stubenrauch

Meldung der Deutschen Presseagentur vom 10.3.1961

Kriegsdienstverweigerer gegen unerwünschte Schützenhilfe aus dem Osten

Detmold, 10. März 1961 dpa - Gegen unerwünschte Schützenhilfe aus dem Osten hat sich am Freitag der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (Sitz Detmold), Dozent Wilhelm Keller, in einem offenen Brief an SED-Chef Walter Ulbricht gewandt. Keller protestiert gegen die Einmischung der SED-Propaganda in die Anti-Atom- und Anti-Kriegsdemonstration unabhängiger Personen und Gruppen in der Bundesrepublik. Er empfahl Ulbricht, parallel zu den für Ostern in der Bundesrepublik vorgesehenen Protestaktionen gegen die Atomrüstung in seinem Bereich ebenfalls Demonstrationen gegen die östliche Atomrüstung zu veranstalten.

"Wir haben allerdings wenig Hoffnung," schrieb Keller an den sowjetzonalen Staatsrats-Vorsitzenden, "dass Sie unsere Empfehlungen beachten oder gar befolgen werden. Vermutlich werden Sie, falls Sie uns überhaupt einer Antwort würdigen, beteuern, dass die sowjetische Atombombe ein Instrument des Friedens, die amerikanische hingegen ein Instrument des Krieges sei".

dpa 204 1930 10/3/61 vd

An die Mitglieder des Kuratoriums des Ostermarsches
und einige Freunde des Ostermarsches

3.3.1961

ED 713-15-69

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Entwicklung der letzten Tage veranlasst mich als einer der bei den Ostermärschen vorgesehenen Sprecher, mich an Sie zu wenden, um Ihnen zunächst vertraulich folgendes mitzuteilen:

Wahrscheinlich ist es Ihnen bei der Begegnung mit den jungen Menschen, die sich für die Ostermärsche verantwortlich wissen, ähnlich gegangen wie mir. Ich hatte jedenfalls meine helle Freude daran, dass hier aus einer ganz neuen Schicht junger Menschen eine echte demokratische Initiative aus staatsbürgerlicher Verantwortung für den Weg unseres Volkes in Sachen der atomaren Aufrüstung spürbar wurde. Hier ist einmal etwas nicht von Institutionen und Organisationen angeregt und geleitet, sondern hier ist echte eigene Initiative. Es ist nur folgerichtig, dass man bei den Ostermärschen dieses Jahr sich zwar mit befreundeten Organisationen in Verbindung gesetzt hat, aber ganz bewusst darauf verzichtete, die Ostermärsche im Namen bestimmter Organisationen oder auch nur unter namentlicher Andeutung von unterstützenden Organisationen durchzuführen.

Ich brauche Ihnen zu der Zurückhaltung, die die SPD und die Gewerkschaften neuerdings jeder Aktivität auf dem Gebiet des Protestes gegen den Atomtod gegenüber zeigen, nichts sagen. Mich hat es allerdings erschüttert, dass in dem letzten Beschluss des Ausschusses "Kampf dem Atomtod" der Satz, der sich gegen die Ausgestaltung der NATO zur 4. Atommacht wandte, von der Mehrheit der Mitglieder dieses Ausschusses gestrichen worden ist. Das war ein Alarmzeichen, und ich bin nicht der Meinung, dass dem Ausschuss bei seiner nächsten Zusammenkunft ein ernstes Gespräch hierüber und eine neue Entscheidung erspart werden kann. Inzwischen habe ich am 20. Februar, einer Einladung von Herrn Ollenhauer folgend, ein Gespräch mit dem Präsidium der SPD gehabt, an welchem ausser Herrn Ollenhauer die Herren Wehner, Schöttle und Dr. Menzel teilnahmen, ausserdem einige Mitarbeiter der Parteileitung. In diesem Gespräch haben die Mitglieder der SPD ihre schweren Bedenken gegen den Ostermarsch zum Ausdruck gebracht. Sie glaubten, dass er sich nicht vor kommunistischer Unterwanderung würde bewahren können, trotz meiner Betonung der Tatsache, dass bei den entscheidenden Stellen dieses Ostermarsches, nämlich bei der Auswahl der Redner und bei der Bestimmung der mitzuführenden Plakate, das Kuratorium bzw. der leitende Ausschuss strengste Prüfungsmaßstäbe anlegen würde und damit das Gesicht der Kundgebungen in der Hand behielte. Es ist mir nicht gelungen, die Bedenken der SPD zu zerstreuen. Wohl aber wurde gesagt, dass man gegen SPD-Mitglieder, die sich an den Ostermärschen beteiligen, nicht durch Parteiverfahren oder ähnliches vorgehen würde. Inzwischen ist aus Kreisen des DGB (ich habe das Schreiben selber noch nicht in der Hand, kann infolge dessen noch nicht sagen, von welcher Stelle es ausgegangen ist) ein Rundschreiben an die Orts- und Landesausschüsse des DGB herausgegangen, in welchem sich der DGB in aller Form von den Ostermärschen distanziert. In diesem Schreiben wird auch

b.w.

behauptet, dass der Ausschuss "Kampf dem Atomtod" eine Beteiligung an den Märschen abgelehnt habe. Diese Behauptung ist eine glatte Unwahrheit. Es liegt überhaupt kein Beschluss des Ausschusses "Kampf dem Atomtod" vor, ausser einer Beschlussfassung, man wolle sich die veranstaltenden Märsche noch näher ansehen und über Einzelheiten mit ihnen reden. Eine amtliche Beteiligung des Ausschusses "Kampf dem Atomtod" kam nach den oben in meinem Brief ausgeführten Schilderungen überhaupt nicht infrage.

Aus absolut zuverlässiger Quelle höre ich, dass in den Kreisen des DGB Vorstandes die Auffassung vertreten wird, die kommunistische Infiltration sei jetzt erwiesen; man sprach von Vorgängen in Braunschweig, die ich nicht näher kenne.

Ich werde in dieser Angelegenheit an ein leitendes Mitglied des DGB einen Brief schreiben und habe veranlasst (ich vertrete den zur Zeit erkrankten Dr. Menzel), dass der Ausschuss "Kampf dem Atomtod" am Sonnabend, d. 11.3.61, zu einer Sitzung zusammentritt.

Nun halte ich es für richtig, Sie über diese Tatbestände zu informieren. Ich bitte Sie, davon noch nicht öffentlich Gebrauch zu machen, da wir in dieser Sache die SPD und den DGB noch einmal anreden wollen. Gleichzeitig bitte ich Sie aber, allen törichten und verleumderischen Gerüchten in bezug auf die Ostermärsche mit aller Energie entgegenzutreten. Es hat sich gezeigt, dass einzelne Redner, auf die wir gehofft hatten, ihre Teilnahme wieder abgesagt haben. Das ist offenbar bereits eine Wirkung der gegen uns gestarteten Propaganda. Wenn wir uns dem Druck der Stellen, die uns an sich doch nahestehen, von denen wir ja auch keine aktive Mitarbeit erwartet haben, sondern die wir nur gebeten hatten die Dinge geschehen zu lassen, jetzt beugen, dann würde das bedeuten, dass wir Methoden der Meinungslenkung zustimmen, die man sonst autoritären Regimen zuschiebt, und werden uns mitschuldig machen an dem Versuch einer Abwürgung einer Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verantwortung, ohne die eine Demokratie nicht existieren kann. Bitte wirken Sie auf alle Ihnen nahestehenden Kreise ein, auch auf die Presse.

Mit den besten Grüßen
Ihr Ihnen sehr ergebener
gez. H. Kloppenburg, DD.

NS. Ganz entscheidend wird sein, dass Sie alle mithelfen, dass gute Sprecher für die Abschlusskundgebung da sind und dass Sie, wenn es irgend möglich ist, sich diesem Dienst nicht versagen.

H. Kloppenburg DD.
Oberkirchenrat

Dortmund, den 6. März 1961
Schliepstrasse 11
Tel. 23974

ED 718-15-71

Herrn
Friedrich Ollenhauer
MDB.

B o n n
Friedrich Ebert Allee 170

Lieber Herr Ollenhauer !

Nach dem Verlauf unseres Gespräches am 20. Februar ist mir die Erklärung des Parteivorstandes, in der dieser in 5 Punkten von den Ostermärschen abrückt, eine ganz tiefe Enttäuschung. Ich möchte noch einmal sagen, dass ich es verstanden hätte, wenn die Partei erklärt, dass diese Veranstaltungen nicht ihre Sache sind. In Punkt 1 und 2 der Erklärung des PV gehen Sie aber weit über diese Feststellung hinaus und gehen zu einer Diskreditierung der Ostermärsche über, die jeder Unbefangene als eine böse Diffamierung auffassen muss. Der Leser wird vor allen Dingen den Punkt 2 so verstehen, als sei der Ostermarsch eine vom Weltfriedensrat gesteuerte Angelegenheit. Dass das einfach nicht wahr ist, habe ich in jener Sitzung am 20. Februar deutlich gesagt.

Das tief Schmerzliche ist, dass in dem ganzen Schreiben in keiner Weise zu erkennen ist, dass den Veranstaltern wenigstens der gute Glaube zugebilligt wird. Wie denkt die SPD eigentlich die Wahl zu gewinnen zu wollen, wenn sie die eigenen Mitglieder, die in dieser Sache aktiv sind, so behandelt? Wie gedenkt die SPD ihren Kampf um die Demokratie zu führen, wenn sie gegenüber einer solchen demokratischen Regung aus staatsbürgerlichem Verantwortungsbewusstsein, wie sie hier vorliegt, sich die Argumentation des Ministers Schröder zu eigen macht? Es geht hier doch einfach um die Glaubwürdigkeit der SPD nach innen und nach aussen. Ich halte diese Art des Vorgehens des Parteivorstandes fast für selbstmörderisch.

Bitte verstehen Sie es, dass ich dies alles nicht leichtfertig sage, sondern aus meiner tiefen Verpflichtung, die ich der Sache der Demokratie und der SPD gegenüber empfinde. Aber so dürfen Sie es nicht machen, wie es hier geschehen ist !

Mit besten Grüßen
Ihr

H. Kloppenburg DD.
Oberkirchenrat

Dortmund, den 6. März 1961
Schliepstrasse 11
Tel. 23974

ED 718-15-72

Herrn
Bernhard Tacke
Bundesvorstand des DGB

Düsseldorf

Sehr geehrter, lieber Herr Tacke!

Alexander Maass hat Sie am Freitag auf meine Bitte hin schon angerufen und Ihnen gesagt, wie sehr ich Ton und Inhalt des u.a. von Herrn Haferkamp gezeichneten Rundschreibens in der Sache Ostermärsche bedauere. Ich sehe in der kalten Distanzierung von den Veranstaltern eine bedauerliche Verkennung der echten staatsbürgerlichen Verantwortung, aus der heraus diese jungen Menschen handeln. Ich maße mir nicht an, in Interna des DGB hineinreden zu wollen. Aber es ist eine Pflicht der Loyalität und der Solidarität, dass ich Ihnen meine Sorge in dieser Sache und hinsichtlich der Methode offen ausspreche.

Der Hauptgrund meiner Bitte an Alexander Maass, mit Ihnen zu telefonieren, war nun der, dass nach einer mir vorliegenden Nachricht in dem Rundschreiben des Herrn Haferkamp behauptet wird, der Ausschuss "Kampf dem Atomtod" habe eine Beteiligung an den Ostermärschen abgelehnt. Es gibt keinen solchen Beschluss des Ausschusses "Kampf dem Atomtod!" Deshalb ist die Nachricht falsch. Der Ausschuss "Kampf dem Atomtod" hat einen Beschluss in dieser Hinsicht auch schon gar nicht zu fassen brauchen, weil es die Absicht war, überhaupt gar keine Organisation für den Ostermarsch unterzeichnen zu lassen. Die Darstellung in dem Rundschreiben des Herrn Haferkamp erweckt aber durch den Hinweis auf eine angebliche Ablehnung den Eindruck, dass hier ein solcher Antrag auf namentliche Beteiligung vorgelegen habe und abgelehnt worden sei. Das muss doch ein falsches Bild geben und diffamierend wirken.

Ich gehe dabei immer davon aus, dass die mir gegebene Darstellung des Rundschreibens richtig ist. Sollte der Ausdruck "Ablehnung" tatsächlich darin vorkommen, so bitte ich Sie um die Freundlichkeit, im Interesse der Wahrheit für eine Richtigstellung Sorge zu tragen.

Mit den besten Grüßen

H. Kloppenburg DD.
Oberkirchenrat

Dortmund, den 15. März 1961
Schliepstrasse 11

ED 718-15-73

An die Mitglieder des Kuratoriums
und einige Freunde des Ostermarsches

Sehr geehrte Damen und Herren !

Am 3. März sandte ich Ihnen ein Rundschreiben, das auf der Durchreise in Bremen diktiert wurde, aber nicht von mir korrigiert werden konnte, und ohne Datum und Absenderanschrift verschickt wurde. Heute erlaube ich mir, Ihnen folgendes zur Information mitzuteilen:

Unter dem 1. März hat der Parteivorstand der SPD an die Bezirke der SPD ein Rundschreiben versandt, das mir in einem bedauerlichen Widerspruch zu dem Verlauf des Gespräches vom 20. Februar, das ich in dem Schreiben vom 3. d.M. erwähnt hatte, zu stehen schien.

(Hier folgen Zitate aus den vorstehenden Rundschreiben des SPD-Parteivorstandes vom 1.3.61 und des DGB-Bundesvorstandes vom 7.3.1961.)

Ich habe daraufhin an die Herren Ollenhauer und Tacke geschrieben und mich in sehr scharfer Form gegen die Diskriminierung der Veranstalter der Ostermärsche gewehrt. Gleichzeitig liess ich telegrafisch die Mitglieder des Ausschusses "Kampf dem Atontod" zu einer Sitzung auf den 11. März einladen, zu der auch Herr Wehner eingeladen wurde.

Am 9. März schrieb mir Herr Ollenhauer einen Brief, dem er Abschrift eines Briefes an Gustav Heinemann vom 15.2.d.J. beifügte. Beide Briefe gebe ich Ihnen in Abschrift zur Kenntnis.

In der Sitzung vom 11. März erklärte der anwesende Vertreter des Vorstandes des DGB, dass der letzte Absatz des Schreibens vom 7.2. Bemerkungen enthalte, die weder von Herrn Tacke noch von ihm veranlasst seien und die beiden Herren vor Absendung des Rundschreibens nicht vorgelegen hätten. Der DGB habe nicht die Absicht, die Veranstalter zu diffamieren, und die gewählten Formulierungen seien der Sache nicht entsprechend. Der DGB werde seine Organisationen entsprechend informieren. Herr Wehner erklärte in der Sache das gleiche, das Herr Ollenhauer geschrieben habe, und verneinte jede Absicht einer Diffamierung. Die Partei halte ihre Bedenken aufrecht, aber sie wolle weder die Veranstalter diskreditieren, noch den Bemühungen pazifistischer Verbände ihre Achtung versagen. Die Haltung der Partei sei aus dem Brief an Dr. Heinemann klar zu entnehmen.

Ich sage, dass dieser Brief an Dr. Heinemann eine mich und andere sehr erfreuende Sache sei; wenn man in der Stellungnahme zu den Ostermärschen so geredet hätte, wie in diesem Brief, so hätten die Veranstalter der Ostermärsche nicht zu protestieren, und ich meine Briefe nicht zu schreiben brauchen.

Der Ausschuss "Kampf dem Atontod" stellte fest, dass er als Ausschuss zur Teilnahme an den Ostermärschen niemals aufgefordert worden sei, dass er also gar keine Veranlassung gehabt hätte, eine Beteiligung zu bejahen oder abzulehnen. Mitglieder der Ausschüsse, die aktiv bei den Ostermärschen mitwirkten, tun dies als Persönlichkeiten, nicht als Repräsentanten des Ausschusses.

Diese Sitzung am II. März hat meines Erachtens die Lage geklärt. Die SPD und der DGB halten ihre Bedenken aufrecht. Aber sie erheben keine diskriminierenden Vorwürfe gegen die Teilnehmer.

Es ist noch einmal zu betonen: Die Gestaltung der Ostermärsche, die Auswahl der Redner und der mitzuführenden Plakate liegen allein in den Händen der Veranstalter. Die Aufmärsche richten sich gegen jede atomare Rüstung in Ost und West. Der Ausschuss wehrt sich gegen alle Infiltrationsversuche, die natürlich immer wieder feststellbar sind. Er wird seine Unabhängigkeit zu wahren wissen. Gelder, die ihm aus Sammlungen von dazu nicht autorisierten Stellen etwa angeboten werden, wird er zurückweisen. Unsere Freunde bitten wir, nach allen Seiten hin auf der Wacht zu sein, unsere unabhängige Bewegung weiter zu stärken und die Ostermärsche zu einem eindringlichen Mahnruf zu gestalten.

Mit besten Grüßen

gez. Heinz Kloppenburg

Pressemitteilungen und Informationen

SPD
Bonn, Friedrich Ebert Allee 170
Telefon: 21901-09

Datum: 22.3.61 Nr. 88/61
W/GH

Mitteilung für die Presse

Betr.: "Ostermärsche"

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, erklärt zu den von verschiedenen pazifistischen Vereinigungen und anderen Organisationen propagierten "Ostermärschen":

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands distanziert sich von den "Ostermärschen" nicht deshalb, weil sie für die Fortsetzung des Atomwetterüstens wäre oder es aufgegeben hätte, für die Abrüstung einzutreten, sondern weil sie die "Ostermärsche" nicht als geeignetes Mittel ansieht, der Abrüstung näher zu kommen.

Wer so, wie es in der Propaganda für die "Ostermärsche" geschieht die einseitige Abrüstung verlangt und mit den "Ostermärschen" gegen die Lagerung von Atomwaffen im Westen protestiert, ohne deutlich zu machen, dass die Bemühungen um die allgemeine, international kontrollierte Abrüstung nur zum Ziele führen können, wenn Abrüstungsschritte auf beiden Seiten gleichzeitig und gleichwertig vorgenommen werden, der leistet ungewollt denjenigen Vorschub, die denn lieber "alles beim Alten lassen". Mit der Feststellung auf Einseitigkeit der Abrüstung schwindet die Aussicht, die Mehrheit der Bevölkerung für eine wirksame Abrüstungspolitik zu gewinnen. Namhafte Befürworter der "Ostermärsche" sehen aber gerade die Erzwingung einseitiger Abrüstungsmassnahmen als "Politikum" an (so Herr J. COLLINS erst kürzlich in München). Wir aber können es nicht als wirksames Mittel im Kampf um die Abrüstung ansehen, wenn aufrichtige Gegner des Atom-Wetterüstens sich mit der Forderung nach einseitigen Abrüstungsmassnahmen festfahren und von den Gegnern der Abrüstung bei breiten Bevölkerungskreisen diskreditiert werden.

Dass die kommunistischen Rundfunksender sich der "Ostermärsche" annehmen, entspricht sicher nicht dem Willen der aufrichtigen Pazifisten. Es ist aber auch das ein Zeichen dafür, wie zwiespältig diese Märsche wirken. Für die kommunistische Propaganda ist jedes Mittel recht, sich einzuschalten.

Ich denke nicht daran, den Kampf um die Abrüstung abzuschwächen oder aufzugeben, weil die Kommunisten auch Propaganda mit dem Begriff der Abrüstung treiben, aber ich möchte sicherstellen, dass unser Kampf für die Abrüstung nicht wechselt und in einen Topf geworfen wird mit dem, was die Kommunisten meinen, wenn sie mit der Abrüstung spielen.

+++

Redaktion: Franz Barsig, Herausgeber: Herbert Wehner

UNSER WIDERSTAND WIRD WACHSEN
Der Ostermarsch deutscher Atomwaffengegner
1962

Eine Presseanalyse
Zusammengestellt von Karl-Heinz Stahnke

- 1962 -

Veröffentlichung des VERBANDES DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER
in der War Resisters' International e.V. (VK)
- Dokumentationsabteilung -
207 Ahrensburg 1, Bogenstr. 14

F O L G E 3

Vorwort

Die Menschheit hat sich an die Atombombentests mittlerweile genauso gewöhnt, wie an die Aufrüstung im allgemeinen und an den Anblick des Militärs im besonderen. Sie nimmt sie hin, wie sie alles hinnimmt, was die Mächtigen in ihrem Namen tun, und meint, am Ende könne es mit den Gefahren doch nicht so schlimm sein, wie die Atombombengegner es sagen. Leider!

Daß der Gedanke des "Ostermarsches" inzwischen trotzdem eine Resonanz gefunden hat, beweisen die Teilnehmerzahlen zur Genüge. Ihr Ruf hat die Mauer des Schweigens durchbrochen und ist überall gehört worden. Da die Presse die Ostermärsche nicht mehr totschweigen kann, blieb ihr als "bewährtes Mittel" nur noch die Möglichkeit der Untertreibung. Die Meldungen zeigten vor Ostern eine auffallende Kürze. Eine Besserung trat erst zum Fest ein. Nicht zu übersehen waren die zahlreichen "Warnmeldungen" und offiziellen Distanzierungen vor dem Marsch. Wurden die Marschteilnehmer im vergangenen Jahr noch lächerlich gemacht, so war die Art der Diffamierung in diesem Jahr mehr politisch. Auf die Mißerfolgsthese mußte die Presse in diesem Jahr verzichten. Vielfach trat eine zwar zurückhaltende, aber doch objektive, manchmal auch offensichtlich unsichere Haltung zu Tage. Ein besonderes Interesse fand unter anderem aber das Ansbacher Urteil gegen die bayrischen Landratsämter.

Der vorliegende Bericht stellt eine Analyse der in den westdeutschen Zeitungen veröffentlichten Nachrichten und Kommentare dar. Veröffentlichungen der Auslandspresse, der pazifistischen Zeitschriften und der Pressemeldungen aus der DDR wurden nicht berücksichtigt.

Für die Bereitstellung Ihrer Unterlagen möchte ich Frau Dr. Hannelis Schulte meinen besonderen Dank sagen. Vor allem habe ich auch Herrn Ropers und Herrn Müller aus Hamburg zu danken, die viel kostbare Zeit opferten, um die Presseanalyse vorzubereiten. Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, wie sehr ich die große Hilfe von Herrn Vack und seinen Mitarbeitern im Verlag bei der Fertigstellung dieser Veröffentlichung zu schätzen weiß.

Ahrensburg, den 31.12.1962

Karl-Heinz Stahnke.

I. Arbeitsgrundlage

Für die Presseanalyse wurden 1.163 (956)+ Presseauschnitte ausgewertet. Die Mehrzahl der Berichte wurde innerhalb von drei Monaten veröffentlicht. Den Texten waren 142 (170) Abbildungen beigefügt. Davon wurden 12 Pressefotos mehr als dreimal, 5 Pressefotos mehr als fünfmal bzw. sogar dreizehnmal veröffentlicht.

Der Ausschnittanfall umfaßt folgenden Zeitraum:

12.1.1962	= 2 Ausschnitte	23.3.1962	= 4 Ausschnitte
13.1.1962	= 3 Ausschnitte	24.3.1962	= 3 Ausschnitte
14.1.1962	= 4 Ausschnitte	25.3.1962	= 2 Ausschnitte
15.1.1962	= 1 Ausschnitt	26.3.1962	= 3 Ausschnitte
24.1.1962	= 61 Ausschnitte	27.3.1962	= 4 Ausschnitte
26.1.1962	= 10 Ausschnitte	28.3.1962	= 2 Ausschnitte
27.1.1962	= 1 Ausschnitt	29.3.1962	= 3 Ausschnitte
28.1.1962	= 1 Ausschnitt	30.3.1962	= 7 Ausschnitte
31.1.1962	= 2 Ausschnitte	31.3.1962	= 18 Ausschnitte
1.2.1962	= 3 Ausschnitte	1.4.1962	= 6 Ausschnitte
2.2.1962	= 1 Ausschnitt	2.4.1962	= 4 Ausschnitte
3.2.1962	= 1 Ausschnitt	3.4.1962	= 12 Ausschnitte
5.2.1962	= 1 Ausschnitt	4.4.1962	= 15 Ausschnitte
7.2.1962	= 1 Ausschnitt	5.4.1962	= 2 Ausschnitte
9.2.1962	= 3 Ausschnitte	6.4.1962	= 9 Ausschnitte
10.2.1962	= 2 Ausschnitte	7.4.1962	= 8 Ausschnitte
15.2.1962	= 2 Ausschnitte	8.4.1962	= 2 Ausschnitte
16.2.1962	= 1 Ausschnitt	9.4.1962	= 27 Ausschnitte
17.2.1962	= 1 Ausschnitt	10.4.1962	= 23 Ausschnitte
20.2.1962	= 1 Ausschnitt	11.4.1962	= 22 Ausschnitte
21.2.1962	= 5 Ausschnitte	12.4.1962	= 24 Ausschnitte
22.2.1962	= 1 Ausschnitt	13.4.1962	= 14 Ausschnitte
23.2.1962	= 1 Ausschnitt	14.4.1962	= 6 Ausschnitte
24.2.1962	= 2 Ausschnitte	15.4.1962	= 1 Ausschnitt
25.2.1962	= 1 Ausschnitt	16.4.1962	= 6 Ausschnitte
26.2.1962	= 2 Ausschnitte	17.4.1962	= 15 Ausschnitte
27.2.1962	= 38 Ausschnitte	18.4.1962	= 25 Ausschnitte
1.3.1962	= 4 Ausschnitte	19.4.1962	= 43 Ausschnitte
2.3.1962	= 9 Ausschnitte	20.4.1962	= 7 Ausschnitte
3.3.1962	= 35 Ausschnitte	21.4.1962	= 48 Ausschnitte
5.3.1962	= 3 Ausschnitte	22.4.1962	= 14 Ausschnitte
6.3.1962	= 6 Ausschnitte	23.4.1962	= 6 Ausschnitte
8.3.1962	= 10 Ausschnitte	24.4.1962	= 303 Ausschnitte
9.3.1962	= 1 Ausschnitt	25.4.1962	= 64 Ausschnitte
10.3.1962	= 2 Ausschnitte	26.4.1962	= 4 Ausschnitte
12.3.1962	= 8 Ausschnitte	27.4.1962	= 10 Ausschnitte
13.3.1962	= 2 Ausschnitte	28.4.1962	= 5 Ausschnitte
14.3.1962	= 6 Ausschnitte	29.4.1962	= 3 Ausschnitte
15.3.1962	= 4 Ausschnitte	30.4.1962	= 10 Ausschnitte
16.3.1962	= 7 Ausschnitte	1.5.1962	= 10 Ausschnitte
17.3.1962	= 4 Ausschnitte	2.5.1962	= 11 Ausschnitte
20.3.1962	= 4 Ausschnitte	3.5.1962	= 5 Ausschnitte
21.3.1962	= 1 Ausschnitt	4.5.1962	= 9 Ausschnitte
22.3.1962	= 5 Ausschnitte	5.5.1962	= 6 Ausschnitte

+) Die Zahlenangaben in Klammern sind aus der Presseanalyse 1961 entnommen.

7.5.1962	= 4 Ausschnitte	15.5.1962	= 13 Ausschnitte
8.5.1962	= 1 Ausschnitt	16.5.1962	= 11 Ausschnitt
9.5.1962	= 3 Ausschnitte	17.5.1962	= 2 Ausschnitte
10.5.1962	= 21 Ausschnitte	18.5.1962	= 3 Ausschnitte
11.5.1962	= 8 Ausschnitte	19.5.1962	= 2 Ausschnitte
12.5.1962	= 4 Ausschnitte	21.5.1962	= 1 Ausschnitt
13.5.1962	= 1 Ausschnitt	22.5.1962	= 1 Ausschnitt
14.5.1962	= 8 Ausschnitte	26.5.1962	= 2 Ausschnitte

-.

II. Die Auswertung der Überschriften.

Die deutsche Presse wählte für ihre Berichterstattung über den Ostermarsch nachstehende Überschriften (Auswahl):

24. Januar 1962

SPD gegen Ostermärsche

27. Februar 1962

"Die Falken" gegen Ostermärsche

3. März 1962

15 Ostermärsche der Atomwaffengegner
Atomwaffengegner erstatten Strafanzeige gegen "Aktuell"

3. April 1962

Max Brauer gegen Ostermärsche

10. April 1962

SPD warnt erneut vor Ostermärschen

11. April 1962

Atomwaffengegner wollen Ostern bis zu 50 km marschieren

12. April 1962

Dufhues warnt vor Ostermarsch

13. April 1962

Atomwaffengegner protestieren gegen politische
Diffamierung

19. April 1962

Atomwaffengegner-Broschüre beschlagnahmt

24. April 1962

Mit Kinderwagen beim Ostermarsch
10 000 Atomwaffengegner marschieren
In 19 Marschkolonnen zu zahlreichen Kundgebungen
Ostermärsche am Ziel
Warnungen der SPD und des DGB nicht beachtet

25. April 1962

Vertreter der "Ostermärsche" reisen nach Genf

10. Mai 1962

Rechtswidrige Auflagen gegen Ostermärsche aufgehoben

III. Die deutsche Presse 1962

Nachstehend folgt eine Übersicht über Zeitungen, die mehr als drei Meldungen gebracht haben. Die Zahl der Berichte ist jeweils in Klammern aufgeführt.

Aachener Nachrichten (4)	Illertisser Zeitung (4)
Abensberger Tageblatt (7)	Kieler Nachrichten (4)
Allgemeine Zeitung, Mannheim (8)	Kölnische Rundschau (4)
Die Andere Zeitung, Hamburg (22)	Landsberger Tagblatt (4)
Augsburger Allgemeine (6)	Lüdenscheider Nachrichten (4)
Ahrensburger Zeitung (4)	Main Echo, Aschaffenburg (5)
Bayerische Rundschau, Kulmbach (4)	Mannheimer Morgen (8)
Bayreuther Tagblatt (6)	Nachtausgabe Frankfurt (4)
Bergsträßer Anzeiger, Bensheim (6)	Neuburger Rundschau (5)
Bremer Nachrichten (8)	Neu-Ulmer Zeitung (4)
Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf (38)	Nordwest Zeitung (5)
Donau Zeitung, Dillingen (4)	Nürnberger Zeitung (4)
Donauwärther Zeitung (4)	Oberhess. Presse, Marburg (7)
Düsseldorfer Nachrichten (4)	Offenbach Post (6)
Duisburger Generalanzeiger (5)	Opposition und Ziel (4)
Frankenthaler Zeitung (4)	Osterholzer Kreisblatt (4)
Fränkische Presse, Bayreuth (9)	Passauer Neue Presse (5)
Fränkische Tagespost, Nürnberg (11)	Pfälzische Volkszeitung (6)
Frankfurter Allg. Zeitung (9)	Rhein-Zeitung (4)
Frankfurter Neue Presse (5)	Roth-Hilpoltsteiner Volkszeitung (4)
Frankfurter Rundschau (8)	Süddeutsche Zeitung (9)
Freie Presse, Bielefeld (4)	Schwäbische Zeitung (5)
Freisinger Tagblatt (5)	Stormarner Tageblatt (4)
Friedberger Allgemeine (4)	Stuttgarter Nachrichten (5)
Fuldaer Zeitung (5)	Die Tat, Frankfurt (22)
Gevelsberger Zeitung (5)	Treuchtlinger Kurier (5)
Gießener Anzeiger (4)	Velberter Zeitung (6)
Gießener Freie Presse (4)	Waldeckische Landeszeitung (6)
Hanauer Anzeiger (14)	Weserkurier (5)
Heidenheimer Volksblatt (6)	Westdeutsche Allgemeine (5)
Heidenheimer Zeitung (4)	Westdeutsches Tageblatt (27)
Hersfelder Volkszeitung (8)	

IV. Auszüge aus Presseartikeln zum Ostermarsch

"Freie Presse, Bielefeld" vom 2. März 1962

Falken gegen Ostermärsche 1962

Der Bundesausschuß der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken - distanziert sich von den Ostermärschen 1962. Er fordert seine Mitglieder auf, nicht an den Märschen teilzunehmen. Die Mitarbeit in den Ausschüssen "Ostermarsch der Atomwaffengegner" sowie die Unterzeichnung von Aufrufen sind mit der Mitgliedschaft in der SJD -Die Falken- nicht vereinbar. Diesen Beschluß faßten Bundesvorstand und Bundesausschuß der Sozialistischen Jugend Deutschlands -Die Falken- auf einer Tagung am letzten Wochenende in Hannover ...

"Fränkische Tagespost" vom 29. März 1962 Nürnberg

Die Katze aus dem Sack gelassen

"...Alle jene, die trotz wiederholter Warnungen in der Vergangenheit noch immer bestreiten, daß hinter den Aktionen zu Ostern der politische Wille einer totalitären Ideologie steht, werden

sich wohl jetzt die Frage vorlegen müssen, ob sie es weiterhin verantworten können, durch ihre Beteiligung den Kommunisten zu einer solchen Propaganda-Plattform zu verhelfen."

"Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf" vom 6. April 1962

"Falken" nehmen am Ostermarsch teil

Auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken" in Frankfurt am Main wurde beschlossen, sich wie im Vorjahr aktiv am Ostermarsch der Atomwaffengegner zu beteiligen. Die Delegierten kritisierten eine Entscheidung des Bundesvorstandes der "Falken" ...

"Fränkische Tagespost" vom 9. April 1962

Ostberlin propagiert die "Ostermärsche"

"Bonn. Seit vier Wochen vergehe keine Nacht, in der nicht der kommunistische "Freiheitssender 904" die sogenannten "Ostermärsche" in der Bundesrepublik nicht nur propagiere, sondern sogar deren organisatorische Details bis ins letzte vorankündige, teilte am Montag ein SPD-Sprecher mit..."

"Münsterisches Tagblatt" vom 19. April 1962

Polizei beschlagnahmte Broschüre der Atomwaffengegner in Düsseldorf

... "Den Atomwaffengegnern war auch verboten worden, Transparente mit den Aufschriften "Unruhe ist die erste Bürgerpflicht" und "Wer Bunker baut, denkt an Krieg" auf der Veranstaltung und einem anschließenden Fackelzug zu zeigen" ...

Coburger Tagblatt vom 19. April 1962

Unsere Meinung Die "Ostermarschierer"

... "Die 'Ostermarschierer' sind allem Anschein nach heute über das Sektierertum hinausgekommen - anders läßt sich das Ansteigen dieser Bewegung nicht erklären. Ein polizeiliches Verbot wäre das Dümme, was sich die Bundesrepublik jetzt leisten könnte..."

"Duisburger Generalanzeiger" vom 20. April 1962

Unser Kommentar Die Ostermärsche

... Die Ostermarschierer sind allem Anschein nach weit über das Sektierertum hinausgekommen - anders läßt sich das Ansteigen dieser Bewegung nicht erklären...

"NRD-Mittelwelle", Nachrichtenprogramm vom 23. April 1962

... Mit ihren traditionellen Ostermärschen haben die Atomwaffengegner in der Bundesrepublik auch in diesem Jahr wieder versucht, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken. An den Ostermärschen, die heute abend mit Kundgebungen in Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, München und anderen Großstädten der Bundesrepublik enden sollen, beteiligen sich in diesem Jahr rund 12 000 Menschen. Es sind vornehmlich Mitglieder der Naturfreundejugend, der evangelischen Jugend, der sozialistischen Jugendorganisation "Die Falken" und junge Gewerkschaftler. Auch Ärzte, Geistliche, Lehrer und Studenten marschieren mit. Der Leiter der Zentrale der Ostermärsche in Braunschweig Büro hat heute mitgeteilt, daß die Demonstrationen bisher ohne größere Zwischenfälle diszipliniert und in guter Ordnung verlaufen seien. Damit sei der Beweis erbracht worden, daß die Atomwaffengegner, die gegen jede atomare Rüstung in Ost und West protestierten, neutral und keine Kommunisten seien...

"Südschleswigische Heimatzeitung, Flensburg" vom 24. April 1962
Dänische Atombombengegner an der Grenze zurückgewiesen. Sie wollten von Kiel aus am Protestmarsch teilnehmen.

... Auf Weisung des Bundesinnenministeriums wurde ihnen jedoch am Grenzübergang Kupfermühle die Einreise nach den § 5 und 8 der Ausländerpolizeiverordnung verwehrt. Nach dieser Bestimmung kann Personen, die die innere Sicherheit oder sonstige Belange der Bundesrepublik verletzen, die Einreise untersagt werden...

Bayrische Rundschau, Kulmbach vom 24. April 1962

10 000 Atomwaffengegner marschierten

"Mit ihren traditionellen Ostermärschen versuchten die Atomwaffengegner in der Bundesrepublik auch in diesem Jahr wieder, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich zu lenken... Die Marschkolonnen, in denen auch ganze Familien mit Kinderwagen mitzogen, trugen Hunderte von Transparenten mit sich... Die Märsche verliefen im allgemeinen ohne Zwischenfälle. Der nördlichen Marschkolonne jedoch stahlen in der Nacht zum Oster-sonntag unbekannte Täter in der Nähe von Buchholz (Landkreis Harburg) sämtliche Transparente und 30 schwarze Fahnen..."

"Westdeutsches Tageblatt, Dortmund" vom 25. April 1962

Ostermarsch

... Betrachtet man jene Menschen, die die Ostermärsche verantwortlich organisierten und die Masse derer, die mitmarschierten, dann ist diese Behauptung scharf zu kritisieren. Sie bedeutet ein neues Glied in der Kette der Versuche, alle Mitbürger, die anders denken und handeln als der große Haufen, zu diffamieren ...

"Frankfurter Rundschau, Frankfurt" vom 27. April 1962

"Atomwaffengegner demonstrieren"

In der Ausgabe vom 24. April ist eine dpa-Meldung zu den Ostermärschen der Atomwaffengegner enthalten. Darin heißt es, daß sich an den Märschen nach Angaben der Marschleitung etwa 10 000 Menschen beteiligten. Diese Zahl trifft nicht zu. Die unabhängig voneinander erfolgte Zählung eines Pressedienstes und der verantwortlichen Marschleitung ergab, daß im gesamten Bundesgebiet am Ostermontag 15 000 demonstrierten. An den Kundgebungen während des Ostermarsches beteiligten sich rund 50 000 Menschen...

"Heimat Zeitung des Kreises Groß Gerau" vom 27. April 1962

Das Fazit der Ostermärsche der Atomwaffengegner

..." Die Beteiligung an den insgesamt 20 Märschen stieg von Tag zu Tag. Am Ostersonnabend betrug sie etwa 4 000 Menschen, am Ostersonntag zwischen 8 und 10 000 und am Ostermontag war sie etwa 15 000. Die zurückgelegten Marschstrecken lagen zwischen 40 und 110 km." ...

"Offenbach Post" vom 7. Mai 1962

IG-Metall soll Ostermärsche der Atomwaffengegner unterstützen

"Die Delegierten der Industrie-Gewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Offenbach, waren am Samstag zu einer wichtigen Vertreterversammlung in den Saal des Bootshauses Wiking zusammengekommen... Daneben war jedoch noch ein zweiter Antrag von einigen IG-Metall-Mitgliedern eingebracht worden, in dem gefordert wurde, daß der Bundesgewerkschaftstag der IG Metall in Zukunft auch die Ostermärsche der Atomwaffengegner unterstützen und sich damit dem Beispiel der englischen Gewerkschaften anschließen sollte. Um

diesen Antrag gab es sehr lebhaft Diskussionen; das Abstimmungsergebnis war sehr knapp: 34 Stimmen wurden für diesen Ostermarsch-Unterstützungsantrag abgegeben, 32 Delegierten stimmten gegen diesen Antrag, vier Delegierte enthielten sich der Stimme." ...

"Frankischer Anzeiger, Rothenburg" vom 11. Mai 1962

Auflagen gegen Ostermärsche sind rechtswidrig

Ansbach. In einer grundsätzlichen Entscheidung hob das Verwaltungsgericht Ansbach mehrere einschränkende Bestimmungen des Landratsamtes Hilpoltstein gegen den Ostermarsch 1962 der Atomwaffengegner als rechtswidrig auf...

Die Auflage, sich in jeder Gemeinde des Landkreises mit dem Leiter der gleichen für den Landkreis zuständigen Landpolizeistation Hilpoltstein in Verbindung zu setzen, bezeichnete das Gericht "als eine nicht in der Natur der Sache liegende Überspitzung der Forderung, die an Schikane grenzt."

V. Bilanz vom Ostermarsch 1962

Am Ostermontagnachmittag sind in allen Teilen der Bundesrepublik die Ostermärsche der Atomwaffengegner zu Ende gegangen. Die großen Abschlußkundgebungen fanden in 8 deutschen Großstädten statt, auf die die Märsche sternförmig von mehreren Seiten geführt wurden und zwar in Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg und München.

Die Beteiligung an den insgesamt 20 Märschen stieg von Tag zu Tag. Am Ostersonnabend betrug sie etwa 4000 Menschen, am Ostersonntag zwischen 8 und 10 000 und am Ostermontag war sie etwa 15 000. Bei den Anfangs-, Zwischen- und Abschlußkundgebungen versammelten sich insgesamt etwa 50 000. Die zurückgelegten Marschstrecken lagen zwischen 40 und 110 km.

An den Ostertagen fanden nicht nur an sehr vielen Orten in der Welt große Demonstrationen der Atomwaffengegner statt. Auch die internationale Beteiligung an den deutschen Märschen war beachtlich. Es waren vertreten: USA, Peru, Chile, Japan, Indien, Afghanistan, Iran, Westafrika, Marokko, Türkei, Jugoslawien, Italien, Holland, Belgien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Frankreich, Spanien, England. Einer dänischen und einer französischen Delegation wurde als "unerwünschten Ausländern" die Einreise von den deutschen Behörden verweigert.

Die Märsche verliefen ohne Zwischenfälle, in ausgezeichneter Disziplin. Die Aufnahme bei der Bevölkerung war unerwartet gut und vielfach herzlich. An den Rastplätzen wurden die Marschierenden zum Teil in die Häuser eingeladen und gepflegt. Es wurde getanzt und musiziert. Viele Märsche begannen morgens mit Feldgottesdiensten. Immer wieder wurden durch Sprechchöre, Plakate und in zahlreichen Ansprachen die atomare Abrüstung in Ost und West gefordert und eine Absage an totalitäre Bestrebungen und politische Diktatur, gleich welcher Art, erteilt,

Prominente Redner auf den Kundgebungen waren die englischen Unterhausabgeordneten Frank Allaun, Fenner Brockway und Sidney Silverma, Frau Pat Arrowsmith, die Gründerin der englischen Ostermarsch-Bewegung, Dr. Robert Jungk (Strahlen aus der Asche), Erich Kuby, Chefarzt Dr. Bodo Manstein, Rudolf Rolfs, Leiter der Schmiere, Dr. Helga Einsele, Leiterin des Frauengefängnisses Frankfurt, die Professoren Dr. Gustav Heckmann, Dr. Dr. Wenzel, Dr. Katharina Petersen, Christian Geisler (Die Anfrage), Pfarrer i.R. Dr. Freudenberg und der Sprecher des Zentralen Ausschusses Hans-Konrad Tempel und viele andere.

Grußadressen kamen aus fast allen Teilen der Welt und besonders auch aus den Ländern Norwegen und Belgien, die in diesem Jahr zum erstmalig Ostermärsche ausführten. Persönliche Grüße wurden unter anderem übersandt von Lord Boyd Orr, dem früheren Direktor der UN-Welternährungsorganisation und dem Mitglied des Kuratoriums des Ostermarsches Earl Bertrand Russell.

In den kommenden Tagen wird eine Delegation nach Genf reisen, um den Vertretern der Länder der Abrüstungskonferenz den Standpunkt der Ostermärsche darzulegen. Sie wird in Genf mit Delegationen aus Ländern Europas zusammentreffen, in denen Märsche und Proteste stattgefunden haben, also England, Belgien, Holland, Italien, Dänemark, Norwegen und Schweden. Sprecher dieser Gruppe werden der Domherr Canon Collins von der englischen Campaign für Nuklear Disarmament und der Präsident der Europäischen Föderation gegen Atomrüstung, der Schweizer Heinrich Buchbinder, sein. Von dem deutschen Ostermarsch der Atomwaffengegner wurde ein Schreiben an die Delegation der Länder der Genfer Abrüstungskonferenz verfaßt, das bei den Abschlußkundgebungen verlesen wurde.

Braunschweig, den 23. April 1962

Dr. Buro, Geschäftsführer
des Zentralen Ausschusses

Einige Zahlen vom Ostermarsch

Gesamtbeteiligung
Marsch- und Kund-
gebungsteilnehmer

	1958	1959	1960	1961	1962
Bundesrepublik	-----	-----	2.000	23.000	50.000
England	500	7.000	20.000	30.000	100.000

Ostermärsche fanden in diesem Jahr in folgenden westeuropäischen Staaten statt: England, Bundesrepublik, Belgien, Holland, Italien, Dänemark, Schweden, Norwegen. Außerhalb Europas in den USA, Australien, Neuseeland.

VI. D o k u m e n t e

a) Aufruf des Zentralausschusses zur Vorbereitung des Ostermarsches

Der Frieden der Welt, die Existenz der Menschheit sind immer noch tödlich bedroht. Ost und West treiben weiterhin Politik mit der Bombe. Die Fortsetzung der Atomwaffentests durch Frankreich, die Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche durch die USA haben die internationalen Spannungen gesteigert. Darüber hinaus ist durch die Atomwaffenversuche der atomare Ausrottungsprozeß bereits vor einem Kriegsausbruch im Gange.

Jede vernünftige, jede menschliche Politik hat heute zuallererst die Ächtung der Massenvernichtungsmittel zur Bedingung. Deshalb ist es die Aufgabe der Friedliebenden, allen Schwierigkeiten, aller Verführung, Vergeßlichkeit und Resignation zum Trotz, den Widerstand gegen den nuklearen Massenmord und seine Vorbereitung zu mobilisieren, um folgende Forderungen durchzusetzen:

- o Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche
- o Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen
- o Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen
- o Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen

Gerade die Situation in Deutschland zwingt uns zu höchster Aktivität. Das Verlangen nach Atomwaffen für die Bundesrepublik erhöht entscheidend die weltpolitische Spannung und die Gefahr eines nuklearen Krieges. Wir fordern deshalb für Deutschland:

- o Verzicht auf atomare Bewaffnung in ganz Deutschland
- o Verzicht auf die Stationierung atomar gerüsteter Truppen auf deutschen Territorium
- o Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa

Die Bewegung gegen nukleare Waffen hat in der jüngsten Zeit, nicht zuletzt durch die Tätigkeit der CND (Campaign for Nuclear Disarmament) und des Komitees der Hundert in Großbritannien, an öffentlichem Einfluß gewonnen.

Wir fordern schon heute dazu auf, durch Vorbereitung des Ostermarsches der Atomwaffengegner 1962 und durch weitere Aktionen bis Ostern 1962 auch in der Bundesrepublik Deutschland den Protest gegen atomare Waffen in Ost und West unüberhörbar zu machen.

Die Regionalausschüsse werden rechtzeitig Aktionen in ihrem Bereich bekanntmachen. Jeder, der unsere Forderungen bejaht und die Disziplin in unserer Bewegung einzuhalten bereit ist, ist zur Mitarbeit aufgerufen. Überall in der Bundesrepublik sollen örtliche und regionale Ostermarschausschüsse tätig werden, unabhängig von parteipolitischen Bindungen.

Ostermarsch
der Atomwaffengegner

Hans-Konrad Tempel
für den Zentralen Ausschuß

b) Slogans für den Ostermarsch 1962

A. Pflichtslogans

1. Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie
2. Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation
3. Kein Zweck heiligt Atomwaffen
4. Statt Atomwaffen - Brot für die Welt
5. Westliche Atomwaffen wirken genauso wie östliche
6. Ausbildung an Atomwaffen = Ausbildung zum Massenmord
7. Sicherheit durch Abrüstung und Verständigung
8. Verteidigung der Freiheit durch Mord?
9. Für atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa
10. Unser größter Feind ist der Krieg
11. Die Bombe löst keine Probleme
12. Auch Teste sind Mord
13. Keine Atomwaffen auf deutschem Boden
14. Mit der UNO gegen Atomwaffen
15. Nur Friede ist Luftschutz

B. Slogans zur freien Auswahl

16. Statt starker Armeen mehr Mut und Ideen
17. Weder Tyrannei noch Krieg
18. Besser Ko-Existenz als No-Existenz
19. (zu einem Bild) Begreifst Du nun, warum wir marschieren?
20. Umdenken tut not
21. Der wahre Mut zeigt sich im Mut zu neuen Wegen
22. Ich bin mitverantwortlich - auch Du
23. Wer Bunker baut, denkt an Krieg

24. Was willst Du verteidigen, wenn nichts übrigbleibt?
25. Unruhe ist die erste Bürgerpflicht
26. Wer die Atombombe nimmt, wird durch die Atombombe umkommen
27. Gewalt löst keine Probleme
28. Mütter, es geht um Sicherheit und Zukunft Eurer Kinder
29. Das ist Hiroshima: 1945 250 000 Tote
 1961 230 000 Atomkranke
30. Damit 1970 noch Menschen leben
31. Atomenergie nur für friedliche Zwecke
32. Laßt uns Brücken bauen - nicht den Abgrund vertiefen
33. Folgt Kennedys Vorschlag- schafft einen Friedensdienst
34. Unser Widerstand wächst
35. Fort mit Atomwaffen in Ost und West
36. Keine Atom-Experimente
37. Barbaren werden wir durch barbarische Mittel
38. Mein Gewissen sagt Aufbau, nicht Zerstörung
39. Du sollst nicht töten
40. Hätte Jesus die Bombe genommen?
41. Die Bombe ist Gotteslästerung
42. Sollen Menschen wir Ungeziefer ausgerottet werden?
43. (zu einem Bild) Wenn das gut ist, was ist dann böse?
44. Für nüchterne Information, gegen gefährliche Illusion
45. Hiroshima und Nagasaki mahnen
46. Auch Dein Hiroshima wird vorbereitet
47. Hiroshima 1945. Frankfurt (Berlin, Essen, München ...) niemals
48. Zwei Bomben - und jedes 7. Kind eine Mißgeburt
49. Atombomben ächten!

c) Appell des Ostermarsches der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik Deutschland an die Genfer Abrüstungskonferenz

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik Deutschland tritt für folgende Forderungen ein:

- + Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche
- + Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen
- + Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen
- + Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen.

Um der Durchsetzung dieser Forderungen näher zu kommen, appelliert der Ostermarsch an die Genfer Abrüstungskonferenz:

Sorgen Sie für Vereinbarungen, daß Kernwaffenteste nicht fortgesetzt und nicht wieder aufgenommen werden und für einen vernünftigen Kompromiss in der Frage der Kontrolle, dem der Vorschlag der blockfreien Staaten zu Grunde liegen könnte.

Sorgen Sie für eine Vereinbarung, die es den Staaten, die im Besitz von Kernwaffen sind, untersagt, Informationen über Kernwaffen oder Kernwaffen selbst an andere Staaten weiterzugeben.

Sorgen Sie dafür, daß alle Vorschläge für eine politische und militärische Entspannung - so etwa Vorschläge für einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der Nato und denen des Warschauer Paktes, Vorschläge für die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen und Bildung einer Gemeinschaft von Staaten, die sich entsprechend dem Undén-Plan verpflichten, auf Atomwaffen zu verzichten - und von allen Beteiligten ernsthaft geprüft und wenn möglich realisiert werden.

Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Grenze in Deutschland kann seine Hoffnungen nur auf eine Politik der Entspannung setzen. Jede Vereinbarung, die den internationalen Konfliktstoff mindert und die Gefahr eines atomaren Krieges verringert, liegt daher auch im Interesse Deutschlands.

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hans-Konrad Tempel, Sprecher
des Zentralen Ausschusses

d) VK-Resümee

Viele skeptische Betrachter der Ostermärsche geben der Form des Protestes wenig Chancen. Sie können nicht verstehen, daß eine Bewegung, die nicht von Anfang an die Zustimmung oder Anerkennung der großen Organisationen der Arbeiterschaft findet, Erfolg haben kann. Diese Kritiker vergessen, daß ein entschiedenes und beharrliches Eintreten für die "Politik ohne Bombe" jenseits von parteipolitischer Taktik, auf längere Zeit gerade der Sympathie jener sicher ist, die auf Grund ihrer politischen Herkunft und Einstellung antimilitaristisch und gegen das gefährliche Spiel mit A- und H-Bomben eingestellt sind. Gerade bei den Gewerkschaften findet man von Ortsvorständen bis in die Hauptvorstände Sympathie, die es in echte Unterstützung umzuwandeln gilt. Viele Funktionäre sind noch immer etwas vorsichtig mit den "idealistischen noch jungen und unbekanntem Verantwortlichen für die Ostermärsche". Sie gilt es durch die beständige und eindeutige Fortsetzung unseres Kampfes zu überzeugen. Bei der Bewertung unserer deutschen Ostermärsche und der Möglichkeit einer positiven Einflußnahme auf die großen Organisationen, dürfen wir die internationalen Aspekte nicht übersehen.

Die Ostermärsche 1962 sind nun vorbei. Es ist wieder "Ruhe" eingeleitet und man kann das "heiße Eisen" mit kühlem Verstand diskutieren. Wir als Kriegsdienstverweigerer stehen zu den Ostermärschen und unseren Beschlüssen, in den Ausschüssen mitzuarbeiten, obwohl wir wissen, daß dies nur eine, allerdings sehr wichtige, Teilaufgabe der pazifistischen Bewegung ist. Wir hoffen leidenschaftlich, daß sich in Genf der Sinn unseres Ostermarsches erfüllt. Ansonsten: wir werden nicht Ruhe geben, solange unser Leben durch die Atombombe bedroht ist.

Klaus Vack

e) Eindrücke in Genf (aus: Das Gewissen, München, Jg. 7 (1962), H. 6)

Wir hatten bei unseren Ostermarsch-Kundgebungen eine Botschaft an die Genfer Abrüstungskonferenz verlesen, die von drei Vertretern der Ostermarschbewegung nach Genf gebracht wurde. Leider kamen wir etwas verspätet dorthin, so daß die englische Gruppe unter Führung von Canon Collins bereits die wichtigsten Besuche bei Sorin, Dean und anderen gemacht hatte. So beschloßen wir, uns besonders den neutralen Staaten zuzuwenden und besuchten teils allein, teils mit einem Vertreter der englischen und der norwegischen Ostermärsche die Delegation der Länder Äthiopien, Brasilien, Indien, Kanada, Mexiko, Nigeria, Polen, VAR (Ägypten) und den Vertreter der UNO.

Was uns bei all diesen Gesprächen aufs stärkste berührte, war der feste Wille, den Abrüstungsvertrag in Genf unter allen Umständen zustande zu bringen, und das heißt: mit Geduld, diplomatischem Geschick und dem Gewicht einer guten Sache eine Einigung

zwischen den USA und der UdSSR herbeizuführen. "Wir kleinen Länder haben nur eine moralische Macht", sagte der Vertreter von Mexiko zu uns. Doch drückte dieser Satz nicht nur Bescheinigung^{denhat} aus, Einsicht in die wirkliche Lage der Dinge, sondern auch den Stolz auf die gute Sache, für die man wirkt. Deshalb hoffen und warten die Vertreter der blockfreien Mächte in Genf so sehr auf eine Bewegung in den Völkern, die die Regierungen unter Druck setzt, sich von dem überholten militarischen Denken freizumachen. Wir wurden immer wieder gemahnt: "Machen Sie weiter! Beeinflussen Sie die öffentliche Meinung! Üben Sie den nötigen Druck auf Ihre Regierung aus!" "Wir sind mit Ihnen in demselben Boot", gab uns der Vertreter von Mexiko zum Abschied mit; und einer aus der ägyptischen Delegation sagte mit großem Ernst: "Gott segne Sie!"

Wir sind es von unseren westdeutschen Mitbürgern her gewohnt, entweder mit dem mitleidigen Blick "ihr armen Narren!" oder mit dem mißtrauischen Blick "ihr Handlanger Moskaus" betrachtet zu werden. So war es überwältigend für uns, daß politisch bedeutende Menschen uns hier ernst nahmen, uns Dank sagten und als an der gemeinsamen Aufgabe Mitbeteiligte betrachteten.

Hochinteressant waren auch die Gespräche mit dem polnischen und dem kanadischen Vertreter: Beide Länder lehnen jede Art von Atomrüstung durchweg ab. Beide Länder müssen gegen ihren großen Bundesgenossen Rücksicht üben und sind geneigt, ihn in Schutz zu nehmen. Von beiden kann aber auch ein guter, hilfreicher Einfluß auf die "Großen" ausgehen.

General Burns, der Leiter der kanadischen Delegation, erzählte uns, daß er, der Offizier zweier Weltkriege, beim Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki erkannt habe, daß es so nicht mehr weitergehen könne und daß der Krieg unmöglich geworden sei, jedenfalls unter den Atombomben besitzenden Mächten. In dieser Erkenntnis wird in Genf gearbeitet. Zieht man dazu die Anwesenheit der Neutralen in Betracht, so ergibt sich, daß diese Konferenz unter ganz anderen Zeichen steht als jede frühere. Deshalb: wir heißen euch hoffen!

VII. Bibliographie (Auswahl)

- 1) Rede von dem Leiter des Frankfurter Kabarettts "Die Schmiere" in: Stimme der Gemeinde, Frankfurt, Jg. 14 (1962), H.10, Sp. 313-314
- 2) Rede von Pfarrer Dr. Freudenberg, Bad Vilbel in: Stimme der Gemeinde, Frankfurt, Jg. 14 (1962), H. 10, Sp. 314-316
- 3) Ostermarsch der Atomwaffengegner. Bericht von Herbert Faller. in: Wir sind jung, Stuttgart, Jg. 1962, H.1, März 1962, S. 1-2
- 4) Dokumentation über den Ostermarsch 1962. in: Deutscher und internationaler Jugendinformationsdienst Wiesbaden, Jg. 1962, Nr. 3 vom 20.3.1962, 17 S.
- 5) Ostermärsche 1962 mit kommunistischem Ballast. in: Für die Demokratie, Jg. 3 (1962), H.4, S. 7-11

VIII. Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite	2
Arbeitsgrundlage	"	3
Auswertung der Überschriften	"	4
Die deutsche Presse 1962	"	5
Auszüge aus Presseartikeln zum Ostermarsch	"	5
Bilanz vom Ostermarsch 1962	"	8
Dokumente	"	9
Bibliographie	"	13
Inhaltsverzeichnis	"	14

In der Februar-Nummer unserer Verbandszeitschrift ZIVIL wurde eine Leserumfrage gestartet. Es beteiligten sich ca. 400 Leser, die ihren Fragebogen ganz oder teilweise ausgefüllt an die Verbandsgeschäftsstelle gaben. Leider war es wegen der Vorbereitungen zum VK-Bundeskongress noch nicht möglich, eine umfassende alles berücksichtigende Auswertung vorzunehmen. So wurden viele Randbemerkungen gemacht, die in die folgende Auswertung nicht aufgenommen werden konnten. Diese Teilauswertung dürfte jedoch für die Beratungen im Bundesausschuss ausreichen, währenddem eine Gesamtauswertung von den für ZIVIL und für die Beilagen Verantwortlichen vorgenommen werden sollte.

So beurteile ich ZIVIL:

Gesamturteil - sehr gut	50 Stimmen
gerade richtig	169 Stimmen
gelegentlich lesbar	76 Stimmen
schlecht	10 Stimmen
Politischer Leitartikel - aktuell	89 Stimmen
treffend	134 Stimmen
einseitig	52 Stimmen
zu lang	33 Stimmen
lese ich nicht	4 Stimmen
schlecht	14 Stimmen
keine Meinung	12 Stimmen
Friedensdienst - gut	116 Stimmen
interessant	145 Stimmen
zu umfangreich	52 Stimmen
langweilig	5 Stimmen
lese ich nicht	3 Stimmen
keine Meinung	10 Stimmen
Rechtliche Seite - unbedingt notwendig	196 Stimmen
wichtig	94 Stimmen
übersichtlich	42 Stimmen
unnötig	6 Stimmen
lese ich nicht	9 Stimmen
keine Meinung	3 Stimmen
Bibliographischer Wegweiser - aufschlußreich	86 Stimmen
gut	85 Stimmen
notwendig	115 Stimmen
benutze ich nicht	65 Stimmen
unnötig	12 Stimmen
keine Meinung	4 Stimmen
Neues aus den Gruppen - interessant	80 Stimmen
gut	102 Stimmen
zu wenig Berichte	77 Stimmen
zu ausführlich	42 Stimmen
unaktuell	18 Stimmen
uninteressant	18 Stimmen
Aufmachung, graphische Gestaltung - sehr gut	110 Stimmen
es geht	169 Stimmen
schlecht	21 Stimmen

So soll ZIVIL werden:

	mehr		wie bisher	weniger	un- wichtig
Fotos	137	6.	134	7	22
Karikaturen	128	7.	133	22	18
Politische Stellungnahmen	161	3.	113	24	1
Ziviler Ersatzdienst	80		176	47	1
Intern. Friedensdienst	96		162	35	4
Rechtliche Seite	61		213	27	4
Neues aus den Gruppen	92		131	57	19
Ber. üb. Vorst. u. Bund.Gst.	50		172	62	20
Bibliographischer Wegweiser	15		182	85	20
Aus der Arbeit and. F-Verb.	118	8.	148	31	5
Aus der inter. F-Arbeit	149	5.	133	19	5
Nachrichten über den Osterm.	77		170	38	15
Nachrichten, die nicht in FAZ und WELT stehen	200	2.	78	3	5
Sachliches Material (Doku- mentation) zu politischen, ge- sellschaftlichen, wirtschaft- lichen und militäri. Fragen	241	1.	53	4	5
Satire	113		119	33	32
Witze	49		121	43	79
Kurzgeschichten	78		109	54	61
Gedichte	52		114	60	71
Leserdiskussionen	154	4.	95	28	20
Ausführliche Besprechung von Büchern	60		139	54	44

Auswertung: Amann, Don, Vack

Offenbach(Main), den 10.Mai 1963

An den
Verband der Kriegsdienstverweigerer
Verbandsgeschäftsstelle

6050 Offenbach - 4
Postfach 648

ED 718-15-85

17. 5. 63

Datum:

B e s t e l l z e t t e l

Ich bestelle folgendes Material:

- Broschüre "Wer wird als Kriegsdienstverweigerer anerkannt" (50 Seiten)
Für VK-Gruppen und Mitglieder des VK DM 3,-- DM
- Broschüre "Kriegsdienstverweigerung und Ersatzdienst". Die rechtlichen Bestimmungen für Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik Deutschland, Herausgegeben von der Zentralstelle, (12 Seiten) DM -.50 DM
- Merkblatt für Kriegsdienstverweigerer "Was wir sind - was wir wollen" (14 Seiten), mit gültiger Satzung bis 20 Stück DM -.20 das Stück bei größeren Abnahmen DM -.10 das Stück DM
- Broschüre "Kalter Krieg und Kriegsdienstverweigerung" von Wilhelm Keller, DM -.10 DM
- Broschüre "Zum Entwurf eines 'Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall' (Zivildienstgesetz), von Rechtsanwalt Heinrich Hannover (16 Seiten) bis 20 Stück DM -.35 das Stück bei größeren Abnahmen DM -.25 das Stück DM
- Broschüre "Zur Frage einer Notstandsverfassung" von Rechtsanwalt Heinrich Hannover (24 Seiten), bis 20 Stück DM -.50 bei größeren Abnahmen DM -.30 DM
- Broschüre "Texte zur Gewaltlosigkeit" von H.-K. Tempel, H. Stolle, H. Duwe (26 Seiten) DM 1,-- DM
- Broschüre "Christ und Krieg", eine Handreichung zum Nachdenken von Kirchenpräsident D. Martin Niemöller D.D. (24 Seiten) DM -. 50 DM
- "UN-Status für Deutschland?" (8 Seiten), DM -.10 DM
- Zeitschrift "Ostermarsch 63" (16 Seiten), DM -.30 DM
- Schallplatte "Ostersongs 62/63, DM 8.20 DM
- ZIVIL, alte Nummern als Werbeexemplare DM -.10 DM
- Handzettel mit verschiedenen Karikaturen 1.000 Stück DM 3,50 DM
- Beitrittserklärungen (kostenlos)
- Einlagekärtchen für VK-Ausweise (kostenlos)

Name:

Anschrift:

An die

Damen und Herren Abgeordnete
des deutschen Bundestages

5300 Bonn
Bundeshaus

Verband der Kriegsdienstverweigerer

In der War Resisters' International e.V.

Verbandsgeschäftsstelle

Datum: 5. Juni 1963
Va./An.

7. 6. 63

Zur Kenntnisnahme

Sehr verehrte Frau Bundestagsabgeordnete!

Sehr verehrter Herr Bundestagsabgeordneter!

Sie erhalten sicher viele Stellungnahmen, Petitionen, Anfragen, werden sich aber vielleicht dennoch daran erinnern, daß ihnen der Verband der Kriegsdienstverweigerer Anfang Dezember 1962 eine ausführliche Stellungnahme zum "Gesetz über den Zivildienst im Verteidigungsfall" (Zivildienstgesetz) übermittelt hat. Heute dürfen wir Ihnen eine weitere Stellungnahme unseres stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Rechtsanwalt Heinrich Hannover, "Zur Frage einer Notstandsverfassung" vorlegen. Rechtsanwalt Hannover setzt sich in dieser Schrift ausführlich mit der geplanten Notstandsverfassung auseinander und gibt eine Stellungnahme ab, die Sie als Abgeordneter im deutschen Bundestag für Ihre persönliche Entscheidung, zu den von der Bundesregierung vorgelegten Entwürfen, unbedingt einer aufmerksamen Betrachtung würdigen sollten.

Wir Kriegsdienstverweigerer befinden uns auf dem Boden des Grundgesetzes. Wir befürchten jedoch, daß eine, im Sinne der Entwürfe, in Kraft getretene Notstandsverfassung die Möglichkeit bietet, im Falle eines sogenannten oder wirklichen Notstandes wesentliche Grundrechte außer Kraft zu setzen. Damit wäre ein totalitärer Obrigkeitsstaat geschaffen, der zwar vorgiebt, den Rechtsstaat zu verteidigen, aber diesen schon verspielt hat. So ist auch der Grundgedanke der beigefügten Schrift von Rechtsanwalt Hannover, daß die Notstandsverfassung eines demokratischen Rechtsstaates auch demokratisch und rechtsstaatlich sein muß, da sie andernfalls von vornherein ungeeignet ist, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Auch dann, wenn Sie mit unserer Meinung nicht einig gehen, würden wir uns freuen, wenn Sie die Schrift von Rechtsanwalt Hannover durcharbeiten, und uns eine Stellungnahme zugehen lassen könnten.

Mit besten Grüßen!

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

**Verband der
Kriegsdienstverweigerer**

In der War Resisters' International e.V.

ED 718 - 15-87
Verbandsgeschäftsstelle

An die
Gewerkschaften und
Industriegewerkschaften im DGB,
an den
Bundesvorstand des DGB

Datum: 6. Juni 1963

Va. /H.

7. 6. 63

Sehr geehrte Herren, werte Kollegen,

die Gewerkschaften haben bei dem Bundeskongreß in Hannover sehr eindeutig zu den geplanten Zivildienst- und Notstandsgesetzen Stellung genommen. Die in der entsprechenden EntschlieÙung zum Ausdruck gebrachte Haltung findet die Unterstützung unseres Verbandes.

Wir möchten Ihnen heute beigelegt 2 Schriften überreichen, in denen unser stellvertretender Bundesvorsitzender, Rechtsanwalt Heinrich Hannover, zu den geplanten Gesetzen Stellung nimmt. Wir als Kriegsdienstverweigerer melden besonders Bedenken gegen den Entwurf über das Zivildienstgesetz an. Wir befürchten, daß ein in Kraft getretenes Zivildienstgesetz die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung bereits im Frieden lückenlos erfaßt, um sie im Spannungsfeld unserer Zeit an den Fronten des Kalten und auch des HeiÙen Krieges einzusetzen. Wir glauben, daß der Zivildienst in Wahrheit Kriegsdienst ist, da er mit dem Krieg von vornherein rechnet und ihm dadurch faktisch den Weg bereitet.

Wir möchten Sie bitten, die beigelegten Broschüren einer ausführlichen Prüfung zu würdigen und weisen darauf hin, daß wir Ihnen im Bedarfsfalle noch weitere Exemplare zur Verfügung stellen können.

Besonders erwähnenswert erscheint es uns, daß der Verband der Kriegsdienstverweigerer gerne bereit ist, gewerkschaftliche Aktionen gegen die geplanten Zivildienst- und Notstandsgesetze mit allen Kräften zu unterstützen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Anlagen:

- 5 Exemplare der Schrift "Zum Zivildienstgesetz"
- 5 Exemplare der Schrift "Zur Frage einer Nostandsverfassung"

**Verband der
Kriegsdienstverweigerer**

In der War Resisters' International e.V.

ED 718 - 15 - 88
Verbandsgeschäftsstelle

An die
Gewerkschaftspresse
im Deutschen Gewerkschafts-
bund

=====
Datum: 6. Juni 1963
Va./An.

7. 6. 63

Sehr geehrte Herren!

Der DGB und auch die ihm angeschlossenen Gewerkschaften haben sich in vielen Entschlieungen und Erklärungen gegen die geplanten Notstands- und Zivildienstgesetze ausgesprochen. In unserem Verband wurden diese Beschlüsse begrt, da auch wir die Gefahr, die diese Gesetze für unser Grundgesetz bedeuten, erkennen. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer hat deshalb 2 Schriften, die unser stellvertretender Bundesvorsitzender, Rechtsanwalt Heinrich Hannover, verfat hat, zur Frage der Zivildienstgesetzgebung und zur Notstandsverfassung, publiziert.

Wir erlauben uns, Ihnen beigelegt je 1 Exemplar dieser Schriften zu geben und würden uns freuen, wenn Sie dieses zur Rezension in Ihrer Gewerkschaftspresse verwerten könnten. Sollte eine Besprechung nicht möglich sein, bitten wir, von einer Rücksendung abzusehen und die beigelegten Exemplare zu Ihrer persönlichen Information zu benutzen. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns gegebenenfalls ein Belegexemplar zusenden könnten.

Mit freundlichen Grssen!

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

An die
Jugendabteilungen bei den
Gewerkschaften und Industriegewerk-
schaften im DGB und beim
DGB-Bundesvorstand

Verband der Kriegsdienstverweigerer

In der War Resisters' International e.V.

ED 718-15-89
Verbandsgeschäftsstelle

Datum: 6. Juni 1963
Va. /H.

7. 6. 63

Liebe Freunde, werte Kollegen,

der Deutsche Gewerkschaftsbund, die ihm angeschlossenen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften, sowie verschiedene Gewerkschafts-Jugendkonferenzen haben mehrmals eindeutig gegen die geplanten Zivildienst- und Notstandsgesetze Stellung genommen.

Wir möchten Ihnen heute beigelegt 2 Schriften überreichen, in denen unser stellvertretender Bundesvorsitzender, Rechtsanwalt Heinrich Hannover, zu den geplanten Gesetzen Stellung nimmt. Wir als Kriegsdienstverweigerer melden besonders Bedenken gegen den Entwurf über das Zivildienstgesetz an. Wir befürchten, daß ein in Kraft getretenes Zivildienstgesetz die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung bereits im Frieden lückenlos erfaßt, um sie im Spannungsfeld unserer Zeit an den Fronten des Kalten und auch des Heißen Krieges einzusetzen. Wir glauben, daß der Zivildienst in Wahrheit Kriegsdienst ist, da er mit dem Krieg von vornherein rechnet und ihm dadurch faktisch den Weg bereitet.

Wir möchten Sie bitten, die beigelegten Broschüren einer ausführlichen Prüfung zu würdigen und weisen darauf hin, daß wir Ihnen im Bedarfsfalle noch weitere Exemplare zur Verfügung stellen können.

Wir möchten besonders darauf hinweisen und sogar empfehlen, daß die Gewerkschaftsjugend bei Aktionen gegen die geplanten Gesetze die Unterstützung des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer finden wird. Wir regen an, zu überprüfen, ob es in dieser, für unser Volk so lebenswichtigen Frage, nicht zu einer gemeinsamen Großaktion der Gewerkschaftsjugend, der übrigen Arbeiterjugendverbände und weiterer demokratischer Gruppen, sowie der unabhängigen Friedensverbände in der Bundesrepublik Deutschland kommen könnte.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Anlagen:

- 5 Exemplare der Schrift "Zum Zivildienstgesetz"
- 5 Exemplare der Schrift "Zur Frage einer Notstandsverfassung"

**Verband der
Kriegsdienstverweigerer**

In der War Resisters' International e.V.

ED 718-15-90

Verbandsgeschäftsstelle

An die

Bundesschulen des DGB
sowie sämtlichen gewerk-
schaftlichen Einrichtungen

=====

Datum: 6. Juni 1963
Va./An.

7. 6. 63

Sehr geehrte Herren!

durch die von Ihnen betreuten Schulen gehen viele Gewerk-
schafter, unter denen bestimmt einige sind, die sich besonders
intensiv mit der Frage einer Notstandsverfassung beschäftigen.
Der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften haben in
vielen EntschlieÙungen und Erklärungen ihre Bedenken gegen
die geplanten Gesetze öffentlich bekundet. Unser Verband der
Kriegsdienstverweigerer hat diese Initiativen immer begrüÙt,
da wir in den geplanten Gesetzen eine Gefahr für unseren frei-
heitlich, demokratischen Rechtsstaat sehen.

Wir haben deshalb 2 Schriften publiziert, die unser stellver-
tretender Bundesvorsitzender, Rechtsanwalt Heinrich Hannover
verfaÙt hat. Wir dürfen Ihnen einige Exemplare dieser Schrif-
ten beifügen und Sie bitten, diese an besonders interessierte
Gewerkschafter, innerhalb Ihrer Kurse und Tagungen, auszu-
geben. Auf Wunsch sind wir in der Lage, Ihnen weitere Exem-
plare zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Anlagen:

- 5 Stück Zur Frage einer Notstandsverfassung
- 5 Stück Zum Zivildienstgesetz

Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das 1. Halbjahr 1963

	Einnahmen	Ausgaben
Kosten für Aktion 2. Mann		DM 24.64
Beitrag Zentralstelle		DM 300.00
Zuschuß an Ostermarsch		DM 400.00
Druckkosten für VK-Schrifttum		DM 1.630.80
Druckkosten ZIVIL		DM 10.459.75
Redaktionskosten ZIVIL		DM 1.018.60
Redaktionskosten Frank		DM 250.00
Redaktionskosten Stahnke und Dok. Abtl.		DM 1.311.47
Portokosten ZIVIL		DM 986.74
Personalkosten		DM 8.028.07
Mieten und Umlagen		DM 1.200.00
Bürobedarf		DM 2.334.73
Porto		DM 3.418.50
Telefon		DM 609.12
Sitzungen und Konferenzen		DM 1.376.41
Reisekosten		DM 1.458.25
Allgemeine Kosten		DM 772.09
Gruppenanteile		DM 12.973.65
Beiträge	DM 83.70	
Bezugsgebühren Post	DM 40.256.--	
Anteile hauskassierende Gruppen	DM 10.300.50	
Verkäufe ZIVIL-Werbenummer	DM 2.393.45	
Einnahmen aus VK-Schrifttum	DM 2.466.78	
Spenden	DM 221.51	
Spendenaktion 2. Mann	DM 714.--	
Anzeigen in ZIVIL	DM 515.54	
Skontierträge	DM 267.21	
Sonstige Einnahmen	DM 170.62	

DM 57.389.31 DM 48.552.82
 DM 8.836.49

DM 57.389.31 DM 57.389.31

1.4600,-
alte
Schulden

Mehreinnahmen

Bilanz per 30.6.1963

	Soll	Haben
Inventar	DM 1.--	
Vermögensbestand		DM 4.248.60
Kasse	DM 125.48	
Postscheck	DM 283.48	
Bank Girokonto	DM 5.322.04	
Bank Sparkonto	DM 4.163.56	
Debitoren (Quartalsant.nicht ausgez.)		DM 1.144.16
Kreditoren		DM 1.928.80
Vorlage von Klaus Vack		DM 2.500.00
Durchlaufendes Geld		DM 74.00
	DM 9.895.56	DM 9.895.56

Für die Richtigkeit

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Aktion am 1. 12. 63 vor Botschaften und Konsulaten -

VK-BK-Beschluß 7/63 -

ED 718-15-93

Zusammenstellung der maximal infragekommenden Länder, die auch in der BRD vertreten sind

Land	A	B	C	D	Botschaft in	General- konsulat in	Konsulat bzw. konsular. Vertretg. in
	(+)	(+?)	(-+)	(?)			
	-Erklärg. siehe unten-						
Arab. Republ. V.		B			Bd Godesbg.		
Argentinien		B			Bonn	Hambg	Berlin, Düss, Ffm, Mchn
Belgien	A			D	Bonn	Düss, Ffm, Hambg	Aachen, Bln, Bremen, Essen, Gelsenk, Hann, Kiel, Köln Mchn, Saarbr, Soling, Stgt
Bolivien		B			Bonn	Hambg	
Brasilien			C		Bonn	Hambg	Düss, Ffm, Mchn, Hann, Köln, Stgt
Chile		B			Bd Godesbg	Hambg	Aachen, Bremen, Düss Essen, Ffm, Kiel, Mchn, Nürnberg
Dominik. Republ.		B			Bonn	Hambg	Düss, Ffm, Mchn
Ecuador		B	C		Bonn	Bonn, Hambg	Bremen, Ffm, Köln, Mülheim, Mchn
El Salvador		B			Bonn	Hambg	Bln, Bremen, Düss, Essen, Ffm, Hann, Lübeck, Nürnberg
Frankreich	A			D	Bd Godesbg	Düss, Ffm, Hambg, Mainz, Mchn, Saarbr, Stgt	Baden-Baden, Bln, Bremen, Freibg, Hann, Kiel, Mannh, Neunkirchen, Saarlouis, Trier
Griechenland	A				Bonn	Hambg	Bielef, Dtmd, Düss, Ffm, Hann, Köln
Guatemala		B			Bd Godesbg		
Honduras		B				Hambg	
Indien				D	Bonn	Hambg, Bln	
Indonesien				D	Bonn	Hambg, Bln	
Irak		B			Bonn		
Iran		B			Köln	Hambg	
Israel	A				Köln = Einkaufsdeleg., Bln = dto.		
Italien	A				Bd Godesbg	Bln, Ffm, Hambg, Mchn	Bremen, Freiburg, Hann, Köln, Saarbr, Stgt
Jemen				D	Bd Godesbg		
Jugoslawien		B			Bd Godesbg (=über Schweden)		
Kolumbien		B			Bonn	Hambg	Bremen, Ffm
Korea, Republ.-				D	Bonn		
Kuba		B	C		Köln,	Hambg	Mchn, Ffm, Dtmd

Kos. Man

ED 718-15-92

Institut für Zeitgeschichte

Kos. Man

Aktion am 1. 12. 63 vor Botschaften und Konsulaten -

VK-BK-Beschluß 7/63 -

ED 748-15-93

Zusammenstellung der maximal infragekommenden Länder, die auch in der BRD vertreten sind

Land	A (+)	B (+?)	C (-+)	D (?)	Botschaft in	General- konsulat in	Konsulat bzw. konsular. Vertretg. in
Libanon				D	Bd Godesbg		Hambg, Mchn, Offenb.
Luxemburg		B			Bonn	Ffm	Aachen, Köln, Saarbr
Marokko				D	Bd Godesbg		
Mexiko		B			Köln	Hambg	Baden-Baden, Bln, Bremen, Bonn, Düss, Ffm Hann, Mchn
Nicaragua		B	C		Hambg		Bad Godesbg, Bremen Ffm, Köln
Philippinen				D	Bonn		Hambg
Portugal		B			Bd Godesbg	Hambg	Bremen, Düss, Ffm, Köln, Mchn, Neuss
Schweiz	A				Köln	Ffm, Hambg, Mchn, Stgt	Bln, Duisbg, Düss, Freibg, Hann, Konstanz, Saarbr.
Spanien	A				Bonn	Hambg	Bremen, Düss, Ffm, Köln, Mchn
Sudan				D	Bonn		
Thailand		B			Bd Godesbg	Hambg, Mchn	Ffm
Türkei		B			Bd Godesbg	Bln, Bremen, Düss, Ffm, Hambg, Hann, Köln, Ludwigs- burg, Mchn	
Tunesien				D	Bd Godesbg		Köln
UdSSR			C		Bd Godesbg		
Venezuela		B			Bd Godesbg	Hambg	Ffm, Hann
Vietnam, Republ.-				D	Bonn		

40 Staaten	7	21	5	12
	x A	x B	x C	x D

- Gr. A = Wehrpflicht/keine Kdv-Gesetze/Fälle von Kdv = 7 Staaten
- Gr. B = wie A, jedoch keine Fälle von Kdv bekannt = 21 Staaten
- Gr. C = wie A bzw. B, jedoch indirekte Kdv-Möglichkeit durch lockere Gesetzeshandhabg. usw. = in insges. 5 St.
- Gr. D = noch unbekannt bzw. nochmals zu prüfen = in insges. 12 St.

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 6. Januar 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648 - Va./Ha.

ED 718-15-84

8. 1. 64

An die VK-Gruppen Aachen, Bielefeld, Bochum, Castrop-Rauxel, Detmold, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen, Herford, Iserlohn, Koblenz, Köln, Krefeld, Lemgo, Levenkusen, Mettmann, Nastätten, Neuwied, Opladen, Remscheid, Siegerland, Solingen, Witten und Wuppertal;

dem VK-Bundesvorstand zur Kenntnisnahme

Betr.: VK-Gruppentreffen am 2.2.1964

Liebe Freunde, auf einem Treffen der Gruppenvertreter in Solingen Mitte des Jahres 1963 wurde vereinbart, daß wir uns so bald wie möglich wieder zusammensetzen. Ziel solcher Begegnungen sollte eine Aktivierung der Gruppenarbeit sein und eine gemeinsame Prüfung, welche Möglichkeit der Koordinierung der Bestrebungen der einzelnen Gruppen gegeben sind. Die fruchtbaren Ansätze unserer ersten Begegnung sollen nun ausgebaut und vertieft werden.

Deshalb lade ich Sie zu einem Treffen aller Gruppen aus dem Gebiet Nordrhein-Westfalen ein und bitte Sie, möglichst drei Vertreter Ihrer Gruppe zu entsenden.

Die Tagung findet am Sonntag, dem 2. Februar 1964 in Düsseldorf statt. Tagungsstätte ist die Gaststätte im Hauptbahnhof (Englisches Zimmer). Wir wollen pünktlich um 10 Uhr beginnen und gegen 17 Uhr die Tagung beenden.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Situationsbericht der Gruppen
2. Örtliche Zusammenarbeit der Gruppen in den ADF-Verbänden (DFG, IdK, Versöhnungsbund, VK, Woman)
3. Möglichkeiten der Zusammenarbeit der VK-Gruppen in NRW
4. Regionale Aktivitäten (einschließlich Ostermarsch)
5. Verschiedenes

Besonders auf Punkt 1 und 2 sollten die Gruppenvertreter gut vorbereitet sein, weil hierzu mündliche Einzelberichte gegeben werden müssen. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der angegebenen Tagesordnungspunkte ist es wohl selbstverständlich, daß jede Gruppe ihre Vertreter entsendet.

Mit freundlichen Grüßen,
gez.: Günter Schlatter

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER
In der War Resisters' International e.V.
Dokument ED 718-15-95



**Verband der
Kriegsdienstverweigerer**
In der War Resisters' International
e.V. (VK)

JAHRESBERICHT DER DOKUMENTATIONSABTEILUNG 1963

In dem folgenden Bericht legt die Dokumentationsabteilung zur
Rechenschaft über eine fünfjährige Laufzeit

GRUPPE DÜSSELDORF

13. Februar 1964

= 21.3.64
28.3.64

Vorstand der VK-Gruppe Düsseldorf

Anlässlich der Jahreshauptversammlung der VK-Gruppe Düsseldorf am 13. Februar 1964 wurde folgender Vorstand neu gewählt:

- VORSITZENDER:** Jens A. Schütte, Fotograf,
4 Düsseldorf, Fürstenwall 76
Tel.: 1 72 79, (Fa.tel. 83891).
- STELLVERTR. VORSITZENDER:** Ralf Richter, Zeichner,
4 Düsseldorf-Eller, Am Krahnap 32,
Tel.: 77 46 77, (Fa.tel. 33 01 97).
- SCHATZMEISTER:** Heinz Boecker, Buchhändler,
4 Düsseldorf, Schillerstr. 30
(Fa.tel. Stern-Verlag 84422).
- REFERAT PRESSE UND WERBUNG:** Wolfgang Trautmann, Oberschüler,
4 Düsseldorf, Eulerstr. 43,
Tel. 44 39 71.
- REFERAT RECHT., BERATUNG, SOZIALDIENST:** Achim Cunitz, kfm. Angestellter,
4 Düsseldorf-Benrath,
Hospitalstr. 19, Tel. 71 75 34
(Fa.tel.: Henkel 79 55 44 71)
- Bernd Hoffmann, Bankkaufmann,
4 Düsseldorf-Nord,
Erich-Klausener-Str. 12.
- Heinz Boecker (Anschrift s. o.).
- REFERAT VERBINDUNG ZUR KAMPAGNE FÜR
AUSRÜSTUNG UND ZU ANDEREN ORGANISATIONEN:** Hans Emter, Techn. Zeichner,
4 Düsseldorf, Schlesische Str. 72
bei Holzem, Tel.: 78 33 49
(Fa.tel.: Kaefer 78 42 86).
- KORRESPONDENZ MIT BUNDESVORSTAND
UND VERBANDSGESCHÄFTSSTELLE:** Jens A. Schütte.
- MITGLIED DES BA FÜR VK-DÜSSELDORF.:** Hans Emter.
- RUNDSCHREIBEN DES BUNDESVORSTANDES AN:** Jens A. Schütte (3-fach)
Hans Emter (1-fach)
Ralf Richter (1-fach)
Achim Cunitz (1-fach).
- GESCHÄFTSSTELLE DES VK-DÜSSELDORF:** Verband der Kriegsdienstverweigerer e.V.
Gruppe Düsseldorf (Jens A. Schütte).
4 Düsseldorf, Fürstenwall 76
Tel.: 1 72 79.

~~1.5.64~~

JAHRESBERICHT DER DOKUMENTATIONSABTEILUNG FÜR 1963

In dem folgenden Bericht legt die Dokumentationsabteilung zugleich Rechenschaft über eine fünfjährige Bautätigkeit ab.

1. Allgemeines

Die Dokumentationsabteilung, zunächst auf eigene Initiative gegründet, gehörte bis Ende 1959 organisatorisch zum Landesverband Hamburg. Auf einer Sitzung am 31. Oktober 1959 beschloss der Bundesvorstand des VK (Beschlussprotokoll PR U 7/59) die Einrichtung einer "Zentralbibliothek" durch die Dokumentationsabteilung ab 1. Januar 1960. Für diesen Zweck wurde ein Grundbetrag von 150,- DM und eine monatliche Pauschale von 25,- DM bewilligt. Diese Entwicklung gab der Dokumentationsabteilung die rechtliche und organisatorische Stellung, die sich noch heute inne hat.

Gestützt auf Sammlung und Dokumentation hat die Dokumentationsabteilung von Anfang an eine lebhafte Auskunftstätigkeit ausgeübt. Das zeigt sich vor allem an der geführten Korrespondenz. So standen den 1 690 Posteingängen 1 750 ausgehende Sendungen gegenüber. War es zunächst notwendig, sich ausschließlich auf die deutschsprachige Literatur zu beschränken, so konnte im Berichtsjahr damit begonnen werden, die sehr viel umfangreichere englischsprachige Literatur miteinzubeziehen. Als eine bedeutende Aufgabe betrachte ich die Pflege internationaler Kontakte und die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Friedensforschungs-Instituten. Zu diesem Zweck wurden weitere Verbindungen geknüpft. Damit sind wir heute in der Lage, aus zehn Ländern an dreißig Stellen Informationen und Schrifttum einzuholen und hinzugeben. Mit diesem Korrespondentennetz arbeiten wir am Ausbau unserer Sammlungen und bleiben am literarischen Geschehen der Gegenwart. Die ständige Anpassung an die großen Ereignisse unserer Zeit war auch für die Auswahlprinzipien in Bibliothek und Archiv mitbestimmend.

Der Personalbestand, wie er im letzten Jahresbericht aufgezeigt wurde, ist bestehen geblieben. Die Dokumentationsabteilung wird weiterhin nur nebenberuflich betreut und geleitet. Die Wünsche nach Verstärkung blieben unerfüllt, weil die Mitarbeit weder entlohnt noch Auslagen erstattet werden können.

Die Finanzquellen ergeben sich aus den streng zweckgebundenen Mitteln des VK, eigenen Zuschüssen sowie den Mitteln aus Spenden und Zahlungen für ausgeführte Arbeiten, von deren Ergiebigkeit Gestalt und Werden der Dokumentationsabteilung weitgehend abhängen. Insgesamt lag der jährliche Finanzbedarf bei etwa 2 400,- DM. Von dieser Summe hat der VK fast die Hälfte aufgebracht. Eine mit zwei bis drei Kräften hauptberuflich besetzte Dokumentationsstelle gleicher Größe benötigt vergleichsweise (ohne Personalkosten zwischen 10 und 20 000,- DM. Das wäre bei der umseitigen Übersicht zu berücksichtigen.

Die Gesamtaufwendungen betragen für die Zeit von 1959 bis 1963:

(Ersparnisse durch Tausch und Geschenke sind nicht berücksichtigt.
Teilweise sind die Angaben abgerundet.)

Tabelle 1

Kostenstellen	Kostenträger		Gesamtbetrag
	a) VK und Spenden	b) Eigener Zuschuß u. Auftraggeber	
1 Personalkosten	-,-,- DM	49,50 DM	49,50 DM
2 Raumkosten	-,-,- DM	1 210,00 DM	1 210,00 DM
3 Verwaltungskosten	1 902,00 DM	1 800,00 DM	3 702,00 DM
4 Einrichtungskosten	585,00 DM	1 900,00 DM	2 485,00 DM
5 Beschaffungskosten	3 060,00 DM	900,00 DM	3 960,00 DM
6 Reisekosten	210,00 DM	243,50 DM	453,50 DM
7 Bewirtungskosten	---,- DM	140,00 DM	140,00 DM
	<u>5 757,00 DM</u>	<u>6 243,00 DM</u>	<u>12 000,00 DM</u>

Unter den Kostenstellen werden folgende Kostenarten verstanden:
zu 1) Honorare an fremde Mitarbeit, Lohnarbeit; zu 2) Miete, Instandsetzung, Heizung; zu 3) Büromaterial, Postgebühren, Zubehör; zu 4) Büromöbel, Büromaschinen, Karteikästen, Bücherregale; zu 5) Abonnements, Ankäufe an Büchern, Zeitschriften usw.; zu 6) Fahrgeld, Übernachtung, Tagungsgebühren und zu 7) Bewirtung der Mitarbeiter und Besucher der Dokumentationsabteilung.

2. Dokumentation

Auch 1963 lag der Schwerpunkt der Arbeit bei der Ermittlung und Auswertung der im Schrifttum niedergelegten Erkenntnissen und Erfahrungen.

Der Plan, die Titel der Periodika mit Hilfe von Handlockkarten zu bibliographieren, wurde aufgegeben. Es wurde eine Lösung angestrebt, die es ermöglicht, die erfaßten Zugänge auch schnell und leicht zu verbreiten. Von einem VK-Mitglied wurde der Dokumentationsabteilung freundlicherweise ein Umdrucker zur Verfügung gestellt. Mit diesem Hilfsmittel werden jetzt die erforderlichen Karteikarten hergestellt und zugleich erscheinen seit Anfang 1963 etwa zweimonatlich als neue Veröffentlichung in Form von Karteiblättern die "Zugangsverzeichnisse der Bibliothek". Diese umfassen die Zugänge an Büchern, Schallplatten, Dokumenten, Einzelschriften, Presseauschnitten und Periodika, und zwar nur soweit die Titel nicht schon im "Bibliographischen Wegweiser" aufgenommen wurden. So werden laufend die wichtigsten Aufsätze aus monatlich ca. 100 in- und ausländischen Zeitschriften und aus rund 2 000 jährlich anfallenden Presseauschnitten ausgewählt und bibliographiert. Im vergangenen Jahr waren es 450 Titel. Für 1964 sind 90 Karteiblätter mit 540 Titeln geplant.

Die im letzten Jahresbericht genannten laufenden Veröffentlichungen konnten teilweise fortgeführt werden. Im "Bibliographischen Wegweiser" wurden 160 Titel besprochen.

Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Dokumentationsdienstes wurde ein Fragebogen entwickelt, die Benutzungsordnung neugefaßt und eine Gebührenordnung erstellt. Je ein Exemplar dieser Unterlagen ist beigelegt.

Der Dokumentationsdienst hat den Zweck, die ernsthaft interessierten Benutzer von der zeitraubenden und kostspieligen Auswertung der ihnen oft schwer zugänglichen Literatur zu entbinden. Dies erfolgt durch Hinweise auf neue Fachliteratur, Übermittlung von kurzen Informationen, Auswertung verschiedener Quellen durch eigene Darstellungen oder der Anfertigung von Fotokopien im Rahmen der urheberrechtlichen Bestimmungen.

In der Berichtszeit konnten folgende Arbeiten abgeschlossen werden :

- a) Presseanalysen zum Ostermarsch 1963 (Folge 4)
- b) Literaturbericht Abrüstung und Wirtschaft, Auswahlverzeichnis (nicht veröffentlicht)
- c) Die deutsche Friedensbewegung und das Problem der Abrüstung (nicht veröffentlicht)

3. Bibliothek und Archiv

Die Sammlungen der Bibliothek sind auf das Unentbehrliche begrenzt. Vollständigkeit wird angestrebt, konnte aber aus finanziellen Gründen, auch nicht auf Teilgebieten, erreicht werden. Die Arbeiten an den Katalogen sind vielfältig und intensiv fortgeführt worden. Auch die Auswertungsarbeiten der Archive wurden planmäßig nach Art und Umfang fortentwickelt. Seit 1963 wird jeder auf die Dauer bedeutungsvolle Aufsatz unter mehreren Schlagworten erfaßt, so daß der Katalog den Interessen nach schneller Orientierung über den neuesten Stand entgegenkommt.

Bei der Benutzung verlagerte sich der Schwerpunkt auf die Ausleihungen. Es wurden 77 schriftliche Arbeiten oder Auskünfte angefordert und positiv (im Vorjahr 101) beantwortet. Schriftliche Anfragen sind oft sehr anspruchsvoll; ihre Erledigung kostet oft viel Zeit, weil die Auskünfte auch zuverlässig sein sollen. Außerdem wurden noch 26 mündliche oder telefonische Anfragen positiv erledigt. An 53 auswärtige Benutzer wurden 111 Bibliothekseinheiten (gegenüber 80 im Vorjahr) ausgeliehen. Hinzu kommen noch 20 Besucher (im Vorjahr 16), die die Bibliothek und das Archiv direkt benutzten.

Daten zur Tätigkeit von Bibliothek und Archiv

Tabelle 2

Literaturgattung	Zuwachs	Zuwachs	Gesamtbestand am 31.12.1963
	1962	1963	
Zugang an Büchern +)	221	268	1 145 =)
davon Eigentum des VK	92	116	617
Zugang an Zeitschriften (Jahresbände)	56	87	174
Zugang an Ausschnitten	2 661	2 254	10 261
Zugang an Dokumenten	79	129	1 031

=) Hinzu kommen noch 751 Bände aus anderen Wissensgebieten
 +) Nur Fachbibliothek

4. Ungelöste Aufgaben

Wenn im Laufe der vergangenen fünf Jahre bei allen Schwierigkeiten, die sich aus räumlicher und finanzieller Beschränkung ergaben, dennoch etwas erreicht wurde, so bin ich mir bewußt, daß dies nur möglich war, weil der VK diese Institution, die noch mitten im Wachstum steht, in so hohem Maße unterstützt hat. Vielleicht mag der eine oder der andere die etwas geringe Ausnutzung bemängeln. Ich bin aber der Meinung, daß die Dokumentationsabteilung mehr im Sinne der großen Gesamtaufgabe wirken muß. Diese Idee läßt sich nur verwirklichen, wenn eine breitere Basis gefunden wird, auf der dann die notwendige wissenschaftliche Friedensforschung betrieben werden kann.

Für das laufende Jahr wird dringend ein Fotokopiergerät benötigt. In Verbindung mit dem Umdrucker würde dies Hilfsmittel die erforderlichen Arbeiten rationalisieren und zugleich könnten wichtige Informationen beschleunigt verbreitet werden. Ein Spendenaufruf zu Beginn dieses Jahres hat bisher noch nicht den gewünschten Erfolg.

Dieser Rechenschaftsbericht wurde erstattet von seinem Leiter Karl-Heinz Stahnke, Ahrensburg, den 2. März 1964

GEBÜHRENORDNUNG FÜR
DEN DOKUMENTATIONSDIENST DES VK

Die Dokumentationsarbeit wird ehrenamtlich auf der Basis "non profit" geleistet. Die Finanzierung erfolgt durch zweckgebundene Beträge des VK für Bücher, Porto, Material- und Druckkosten. Darüberhinaus werden laufend erhebliche Zuschüsse für Verwaltungs- und Beschaffungskosten aus persönlichen Mitteln beigesteuert.

Einzelleistungen (im Rahmen des Dokumentationsdienstes) werden ohne Rücksicht auf Gesamtaufwand und Arbeitsleistung pauschal berechnet. Hinzu kommen lediglich Kosten für persönliche Aufwendungen (Selbstkosten) und Auslagen (Fremdkosten).

Es werden berechnet:

1. Ausleihe

Bücher für je 3 Wochen pro Bibliothekseinheit	1,-- DM
Zeitschriften für je 3 Wochen pro Jahrgang oder bei Einzelstücke für je 12 Hefte; bei verschiedenen Zeitschriften für je 6 Hefte	1,-- DM
Presseauschnitte u. Einzeldokumente bis zu 15 Stück	1,-- DM
Tonbänder für je 8 Tage ab	2,-- DM
Schallplatten für je 8 Tage ab	2,-- DM
Filme für je 8 Tage ab	10,-- DM
Bei unbeschränkter Ausleihe für Forschungszwecke pro Monat	20,-- DM
2. Beschaffung von Fotokopien und Mikrofilmaufnahmen

Fotokopie DIN A 4 (z.Z.noch Fremdauftrag 1,20 DM)	0,60 DM
Fotokopie DIN A 5 (z.Z.noch Fremdauftrag 0,80 DM)	0,40 DM
Mikrofilm je Aufnahme (Fremdauftrag)	0,40 DM
3. Literaturzusammenstellungen

Titelaufnahme ohne Inhaltsangabe bei Auskunft aus eigener Sammlung je Titel	0,10 DM
Titelaufnahme ohne Inhaltsangabe aus fremden Quellen je Titel	0,30 DM
Titelaufnahme mit Inhaltsangabe aus eigenen Quellen je Titel	0,50 DM
Titelaufnahme mit Inhaltsangabe aus fremden Quellen je Titel	1,-- DM
Bei umfangreichen Rechercharbeiten mit analytischen Annotationen und Klassifizierung bis zu (je Titel)	5,-- DM
Klassifizierung nach der DK je Titel	0,10 DM
Dauerauftrag für Literaturnachweise je Titel	0,025 DM
Auswahlverzeichnisse zu bestimmten Themen (Nachdrucke)	1,-- DM
4. Veröffentlichungen

Bibliographischer Wegweiser, Einzelpreis + Porto	0,60 DM
"- im Inland (jährlich) einschl. Porto	7,50 DM
"- im Ausland (jährlich) einschl. Porto	8,-- DM
Zugangsverzeichnisse der Bibliothek (Karteiblätter) bei jährlich 90 Seiten mit 540 Titel	15,-- DM
Bestandsverzeichnisse der Bibliothek (jeder Teil)	0,50 DM
Presseanalysen	1,-- DM
5. Bearbeitungsgebühren

Schreibgebühren für 1 DIN A 4 Seite (Fremdauftrag) zwischen 3,-- + 5,--	DM
Anteilige Kosten für Versicherung je Ausleihe bis zu	0,50 DM
Telefongebühren je Gebühreneinheit	0,20 DM
Anteilige Kosten für Verpackungsmaterial zwischen 0,05 und	0,50 DM

B E N U T Z U N G S O R D N U N G

für Bibliothek und Archive

des VERBANDES DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER in der War Resisters' International e.V. (VK) - Dokumentationsabteilung- 207 Ahrensburg 1, Bogenstrasse 14

Die Bibliothek der Dokumentationsabteilung ist eine Präsenz-Bibliothek; ihre Einrichtungen und Materialien stehen jedem interessierten Besucher im Leseraum kostenfrei zur Verfügung.

Jeder Besucher ist verpflichtet, sich mit Namen und Anschrift in das Besucherbuch einzutragen. Er anerkennt damit diese Ordnung. Bei einer Ausleihe auf dem Postwege gilt die Zahlung der Gebühren und Auslagen als Anerkennung.

Aus den Katalogkästen dürfen keine Karten entnommen werden.

Bücher und andere Dokumente werden nur in begründeten Ausnahmefällen ausgeliehen. Der Besteller hat grundsätzlich eine Kautionsstellung zu stellen. Über die Höhe der Kautionsentscheidung entscheidet die Bibliotheksleitung. Die Leihgebühr beträgt 1,- DM je Bibliothekseinheit für je 3 Wochen. Mitglieder des VK sind von der Zahlung einer Leihgebühr nur für den ersten Teil der Leihfrist befreit.

Die Leihfrist beträgt 3 Wochen. Das gilt nicht für Tondokumente. Für Schallplatten und Tonbänder wird eine Leihgebühr ab 2,- DM für je 8 Tage erhoben. Bei Tonfilmen beträgt die Gebühr 10,-DM für je 8 Tage. Bei Überschreitung der Leihfrist wird zusätzlich eine Mahngebühr von wenigstens 1,-DM erhoben. In Einzelfällen kann von diesen Sätzen abgewichen werden. Der Versand an auswärtige Benutzer erfolgt nur unter Einschreiben, Rückschein oder Wert. Die Versicherungs- und Versandkosten gehen in allen Fällen zu Lasten der Besteller. Hierzu gelten die Liefer- und Zahlungsbedingungen.

Von der Ausleihe sind ausgenommen:

- a) die aus auswärtigen Bibliotheken entliehenen Bücher;
- b) die zur Handbibliothek gehörenden Bücher;
- c) Bücher und Dokumente von unersetzbaren Werten.

Diese von der Ausleihe ausgenommenen Werke können im Leseraum eingesehen werden. Außerdem ist es möglich, durch Fotokopie oder Mikrofilm das gewünschte Material gegen Erstattung der Selbstkosten zu erhalten.

Die Materialien sind pfleglich zu behandeln und unbeschädigt zurückzugeben. Der Benutzer ist für die von ihm verursachten Schäden haftbar; empfängt er die Materialien beschädigt, so empfiehlt es sich im eigenen Interesse darauf aufmerksam zu machen.

Von Beschädigungen oder Verlust ist die Dokumentationsabteilung unverzüglich unter Bezeichnung der Mängel zu benachrichtigen. Unsere Versicherung haftet nur für Schäden durch Feuer, Einbruch-Diebstahl und Leitungswasserschäden, wenn der Schaden ordnungsgemäß angemeldet worden ist.

Für in Verlust geratene Materialien ist Wertersatz zu leisten. Ist eine Wiederbeschaffung nur antiquarisch möglich, sind auch die Nebenkosten zu erstatten.

Es ist nicht gestattet, entlehene Dokumente an Dritte weiterzuverleihen. Änderungen der Anschrift sind der Dokumentationsabteilung mitzuteilen.

Besucher und Benutzer die gegen die Benutzungsordnung verstoßen, können von der Materialbenutzung ausgeschlossen werden. Gerichtsstand ist für beide Teile Hamburg.

Die Gebührenordnung sowie die Liefer- und Zahlungsbedingungen sind Bestandteil dieser Benutzungsordnung. Diese Benutzungsordnung tritt mit dem Zeitpunkt ihrer Verkündung in Kraft. Sie gilt auch für die Bestandteile und Materialien, die der Dokumentationsabteilung nur leihweise überlassen sind. Die Benutzungsordnung vom 1. August 1961 ist ungültig.

Ahrensburg, den 1. März 1964

gez. Karl-Heinz Stahnke
(Leiter d. Dokumentationsabt.)

FRAGEBOGEN ZUR LITERATUR - DOKUMENTATION

(Bitte die Fragen -sofern zutreffend- so ausführlich wie möglich beantworten, gegebenenfalls Erläuterungen auf einem Beiblatt)

1. Fragesteller(Namen und Anschrift):

2. Beantwortungsfrist:

(je nach Umfang der Recherche wenigstens 10 Tage, möglichst länger)

3. Thema:

- | | | | |
|-----|-----------------------------------|-------|------------------------|
| 3.1 | Abgrenzung des Themas: | 3.5 | Umfang des Themas: |
| 3.2 | Allgemeine Gesichtspunkte: | 3.51 | Hauptpunkte, wichtig |
| | 3.21 positiv | 3.52 | theoretisch |
| | 3.22 negativ | 3.53 | praktisch |
| 3.3 | Gliederungsvorschlag | 3.54 | Beispiele, Tatsachen |
| 3.4 | Schlag- und Stichworte: | 3.55 | Widerspruch zu |
| | 3.41 Begriffsbestimmung(Synonyme) | 3.56 | bloße Stoffsammlung |
| | 3.411 entsprechend wie | 3.57 | ausführlich, umfassend |
| | 3.412 ähnlich wie | 3.58 | Zusammenfassung |
| | 3.413 ungeläufig | 3.59 | Problem überwiegend |
| | 3.414 unbekannt | 3.591 | geographisch |
| | 3.415 doppelsinnig | 3.592 | biographisch |
| | | 3.593 | historisch |
| | | 3.594 | juristisch |
| | | 3.595 | theologisch |

4. Erschließungsgrad (auswählend nach):

- 4.1 Zeit:
- 4.11 Zeitraum
 - 4.12 Zeitpunkt
- 4.2 Herkunft:
- 4.21 geographischer Umfang (z.B. "deutscher Sprachraum")
 - 4.22 Sprache der Veröffentlichung
 - 4.23 Sprache uneingeschränkt, international
- 4.3 Literaturgattung (Form der Veröffentlichung):
- 4.31 Fachbücher, Dissertationen
 - 4.32 Romane, Prosa, Kunst
 - 4.33 Zeitschriftenaufsätze, Periodika
 - 4.34 Presseberichte
 - 4.35 sonstige Dokumente wie Schallplatten, Tonbänder, Filme, Fotos
- 4.4 Sammlung
- 4.41 beschränkt auf die Sammlung der Dokumentationsabteilung
 - 4.42 uneingeschränkt

5. Ordnung der Angaben:

- 5.1 abeclich
- 5.11 nach Verfassern
 - 5.12 nach Schlagworten
- 5.2 sachlich-logisch
- 5.21 nach der DK(Internationale Dezimalklassifikation)

6. Sonstige Bemerkungen:

Verband der Kriegsdienstverweigerer

In der War Resisters' International e.V.

An die Mitglieder des
Bundesvorstandes

Verbandsgeschäftsstelle

Datum:

16.3. ja
tel DON soll mir
1x Schrift
schicken!
12. März 1964
Va./Ha.



Liebe Freunde,

in diesen Tagen ist eine üble Schmähchrift 'Ostermarsch - Betrachtungen' erschienen, die ein nicht bekannter Robert Jenke in einem nicht existenten Brückenbauer Bauer Verlag, Köln-Riehl herausgebracht hat. Ich nehme an, daß Ihr alle bereits im Besitz dieser Schrift seid, deren Wege; wenn man sie zurückverfolgt, in die unmittelbare Nähe von PPP und damit SPD führen. So hat z.B. als einer der ersten unser BV-Mitglied Günter Lübcke die Schrift direkt durch die SPD erhalten. Es wurde festgestellt, daß die Schrift unter Verwendung der bekannten Adrema-platten an die Empfänger der 'Bonner Depesche' gingen.

Langer Rede kurzer Sinn, wer die Broschüre nicht hat, kann sie sich sicher unverzüglich besorgen, in Ostermarsch oder SPD-Kreisen.

Herbert Stubenrauch und ich sahen uns veranlasst, diese Broschüre nicht unbeantwortet zu lassen. Wir schlagen dem BV die Herausgabe einer Sonderausgabe von ZIVIL vor. Kosten ca. DM 1.000.--.

Damit Ihr Euch über den Inhalt der Sonderausgabe von ZIVIL ein Bild machen könnt, findet Ihr beigefügt die Manuskripte, die teilweise im vollen Wortlaut, teilweise aber auch gekürzt gebracht werden müssen.

Die Tendenz der Antiostermarsch-Broschüre bringt den VK gegenüber unseren Freunden im Zentralen Ausschuß in ein schlechtes Licht. In der Broschüre wird sogar aus einem vertraulichen VK-Rundschreiben zitiert, das nur an die BV-Mitglieder ging.

Wir glauben, der Kampagne für Abrüstung die Solidarität einer solchen ZIVIL-Sonderausgabe schuldig zu sein. Sie gibt uns auch die Möglichkeit, genauso kompromisslos wie in der Vergangenheit den Standpunkt des VK in allen Fragen der Abgrenzung gegenüber einem Rutsch weg von der Unabhängigkeit des Ostermarsches zu vertreten. +) wenn notwendig

Wir bitten Euch, der Auflage einer ZIVIL-Sonderausgabe Euer Ja-wort zu geben. Die Sonderausgabe soll selbstverständlich nicht vorwiegend in unserem Mitgliederkreis, sondern auch außerhalb des VK verbreitet werden, um so der Antiostermarsch-Broschüre wirksam zu begegnen.

Es ist nicht erforderlich, daß Ihr zu den einzelnen Manuskripten Stellung nehmt. Hiermit wird sich die Redaktion ZIVIL zu beschäftigen haben. Es geht nur um die Frage, ob Ihr der Grundtendenz der Sonderausgabe und den finanziellen Ausgaben zustimmt. Bedenkt bei Eurer Entscheidung die große politische Notwendigkeit für eine solche ZIVIL-Sonderausgabe.

Ich bitte Euch, bis spätestens Montag, 16. März 1964, 12 Uhr, Eure Stellungnahme an die Verbandsgeschäftsstelle zu geben. Keine Stellungnahme werde ich als Zustimmung. Als günstigste Möglichkeit für Eure Stellungnahme bietet sich das Telefon an (88 37 64).

Herzliche Grüße,

Euer

Klaus Vack
(Klaus Vack)

ZIVIL - Sonderausgabe

Manuskript Nr. 1

UNBEIHEBAR - UNABHÄNGIG

Die Kampagne für Abrüstung in der Diskussion

Die Kampagne für Abrüstung wird zu Ostern 1964 ihre größte Aktion, die Ostermärsche, zum fünften Male veranstalten. Seit dem ersten Marsch, 1960, hat die damals von einigen Wenigen ergriffene Initiative weite Kreise gezogen, die mittlerweile große Teile der Öffentlichkeit erfasst haben. Mehr als 6000 prominente ~~Personlichkeiten~~ Bürger der Bundesrepublik haben den Aufruf zum Marsch 1964 unterschrieben. Zehntausende Menschen werden sich in diesem Jahr wieder an den Märschen und Kundgebungen in allen Regionen unseres Landes beteiligen.

Der Ruf nach konkreten Schritten zur Abrüstung ist in Gestalt der Kampagne unüberhörbar geworden. Das Verlangen der Bürger gerade unseres Landes nach sichtbaren Zeichen der Abrüstungsbereitschaft hat in ihr einen eindrucksvollen und überzeugenden Ausdruck gefunden. Das Vertrauen in die Integrität der Organisatoren und Initiatoren der Kampagne hat sich konsolidiert.

Nichts scheint daher natürlicher zu sein, als daß proportional zu dem Anwachsen der Kampagne als einer demokratischen, außerparlamentarischen Form politischer Willensbildung auch die Unkenrufe derer anschwellen, die sich zu der politischen Einheitsfront der Abrüstungsfreunde in unseren Lande bekennen. Zahllose Parteistellen, Presseorgane, Agentenbüros, Organisationen und Tarnorganisationen in der Bundesrepublik, in denen die "gemeinsame Linie" aus ~~Abrüstung~~ Aufrüstung und Kalten Krieg betrieben wird, sehen sich veranlaßt, Erklärungen und Kommentare zu der Kampagne abzugeben, die alle nur ein Ziel haben: den Ostermarsch ins Zwielficht zu rücken.

Wir von Verband der Kriegsdienstverweigerer halten es deshalb für unsere Pflicht, wieder einmal, wie wir es in den Vorjahren schon unmißverständlich getan haben, die erhobenen Vorwürfe nüchtern zu analysieren und - aus unserer Sicht - die Position der Kampagne zwischen den Fronten des Kalten Krieges klar zu unreißen.

UNTERSCHREIBEN - UNABHÄNGIG

Es ist nicht erforderlich, daß Ihr zu den einzelnen Manuskripten Stellung nehmt. Hiermit wird sich die Redaktion ZIVIL zu beschäftigen haben. Es geht nur um die Frage, ob Ihr der Grundstimmung bei Eurer Entscheidung die große politische Notwendigkeit für eine solche ZIVIL-Sonderausgabe.

Ich bitte Euch, bis spätestens Montag, 16. März 1964, 12 Uhr, Eure Stellungnahme schriftlich an die Redaktion zu geben. Keine Stellungnahme werde ich als Zustimmung als günstigste Möglichkeit für Eure Stellungnahme bietet sich das Telefon an (88 37 64).

herzliche Grüße,

Euer Klaus Vack
(Klaus Vack)

Der im nachfolgenden Schritt zur Abklärung ist in Geseh der Kampagne mitzubringen geworden. Das Verlangen der Bürger gerade unsere Landes nach richtiger Zeichen der Abklärungsbereitschaft hat in den einen einwirkenden und überzeugenden Ausdruck gefunden. Das Vertrauen in die Integrität der Organisatoren und Initiatoren der Kampagne hat sich konsolidiert.

Nichts anderes daher natürlicher zu sein, als daß proportional zu dem Ausmaß der Kampagne ein einer demokratischen, anorganischen-tatsächlichen Form politischer Willensbildung auch die Umstände dieser annehmlichen, die sich zu der politischen Einheitsfront der Kampagne-Formen in unserer Lande bekennen. Zahllose Parteien, Prozesse-organ, Agentenbüro, Organisationen und Zusammenfassungen in der Bundesrepublik, in denen die "gemeinsame Linie" zur Abklärung der Führung und letzten Erfolg betriebe wird, sehen sich voran, die Klüften und Lücken zu der Kampagne abzugeben, die alle nur ein Ziel haben: den Ostermarsch ins Katastroph zu rücken.

Wir von Vorstand der Kampagneverweigerer halten es deshalb für unsere Pflicht, jeder einmal, wie wir es in den Vorjahren schon immer öffentlich getan haben, die erprobten Vorwürfe öffentlich zu stellen und - aus unserer Sicht - die Position der Kampagne zu klären. Das Brechen des letzten Ringes klar zu machen.

Handwritten text in the left margin, possibly a name or address, partially obscured by a large watermark.

In der Tat, die Befürworter der Aufrüstungspolitik, der multilateralen Atomkraft und der Fortsetzung des Kalten Krieges haben es nicht leicht: in einer Zeit, in der die UdSSR und die USA beginnen, mit einer Abrüstungspolitik des gegenseitigen guten Beispiels anzufangen, in der sie das Atomstopp-Abkommen unterzeichneten, und in der sich sogar der amerikanische Außenminister Rusk positiv zu den Plänen einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa - wie er am 8.3. meldete - äußerte, ist es nur mit großer Anstrengung und unter Vergewaltigung der Realitäten noch möglich, weiter gegen den 'neuen Wind' (* Außenminister Schröder) der in der Weltpolitik weht, anzubliesen.

Die Sozialdemokratische Partei hat es dabei besonders schwer. Nachdem einmal die Entscheidung gefällt war, gerade in dem Augenblick, als sich untrüglich herausstellte, daß die Außenpolitik der Bundesregierung weitgehend gescheitert war, sich zu einer gemeinsamen außenpolitischen Linie zu bekennen und dem Konzept der Rüstungsgegenschaft und Entspannungsförderung praktisch abzuschwören, konnte man nicht wiederum den alten Kurs auf die Fahnen schreiben, der sich zwischenzeitlich in der Weltpolitik und in den anderen sozialdemokratischen Bruderparteien Westeuropas (Wilson's Friedensplan) durchgesetzt hat. Mit schlecht verhaltenem Neid muß nun ein Teil der Führung der SPD beobachten, wie sich all diejenigen, denen es nach wie vor Ernst ist mit einer Unterstützung konkreter Abrüstungspolitik mehr und mehr in der Kampagne für Abrüstung zusammen sammeln beginnen. (siehe Stellungnahme des SPD-Präsidiums vom 7.11.63 und Antwortbrief der Kampagne für Abrüstung auf Seite ...)

So erscheint es nur zu verständlich, daß man sich nach einem Alibi umschaut, hinter dem man seine eigene fatale Lage verstecken und die Weigerung, eine Kampagne für Abrüstung zu unterstützen, die über allgemeine Friedensbeteuerungen hinausgeht, verschleiern kann. Dieses Alibi wird nun aufgebaut in dem Vorwurf, die Kampagne für Abrüstung entbehre des eindeutigen Beweises ihrer Unabhängigkeit.

Dieser Vorwurf hat seine bislang umfangreichste Gestalt angenommen in einer 55 Seiten starken Schrift, die unter dem Titel 'Osternarsch betrachtungen' von einem Robert Jenke (?) verfasst worden ist und für die als Herausgeber ein in keinem Verlagsverzeichnis auffindbarer sogenannter 'Brückenbauer Verlag, Köln-Riehl' zeichnet.

Der Tenor dieses Machwerkes läßt sich etwa so zusammenfassen: an der Spitze des Ostermarsches stünden freilich noch immer ~~integre~~ integere aber dumme Idealisten, die ihren Idealismus von gerissenen Handlangern der Interessen der Kommunisten mißbrauchen ließen. Diese Sachlage ließe Zweifel an der Unabhängigkeit der Kampagne aufkommen und diese Zweifel rechtfertigten die Notwendigkeit, sich nicht zu der Kampagne und ihren politischen Zielen zu bekennen. Als Beweis für dieses kühne Gedankengebäude wird ein aus Wahrheit, Halbwahrheit und Lüge geschickt zusammengemischter Kommentar dargeboten, in dem nicht etwa die politischen Verlautbarungen und Forderungen der Kampagne untersucht werden, sondern neben der Durchleuchtung der Vergangenheit von etwa einem Dutzend Mitarbeitern der Kampagne, die rote Flecken ergibt, lauter Mutmaßungen und Spekulationen angestellt werden, die als Stützung der Abstinenz von der Kampagne dienen könnten.

Nun, wir haben nichts zu verbergen. Natürlich hat es in der Kampagne, wie in jeder politischen Bewegung mehr oder weniger starke Richtungskämpfe gegeben. Natürlich wird die Arbeit der Kampagne stark durch die Auseinandersetzung mit vorwiegend außerhalb stehenden Kräften belastet, die im Kalten Krieg einseitig orientiert sind. Aber es bedeutet eine bewußte Ignorierung der Wirklichkeit, wenn ~~man~~ dabei nicht gleichzeitig deutlich das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen festgehalten wird, das darin besteht, daß es der Kampagne gelungen ist, eindeutig und ohne jeden Zweifel unabhängig zu sein und zu bleiben und alle Versuche der Verfälschung ihrer politischen Linie abzuschütteln.

In unseren Augen muß es daher als ein unehrliches Spiel erscheinen, wenn man versucht, durch diffamierende Äußerungen über die rote oder rosarote Vergangenheit einiger weniger Mitarbeiter auf unterster Ebene der Kampagne Urteile über die politische Unabhängigkeit der Kampagne selbst ableiten zu wollen. Könnte man nicht ebenso leicht umgekehrt eine derartige Milchmädchenrechnung aufstellen, wenn man die Zahl der ehemaligen KP-Funktionäre nennt, die heute in der SPD arbeiten? Das zu tun, würde unfaires und unsachliches politisches Handeln bedeuten; deshalb ist ~~von~~ uns von jeher selbstverständlich gewesen, es zu unterlassen

Allen politisch Informierten ist bekannt, daß landauf, ~~at~~ landab die Sendboten Ulbrichts reisen, um in der SPD, in den Gewerkschaften, in den Friedensorganisationen und - wie könnte es anders sein - auch im Ostermarsch ihr Glück mit ideologischen Ladenhütern zu versuchen, oder, haraloser, lediglich ihr vorgeschriebenes Soll an Agitation zu erfüllen. Die SPD hat oft genug diese Tatsache von seiten der CDU/CSU angeblieben-bekommen als angeblichen Beweis ihrer Unzuverlässigkeit abgekrediet bekommen. Es muß daher besonders befremdlich wirken, wenn nun die einstigen Frügelknaben den gleichen Stock mit dem sie geschlagen wurden, auf die Kampagne für Abrüstung niedersausen lassen.

Darüber hinaus ist es nun tatsächlich ein Anachronismus, wenn nach wie vor bestimmte Gruppierungen im Dämmerlicht der politischen Arena sich bemühen, die Tradition des gescheiterten Komitees "Rettet die Freiheit" fortzusetzen. Sie wollen in der Grundtendenz ihrer Polemik und Argumentation scheinbar nicht davon Kenntnis nehmen, daß Koexistenz, Verhandlungen und Entspannung nicht länger Forderungen sind, die einseitig dem Zwecke der kommunistischen Machtausbreitung dienen könnten, sondern Vernunftserkenntnisse, die aus der Notwendigkeit geboren sind, daß man, wenn man nicht miteinander sterben will, miteinander leben muß. Diese Erkenntnis hat sich schon fest in der Bewegung der Weltpolitik abgezeichnet; die USA und UdSSR beginnen mit ihr zu arbeiten. Trotzdem aber finden sich immer welche, die nach wie vor das Gerücht verbreiten, das Böse der Welt sei einzig im Raume Sibe-Sibieren beheimatet und es habe deshalb keinen Zweck, sich um Abrüstung, Entspannung und friedlicher Lösung der anfallender Probleme zu kümmern.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer, als ein wichtiger Träger der Kampagne für Abrüstung von ihrem Beginn an, hat nie den geringsten Zweifel daran gelassen, daß er die Bombe und die Kriegsvorbereitung im Osten wie im Westen mit gleicher Schärfe bekämpft. Mitglieder unseres Verbandes haben im November 1963 in Ost-Berlin für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR demonstriert; der Verfasser dieses Artikels selbst hat durch eine Demonstration gegen die sowjetischen Atomversuche im September 1961 mit einer Geldstrafe Einlaß ins Strafregister gefunden.

Es ist daher nur zu töricht, annehmen zu wollen, der Verband der Kriegsdienstverweigerer würde auch nur einen Augenblick eine Bewegung mitverantworten, in der einseitig orientierte Kräfte, die etwa

die Bombe in der Hand der Kommunisten als Friedenswerkzeug bezeichnen, maßgebenden Einfluß gewinnen können.

Jeder Mitarbeiter der Kampagne weiß, daß der Fortbestand der sich in ihr vollziehenden Arbeit unlösbar mit dem Fortbestand ihrer völligen Unabhängigkeit zwischen den Fronten des Kalten Krieges verknüpft ist. Ebenso wenig wie wir es zulassen, daß die unabhängigen Persönlichkeiten und Organisationen, die den Ostermarsch tragen, als Alibi für diejenigen benutzt werden können, die als Kalte Krieger des Ostens einseitig gegen die Bundesrepublik zu arbeiten versuchen, werden wir es zulassen, daß führende Kräfte von Kalten Kriegern des Westens als Keil surechtgeschlagen werden, mit dem man die Kampagne zu schwächen oder sogar zu spalten versucht.

~~Jeder, der Mutmaßungen abstellen möchte, über diejenigen, die die Politik der Kampagne bestimmen,~~

Die Kampagne für Abrüstung vertritt kein verschwommenes Konzept vom Weltfrieden. Sie aktiviert einzelne Bürger, die ihre Verantwortung für die Zukunft unserer Demokratie ernst nehmen zu einem Einsatz für konkrete Ziele einer Politik der Abrüstung und Verständigung. Die Mitarbeiter der Kampagne sind nun auch nicht solche, die das Dämmerlicht politischer Arbeit gerade erst erblickt hätten, sondern sie erkennen recht genau, daß nur allzu durchsichtige Taktieren, Spekulieren und Sabotieren, das sich im Windschatten einer jeden politischen Bewegung einfindet. Die Stärke der Kampagne liegt jedoch gerade darin, auf diese Versuche der Verdrehung, Unterwanderung und Trickreichen Raffinesse nicht mit gleicher Münze zu antworten, sondern in einem unbeirrten Festhalten an einem simplen Prinzip: die Wahrheit zu sagen und solche Forderungen politischer Verantwortung zu erheben, die eine neue Sicherheitskonzeption zu begründen vermögen, die sich an Abrüstung, Entspannung und Kooperation orientiert. Nichts anderes als diese Tatsache begründet das 'Geheimnis' der wachsenden Anziehungskraft der Kampagne auf weite Bevölkerungskreise.

Jeder, der Mutmaßungen anstellen möchte, über diejenigen, die die Politik der Kampagne bestimmen, sollte einmal an einer Zentralen Ausschusssitzung teilnehmen. Dort und alleine dort wird darüber entschieden, welche politische Aussage die Kampagne erhält; dort werden die Slogans, die Plakate, die Texte für Flugblätter und Verlautbarungen beschlossen. Jede Gruppierung und jede Organisation, deren Unabhängigkeit im Kalten Krieg ohne Zweifel ist, bleibt nach wie vor eingeladen, sich an der Arbeit der Kampagne zu beteiligen.

Allen Unkenrufern sei deshalb ins Stammbuch geschrieben: es wird solange in der Bundesrepublik die 'Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengeegner! geben, wie die Unabhängigkeit gewahrt bleibt. Und es wird solange eine unabhängige Kampagne geben, wie es mündige Staatsbürger gibt, die ihre Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit unseres Staates persönlich wahrzunehmen bereit sind.

Herbert Stubenrauch

Institut für Zeitgeschichte

ZIVIL - Sonderausgabe

Manuskript Nr. 2

Die Kampagne für Abrüstung wird in der Öffentlichkeit durch ein Kuratorium repräsentiert, das die Unabhängigkeit dieser Bewegung deutlich macht. Dem Kuratorium gehören an: Frank Allaun (Abgeordneter des Britischen Unterhauses), London; Stefan Andres (Schriftsteller), Bonn; Hedwig Bern, Bad Pyrmont; Dr. Margherita von Brentano, Berlin-Schlön; Benjamin Britten, Aldburgh/England; Domherr L. John Collins, London; Herbert Faller (Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands), Frankfurt; Prof. Dr. Ossip Flechtheim, Berlin; Christian Geißler (Schriftsteller), München; Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Berlin; Dr. Werner G. Haverbeck, Bückeberg; Prof. Dr. Gustav Heckmann, Hannover; Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt; Heins Hilpert (Intendant), Göttingen; Dr. Robert Jungk, Wien; Dr. Erich Kästner, München; Dr. Arno Klönne, Paderborn; Oberkirchenrat Heins Kloppenburg BB, Dortmund; Christel Küpper, München; Dr. Armin Prinz zur Lippe, Detmold; Prof. Wilhelm Maler, Hamburg; Dr. med. Bodo Manstein (Dozent), Detmold; Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden; Prof. Katharina Petersen, Hannover; Karl Bertrand Russell, OM, FRS, London; Prof. Dr. L. Ruzicka, Zürich; Oberbürgermeister i.R. Robert Scholl, München; Martin Schröter (Studentenpfarrer), Heidelberg; Helga Tempel-Stelle, Ahrensburg; Prof. Dr. Johannes Ude, Grundlsee/Osterreich; Prof. Dr. Heinrich Vogel, Berlin; Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel, Braunschweig; Prof. Dr. Ernst Wolf, Göttingen.

Das beschließende und für die Politik der Kampagne für Abrüstung verantwortliche Arbeitsorgan ist der Zentrale Ausschuss. Im gehören die Vertreter der Regionalen Ausschüsse an: Hamburg/Schleswig-Holstein u.a. Hans-Konrad Tempel, Jens Jacobs, Ulrich Sander; Bremen/Niedersachsen u.a. Detlef Dahlke, Wolfgang Liebegeld; Hessen/Rheinland u.a. Heiner Halberstadt, Klaus Vack, Norbert Winkler; Baden/Pfalz/Saar u.a. Irma de Ondarza, Willi Merfeld; Württemberg/Bodensee u.a. Alfred Riedel; Bayern u.a. Horst Klaus, Werner Fuchs; Nordrhein-Westfalen u.a. Christel Beilmann, Herbert Stubenrauch, Frank Wehncister; Berlin u.a. Franzisca Menzel.

Dem Zentralen Ausschuss gehören weiter die Vertreter verschiedener Verbände an, die den Ostermarsch unterstützen. Es sind dies: Hans-Joachim Arlt (Verband der Kriegsdienstverweigerer); Hermann Forschepppe (Kampfbund gegen Atomschäden); H.G. Friedrich (Internationale der Kriegsdienstgegner); Gerhard Häuser (Quäker); Pastor Gerold

Jasper (Internationale Versöhnungsbund); Christian Mayer-Amery (Komitee gegen Atomrüstung); Pfarrer Herbert Mochalski (Kirchliche Bruderschaften); Rolf Ringwald (Naturfreundejugend Deutschlands); Wolfgang Schneider (Ausschuß 'Kampf dem Atomtod', Göttingen); Dr. Hannelies Schulte (Deutsche Friedensgesellschaft); Edgar Weick (Sozialistischer Deutscher Studentenbund). - Alle Kuratoriumsmitglieder haben Sitz und Stimme im Zentralen Ausschuß.

Institut für Zeitgeschichte

ZIVIL - Sonderausgabe
Manuskript Nr. 3

Aus dem Aufruf zum Ostermarsch 64

... Der Friedensplan des Generalsekretärs der UNO zeigt den Weg, auf dem weitere Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. Dieser Plan sieht vor:

- + Beendigung der Atomwaffentests, auch unter der Erde,
- + Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen,
- + Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen,
- + Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Dieser Plan muß Wirklichkeit werden!...

... Die in Mitteleuropa bestehenden Probleme können nur ohne Gewalt und Gewaltandrohung in einer Atmosphäre der Entspannung des Vertrauens gelöst werden. Wir stellen daher erneut den Ostermarsch 1964 unter das Motto:

- + Mitteleuropa - atomwaffenfrei
- militärisch verdünnte Entspannungszone
- Brücke zwischen Ost und West ...

... An die Stelle steigender Rüstungsanstrengungen und der Militarisierung des öffentlichen Lebens in beiden Teilen Deutschlands muß eine aktive Politik der Sicherheit durch Abrüstung treten. Für die Bundesrepublik schlagen wir vor:

- + Verzicht auf Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen
- + Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen
- + Initiativen der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa ...

Pflichtslogans 1964

Für jeden Ostermarsch beschließt der Zentrale Ausschuss eine Reihe von Pflichtslogans, die jede Marschgruppe, die unter dem Ostermarsch-Emblem demonstriert, in jeweils gleicher und ausreichender Zahl mitführen muß. Für 1964 gelten folgende Pflichtslogans:

- 1) Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie
- 2) Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation
- 3) Statt Atomwaffen Brot für die Welt
- 4) Mit der UNO für Abrüstung
- 5) Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern
- 6) Mitteleuropa - atomwaffenfrei
- 7) Mitteleuropa - Entspannungszone
- 8) Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West
- 9) Sicherheit für alle: Abrüstung
- 10) Freundschaft mit Frankreich, aber ohne die Bombe
- 11) Völker in Ost und West stoppt die Rüstung eurer Regierungen
- 12) Nach dem Teststopp - Rüstungsstopp
- 13) Für atomwaffenfreie Zonen - gegen multilaterale Atommacht
- 14) Kürzt den Rüstungsetat in beiden Teilen Deutschlands
- 15) Bonn braucht eine Abrüstungsbehörde
- 16) Das Grundgesetz fordert: "dem Frieden der Welt zu dienen"

ZIVIL - Sonderausgabe
Manuskript Nr. 5

SPD zum OM 64

Am 7.11.1963 nahm das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in einer Erklärung zu der Kampagne für Abrüstung und den für 1964 geplanten Ostermärschen Stellung. Die Erklärung des SPD-Präsidiums lautet:

"Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Auffassung zu der Ostermarsch-Bewegung mehrfach dargelegt. Sie warnt nach wie vor ihre Mitglieder und Freunde vor Unterstützung und Beteiligung an Aktivitäten dieser Bewegung.

Obwohl die Ostermarsch-Bewegung in der letzten Zeit Verlautbarungen gegen die atomare Rüstung in Ost und West veröffentlicht hat, ist ihre Argumentation doch weitgehend einseitig gegen westliche Verteidigungsmaßnahmen gerichtet, während militärische Maßnahmen der Sowjetunion und des Ostblocks ein 'mit Verständnis' kommentiert werden. Hinzu kommt, daß diese Bewegung mehrfach die Haltung der Sowjetunion in Fragen der Wiedervereinigung und Berlins unterstützt und sich so gegen deutsche Interessen gewendet hat.

Die SPD hat immer wieder erklärt, daß sie Abrüstungsmaßnahmen unterstützt, wenn sie gleichwertig, gleichzeitig und wo notwendig unter Kontrolle erfolgen. In Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes, den die Ostermarsch-Bewegung in ablehender Form behandelt, vertritt die SPD den Standpunkt, daß jede Regierung alle nur denkbaren Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung treffen muß, weil jede Verteidigung ihren Sinn verliert, wenn sie nicht im Rahmen des Möglichen versucht, Menschen zu retten.

Die SPD hält auch nach der Umbenennung und der Ausweitung der Aktivitäten dieser Organisation an ihrer bisherigen ablehenden Stellungnahme fest."

Hans-Konrad Tempel hat im Auftrag der Kampagne für Abrüstung im November 1963 einen Brief an das Parteipräsidium der SPD geschrieben, der bis heute leider unbeantwortet blieb. In seinem Brief stellt Hans-Konrad Tempel fest:

"Ihren Beschluß über die Ostermarsch-Bewegung haben wir mit großen Erstaunen gelesen. Gerade von der Sozialdemokratischen Partei, die in unserer Gesellschaft eine bedeutende staatspolitische Funktion zu erfüllen hat, haben wir nach den Irrtümern und Entstellungen der vergangenen Jahre jetzt eine Stellungnahme erwartet, die den Tatsachen entspricht und belegbar ist...

Wir erlauben uns, den im 'Vorwärts' in der 'Bonner Depeche' und an anderer Stelle veröffentlichten Wortlaut für authentisch zu halten und auf seine sachliche Richtigkeit hin zu prüfen:

1. 'Obwohl die Ostermarschbewegung in letzter Zeit Verlautbarungen gegen die atomare Rüstung in Ost und West veröffentlicht hat ...'

Richtig ist, daß wir von ersten Matsch (1960) an bis heute in unseren politischen Äußerungen gleichermaßen die Ateardüstungs- und Gewaltpolitik des Ostens wie des Westens kritisiert haben, wie unsere Flugblätter und sonstige Veröffentlichungen beweisen. Die Kampagne hat zum Beispiel nicht aus taktischen Gründen auch gegen die sowjetischen wie gegen die amerikanischen * Tests protestiert, sondern aus einer grundsätzlichen Ablehnung jeder Politik der atomaren Stärke und Gewaltandrohung.

2. '... ist ihre Argumentation doch weitgehend einseitig gegen westliche Verteidigungsmaßnahmen gerichtet ...'

Richtig ist, daß wir grundsätzlich **kei k e i n e** einseitige Stellungnahme in Kalten Krieg abgegeben haben und abgeben werden und daß unsere Argumentation sich stets gegen die 'Verteidigungsmaßnahmen' beider Machtblöcke gerichtet hat. Richtig ist, daß wir zuerst bei uns etwas zu ändern versuchen, statt zuerst auf die anderen zu zeigen, wie es weitgehend in beiden Lagern Brauch geworden ist...

3. '... während militärische Maßnahmen der Sowjetunion 'mit Verständnis' kommentiert werden.'

Richtig ist, daß der Zentrale Ausschuß, das Führungsgremium der Kampagne keinen einzigen Beschluß gefasst und keine einzige Erklärung veröffentlicht hat, in denen militärische Maßnahmen der einen oder anderen Seite mit Verständnis kommentiert worden sind. Auch in unserer regelmäßigen Publikation, den 'Informationen zur Abrüstung', ist bisher kein einziger Kommentar erschienen, in dem diesbezügliche Aussagen gemacht worden sind. Das Zitat 'mit Verständnis' stammt - entgegen ihrer Unterstellung - nicht von uns.

4. 'Hinzu kommt, daß diese Bewegung mehrfach die Haltung der Sowjetunion in Fragen der Wiedervereinigung und Berlins unterstützt und sich so gegen deutsche Interessen gewendet hat.'

Richtig ist, daß die Kampagne bisher kein einziges Mal zur Deutschlandpolitik irgendeines Staates - also auch nicht der Sowjetunion - Stellung genommen hat und daß auch das Berlin-Problem kein einziges Mal von uns auch nur gestreift worden ist. Richtig ist, daß die Kampagne sich ihrer Aufgabe entsprechend zum Brückenschlagen zwischen den Blöcken bekennt ("Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West") und sich bemüht, die gemeinsamen Interessen aller europäischen Völker aufzuzeigen...

Es ist für uns nicht ganz erklärlich, daß das Parteipräsidium nicht mit einem einzigen Wort zu unserer zentralen Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa Stellung genommen hat, obwohl dieser Punkt im Godesberger Programm enthalten ist und obwohl auch mit den Stimmen der SPD-Vertreter auf Tagungen der Interparlamentarischen Union in Belgrad und der Sozialistischen Internationale in Brüssel atomwaffenfreie Zonen gefordert worden sind.

Wir sind in der Lage, die in den vier Punkten von uns gegebene Darstellung im einzelnen mit Dokumenten zu belegen und bitten Sie hiermit, um ein Gespräch..."

(Wie oben bereits erwähnt, ~~bleib~~ blieb dieser Brief bis heute unbeantwortet.)

Institut für Zeitgeschichte

ZIVIL - Sonderausgabe

Manuskript Nr. 6

Erklärung zur Unabhängigkeit
(Beschlossen am 8.4.1962 vom Zentralen Ausschuß)

Die Ostermärsche sind seit einiger Zeit verstärkt Objekt von Versuchen, sie für die eine oder andere Seite in den Dienst des Kalten Krieges zu stellen. So wird zum Beispiel in der Bundesrepublik eine offenbar gefälschte Erklärung verbreitet, in der sich angeblich eine Bezirksleitung der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands für die Atombewaffnung in Ost und zugleich für die Ostermärsche in der Bundesrepublik einsetzt. Mit dieser Fälschung und mit anderen unwahren Behauptungen wie sie etwa der Bundesausschuß der SPD 'Die Falken' oder das Kapfinger Magazin 'Aktuell' aufstellten, soll offensichtlich der Ostermarsch als eine kommunistisch gelenkte Aktion diffamiert werden.

Auf der anderen Seite haben in jüngster Zeit einige Repräsentanten kommunistischer Organisationen in Deutschland - so z.B. die FDJ-Führer Angenfort und Schumann - Erklärungen abgegeben, die dazu auffordern, die Ostermärsche in den Dienst einseitiger Agitationen gegen die Politik des Westens zu stellen.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner weist sämtliche derartigen Angriffe schärf zurück. Der Ostermarsch lehnt Atomwaffen in Ost und West mit gleicher Bindeutigkeit ab. Es wird auch in Zukunft nicht möglich sein, diese seine Zielsetzung zu verfälschen. Eine Verurteilung der Atomrüstung nur auf einer Seite läßt sich mit den Grundsätzen des Ostermarsches nicht vereinbaren. Der Ostermarsch wird sich nach keiner Seite hin ~~als~~ eine zu einem Mittel der Politik des Kalten Krieges machen lassen.

Im Übrigen steht der Ostermarsch nicht im Dienste irgendeiner Partei oder parteiähnlichen Gruppe. Niemand außer den für den Ostermarsch Verantwortlichen kann für den Ostermarsch Erklärungen abgeben.

Helis Schulte, Pfarrerin, Religiös, Eberbach.

in der „Dritten Reich“. War Mitglied der Gesamtdeutschen Volkspartei, Versöhnungsbund und DFU. 1961 Vorsitzende der DFG in Heidelberg, Mitglied des Bundesvorstandes. Vorstandsmitglied der Kirchlichen Bruderschaft im Zentralen Ausschuß, verantwortlich für Ostermarsch Mannheim—

Heide, Physiker, 41 Jahre, verheiratet.

in der Kampfbewegung gegen den Atomtod“. Mitarbeiter am Institut für Atomphysik der TH Hannover seit 1958. Mitglied der Ostermarschbewegung. Mitglied des Ostermarsch-Ausschusses.

Wolfgang, Lehrer, 24 J., verheiratet, in der Ostermarschbewegung.

in der Sozialistischen Bundesbewegung, Freund der Quäker, Bundesvorsitzender des Ostermarsch-Kriegsdienstverweigerers, parlamentarischer Regionalausschusses im Zentralen Ausschuß.

Tempel, Lehrer, 31 J., verh., in der Ostermarschbewegung.

Arbeit in der IdK, dann Mitbegründer des Ostermarschverbandes der Kriegsdienstverweigerer. 1957 Mitglied der SPD und Mitglied der Gesellschaft d. Freunde (Quäker) des ersten deutschen Ostermarsches im Zentralen Ausschusses.

Holle, Lehrerin, 31 J., verheiratet.

in der IdK und später Mitbegründerin des Ostermarschverbandes der Kriegsdienstverweigerer der Quäker. Mitverantwortlich für den ersten deutschen Ostermarsch; Ostermarsch-Kuratoriums.

7 J., Angestellter, verheiratet, in der Ostermarschbewegung.

in der Ostermarschbewegung, hauptamtlich tätig, Gewerkschaftler von 1956 bis 1962 Landesvorsitzender der Hessischen Naturfreunde, Leiter der Bundesjugendleitung der Jugend und seit 1961 verantwortlich für die Schulungszeitschrift „Jugend“. Mitglied der SPD. Seit 1961 in der Ostermarschbewegung, Verbandsgeschäftsführer des Ostermarsch-Kriegsdienstverweigerers. Geheimes Mitglied des Hessischen Ostermarsch-Ausschusses; Mitglied des Ostermarsch-Ausschusses.

Heinrich Vogel, Pfarrer, 60 J., Professor der Theologie (für Dogmatik) an der Humboldt-Universität (Ost-Berlin), Mitglied der Kirchlichen Hochschule Wartha. Mitglied der „Bekennenden Kirche“, Vizepräsident der Prager Friedenskonferenz. Mitglied des Ostermarsch-Kuratoriums.

Witz Wenzel, Pädagogische Hochschule Braunschweig, verh., Pfarrer der Ostermarschbewegung.

1957 Mitglied im Bundestag; Präzisionsingenieur, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft, Mitglied des Ostermarsch-Ausschusses, Mitglied der SPD und der Gewerkschaft. Ostermarsch-Kuratoriums.

Gegen West

An die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Bad Godesberg bei Bonn 30. April 1962
Sehr verehrter Herr Botschafter!

Mit tiefer Trauer nehmen wir zur Kenntnis, daß nun auch Amerika die Versuche mit Atomwaffen in größerem Maße wieder aufgenommen hat. Damit wird dem Wettrüsten in West und Ost ein neuer Impuls verliehen, der nur zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zwischen den Atommächten führen kann. Die Wiederaufnahme der Versuche wird darüber hinaus auch der Sowjetunion als Argument dienen, um die Versuche fortzusetzen, wie es bereits von ihr angekündigt worden ist.

Wenn wir heute an Sie schreiben, verkennen wir nicht, daß das freiwillige Moratorium der Kernwaffenversuche nicht von Ihnen, sondern von der Sowjetunion zuerst verletzt worden ist, wobei festzustellen ist, daß sich im Bereich des Westens die Republik Frankreich niemals an diesen freiwilligen Verzicht gehalten hat. Wir haben damals in sehr deutlicher Form in unserem Schreiben an die Sowjetische Botschaft in Bonn, an den Parteitag der KPdSU und den Ministerpräsidenten der UdSSR unsere Auffassung dargelegt (s. Anlage). Trotzdem verurteilen wir die Wiederaufnahme der Tests durch Ihr Land auf das schärfste, da diese einerseits die Strahlungsschäden vergrößern — daher unser Slogan „Auch Teste sind Mord“ — und andererseits nur dazu dienen, die militärischen Vernichtungsmittel weiter zu perfektionieren, obwohl diese bereits seit langem die Dimension des Unmenschlichen erreicht haben. Darüber hinaus werden durch die Versuche die Menschen in Ihrem Lande

Gegen Ost

An den Ministerpräsidenten der UdSSR N. S. Chruschtschow 11. August 1962

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow!

Wir bitten Sie, unverzüglich die Atomwaffenversuche in der UdSSR einzustellen, und durch großzügige Zugeständnisse in Fragen der Versuchsstopkontrolle zur Schaffung einer Vereinbarung über das Verbot von Kernwaffenversuchen beizutragen. Damit würden Sie der Welt ein echtes Beispiel konstruktiven Friedenswillens geben.

Wie eine große Verschwörung östlicher und westlicher Militärs tutet uns die jüngste Geschichte der atomaren Versuchsexplosionen an. Nachdem im vorigen Jahr die UdSSR das freiwillige Versuchsmoratorium gebrochen hatte, um die Stärke der UdSSR zu demonstrieren, wie ziemlich unverhüllt in Ihrer hiesigen Botschaft zum Ausdruck gebracht wurde, haben sich westliche Militärs die Chance sofort zunutze gemacht, um ihrerseits an der Vervollkommnung ihrer Kriegsmaschinerie weiter zu arbeiten. Die UdSSR hat ihnen mit ihren Versuchen dafür die Rechtfertigung geliefert. Die US-Versuche auf den Weihnachts-Inseln haben nun offensichtlich wiederum den östlichen Anhängern militärischer Stärke die Argumente für eine weitere Fortführung von Atombombenversuchen gegeben. Wann dieser Wechselreigen wieder unterbrochen sein wird, ist heute noch nicht abzusehen. Eines ist je-

und den anderen westlichen Ländern nur noch mehr und ausschließlich auf die Stärke ihrer militärischen Einrichtungen bauen und nicht ihre Kräfte für die Lösung der Konflikte zwischen den Völkern mit nicht-militärischen Mitteln mobilisieren.

Wir halten es dagegen für richtig, wenn Sie, ohne Rücksicht auf das Verhalten der Sowjetunion, auf die Weiterführung ihrer Atomwaffenversuche verzichten und stattdessen der Sowjetunion anbieten, Kontrollstationen in den Vereinigten Staaten zu unterhalten. Dies wird in so überzeugender Weise vor der ganzen Welt Ihre Bereitschaft zur Verständigung und zur Abrüstung beweisen, daß die Sowjets hierdurch und den moralischen Druck der Weltöffentlichkeit ebenfalls zur Einstellung der Versuche gezwungen werden. Eine solche Haltung würde der besten amerikanischen Tradition entsprechen. Es würde einen entscheidenden Einbruch in das Mißtrauen zwischen den Mächten darstellen und die Grundlage für das gegenseitige Vertrauen schaffen, das die Voraussetzung für die Lösung der großen Probleme zwischen den Völkern ist.

Die Atombombe jedoch wird keinen Beitrag hierzu leisten, sondern nur Ihnen, den Sowjets und uns eines Tages eine Weltkatastrophe präsentieren als bittere Rechnung dafür, daß kein Volk bereit war, den ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung zu gehen.

Wir bitten Sie in diesem Sinne unsere Gedanken zu prüfen und an Ihre Regierung weiterzugeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hans-Konrad Tempel

Sprecher des Zentralen Ausschusses
Dr. Andreas Buro

Geschäftsführer des Zentralen Ausschusses

doch sicher, daß danach die Lösung der großen Aufgabe, die Verwirklichung der allgemeinen kontrollierten Abrüstung in noch weitere Ferne gerückt sein wird, als zur Zeit des freiwilligen Moratoriums.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen können die wechselseitig abgegebenen Erklärungen der USA und der UdSSR über das Verbrechen der Atomversuche des anderen Landes nur wie ein Hohn auf den ernstesten Friedenswunsch der Völker dieser Welt empfunden werden...

Wir glauben, daß jede gegenseitige Bedrohung nur den Ausbruch eines Krieges fördern kann, nicht aber den Frieden. Unser Slogan, mit dem viele tausend westdeutsche Menschen zu Ostern mehrere Tage über die Straßen marschierten und den sie trotz der Verbote immer wieder gezeigt haben, hieß: „Auch Teste sind Mord“! Dieser Slogan gilt sowohl für die sowjetischen wie auch für die amerikanischen Atomwaffenversuche, und nichts überzeugt uns davon, daß östliche Atomwaffenversuche dem Frieden dienen...

Wir protestieren daher nicht nur einseitig gegen die Atomwaffenversuche der UdSSR, sondern wenden uns gegen solche tödlichen Experimente in aller Welt. Wir bezeichnen sie als Mord und Vorbereitung zu weiterem Völkermord, gleichgültig ob diese Teste von Ländern des Ost- oder Westblockes ausgeführt werden...

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß
gez. Dr. Andreas Buro

Wir bleiben unabhängig

Die Kampagne für Abrüstung ist unabhängig von allen politischen Parteien und unabhängig im Kalten Kriege zwischen Ost und West. Der Ostermarsch besteht weder, wie es PPP schreibt, aus „DFU-Ostermarschierern im Bund mit noch weiteren Wolf-im-Schafspelz-Friedensfreunden“, noch sind seine führenden Organisatoren von Hintermännern Herbert Wehners gekauft, wie es DDR-Publikation wie die Junge Welt oder hiesige linke Presseorgane, wie die Sozialistische Jugendkorrespondenz, behaupteten.

Bei der Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche hat keine andere Organisation in der Bundesrepublik so intensiven Protest eingelegt wie der Ostermarsch. In fast allen größeren Städten wurden über Monate hinaus Protestkundgebungen, Märsche, Veranstaltungen durchgeführt und unsere Stellungnahme eindeutig im Sinne der vorher abgedruckten Briefe bekundet. (Die Falken, die uns mangelnden Protest in diesem Falle nachgesagt haben, haben im Vergleich dazu so gut wie nichts unternommen).

Am 4. November 1961 fand eine Demonstration von Mitgliedern des Ostermarsches aus der ganzen Bundesrepublik vor der sowjetischen Botschaft statt. Gleichzeitig wurden vor der amerikanischen und französischen Bot-

Ostermarsch 1962

Vom 20. bis zum 23. April finden in der Bundesrepublik die Ostermärsche der Atomwaffengegner statt. Diese Märsche richten sich gegen Atomwaffen in Ost und West. Die Ostermärsche sind seit einiger Zeit verstärkt Objekt von Versuchen, sie für die eine oder andere Seite in den Dienst des Kalten Krieges zu stellen. So wird z. B. in der Bundesrepublik eine offenbar gefälschte Erklärung vorbereitet, in der sich angeblich eine Bezirksleitung der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands für die Atombewaffnung im Osten und zugleich für die Ostermärsche in der Bundesrepublik einsetzt. Mit dieser Fälschung und mit anderen, unwahren Behauptungen, wie sie etwa der Bundesausschuß der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“ oder das Kapfinger-Magazin AKTUELL aufstellten, soll offensichtlich der Ostermarsch als eine kommunistisch gelenkte Aktion diffamiert werden.

Auf der anderen Seite haben in jüngster Zeit einige Repräsentanten kommunistischer Organisationen in Deutschland — so z. B. die FDJ-Führer Angenfort und Schumann — Erklärungen abgegeben, die dazu auffordern, die Ostermärsche in den Dienst einseitiger Agitation gegen die Politik des Westens zu stellen. Der Ostermarsch der Atomwaffengegner weist alle diese Angriffe scharf zurück. Der Ostermarsch lehnt Atomwaffen in Ost wie West mit gleicher Eindeutigkeit ab. Es wird auch in Zukunft nicht möglich sein, diese seine Zielsetzung zu verfälschen. Eine Verurteilung der Atomrüstung nur auf einer Seite läßt sich mit den Grundsätzen des Ostermarsches nicht vereinbaren. Der Ostermarsch wird sich nach kei-

nein schaft Mahnwachen aufgestellt und entsprechende Schreiben überreicht. An den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika wurde bereits am 28. September 1961 folgender Brief gerichtet:

An den
Herrn Botschafter
der Vereinigten Staaten von Amerika
Bonn

28. September 1961

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Im Namen des Kuratoriums für den Ostermarsch der Atomwaffengegner, ... protestiere ich aufs schärfste gegen die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika. Daß Sie in der gleichen Weise wie die sowjetische Regierung, gegen deren Verhalten wir uns ebenfalls energisch gewandt haben, nur unter Berücksichtigung und im Hinblick auf Ihre militärische Stärke, diese Versuchs-Explosionen fortsetzen, obwohl Sie genau über die hierdurch für die Menschen entstehenden Gefahren unterrichtet sind, läßt uns ernsthaft daran zweifeln, daß Sie aufrichtig eine atomare Abrüstung wünschen. Selbst die größte Schuld des Gegners kann keine Vermehrung der Massenvernichtungswaffen rechtfertigen.

Wir appellieren an Ihre Regierung, wie wir auch an die Regierung der Sowjetunion appelliert haben, mehr Vertrauen in den politischen Gegner zu zeigen und im Sinne eines wirklichen Fortschritts alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Gewaltdenken zu überwinden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Hans-Konrad Tempel
Koordinator

ner Seite hin zu einem Mittel der Politik des Kalten Krieges machen lassen.

Im übrigen steht der Ostermarsch nicht im Dienste irgendeiner Partei oder parteiähnlichen Gruppe. Niemand außer den für den Ostermarsch Verantwortlichen kann für den Ostermarsch Erklärungen abgeben.

Hans Konrad Tempel

Sprecher des Zentralen Ausschusses für den Ostermarsch der Atomwaffengegner
Geschäftsführung: Dr. Andreas Buro

schen GVP. 1958 Mitglied
1961. Angehörige des Vorste-
gemeinschaft Deutscher
des Komitees gegen Atomrü-
bundes gegen Atomschäden
ratoriums des Freundscha-
burg; Vorsitzende der Landes-
des Arbeitskreises München
tion der Mütter aller Natione
glied des Ostermarsch-Kurato

Dr. med. Bodo Manstein,
der Geburtshilf.-gynäk. Abte-
kreiskrankenhauses Detmold
Besonders bekannt geworden
„Im Würgegriff des Fortsch-
gesamt über 70 Einzelarbei-
Ostermarsch-Kuratoriums un-
len Kundgebungen von paz-
gungen und den Atomwaffeng

D. Martin Niemöller, Kirche-
baden, 71 J., verwitwet.
Er war Marineoffizier im erste
Ordination unter Pfarrer; 1938
sten unter Anklage ges-
freigesprochen; Auf Anordnu-
KZ Sachsenhausen überführt
schiedenen Konzentrationsla-
Kirchenpräsident von Hessen
in Neu-Delhi zu einem der 6
Weltkirchenrates gewählt. Mi-
marsch-Kuratoriums.

Alfred Riedel, 23 J., Schriftset-
Seit 1. 9. 59 Mitglied im Ver-
dienstverweigerer, 1961 und
der VK-Gruppe Stuttgart. An-
dienstverweigerer und zur Z-
dienst. Bundesvorstandsmitgl-
amtlicher Geschäftsführer d-
ausschusses Süd-West, org-
2 Märsche, die jährlich nach
Mitglied des Zentralen Aussch-

Rolf Ringwald, Buchhändler,
2 Kinder, Offenbach a. M.
Mitglied der SPD. Angehörig
schaft Handel, Banken u. ers-
turreferent der Bundesjug-
freundejugend Deutschlands.
bandes der Kriegsdienstverw-
des Zentralen Ausschusses.

Dr. Hans Schenck, Sozialjuris-
heiratet, Darmstadt. Offizier
Von seinen 5 Söhnen fiel eine
Ehrenamtlich tätig in der Inn-
Deutschen Verein für öffentl-
Fürsorge; im Soziographisch-
Frankfurt und im Deutschen R-
Leiter des hessischen Zweige
nalen Versöhnungsbundes; g-
schuß gegen den Atomtod“
Freunde (Quäker). Parteilos.
sischen Ostermarsch-Ausschu-
nalausschuß Mitte.

Robert Scholl, Oberbürgerme-
chen, 72 J., verheiratet, evange-
Kriege 5) Kinder, 9 Enkel.
In der Weimarer Republik Bü-
schiedener Gemeinden. Im 3.
lich tätig. Nach 1945 Oberbür-
Parteilos. Politisch nicht gebunden
samtdutsche Volkspartei als
der und Präsidiumsmitglied.
der „Blätter für deutsche un-
Politik“. Mitglied des Ostermar-



Maultin in St. Louis Post Dispatch

OM antwortet Grotewohl

ED 718-15-116

Sehr geehrter
Herr Ministerpräsident Grotewohl

Der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner, Kampagne für Abrüstung, dankt Ihnen für Ihr Schreiben und hat das von Ihnen erwähnte Programm des Friedens mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Der Zentrale Ausschuß begrüßt Ihre Entschlossenheit zum Verzicht auf Atomwaffen und zum Rüstungsstopp.

In Ihrem Schreiben haben Sie dem Ostermarsch Ihre Sympathie ausgesprochen und betont, daß die Politik des Ostermarsches ein fester Bestandteil der Regierungspolitik der DDR sei und Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß unsere politische Haltung von Ihnen aktiv unterstützt würde. Nach unserer Auffassung läßt eine ideelle Übereinstimmung mit den Forderungen der Kampagne noch keine Identifizierung mit Ihren Zielen zu, solange keine konkrete Verwirklichung Ihrer politischen Forderungen und ein Abbau der Militarisierung des zivilen Lebens und des Kalten Krieges als erster Schritt und als Zeichen des guten Willens sichtbar wird.

Wir gestatten uns daher noch einmal, Ihnen die Position der unabhängigen Atomwaffengegner in der Bundesrepublik darzulegen, um eine klare Interpretation unserer Haltung zu ermöglichen.

1. Der Widerstand der Kampagne richtet sich mit derselben Entschiedenheit gegen die Abrüstungs- und Atomwaffenpolitik unseres Landes, der BRD, wie gegen gleichartige politische Auffassungen und Maßnahmen in allen anderen Ländern. Wir lehnen die Lagerung, Herstellung und Erprobung von Atomwaffen jeder Nation in West und Ost ohne jede Einschränkung ab.

2. Für uns sind die sowjetischen Atomwaffen kein Mittel der Friedenspolitik, als die sie Ministerpräsident Chruschtschow am 10. 7. 1962 hingestellt hat. Genausowenig werden wir die Atomwaffen der Vereinigten Staaten als Mittel einer Friedenspolitik akzeptieren. Die Gefahr eines Atomkrieges entsteht durch die Bereitschaft, einen Atomkrieg zu führen, gleichgültig

was verteidigt werden soll und aus welchen Motiven. Wir meinen auch, daß die Bombe nicht deshalb ungefährlich wird, weil sie im Besitz einer Nation ist, in der wirtschaftliche Interessengruppen außerhalb der Regierung keinen Einfluß auf die Politik ausüben können.

3. Wir lehnen konsequenterweise auch die Rüstungs- und Atomwaffenpolitik aller Bündnis-systeme ab, dieselben Vorbehalte, die wir gegenüber der NATO haben, haben wir auch gegenüber dem Warschauer Pakt, weil beide die Abschreckung für notwendig und friedenserhaltend ansehen.

4. Unsere Position im Spannungsfeld zwischen West und Ost ist mit der der blockfreien Staaten zu vergleichen, die vermittelnd zwischen Ost und West wirken wollen. Wie diese halten wir mit der nötigen Differenzierung die Friedenspolitik beider Seiten des Kalten Krieges für nicht ausreichend. Die von uns vertretene Forderung zum Brückenschlag ist unvereinbar mit einer politischen Haltung, die der Gegenseite aggressiv gegenübertritt, die Fehler nur bei der anderen sucht und ihren Friedenswillen nicht ernst nimmt.

5. Wir glauben, daß die Initiative verantwortlicher Bürger wichtige Voraussetzung und wesentlicher Bestandteil des Kampfes für den Frieden ist. Diese Erkenntnis liegt unserem Appell zugrunde, auch in den Staaten des Warschauer Paktes den Bürgern die Möglichkeit zur Demonstration gegen die eigene Atomrüstung zuzugestehen. Wir meinen, daß Regierungserklärungen zur Abrüstung, denen nicht auch entsprechende erste Schritte folgen, allein nicht ausreichen, um eine positive Weiterentwicklung zu sichern. Der Bürger muß durch seine Initiative und offen vorgetragene Haltung die Regierungen ermutigen und befähigen, auch in ihren Taten konsequent auf dem Wege der Entspannung weiterzugehen und weitsichtiger und verständlicher zu handeln.

Im Zusammenhang mit der im vorhergehenden dargelegten grundsätzlichen Haltung unserer Kampagne möchten wir noch auf ein Ereignis eingehen, das für uns von besonderer Bedeu-

trachtet werden. Wenn jeder wichtige Vorschlag zur Abrüstung nur die militärischen und strategischen Gesichtspunkte berücksichtigen würde, hätte kein einziger eine Chance auf Erfolg. Jeder dieser Vorschläge beeinträchtigt die bestehenden Verteidigungssysteme beider Seiten. Unserer Meinung nach müssen die Erfordernisse des Friedens entscheidend sein, um diesen zu bewahren. Natürlich bedeutet das keine Unterschätzung der Sicherheitsinteressen der einen oder anderen Seite. Das wäre eine unvernünftige und auch unrealistische Einstellung. Unser Problem bestehe darin, die Konzeption des „Gleichgewichts der Kräfte“, in deren Namen so viele Kriege geführt wurden, durch den Begriff „Gleichgewicht der Sicherheit“ zu ersetzen. Deshalb betrachteten wir dieses „Gleichgewicht der Sicherheit“ als Ausgangspunkt unseres Planes und behandelten sehr ernsthaft jedes Argument, das von der wirklichen Sorge um die Sicherheit aller betroffenen Länder ausging...

International Affairs (London) Vol. 38, Nr. 1,
January 1963

Dt. Übersetzung „Blätter f. dt. u. int. Politik“

Nachdruck: „Informationen zur Abrüstung“

tung gewesen ist. Ihnen wird bekannt sein, mit welcher Schärfe wir gegen die Behinderung ausländischer Atomwaffengegner in der Bundesrepublik Deutschland protestiert haben. Auch von der Regierung der DDR ist das Einreiseverbot für ausländische Atomwaffengegner heftig getadelt worden. Unverständlich sind uns deshalb die Maßnahmen, die während der Ostertage von Behörden der DDR gegenüber einigen ausländischen Atomwaffengegnern ergriffen worden sind, die in Ostberlin Flugblätter gegen die Atomrüstung in Ost und West verteilt haben. Die Behörden der DDR haben damit dasselbe getan, was sie im Zusammenhang mit dem Düsseldorfer Vorfall gegenüber der Regierung der BRD so entschieden abgelehnt haben. Wir wären Ihnen für eine Überprüfung der Angelegenheit dankbar, so daß in Zukunft solche Zwischenfälle vermieden werden können.

Die richtige Auslegung unserer Ziele ist für unsere Arbeit von besonderer Bedeutung, da wir vielen Angriffen, denen Mißdeutungen unseres Anliegens zugrunde liegen, ausgesetzt sind. Das Studium der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens der DDR hat uns nun gezeigt, daß unsere Forderungen darin häufig so verkürzt dargestellt werden, daß der Eindruck entstehen muß, als richte sich unser Kampf einseitig gegen die Rüstungs- und Atomwaffenpolitik der BRD. Daß dies nicht zutrifft, haben wir Ihnen eingehend dargelegt. Wir sehen uns daher veranlaßt, Sie zu bitten, Ihren Einfluß geltend zu machen, damit auch in den Nachrichten, Meldungen und Berichten dieser Organe ein richtiges Bild unserer Bemühungen gegeben wird. Wir möchten nicht, daß durch das Vorhergesagte der Eindruck entsteht, als nähmen wir den Friedenswillen der DDR und ihrer Bürger nicht ernst. Gerade weil wir meinen, daß entgegen allen westlichen Propaganda-Thesen im östlichen Lager ein starker und echter Friedenswille vorhanden ist, wie auch umgekehrt entgegen allen östlichen Propaganda-Thesen im westlichen Lager, glauben wir Ihnen und uns diese Feststellung schuldig zu sein. Nur wenn die eigene Position mit aller Klarheit dargestellt ist und nicht einseitig mißbraucht werden kann, ist eine Kampagne wie die unsere in der Lage, das Gemeinsame mit anderen Friedensbewegungen und -bemühungen zu betonen und eine sinnvolle Zusammenarbeit anzustreben.

Wir wollen uns in der BRD darum bemühen, daß man sich kein verzerrtes Bild von der Gegenseite macht, daß unser Wille zur Abrüstung auch den anderen Völkern glaubhaft wird und daß konkrete Schritte zur Abrüstung und Entspannung unternommen werden. Wir bitten Sie, in Ihrem Lande dasselbe zu tun. Für besonders wichtig halten wir die sofortige Beendigung der Kalten-Krieg-Propaganda und den Stopp der weiteren Militarisierung des öffentlichen Lebens in jedem der beiden Teile Deutschlands.

Wenn der Vorsitzende des polnischen Abgeordnetenhauses des Sejm in seinem Brief an den Ostermarsch davon spricht, daß wir alle Kräfte mobilisieren müssen, denen das Leben der gegenwärtigen und der kommenden Generation teuer ist, so gilt dies für alle Staaten der Welt und nicht allein für die eine oder die andere Seite. In diesem Sinne sind wir uns einig mit jedem, der in seinem Bereich hilft, erste praktische Schritte zur Sicherung des Friedens zu unternehmen.

Wir begrüßen Sie mit vorzüglicher Hochachtung.
Im Auftrag des Zentralen Ausschusses
Dr. Andreas Buro

München, den 28. Juli 1963

Rapacki (Fortsetzung)

(der Tschechoslowakei) innerhalb der vorgesehenen Zone bieten. Für ausländische Truppen, die in dieser Zone stationiert sind und die Nuklearwaffen noch nicht besitzen, sollte die Übernahme solcher Waffen ebenfalls verboten sein. Erst in der zweiten Etappe würde auf Grund einer gegenseitigen Vereinbarung die Entfernung der im Besitz der Streitkräfte der Atommächte befindlichen Kernwaffen und deren Installationen erfolgen; und gleichzeitig damit eine entsprechende Verminderung der konventionellen Rüstungen aller Armeen innerhalb dieser Zone. (Vgl. das Polnische Memorandum vom 28. März 1961.)

Wir betonen weiterhin unsere Bereitschaft, über jeden konkreten Vorschlag der interessierten Regierungen zu diskutieren. Bis jetzt gab es keine Anzeichen für solche Vorschläge oder den Beginn einer Diskussion. Was die Erklärungen von Regierungsvertretern der Deutschen Bundesrepublik angeht, so beschränken sie sich im allgemeinen auf Entstellungen. Die Behauptung etwa, die polnischen Vorschläge „vergrößern die Unsicherheit in der Welt“ oder beschwören sogar „die Gefahr eines Vernichtungskrieges“, kann nur als Entstellung be-

Pestbeule geplatzt

Heinrich Himmler, ehemals oberster Chef von SS und Gestapo, setzte im Frühjahr 1945 in britischer Gefangenschaft seinem verbrecherischen Leben durch Gift ein Ende, als er von den Wachmannschaften erkannt wurde. Offenbar hat Himmler etwas voreilig gehandelt. Sicherlich hätte der Bundesnachrichtendienst für einen Mann seiner Erfahrung auch eine Verwendung gefunden.

Da mußte erst eine dicke Spionagegeschichte an die Öffentlichkeit kommen, um aufzudecken, wer und was da so im Geheimen unser demokratisches Gemeinwesen behütet.

Da reist ein früherer SS-Standartenführer namens Kirschbaum im Auftrage des gehlenschen Bundesnachrichtendienstes herum, um ehemalige SS-Größen für den Schutz unserer freiheitlichen Demokratie anzuheuern.

Da wird ein anderer SS-Mörder, Clemens ist sein Name, 1948 wegen Beteiligung an der Erschießung von 350 italienischen Geiseln freigesprochen, obwohl er zugab, mehrere Stunden das Exekutionskommando angeführt zu haben. Kaum den Kopf aus der Schlinge, arbeitet auch er für jenen Bundesnachrichtendienst.

Ein anderer SS-Führer, Felfe, verhörte erst im Flüchtlingslager Gießen im Auftrage des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Sowjetzonenflüchtlinge. Wohl gemerkt, im Auftrage eines Ministeriums dieser unserer Bundesrepublik! Eine schöne Demokratie, wo die, die in ihr Schutz suchen, von ehemaligen SS-Scheren verhört werden. Später landet auch Felfe in der gehlenschen Dunkelkammer.

Daß hier von den ehemaligen Nazigrößen für beide Seiten gearbeitet wurde, mag historisch interessant sein und vielleicht sogar von einigen schadenfroh registriert werden. Wir gehören nicht zu ihnen. Wir fragen nur die Demokraten in unserem Lande, welche Konsequenzen gezogen werden sollen aus derartigem politischem Sumpflüentum.

Wir bitten die gewählten Volksvertreter, — nein wir fordern sie auf, mit einem Stahlbesen durch das Gestrüpp der verschiedenen Nachrichtendienste unserer Bundesrepublik zu fegen. Die Menschen in unserem Lande haben ein Recht auf Sauberkeit in den staatlichen Institutionen. Nicht etwa, weil es bei Gehlen und anderswo vielleicht noch mehr Doppelagenten gibt, sondern weil der Bürger unserer Demokratie das Recht hat vor den Mördern von gestern geschützt zu werden. Werner Böwing

Nun verdienen sie wieder

An den Börsen entwickelte sich am Freitag eine rege Nachfrage nach Rüstungswerten, nachdem der deutsche Panzer in Serienfertigung gehen soll und Aufträge für 400 Kanonenjagdpanzer bereits an die Rheinstahl-Tochter Hanomag vergeben worden sind. Rheinstahl stieg sprunghaft um 13¼ Punkte. Die feste Haltung der Rüstungswerte und von Unternehmen der Zulieferindustrie regte allgemein an, und die Börse schloß auf etwa höchstem Tagesstand. (Börsenbericht vom 12. 7. 1963)

Das Geschäft mit der Rüstung beginnt also wieder.

Gewitzigt durch die schlechten Erfahrungen, die die deutsche Schwerindustrie in der Vergangen-

heit durch ihre politische Mitverantwortung am Aufstieg des Dritten Reiches machen mußte, haben die maßgeblichen Teile der Schwerindustrie bisher lauthals ihr Desinteresse am Rüstungsgeschäft bekundet. Das scheint nun anders zu werden, denn das Geschäft mit dem Tode wird wieder rentabel. Die Kurse steigen. Starfighter, Zerstörer, U-Boote und neuerdings der „konkurrenzlose, schnellste Panzer der Welt“ (Made in Germany) beleben das Geschäft. Das sind die Fakten: Nachdem der Versuch, einen sogenannten „Europa-Panzer“ in deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion herzustellen, dem Prestigedenken und dem nationalen Rüstungsgedanken zum Opfer fiel, begann der Run auf den Milliardenauftrag zur Produktion des neuen deutschen Standardpanzers. Interessentes sind die Wirtschaftsgruppen um Quandt, Stinnes und Flick. Damit jedoch bei diesem Geschäft mit dem Tod niemand zu kurz kommt und die freie Marktwirtschaft nicht auf die Spitze getrieben wird, ist der Trostpreis für den im Kampf um diesen lukrativen Auftrag Unterlegenen — ebenfalls ein Milliardengeschäft, nämlich der Produktionsauftrag für den ebenfalls neu entwickelten Kanonenjagdpanzer. Wie gesagt: niemand kommt zu kurz. Das Kilo Standardpanzer ist für 20 DM zu haben; ein guter Preis, so meinen die Manager. Das Geschäft mit dem Tode unterliegt einer regen Nachfrage. Der Weizen fängt zu blühen an. Hans Hammer

Aus der Presse

über
Kriegsdienstverweigerer

DUISBURGER GENERAL-ANZEIGER Nr. 144, 26. Juni 63

**Kriegsdienstverweigerer gehen durch hartes Verfahren
Nur Drückeberger scheuen „Seelenwäsche“**

Oberregierungsrat Meffert berichtete Seelsorgern aus der Praxis der Prüfungskammern

Wie wird man Kriegsdienstverweigerer? — Es genügt nicht zu sagen: „Ich bin der festen Überzeugung, Krieg ist Wahnsinn“ — oder: „Du sollst nicht töten! heißt das fünfte Gebot, und ich bin Christ und habe nach diesem Gebot zu handeln.“ Um den Status eines Kriegsdienstverweigerers zu erreichen, muß man sich einer „Seelenwäsche“ unterziehen vor dem zuständigen Ausschuß, vor der Kammer oder in letzter Instanz vor dem Bundesverwaltungsgerecht. Man muß glaubhaft machen können, daß das Gewissen zerstört würde, handelte man gegen seine Überzeugung.

Wie diese Prozedur vor sich geht, davon berichtete Oberregierungsrat Meffert, einer der Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse für Wehrdienstverweigerer, im Haus der Kreissynode Duis-

burg-Nord an der Flottenstraße in Beeck vor Seelsorgern.

Es zeigte sich, daß mit jeder Frage, die in dem anschließenden Gespräch gestellt wurde, neue Problemschichten auftauchten, so daß die Teilnehmer von der ebenso komplexen wie diffizilen Materie einen Begriff bekamen, auf der die Bundesrepublik seit 1957 das Gewissen eines Menschen als Bestandteil des Rechts zu etablieren bemüht ist.

Sie erfuhren, daß der Kriegsdienstverweigerer sich zunächst einer absoluten Persönlichkeitsbeichte aussetzen muß ehe er als Träger seiner Gewissensentscheidung anerkannt wird.

Meffert meinte denn auch, daß Menschen, die ehrlichen Herzens das Gewissen drückt, diesen schweren Gang gehen, daß aber die sogenannten Drückeberger eine solche Persönlichkeitsbeichte scheuen, die bis in die Wurzeln des Persönlichen vordringt.

Psychologie, Typenlehre und andere wissenschaftliche Meßwerte stehen diesen Richtern der Wehrdienstverweigerer zur Verfügung. „Bei uns zählt kein Lippenbekenntnis“, sagte Oberregierungsrat Meffert. Den gemütsweic Menschen, der vor dem Kriegsdienst einen physischen Abscheu hat, oder den Prinzipienreiter, gelte es zu scheiden von jenen, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst ablehnen.

Kein Einheitsgewissen

Es gebe indes kein Einheitsgewissen, und bei der Beurteilung könne man sich nicht nach einer Norm richten. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß ein religiöser Mensch, der den Kriegsdienst ablehnt sich meistens schon in der Gemeinschaft in altruistischer Form bewährt habe. Es gebe aber auch Menschen, die sich auf Religiösität beriefen, aber sich in Glaubensdingen im allgemeinen völlig gleichgültig zeigten.

Meffert meinte, man habe anfangs mit einer großen Zahl Drückeberger gerechnet. Diese Erwartung habe sich aber nicht erfüllt. Man habe es heute im wesentlichen mit zwei Gruppen von Verweigerern zu tun: Einmal mit Menschen, die wirklich eine Gewissensentscheidung getroffen hätten, zum anderen mit jenen Leuten, die Wehrdienst ablehnten, weil sie sich dem tatsächlichen Konflikt nicht stellen wollten.

Drückeberger gehen nach Meinung des Oberregierungsrates einen anderen Weg: sie versuchen durch laufende Anträge auf Befreiung vom Wehrdienst Zeit zu gewinnen, bis ihr Jahrgang den Dienst bereits abgeleistet und nicht mehr herangezogen wird.

0,5 Prozent der etwa 400 000 Männer eines Jahrganges melden ihre Kriegsdienstverweigerung an, viele von ihnen ziehen den Antrag schon in der ersten Instanz zurück. Dies ist ein verschwindend geringer Anteil, bedenkt man, daß die Bundeswehr von jedem Jahrgang 159 400 Mann nach ihrem Haushaltsplan einziehen kann.

In diesem Zusammenhang erklärte Oberregierungsrat Meffert, damit sei bewiesen, daß man bei den Prüfungsausschüssen nicht angehalten sein könne, Soldaten zu gewinnen, sondern ohne irgendwelche drückenden Verhältnisse Recht zu schaffen vermag.

Sinn und Zweck der Prüfung könnten nicht sein, den Menschen für den Wehrdienst umzustimmen, sondern seine Meinung kennenzulernen. Vor 100 Verweigerern würden erfahrungsgemäß 75 anerkannt. In 90 Prozent der Fälle beständen keine Zweifel, nur 10 Prozent seien problematisch. Slu.



pressediens

ED 718-15-117

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengeegner und
zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengeegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Wer finanziert den Ostermarsch?

Immer wieder, in den Wochen, in denen wir den Ostermarsch vorbereiten, erhalten wir Anfragen von Zeitungen, Politikern, Außenstehenden und Freunden, wie unser so "aufwendige" Ostermarsch finanziert wird. Aufklärung tut not und wir glauben, daß es notwendig ist, in aller Öffentlichkeit darzulegen, daß die Kampagne für Abrüstung ihre Mittel nicht aus Gewässern schöpft, deren Quellen in mehr oder weniger bekannten Gefilden der Kalkriegspropaganda West oder Ost liegen. Die Kampagne erhält Subventionen weder aus Ostberlin noch aus Bonn, sondern einzig und allein von den vielen tausend Anhängern, die ihren Marsch, ihre Schilder, die Flugblätter und Plakate - ja auch diesen Pressediens - selbst bezahlen.

Rudolf Rolfs sagte auf einer Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg: "Der Ostermarsch wird von den Menschen bezahlt, die hier stehen. Aber persönliche Opfer, die man nicht steuerlich absetzen kann, hält man in unserem profitgierigen Land nicht mehr für möglich."

DM 62.864.50 für den Ostermarsch 1963

Der Ostermarsch 63 kostete mit allem, was dazu gehört, die stattliche Summe von über sechzigtausend Deutsche Mark. Jeder Teilnehmer zahlte neben den Strapazen und Unannehmlichkeiten, die ein dreitägiger Marsch mit sich bringt, eine Teilnehmergebühr von DM 20.--. Viele tausend Menschen können aus mancherlei Gründen nicht am Ostermarsch teilnehmen. Sie kamen aber zu den Kundgebungen und vor allen Dingen zur Schlußkundgebung zum Frankfurter Römerberg. Von diesen Anhängern der Kampagne für Abrüstung gehen Spenden ein und täglich weisen die Postscheckauszüge lange Zahlenkolonnen auf; aber nicht etwa große Einzelspenden, sondern vorwiegend Beträge, wie DM 3.--, DM 5.-- und DM 10.--.

Der Wille vieler Einzelner, die Veranstaltungen der Kampagne für Abrüstung zu finanzieren, wächst ständig und zeigt, wie die politischen Ziele der Kampagne im Volke mehr und mehr Anerkennung erringen.

Die DM 62.864.50 an Ausgaben für den vorjährigen Ostermarsch gliedern sich wie folgt:

1) Flugblätter, Plakate, Anzeigen	DM	39.631.01
2) Bus- und Transportkosten	DM	1.506.40
3) Verpflegung und Übernachtungen	DM	9.032.50
4) Sachliche Kosten für die Kundgebungen	DM	5.161.57
5) Bürokosten (Porto, Telefon usw.)	DM	6.872.08
6) Div. Ausgaben (auch Gerichtskosten)	DM	660.94
		<hr/>
	DM	62.864.50
		=====

Auch der Ostermarsch 64 finanziert sich selbst

Zur Vorbereitung des Ostermarsches 64 muß jeder einzelne Atomwaffengegner noch tiefer in die Tasche greifen als er es schon das Jahr über tut. So haben die Anhänger der Kampagne für Abrüstung durch Flugblatt-Finanzierung und Spenden bereits über DM 15.000.-- in den Monaten Januar und Februar aufgebracht.

Keine Gehälter und Spesen

Die Organisatoren der Kampagne für Abrüstung leisten ihre Arbeit ehrenamtlich. Jeder hat ein ordentliches Arbeitsverhältnis, ist Angestellter, Beamter, Arbeiter, Unternehmer, Pfarrer, Professor oder freischaffend tätig. Jeder kann nur wenige Stunden für den Ostermarsch opfern und zwar die Stunden seiner Freizeit. Deshalb fallen keine Gehälter an und auch keine Spesen.

Wir wissen, daß diese Darlegungen nicht unbedingt für jede Zeitung zur Veröffentlichung geeignet sind. Wir glauben aber, daß eine Offenlegung der Ostermarsch-Financen für die Presse, die verpflichtet ist, über die politischen Vorgänge in unseren Land objektiv zu berichten, sehr informativ sein dürfte.

Offenbach, 3. März 1964 - Vack

Large diagonal watermark: "Institut für..."

Large diagonal watermark: "Archiv" with a stylized logo above it.

ED 718-15-118

GRUSSBOTSCHAFT DES "VERBANDES DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER (VK)" IN DER W R I ZUM BELGISCHEN ANTIATOMMARSCH AM 15. MÄRZ 1964 IN BRÜSSEL, ÜBERBRACHT DURCH DEN STELLVERTRETENDEN BUNDESVORSITZENDEN DES VK WERNER B Ö W I N G 17.3.64 V.

Stellvertretend für 10.000 Pazifisten und Antimilitaristen überbringe ich Ihnen im Namen des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer brüderliche Grüße aus der Bundesrepublik Deutschland.

Wir sind gern der Einladung gefolgt und mit mehr als 100 Delegierten aus 25 Großstädten von Rhein und Ruhr zu Ihrer Demonstration nach Brüssel gekommen.

Wir wissen, daß die Menschen in Belgien sehr nachdenklich werden, wenn Deutsche durch ihre Straßen marschieren und wir verstehen auch warum das so ist.

Wir wissen auch, daß wir nie vergessen dürfen, daß deutsche Militärstiefel schon zweimal in diesem Jahrhundert durch Brüssel marschiert sind.

Aber die jungen Deutschen, die heute mit Ihnen durch Ihre Stadt gezogen sind, diese junge Menschen repräsentieren das andere Deutschland. Ein Deutschland, welches in den Konzentrationslagern in den Köpfen von Antifaschisten entstanden ist, in internationaler Solidarität mit allen Menschen, die gegen Krieg und Diktatur zu kämpfen entschlossen sind.

Wir sagen in der Bundesrepublik "Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie", weil wir wissen, daß die Demokratie mit der Bombe unmöglich ist. Wer die Demokratie wirklich will, muß die Bombe bekämpfen. Das ist wahr in Deutschland.

Das ist ebenso wahr in Belgien und es gilt für alle Länder in der Welt.

Weil die Bombe ein internationales Problem ist, deshalb muß der Kampf gegen die Bombe auch international geführt werden.

Wenn die Militärs und die Herren der Schwerindustrie sich international zusammengeschlossen haben, dann wird es höchste Zeit, daß wir, die wir den Frieden und die Freiheit und den sozialen Fortschritt wollen, unseren Kampf internationalisieren.

Wir sprechen verschiedene Sprachen und das ist ein großes Hindernis,
weil wir "kleinen Leute" uns nur schwer verständigen können.

Aber Blut ist rot in Belgien und Blut ist rot in Deutschland und Blut
ist rot in der Sowjetunion und in Amerika und die Bombe, die kennt keine
Landesgrenzen.

Deshalb sind heute einige hundert Deutsche an Ihrer Seite marschiert.
Sagen Sie morgen an Ihren Arbeitsplätzen, in den Büros und in den Fabrik-
hallen, daß die belgischen Kämpfer für den Frieden nicht allein stehen.

ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN BELGIEN UND DEUTSCHLAND.

ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ALLER MENSCHEN, DIE GEGEN KRIEG, GEGEN DIKTATUR
UND GEGEN MILITARISMUS KÄMPFEN.

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT.

**Verband der
Kriegsdienstverweigerer**

In der War Resisters' International e.V.

An die Damen und Herren
Abgeordnete des Deutschen
Bundestages

Verbandsgeschäftsstelle

ED 718-15-118

Datum:

23. März 1964

25. 3. 64

Zur Kenntnisnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen Tagen kam in der Bundesrepublik die Broschüre 'Ostermarsch-Betrachtungen' eines Herrn Robert Jenke (?) zur Verteilung, die als politischer Leitfaden für die Teilnehmer am Ostermarsch 1964 gedacht ist. Herr Jenke, der sich bemühen wollte, 'den Mut zur Wahrheit nicht zu scheuen', ließ seine Schrift in einem sogenannten 'Brückenbauer-Verlag, Köln-Riehl' erscheinen, der bisher in keinem Verlags- oder Adressenverzeichnis aufzufinden war. Herr Jenke hat auch darauf verzichtet, in seinen 'Ostermarsch-Betrachtungen' die herstellende Druckerei anzugeben, schickt dafür aber unverlangt und ohne Absenderangabe seine Schrift an tausende und übertausende Adressaten.

Da die 'Ostermarsch-Betrachtungen' versuchen, unter dem Deckmantel geheuchelter Wahrhaftigkeit, eine große Verleumdungskampagne gegen die Ostermarsch-Bewegung, 'Kampagne für Abrüstung', zu starten, sah sich der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. (VK), als einer der Träger der Kampagne für Abrüstung veranlasst, eine Sonderausgabe seiner Verbandszeitschrift ZIVIL herauszubringen.

Wir erlauben uns, Ihnen beigefügt ein Exemplar unserer 'Ostermarsch-Betrachtungen' zu überreichen und hoffen, daß es dem eindeutigen Nachweis dient über die Unabhängigkeit der Kampagne gegenüber allen im Kalten Krieg einseitig orientierten Kreisen.

Wir veröffentlichen in dieser Sondernummer, ausser dem Leitartikel, ausschließlich dokumentarisches Material, das eindeutig zum Ausdruck bringt, daß sich die Kampagne für Abrüstung von Anfang an bis heute in gleicher Schärfe gegen die Atom- Militär - und Machtpolitik in Ost und West gewandt hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

An die Sozialdemokratische
Partei Deutschlands, die
Ortsvereine der SPD und
Jungsozialisten

Verband der Kriegsdienstverweigerer

In der War Resisters' International e.V.

ED 718-15-120
Verbandsgeschäftsstelle

Datum: 23. März 1964

25. 3. 64

Zur Kenntnisnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

an viele Stellen und Funktionäre der SPD und der Jungsozialisten ging in den letzten Tagen die Broschüre 'Ostermarsch-Betrachtungen' eines Herrn Robert Jenke (?), die als politischer Leitfaden für die Teilnehmer am Ostermarsch 1964 gedacht ist. Herrn Jenke, der sich bemühen wollte, 'den Mut zur Wahrheit nicht zu scheuen', ließ seine Schrift in einem sogenannten 'Brückenbauer-Verlag, Köln-Riehl' erscheinen, der bisher in keinem Verlags- oder Adressenverzeichnis aufzufinden war. Herr Jenke hat auch darauf verzichtet, in seinen 'Ostermarsch-Betrachtungen' die herstellende Druckerei anzugeben, schickt dafür aber unverlangt und ohne Absenderangabe seine Schrift an tausende und über tausende Adressaten.

In ihrer Ausgabe 11/64 hat sich die SPD-Wochenzeitung 'Vorwärts' mit der Jenke-Broschüre beschäftigt und leider einen Kommentar abgegeben, der nicht unwidersprochen bleiben darf.

Nach unserer Meinung versuchen die 'Ostermarsch-Betrachtungen', unter dem Deckmantel geheuchelter Wahrhaftigkeit, eine große Verleumdungskampagne gegen die Ostermarsch-Bewegung, 'Kampagne für Abrüstung', zu starten. Deshalb sah sich der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. (VK), als einer der Träger der Kampagne für Abrüstung veranlasst, eine Sonderausgabe seiner Verbandszeitschrift ZIVIL herauszubringen.

Wir erlauben uns, Ihnen beigelegt ein Exemplar unserer 'Ostermarsch-Betrachtungen' zu überreichen und hoffen, daß dies dem eindeutigen Nachweis dient über die Unabhängigkeit der Kampagne gegenüber allem im Kalten Krieg einseitig orientierten Kreisen.

Wir veröffentlichen in dieser Sondernummer, ausser dem Leitartikel, ausschließlich dokumentarisches Material, das eindeutig zum Ausdruck bringt, daß sich die Kampagne für Abrüstung von Anfang bis heute in gleicher Schärfe gegen die Atomwaffen - Militär- und Machtpolitik in Ost und West gewandt hat.

Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, daß es uns nicht darauf ankommt, gegen die Sozialdemokratische Partei zu polemisieren, zumal viele Mitglieder und Funktionäre unseres Verbandes der SPD als Mitglieder und Mitarbeiter angehören und im Godesberger Grundsatzzprogramm sowohl zur Frage der Kriegsdienstverweigerung als auch zum atomaren Wettrüsten in unserem Sinne Stellung genommen wird. Wir können jedoch zu bestimmten offiziellen Stellungnahmen

- 2 -

aus SPD-Kreisen nicht schweigen, wenn sie die Kampagne für Abrüstung - die wir mit tragen - falsch interpretieren. Die ZIVIL-Sondernummer soll als sachlicher Beitrag einiges ins richtige Licht rücken. Wir wissen uns dabei in Übereinstimmung mit vielen Männern und Frauen, die der SPD seit langem als hervorragende Politiker angehören.

Wir würden es begrüßen, wenn Sie unsere ZIVIL-Sondernummer ausführlich auf ihren politischen Wahrheitsgehalt prüfen könnten und können Ihnen auf Anforderung noch weitere Exemplare liefern. (Da wir nicht über die unbegrenzten Mittel des Herrn Jenke (?) verfügen, müssen wir allerdings die Selbstkosten von DM 2.-- je 10 Stück berechnen.)

Mit vorzüglicher Hochachtung

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Institut für Zeitgeschichte

ED 118-15-121



An den Deutschen Gewerkschaftsbund, die ihm angeschlossenen Gewerkschaften, die DGB-Kreis-ausschüsse und die Untergliederungen der DGB-Gewerkschaften

Verband der Kriegsdienstverweigerer
In der War Resisters' International e.V.

Verbandsgeschäftsstelle

Datum: 23. März 1964

25. 3. 64

Sehr geehrte Damen und Herren, **Zur Kenntnisnahme**
an die Stellen der DGB-Gewerkschaften und der Gewerkschaftsjugend auf unterster und oberster Ebene ging in den letzten Tagen die Broschüre 'Ostermarsch-Betrachtungen' eines Herrn Robert Jenke (?), die als politischer Leitfaden für die Teilnehmer am Ostermarsch 1964 gedacht ist. Herr Jenke, der sich bemühen wollte, 'den Mut zur Wahrheit nicht zu scheuen', ließ seine Schrift in einem sogenannten 'Brückembauer-Verlag, Köln-Riehl' erscheinen, der bisher in keinem Verlags- oder Adressenverzeichnis aufzufinden war. Herr Jenke hat auch darauf verzichtet, in seinen 'Ostermarsch-Betrachtungen' die herstellende Druckerei anzugeben, schickt dafür aber unverlangt und ohne Absenderangabe seine Schrift an tausende und übertausende Adressaten.

Da die 'Ostermarsch-Betrachtungen' versuchen, unter dem Deckmantel geheuchelter Wahrhaftigkeit, eine große Verleumdungskampagne gegen die Ostermarsch-Bewegung, 'Kampagne für Abrüstung', zu starten, sah sich der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. (VK), als einer der Träger der Kampagne für Abrüstung veranlasst, eine Sonderausgabe seiner Verbandszeitschrift ZIVIL herauszubringen.

Wir erlauben uns, Ihnen beigelegt ein Exemplar u n s e r e r 'Ostermarsch-Betrachtungen' zu überreichen und hoffen, daß dies dem eindeutigen Nachweis dient über die Unabhängigkeit der Kampagne gegenüber allen im Kalten Krieg einseitig orientierten Kreisen.

Wir veröffentlichen in dieser Sondernummer, ausser dem Leitartikel, ausschließlich dokumentarisches Material, das eindeutig zum Ausdruck bringt, daß sich die Kampagne für Abrüstung von Anfang bis heute in gleicher Schärfe gegen die Atomwaffen - Militär- und Machtpolitik in Ost und West gewandt hat.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie unsere ZIVIL-Sondernummer ausführlich auf ihren politischen Wahrheitsgehalt prüfen könnten und können Ihnen auf Anforderung noch weitere Exemplare liefern. (Da wir nicht über die unbegrenzten Mittel des Herrn Robert Jenke (?) verfügen, müssen wir allerdings die Selbstkosten von DM 2.-- je 10 Stück berechnen.)

Für besonders wichtig halten wir es, daß Sie unsere ZIVIL-Sondernummer an die jungen Gewerkschafter in Ihrem Kreis weitergeben, da es ja auch vorwiegend die Gewerkschaftsjugend ist, die sich alle Jahre aktiv an den Ostermärschen beteiligt und auf verschiedenen Konferenzen bereits positive Beschlüsse zur 'Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner' gefasst hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

7.4.64

6050 Offenbach, den 3. April 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An

Anschriften der Zeitungen, die regelmäßig den VK-Presse-
dienst erhalten.

(Außerdem geht der Pressedienst an sämtliche Rundfunk- und
Fernsehanschriften sowie an sämtliche bundesdeutsche und
verschiedene ausländische Presseagenturen.)

= = = = =

Aachener Nachrichten	5100	Aachen	Theaterstr. 24
Aalener Volkszeitung	7080	Aalen	Bahnhofstr. 21
Abendpost	6000	Frankfurt	Goethestr. 2
Abendzeitung	8000	München	Sendlinger Str. 79
Allgemeine Zeitung	6500	Mainz	Große Bleiche 46
Allgemeine Zeitung	6800	Mannheim	Postfach
Altenaer Kreisblatt	5990	Altena	Kirchstr. 26
Das Andere Deutschland	3000	Hannover	Postfach 3647
Die Andere Zeitung	2000	Hamburg	Abteistr. 20
Augsburger Allgemeine	8900	Augsburg	Ludwigstr. 2
Badische Neueste Nachricht.	7500	Karlsruhe	Lammstr. 1 b
Badischer Landmann	7505	Ettlingen	Schöllbronner Str. 5
Badisches Tageblatt	7570	Baden Baden	Stefanienstr. 3
Badische Zeitung	7800	Freiburg	Basler Ldstr. 3
Balinger Volksfreund	7460	Balingen	Friedrichstr. 10
Bamberger Volksblatt	8600	Bamberg	Postabholfach
Bayreuther Tageblatt	8580	Bayreuth	Maxstr. 58
Berliner Morgenpost	1000	B.-Tempelhof	Mariendorfer Damm 1
Bild Zeitung	2000	Hamburg 36	Kaiser-Wilh.-Str. 6
Blätter für deutsche und internationale Politik	5000	Köln	Barbarossaplatz 2
Braunschweiger Presse	3300	Braunschweig	Schloßstr. 8
Bremer Nachrichten	2800	Bremen 2	Schlachtpforte 5
Coburger Tageblatt	8630	Coburg	Mohrenstr. 17
Cuxhaver Zeitung	2190	Cuxhaven	Grüner Weg 38
Darmstädter Tageblatt	6100	Darmstadt	Rheinstr. 23
Deister-Leine-Zeitung	3013	Barsinghsn.	Bahnhofstr. 5
Donau Kurier	8070	Ingolstadt	Donaustr. 11
Dürener Lokalanzeiger	5150	Düren	Kaiserplatz 36
Düsseldorfer Nachrichten	4000	Düsseldorf	Königsallee 27
Duisburger Generalanzeiger	4100	Duisburg	Postfach 371
Einbecker Morgen	3352	Einbeck	Marktplatz 12
Erlanger Tageblatt	8520	Erlangen	Inn.Brucker Str. 8
Eßlinger Zeitung	7300	Eßlingen	Marktplatz 6
Fränkische Presse	8580	Bayreuth	Maximilianstr. 4
Fränkisches Volksblatt	8700	Würzburg	Schließfach 1066
Frankfurter Allgemeine Zeit.	6000	Frankfurt	Börsenstr. 2
Frankfurter Neue Presse	6000	Frankfurt	Frankenallee 71
Frankfurter Rundschau	6000	Frankfurt	Gr. Eschersh.Str.16
Freie Presse	4800	Bielefeld	Schließfach 26
Die Freiheit	6500	Mainz	Neubrunnenstr. 17
Freisinger Tageblatt	8050	Freising	Marienplatz 7
5-Uhr-Blatt	6700	Ludwigshafen	Amtsstr. 7
Generalanzeiger für Bonn	5300	Bonn	Wesselstr. 5
Gewerkschaftspost	3000	Hannover	Königswörther Pl. 6
Das Gewissen	8000	München 19	Tizianstr. 1
Gießener Anzeiger	6300	Gießen	Schließfach 221

Gleichheit	5320	Bad Godesberg	Siebengebirgsstr. 5
Göttinger Tageblatt	4300	Göttingen	Prinzenstr. 10
Hamburger Abendblatt	2000	Hamburg 36	K.-Wilh.-Str. 6
Hamburger Echo	2000	Hamburg 1	Speersort 1
Hamburger Morgenpost	2000	Hamburg 1	Speersort 1
Hannoversche Allgemeine Zeitung	3000	Hannover	Goseriede 9
Hannoversche Presse	3000	Hannover	Goseriede 10
Hanauer Anzeiger	6450	Hanau	Hammerstr. 9
Heidelberger Tageblatt	6900	Heidelberg	Hauptstr. 45
Heilbronner Stimme	7100	Heilbronn	Allee 2
Die Heimat am Mittag	4320	Hattingen	Obermarkt
Hersfelder Zeitung	6430	Bad Hersfeld	Klausstr. 31
Hessische Allgemeine Zeit.	3500	Kassel	Pressehaus
Hildesheimer Allg. Zeit.	3200	Hildesheim	Rathausstr. 18
Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung	5860	Iserlohn	Hagener Str. 1
Junge Gemeinschaft	6000	Frankfurt	Siesmeyerstr. 58
Junge Kirche	4600	Dortmund	Schliepstr. 11
Junge Stimme	7000	Stuttgart-W	Kornbergstr. 28 a
Kasseler Post	3500	Kassel	Wilhelmshöher Pl. 4
Kieler Nachrichten	2300	Kiel	Fleethörn 1
Kissinger Saale-Anzeiger	8730	Bad Kissing.	Theresienstr. 16
Kölner Stadtanzeiger	5000	Köln	Breite Str. 70
Kölnische Rundschau	5000	Köln	Stolkgasse 25
Konkret	2000	Hamburg	K.-W.-Str. 76
Kreiszeitung für die Grafschaft Hoya	3092	Hoya	Postfach 128
Kreiszeitung Wesermarsch	2890	Nordenham	Bahnhofstr. 36
Lampertheimer Zeitung	6480	Lampertheim	E.-Ludw.-Str. 5
Landsberger Tageblatt	8910	Landsberg	Museumstr. 14
Lauterbacher Anzeiger	6420	Lauterbach	An der Cent 9
Lippische Landeszeitung	4930	Detmold	Paulinenstr. 25 b
Ludwigsburger Kreiszeitng.	7140	Ludwigsburg	Körnerstr. 16
Lübecker Morgen	2400	Lübeck	Dr. J.-Leber-Str. 13
Lübecker Nachrichten	2400	Lübeck	Königstr. 55
Lüdenscheider Nachrichten	5880	Lüdenscheid	Schillerstr. 20
Main - Echo	8750	Aschaffenburg.	Pfaffengasse 11
Main - Post	8700	Würzburg	Plattnerstr. 14
Mannheimer Morgen	6800	Mannheim	Am Marktplatz
Meinerzhagener Zeitung	5892	Meinerzhagen	Hauptstr. 42
Memminger Zeitung	8940	Memmingen	Schrannenplatz 6
Der Mennoit	6000	Frankfurt	Eysseneckstr. 54
Metall	6000	Frankfurt	Untermainkai 67
Mindener Tageblatt	4950	Minden	Schließfach 304
Der Mittag	4000	Düsseldorf	Martin-Luther-Platz
Münchener Merkur	8000	München 2	Bayerstr. 57
Münsterisches Tageblatt	4400	Münster	Königstr. 43
Nassauer Anzeiger	5408	Nassau	Postfach 33
Nassauer Bote	6250	Limburg	Diezer Str. 17
Neckar Bote	6800	M.-Seckenheim	Zähringstr. 68
Neckar Echo	7100	Heilbronn	Allee 40
Neue Presse	8630	Coburg	Bamberger Str. 20
Neue Tagespost	4500	Osnabrück	Breiter Gang 14
Neue Württembergische Ztg.	7320	Göppingen	Rosenstr. 24
Norddeutsche Rundschau	2210	Itzehoe	Breite Str. 40
Nordsee-Zeitung	2850	Bremerhaven	Hafenstr. 140
Nordwestdeutsche Rundsch.	2940	Wilhelmshaven	Am Rathauspl. 4
Nordwest-Zeitung	2900	Oldenburg	Peterstr. 28

Neue Ruhr-Zeitung	4300	Essen	Sachsenstr. 36
Nürnbergger Nachrichten	8500	Nürnberg	Marienplatz 1
Oberbay. Volksblatt	8200	Rosenheim	Prinzregentenstr. 2
Offenbach Post	6050	Offenbach	Gr.-Markt-Str. 44
Oldenburgische Volkszeitng.	2848	Vechta	Markt 2
Osnabrücker Tageblatt	4500	Osnabrück	Große Str. 17
Ostfriesische Nachrichten	2960	Aurich	Kirchstr. 8
Ostholsteiner Anzeiger	2420	Eutin	Wasserstr. 3
Ostholsteinisches Tageblatt	2320	Plön	Johannisstr. 48
Passauer Neue Presse	8390	Passau	Neuburger Str. 28
Pfälzischer Markur	6660	Zweibrücken	Luitpoldstr. 28
Pforzheimer Zeitung	7530	Pforzheim	Poststr. 5
Remscheider Generalanzeiger	5630	Remscheid	Alleestr. 13
Reutlinger Generalanzeiger	7410	Reutlingen	Burgstr. 3
Rheinische Post	4000	Düsseldorf	Schadowstr. 11
Rhein-Neckar-Zeitung	6900	Heidelberg	Hauptstr. 23
Die Rheinpfalz	6700	Ludwigshafen	Amtsstr. 7
Rhein - Post	5420	Oberlahnstein	Hochstr. 1
Rhein - Zeitung	5400	Koblenz	Schloßstr. 18
Ruhr-Nachrichten	4600	Dortmund	Pressehaus
Saarbrücker Landeszeitung	6600	Saarbrücken	Ursulinenstr. 1
Schleswiger Nachrichten	2380	Schleswig	Stadtweg 54
Schleswig-Holsteinische Landeszeitung	2370	Rensburg	Bahnhofstr. 12
Schwäbische Donauzeitung	7900	Ulm	Frauenstr. 77
Schwäbisches Tageblatt	7400	Tübingen	Schließfach 29
Schwäbische Zeitung	7970	Leutkirch	Untere Gabenstr. 39
Schweinfurter Tageblatt	8720	Schweinfurt	Am Zeughaus 2
Siegener Zeitung	5900	Siegen	Obergraben 39
Solidarität	4000	Düsseldorf	Stromstr. 8
Solinger Tageblatt	6560	Solingen	Mummstr. 9
Der Spiegel	2000	Hamburg 1	Speersort 1
Stimme der Gemeinde	6000	Frankfurt	Finkenhofstr. 4
Stuttgarter Nachrichten	7000	Stgt.-N	Schließfach 550
Stuttgarter Zeitung	7000	Stuttgart	Schließfach 141
Süddeutsche Zeitung	8000	München 2	Sendlinger Str. 80
Der Tagesspiegel	1000	Berlin W 35	Potsdamer Str. 87
Die Tat	6000	Frankfurt	Schumannstr. 56
Taunus-Anzeiger	6240	Königstein	Hauptstr. 41
Telegraf	1000	B-Grünwald	Bismarck-Platz 1
Textil und Bekleidung	4000	Düsseldorf	Florastr. 7
Traunsteiner Wochenblatt	8220	Traunstein	Maxstr. 13
Trierische Landeszeitung	5500	Trier	Fleischstr. 61
Trierischer Volksfreund	5500	Trier	Böhmerstr. 30
Velberter Zeitung	5620	Velbert	Friedrichstr. 114
Verdener-Aller-Zeitung	3090	Verden	Schließfach 29
Versöhnung und Frieden	4950	Minden	Gertrudstr. 6
Viernheimer Tageblatt	6806	Viernheim	Rathausstr. 38
Vorwärts	5320	Bad Godesberg	Siebengebirgsstr. 5
Waldeckische Landeszeitung	3540	Korbach	Postfach 38
Die Welt	2000	Hamburg 36	Kaiser-W.-Str. 16
Welt der Arbeit	5000	Köln-Deutz	Deutzkaltherstr.
Weser-Kurier	2800	Bremen	Martinistr. 30
Westdeutsche Allgemeine	4300	Essen	Friedrichstr. 36
Westfälische Nachrichten	4400	Münster	Gallitzinstr. 13
Westfälische Rundschau	4600	Dortmund	Ostenhellweg 42
Westfälische Zeitung	4800	Bielefeld	Niedernstr. 27
Westfalenpost	5800	Hagen	Mittelstr. 22
Wiesbadener Kurier	6200	Wiesbaden	Langgasse 21
Wiesbadener Tageblatt	6200	Wiesbaden	Herrnmühlgasse 11
Wilhelmshavener Zeitung	2940	Wilhelmshav.	Parkstr. 8
Wolfsburger Allgem. Ztng.	3180	Wolfsburg	Porchestr. 78
Die Zeit	2000	Hamburg 1	Speersort

Werner Böwing
565 Solingen
Kölner Str. 45
Tel. 2 30 77
Referent für Gruppenbetreuung NRW

ED 718 - 15 - 124

2. 6. 64

6. 6. 64

An alle VK-Gruppen
In Nordrhein-Westfalen
=====

Liebe Freunde!

Wie Sie inzwischen erfahren haben, habe ich auf dem Hamburger Bundeskongreß nicht mehr für die Funktion des stellvertretenden Bundesvorsitzenden kandidiert. Ich gehöre dem neuen Bundesvorstand an als Referent für internationale Beziehungen und für Gruppenbetreuung des Raumes West-Deutschland. In letzterer Eigenschaft möchte ich mich heute an Sie wenden, weil ich erreichen möchte, daß es zwischen den Gruppen in Westdeutschland zu einem besseren Kontakt kommt als das in der Vergangenheit der Fall war.

Das geht natürlich nur, wenn die Gruppen mitarbeiten und selbst an derartigen Kontakten interessiert sind. Ich habe deshalb einige Bitten, die ich in diesem Brief äußern möchte. Bitte, schicken Sie mir in Zukunft ein Exemplar Ihrer sämtlichen Gruppenrundschriften, Einladungen zu Versammlungen und dergleichen. Diese Information soll mir helfen, ein Bild zu bekommen, was in unseren Gruppen vorsichgeht. Sollten Sie brieflichen oder persönlichen Kontakt mit mir wünschen, lassen Sie es mich, bitte, wissen. Sie erreichen mich telefonisch tagsüber, am sichersten allerdings donnerstags, unter obiger Adresse und Telefonnummer. Wie den meisten von Ihnen sicher bekannt ist, bin ich bei der I. G. Bau-Steine-Erden beschäftigt.

Sofern Sie einen Besuch in Ihrer Gruppe wünschen, so bitte ich Sie zu beachten, daß mit mir Termine möglichst drei bis vier Wochen vorher vereinbart werden. Damit will ich einigen Gruppen gleichzeitig den Vorschlag unterbreiten, mit mir gelegentlich zusammen zu kommen. Ich habe dabei weniger an einen Vortrag meinerseits gedacht, auch nicht an eine Grundsatzdiskussion sondern ganz einfach an ein Gespräch mit den Gruppenmitgliedern. Das ist der beste Weg Ihre Sorgen und Wünsche zu erfahren. Meine Aufgabe soll es sein, Ihnen entweder sofort zu helfen oder aber Ihre Sorgen und Wünsche dem Bundesvorstand bei nächster Gelegenheit zu übermitteln.

Die letzte Bundesvorstandssitzung hat beschlossen, daß im Spätherbst dieses Jahres ein Gruppentreffen auf regionaler Ebene stattfinden soll. Es hat bereits mehrfach Versuche für derartige Treffen auch bei uns in Westdeutschland gegeben. Ich stelle mir vor, daß wir bei einem derartigen Treffen uns eher über grundsätzliche Probleme unterhalten können als das auf dem Bundeskongreß oder in der Gruppenversammlung möglich ist. Ich bitte Sie hier um Ihre Vorschläge. Bitte, beantworten Sie mir möglichst bis Ende Juni folgende Fragen:

- a) Welchen Themenvorschlag hätten Sie?
- b) Welchen Ort schlagen Sie für ein Treffen vor? (Hier können auch einzelne Gruppen als "Gastgeber" einen Vorschlag machen)
- c) Was halten Sie von einem Wochenende mit Übernachtung, evtl. in einem Naturfreundehaus?
- d) Was haben Sie vorzuschlagen für die Gruppenarbeit in NRW?

Ich stelle mir vor, daß an dem Gruppentreffen von jeder Gruppe mindestens ein Vertreter teilnehmen soll; da wir keine Beschlüsse fassen wollen, ist es natürlich unbenommen, daß die Gruppen mehrere Vertreter entsenden. Bitte, machen Sie Ihre Vorschläge noch vor Beginn der Urlaubszeit, da von Anfang Juli bis Mitte September wohl nicht viel zu machen ist.

Mit freundlichem Gruß

Werner Böwing

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Om / Hm

ED 718-15-125

Verband der Kriegsdienst-
verweigerer in der VKI eV
- Gruppe Frankfurt -

Frankfurt-Süd 10, 30. 7. 64
Hans-Thoma-Str 11
Telefon 68 10 44

E I N L A D U N G

zum Test- und Diskussionsabend für angehende Kriegsdienstverweigerer

Zeit: Donnerstag, den 6. August, um 20 Uhr

Ort: Ffm, "Club Voltaire", Kleine Hochstraße 5, oberes Zimmer

Dieser Abend ist speziell für die Kriegsdienstverweigerer gedacht
die ihre Prüfungsverhandlung noch vor sich haben.

Wir erläutern das Prüfungsverfahren und werden Testverhandlungen
nach der Wirklichkeit vordemonstrieren. Dabei finden die neuesten
Erkenntnisse aus den letzten Verhandlungen Berücksichtigung.

Bitte bringen Sie Ihre Eltern, Ihre Braut und auch Ihre eventuell
Zeugen mit - die Prüfungsverhandlung und unser "Test" dazu ist
alle Beteiligten wichtig!

Sollte jemand an dem genannten Termin keine Zeit haben, so kann
bereits vormerken, daß der Abend

am Donnerstag, 20. 8., und am Donnerstag, 3. 9. 64
jeweils um 20 Uhr in "Club Voltaire", wie oben,

wiederholt wird. - Weitere Termine dieser regelmäßigen Abende ent-
nehmen Sie bitte unseren "Kontakten".

Bei dieser Gelegenheit weisen wir daraufhin, daß wir wegen des
starken Andrangs in unserer Beratungsstunde in der "Alten Lands-
krone" (dienstags ab 19.30 Uhr) ab sofort eine weitere regelmäßige
Beratungsstunde eingerichtet haben, und zwar

jeden Donnerstag 17.30 - 20.00 Uhr
in "Club Voltaire", Ffm, Kleine Hochstr 5, oberes Zimmer

Mit freundlichen Grüßen
Ihre VK-Gruppe Frankfurt
gez. Norbert Winkler, 2. Vors.

Wie wir soeben erfahren, plant der Frankfurter Ausschuß der "Kam-
pagne für Abrüstung/Ostermarsch" am 6. August, den Tag, an den 1945
die Atombomben über Hiroshima explodierte, eine Flugblatt-Verteilung
Aktion in der Frankfurter Innenstadt (11 - 20 Uhr). Wir wollen nicht
versäumen, Sie hierauf hinzuweisen und Sie bitten, sich nach Möglich-
keit für eine oder zwei Stunden an dieser Aktion zu beteiligen. Das
Näheres noch nicht feststeht, wollen Sie bitte am 5. August über
Telefon Frankfurt 265 68 24 - Frau Bott, die Einzelheiten erfragen.

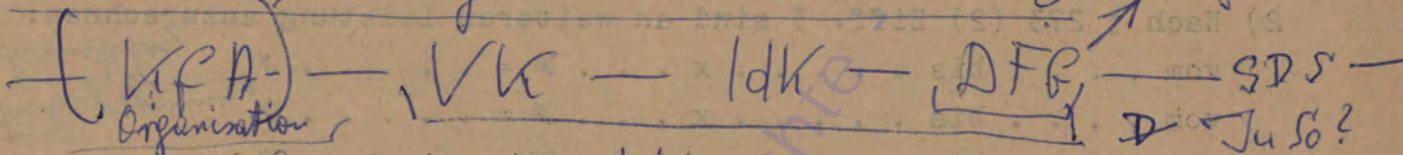
Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V. (VK)

Geschäftsordnung des Bundeskongresses

- § 1 Stimmberechtigt und diskussionsberechtigt sind nur die ordentlichen Delegierten der Gruppen und die Mitglieder des Bundesvorstandes (entsprechend § 17,1 1er VK-Satzung). Das Tagungspräsidium kann auch Gästen das Wort erteilen.
- § 2 Die Beschlüsse des Bundeskongresses werden lt. § 17,4 der Satzung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Zu einer Satzungsänderung bedarf es lt. § 17,4 der Satzung einer Zwei-Drittel-Mehrheit.
- § 3 Die Redezeit wird auf 5 Minuten begrenzt. Über Ausnahmen entscheidet die Konferenz mit einfacher Mehrheit.
- § 4 Die Redner erhalten das Wort in der Reihenfolge der Meldungen. Wortmeldungen sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Bei kurzen Aussprachen kann das Tagungspräsidium von einer schriftlichen Wortmeldung absehen.
- § 5 Anträge auf Schluß der Rednerliste werden nicht behandelt. Über Anträge auf Schluß der Debatte wird unmittelbar entschieden. Ein Redner, der schon zum gleichen Tagesordnungspunkt gesprochen hat, darf keinen Antrag auf Schluß der Debatte stellen. Befindet er sich auf der Rednerliste, so ist er berechtigt, den Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen, wenn er dabei erklärt, daß er seine Wortmeldung zurückzieht. Geht bei einer Ablehnung des Antrages auf Schluß der Debatte die Diskussion weiter, dann muß er sich, falls er noch zur Diskussion sprechen will, erneut zu Wort melden.
- § 6 Anträge zur Geschäftsordnung oder zur Tagesordnung können gestellt werden, ohne daß eine schriftliche Wortmeldung einzureichen ist. Anträge zur Geschäftsordnung (bzw. zur Tagesordnung) werden nicht behandelt, wenn sich die Konferenz gerade in einer Abstimmung befindet.
- § 7 Anträge, die einen ordentlichen Bundeskongreß-Beschluß erwirken wollen, müssen - falls sie nicht fristgerecht eingesandt worden sind - dem Tagungspräsidium und der Antragskommission schriftlich vorliegen und bedürfen der Unterstützung von mindestens 30 Delegierten. Diese Anträge müssen bis spätestens ^{9.30} 11.00 Uhr am Sonntagvormittag dem Tagungspräsidium oder der Antragskommission vorgelegt werden.
- § 8 Falls mehrere Anträge zum gleichen Tagesordnungspunkt eingereicht worden sind, entscheidet die Antragskommission, welcher Antrag zuerst zu behandeln ist. Im Zweifelsfalle entscheidet das Tagungspräsidium, wobei es gebunden ist, den weitergehenden Antrag vorzuziehen.
- § 9 Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
- § 10 Die Protokollführung ist berechtigt, außerhalb der Reihe der üblichen Wortmeldungen, während der Diskussion und nach einer Abstimmung, orientierende Fragen an das Tagungspräsidium zu stellen.

Nationale Konföderation für Abrüstung und Frieden

haben
feld!!



mit "Fachgebieten" ~~Atomge~~

- ⊗ ~~Ökologischer Kampagnen~~ Abrüstung
- ⊗ Kriegsdienstverweigerung ← Atomgegnerschaft
- ⊗ Notstand-Anti
- ⊗ Luftschutz / Zivilschutz - Anti
- ⊗ Gewaltfreie Verteidigung

1966

NK lädt ein Klausurtagung "Wie kann Friedensarbeit
(DM bis neue Partei) organis. werden?"

"örtlich - sofort
Fund - 1966/67?"

Landesverbände, Stadtgruppen

Laufzeitberechnung für Unterhaltshilfe
auf Zeit gemäß § 273 LAG

1) Restgrundbetrag am lt. letzter Abrechnung Bl.

2) Nach § 273 (2) Ziff. 3 sind an weiteren Leistung anzurechnen:

vom bis	x	DM =	DM	<i>in Verhandlung</i>
vom bis	x	DM =	DM	<i>erst für Programm</i>
vom bis	x	DM =	DM	<i>prüfen +</i>
vom bis	x	DM =	DM	<i>BR Besondere Art Sozialhilfe</i>
vom bis	x	DM =	DM	<i>BR</i>

insgesamt = DM

hiervon 20 v.H. =

verbleibender Grundbetrag

3. Die voraussichtliche weitere Laufdauer in Monaten errechnet sich aus dem 5fachen des nach Ziff. 5 verbleibenden Grundbetrags geteilt durch die Höhe der laufenden Unterhaltshilfe, also

. Monate volle Zahlung ab ,

Rest = DM, zahlbar im

Voraussichtlicher Absetzungstermin

4. Wv.

A 144 6.61 500

Milene Kdo/VR

 1. Sachbearbeiter

Antrag des Mitgliedes, Herrn Karl Jamin, Ffm zur Jahreshauptversammlung des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, Gruppe Frankfurt(M):

Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:

Da die innen- und außenpolitische Situation der Bundesrepublik immer mehr von den demokratischen und friedenserhaltenden Vorstellungen der Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer abweicht, ist eine erhöhte Aktivität aller friedliebenden Menschen dringend erforderlich.

Wir halten es daher für wichtig, daß sich alle Friedensverbände und ähnliche Gruppierungen zu einer gemeinsamen Arbeits- und Organisationsgrundlage zusammenfinden, um die Friedensidee einheitlich zum erstrebten Ziel zu führen.

Wir fordern daher unseren Bundesvorstand auf, alles in seiner Macht stehende zu tun, um eine Zusammenarbeit insbesondere zwischen Verband der Kriegsdienstverweigerer, Deutsche Friedensgesellschaft und Internationale der Kriegsdienstgegner zustande zu bringen.

(Fehl am BAM / artl. Gesetzesänderung -
Forderung.)

1.3.64 VK-BV

Dr. Rudolf Monnerjahn:

Zur Verfassungsmäßigkeit des § 20 Abs. 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst

Gemäß des § 20 Abs. 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst finden auf den Ersatzdienstpflichtigen in Fragen der Fürsorge, der Heilfürsorge, der Geld- und Sachbezüge, sowie des Urlaubs die Bestimmungen entsprechende Anwendung, die für einen Soldaten des untersten Mannschaftsdienstgrades, der aufgrund der Wehrpflicht Wehrdienst leistet, gelten.

ED 718-15-129

Es könnten Zweifel bestehen, ob diese Regelung mit dem Art. 3 Abs. 3 und Art. 12 Abs. 2 Satz 4 Grundgesetz (GG) vereinbar ist.

Nach dem Grundgedanken des Gesetzgebers soll der Ersatzdienstleistende weder besser noch schlechter gestellt sein als der Soldat. Da der Ersatzdienstpflichtige ebenso wie der Soldat, der aufgrund der Wehrpflicht dient, einen pflichtmäßigen Dienst für die Allgemeinheit leistet, soll er grundsätzlich die gleichen materiellen Ansprüche wie der Soldat haben. (vgl. amtliche Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst, Bundestagsdrucksache 34) Dieser Grundsatz, der dem unserer Verfassung immanenten, fundamentalen Gleichheitsgebot des Art. 3 Abs. 3 GG entspringt, hat in Art. 12 Abs. 2 GG seinen besonderen Niederschlag gefunden, indem nämlich Art. 12 Abs. 2 Satz 3 ausdrücklich bestimmt, daß die Dauer des Ersatzdienstes die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen darf und im Satz 4 hervorhebt, daß das zu erlassende Bundesgesetz über den Ersatzdienst in keiner Weise die Freiheit der Gewissensentscheidung beeinträchtigen darf.

Der Wehrpflichtige, der seinen 18-monatigen Grundwehrdienst bei der Bundeswehr ableistet, wird in der Regel etwa nach 12 Monaten zum Gefreiten befördert. Er hat theoretisch sogar die Möglichkeit, zum Unteroffizier befördert zu werden (vgl. etwa bei Hahnenfeld, Kommentar zum Wehrpflichtgesetz, 1963, Anm. 22 zu § 6 WPflG). Gem. dem § 2 Wehrsoldgesetz erhält ein Wehrpflichtiger im untersten Mannschaftsgrad einen täglichen Wehrsold von DM 2.30. Als Gefreiter, Obergefreiter oder Hauptgefreiter würde er einen täglichen Satz von DM 2.90, als Unteroffizier einen solchen von DM 3,20 erhalten. (Vgl. Anlage I zu § 2 Abs. 1 Wehrsoldgesetz) Gem. § 2 Abs. 2 Wehrsoldgesetz erhalten Soldaten, die den Grundwehrdienst leisten, nach Ablauf von 12 Monaten die Sätze der gegenüber ihrem jeweiligen Dienstgrad nächsthöheren Wehrsoldgruppe. Das bedeutet, daß beispielsweise ein Gefreiter nach Ableistung von 12 Monaten Wehrdienst den Wehrsold eines Unteroffiziers erhält. Diese Möglichkeit ist einem Ersatzdienstpflichtigen nicht gegeben, da das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst eine Beförderung nicht vorsieht. Der Ersatzdienstpflichtige ist somit besoldungsgemäß gegenüber dem Wehrpflichtigen zweifelsfrei schlechter gestellt. Fraglich ist allerdings, ob diese ungleiche Behandlung ein Verstoß gegen Art. 3 Abs. 3 GG darstellt.

Zunächst könnte man die Auffassung vertreten, daß der Ersatzdienstpflichtige mit seiner Antragstellung auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zugleich einen generellen Verzicht auf die Zuteilung eines Dienstgrades ausgesprochen hat. Auch für Wehrpflichtige ist ein solcher Verzicht in § 37 WPflG ausdrück-

lich vorgesehen. Zwar ist für die Verzichtserklärung nach § 7 WPflG eine formelle Erklärung des Wehrpflichtigen erforderlich, denkbar wäre jedoch, daß der Ersatzdienstpflichtige mangels spezialgesetzlicher Regelung einen konkludenten Verzicht ausgesprochen hat. Betrachtet man jedoch die ratio legis der Vorschrift des § 37 WPflG, so entdeckt man, daß sie primär im Interesse früherer Wehrmachtsangehöriger, die einen Offiziers- oder Unteroffiziersgrad erworben haben, in das Gesetz hineingefügt ist. Diese Wehrmachtsangehörigen können nämlich ein erhebliches Interesse an einem Dienstgradsverzicht haben, wenn sie das 45. Lebensjahr bereits überschritten haben. Wenn sie nämlich ihren Dienstgrad durch Verzicht aufgegeben haben und dadurch gem. § 37 Abs. 1 Satz 2 den untersten Mannschaftsdienstgrad erhalten haben, fallen sie nicht mehr unter die Regelung des § 36 Abs. 1 WPflG, sind also nicht mehr wehrpflichtig (vgl. hierzu Hahnenfeld, Anm. 2 zu § 37 WPflG).

Als Ergebnis bleibt demnach festzuhalten, daß die in § 37 WPflG vorgesehene Möglichkeit des Verzichts auf einen Dienstgrad nur dem Sonderinteresse einer bestimmten Gruppe von Wehrpflichtigen dient, und keineswegs zur Stützung der These dienen kann, der Gesetzgeber habe allgemein die Möglichkeit vorgesehen, daß ein Soldat auf seinen Dienstgrad und die damit verbundenen materiellen und ideellen Vorteile verzichten kann. Als Ergebnis bleibt deshalb festzuhalten, daß der Ersatzdienstpflichtige keinesfalls aufgrund konkludenten Handels eine solche Verzichtserklärung abgegeben hat.

Es bleibt hiermit zu erörtern, ob diese Ungleichstellung gegen Art. 3 Abs. 3 GG verstößt. Art. 3 Abs. 3 wird vom Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung dahingehend interpretiert, daß es dem Gesetzgeber untersagt ist, gleiche Tatbestände ungleich zu behandeln, allerdings mit der Einschränkung, daß eine ungleiche Behandlung immer dann zulässig ist, wenn sachliche Gründe für die Ungleichbehandlung der vom Gesetzgeber geregelten Materien gegeben sind (das sog. Willkürverbot). Es fragt sich demnach, ob sachliche Gründe für die hier vorliegende Differenzierung der materiellen Versorgung von Ersatzdienstpflichtigen und Wehrpflichtigen gegeben sind. Solche Gründe sind schlechterdings nicht ersichtlich. Es ist nicht einzusehen, warum ein Ersatzdienstpflichtiger, der sich bei der Ableistung seines Ersatzdienstes bewährt hat, nicht ebenso wie ein Wehrpflichtiger befördert werden sollte. Auch die Entstehungsgeschichte des Gesetzes gibt keinen Anhaltspunkt für diese Ungleichstellung, obwohl als allgemeine Präambel über dem Gesetz immer wieder steht, daß der Ersatzdienstpflichtige die gleichen materiellen Ansprüche wie ein Soldat haben soll. Auch der maßgebende Kommentar zum Gesetz über den zivilen Ersatzdienst von Bues läßt das hier abgehandelte Problem unerörtert. Als Ergebnis bleibt deshalb festzuhalten, daß § 20 Abs. 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst wegen Verstoßes gegen Art. 3 Abs. 3 GG nichtig ist.

Schließlich muß in diesem Zusammenhang noch auf die Bestimmung des § 40 WPflG hingewiesen werden. Nach § 40 kann einem Wehrpflichtigen, der aufgrund seiner durch Lebens- und Berufserfahrung erworbenen besonderen Eignung für eine militärfachliche Verwendung vorgesehen ist, für die Dauer der Verwendung bei der Bundeswehr der für die Dienststellung erforderliche Dienstgrad verliehen werden. Gedacht ist bei dieser Bestimmung etwa an den Fall, daß

für die Verwendung in bestimmten Lazaretten nicht genügend Fachärzte als Reserveoffiziere des Sanitätsdienstes zur Verfügung stehen. In diesem Fall ermöglicht § 40 die Heranziehung von Fachärzten, und zwar mit dem Dienstgrad eines Oberfeldarztes, selbst wenn der Arzt noch nicht gedient hat (vgl. Hahnenfeld, Anm. 2 zu § 40 mit weiteren Beispielen). Es ist nicht einzusehen, warum nicht auch ein Ersatzdienstpflichtiger, der als Arzt in einem Krankenhaus seinen Ersatzdienst ableistet, eine ähnliche Stellung mit den damit verbundenen materiellen und sonstigen Vorteilen erhalten soll. Auch insoweit liegt eine nicht gerechtfertigte Ungleichstellung zwischen Wehrpflichtigen und Ersatzdienstpflichtigen vor.

Anmerkung

Nach einer Mitteilung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 10. Oktober 1963 bestehen in seinem Hause keine Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des § 20 Abs. 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst. Eine Änderung dieses Gesetzes sei von seiten des Ministeriums auch nicht beabsichtigt.

ED 718-15-132

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Haushaltsplan für das I. Halbjahr 1964

EINNAHMEN

Bezugsgebühren der Bundespost	DM	40.000,--
Anteile hauskassierender Gruppen	DM	8.000,--
Verkauf von Drucksachen	DM	6.000,--
Sonstiges (Spenden, Einzelbeiträge, Anzeigen, Skonti)	DM	4.000,--
		<u>DM 58.000,--</u>
		=====

AUSGABEN

Bruttopersonalkosten	DM	10.800,--	(alt 8500,-)
Miete und Umlagen	DM	1.200,--	
Büromaterial und Bürodruckkosten	DM	2.500,--	
Portokosten	DM	2.500,--	
Telefon	DM	750,--	
Sitzungen und Konferenzen			
BV 2 mal	DM	1.400,--	
GV 2 mal	DM	300,--	
BK 1 mal	DM	2.000,--	
Reisekosten	DM	3.700,--	
Redaktionskosten ZIVIL	DM	1.500,--	(Schweden)
Redaktionskosten Frank	DM	300,--	
Redaktionskosten Stahnke	DM	300,--	
Dokumentationsabteilung	ca. DM	500,--	
Gruppenanteile an Bezugsgebühren	DM	11.000,--	
Druckkosten ZIVIL mit Satz je Nr. 1700,-	DM	10.200,--	
Portokosten ZIVIL	DM	1.800,--	
Beiträge			
Ostermarsch	DM	400,--	
WRI	DM	400,--	
Konföderation	DM	350,--	
Druckkosten			
Hannover "Gegenentwurf ..."	DM	1.000,--	
Plakat "Die Abrüstung ..."	DM	2.500,--	
Reserve für Drucklegungen	DM	1.000,--	
Unterstützung der Gruppen	DM	4.500,--	
Wanderausstellung	DM	1.000,--	
Reserve für Unvorhergesehenes bzw. Einnahmenüberschuss	DM	1.000,--	
		<u>DM 3.000,--</u>	
		DM 58.000,--	
		=====	

Der Haushaltsplan wurde absichtlich mit abgerundeten Zahlen zusammengestellt. Er beruht auf Schätzungen, die sich jedoch, soweit irgend möglich, aus Erfahrungen der vergangenen Jahren ergeben. Kleine Überschneidungen innerhalb der einzelnen Positionen sind möglich. Es ist jedoch Aufgabe des Schatzmeisters und des geschäftsführenden Vorstandes, darauf zu achten, daß am Ende des I. Halbjahres 1964 ein Einnahmenüberschuss von DM 3.000,-- zu verzeichnen ist.

Offenbach, den 29. Februar 1964

1.3. 64

(Reserve 6000,- - 8000,- wird angestrebt)

ERSTES GESETZ

über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung
vom 9. Oktober 1957.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Der zivile Luftschutz hat die Aufgabe, Leben und Gesundheit der Bevölkerung, ihre Wohnungen, Arbeitsstätten und die für die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse wichtigen Einrichtungen und Güter, insbesondere auch das Kulturgut, gegen die Gefahren von Luftangriffen zu schützen und die im Zusammenhang mit Luftangriffen aufzutretenden Notstände zu beseitigen oder zu mildern. Die Selbsthilfe der Bevölkerung wird durch behördliche Maßnahmen ergänzt.

§ 2

Der zivile Luftschutz ist Aufgabe des Bundes. Die behördlichen Luftschutzmaßnahmen werden, soweit dieses Gesetz sie nicht dem Bund vorbehält, von den Ländern im Auftrag des Bundes, von den Gemeinden im Auftrag des Landes durchgeführt.

§ 3

Die örtlichen Aufgaben des zivilen Luftschutzes werden in der Gemeinde (Luftschutzort) wahrgenommen. Die zuständige Landesbehörde kann bestimmen, daß mehrere Gemeinden zur Durchführung aller oder einzelner örtlicher Aufgaben des zivilen Luftschutzes ein Luftschutzgebiet bilden. Es tritt insoweit an die Stelle der Luftschutzorte. Handelt es sich um Gemeinden verschiedener Länder, so vereinbaren die beteiligten Länder die Zusammenfassung.

§ 4

(1) Der für die Ausführung dieses Gesetzes in der Gemeinde zuständige Beamte ist örtlicher Luftschutzleiter.

(2) Werden mehrere Gemeinden zu einem Luftschutzgebiet zusammengefaßt, so wird der gemeinsame Luftschutzleiter dieses Gebietes vorbehaltlich besonderer landesrechtlicher Regelung durch Vereinbarung der beteiligten Gemeinden bestimmt. Die Vereinbarung bedarf der Bestätigung der gemeinsamen Aufsichtsbehörde, die, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, nach fruchtlosem Ablauf einer von ihr zu setzenden Frist den örtlichen Luftschutzleiter bestimmt. Handelt es sich um Gemeinden verschiedener Länder, so ist in der Vereinbarung nach § 3 Satz 4 zu regeln, welche Behörde für die Bestätigung oder die Bestimmung des örtlichen Luftschutz-

leiters zuständig ist.

§ 5

ED 718-15-134

- (1) Der Bundesminister für Verkehr, der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und der Bundesminister für Verteidigung führen die Luftschutzmaßnahmen innerhalb ihres Geschäftsbereichs durch.
- (2) Die gleiche Aufgabe obliegt für ihren Bereich der Deutschen Bundesbahn, den nicht bundeseigenen Eisenbahnen und den sonstigen Schienenbahnen des öffentlichen Verkehrs. ~~Alleinständige~~.....
obersten Landesbehörden.
- (3) Das Zusammenwirken der in Absatz 1 und 2 genannten Verwaltungen mit den für den zivilen Luftschutz allgemein zuständigen Behörden regelt der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates.

§ 6

Der Bundesminister für Wirtschaft und der Bundesminister des Innern können im gegenseitigen Einvernehmen eine Organisation der gewerblichen Wirtschaft beauftragen, unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitnehmersverbände auf dem Gebiete der Planung und Vorbereitung des Industrieluftschutzes Vorschläge zu machen, beratend mitzuwirken und Industrie- oder ihnen aus Luftschutzgründen gleichzuachtende Betriebe bei der Durchführung des Industrieluftschutzes beratend zu unterstützen.

II. Luftschutzwarn- und Alarmdienst

§ 7

- (1) Die Warnung vor Luftangriffen ist Aufgabe des Luftschutzwarndienstes.
- (2) Für diesen Zweck errichtet der Bund das Bundesamt für den Luftschutzwarndienst, das dem Bundesminister des Innern untersteht, und Luftschutzwarnämter als nachgeordnete Dienststellen.
- (3) Die Behörden des Luftschutzwarndienstes haben folgende Aufgaben:
 1. Organisation, Ausbildung und Einsatz der für den Luftschutzwarndienst vorgesehenen Kräfte,
 2. die Beschaffung und Unterhaltung der Ausrüstung des Luftschutzwarndienstes. Das Zusammenwirken mit der Deutschen Bundespost bei der Beschaffung fernmeldetechnischer Einrichtungen für den Betrieb des Luftschutzwarnnetzes sowie die Bereitstellung und Unterhaltung dieser Einrichtungen durch die Deutsche Bundespost wird durch besondere Vereinbarung zwischen dem Bundesminister des Innern und dem

Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen geregelt.

- (4) Behörden und größere Betriebe, die lebens- oder verteidigungswichtige Aufgaben zu erfüllen haben, können verpflichtet werden, die Vorrichtungen zu beschaffen und zu unterhalten, die zum Empfang von Meldungen des Luftschutzwarndienstes erforderlich sind. Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die näheren Bestimmungen, insbesondere über den Kreis der anschlusspflichtigen Behörden und Betriebe, zu erlassen.

§ 8

- (1) Die Gemeinden sind verpflichtet, die für die öffentliche Alarmierung der Bevölkerung erforderlichen örtlichen Einrichtungen zu beschaffen, bereitzustellen, zu unterhalten und zu betreiben (örtlicher Alarmdienst).
- (2) Die auf Grund des Artikels 85 des Grundgesetzes den obersten Bundesbehörden zustehenden Befugnisse auf dem Gebiete des örtlichen Alarmdienstes werden dem Bundesamt für den Luftschutzwarndienst übertragen.

29.10.64

ED 718-15-136

Stellungnahme des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der
War Resisters International e.V. zum Entwurf eines Gesetzes zur
Anderung des Gesetzes über den Zivilen Ersatzdienst.

I.

Der Entwurf überschreitet bei weitem den Umfang einer Novelle. Er greift in grundsätzlicher und zum Teil höchst problematischer Form in die bisherige Regelung ein. Wenn der Gesetzgeber sich nicht auf die Novellierung einiger in der bisherigen Praxis dringend notwendig gewordener Änderungen beschränken will, so ist nicht einzusehen, daß ausgerechnet die Komplexe, deren Neuregelung von den Betroffenen, nämlich den Kriegsdienstverweigerern und den sie repräsentierenden Verbänden, für vordringlich gehalten wird, einer künftigen Neufassung des Gesetzes vorbehalten bleiben sollen. Seit Jahren bemühen sich die Sprecher der Kriegsdienstverweigerer darum, den Aufgabenbereich des Ersatzdienstes zu erweitern, um einen echten Alternativdienst zum Wehrdienst zu schaffen. Statt dessen soll die Verengung des Ersatzdienstes auf den Dienst in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, die nach der bisherigen Fassung des § 1 des Ersatzdienstgesetzes keineswegs zwingend war, nunmehr zum Gesetz erhoben werden. Es ist offensichtlich, daß die insoweit angestrebte gesetzliche Neuregelung lediglich dazu dienen soll, die bisherige Praxis des Bundesarbeitsministeriums zu legitimieren und die bisher ausschließlich im Verhandlungswege vorgetragenen Wünsche der Kriegsdienstverweigerer nach einer elastischeren Handhabung des § 1 des Gesetzes durch einen Strich des Gesetzgebers abzuschneiden. Wenn es in der Begründung des Entwurfes heißt: "Die Vorschriften über die Aufgaben, zu denen der Ersatzdienstpflichtige herangezogen wird, sind elastischer gehalten", so entspricht dies nicht dem wahren Sachverhalt. Vielmehr ist das genaue Gegenteil richtig. Während der bisherige Gesetzestext (§ 1 Abs. 2 des Gesetzes) durchaus die von den Kriegsdienstverweigerern für sachgemäß gehaltene Ausweitung der Ersatzdienstaufgaben als Möglichkeit offengelassen hat, bedeutet eine Streichung dieser Bestimmung einen Rückschritt gegenüber der bisherigen Regelung, der von den Kriegsdienstverweigerern und deren Interessenvertretern keinesfalls schweigend hingenommen werden kann.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer verkennt keineswegs, daß die Erfüllung der Ersatzdienstpflicht im Rahmen von Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten eine Aufgabe ist, die dem Allgemeinwohl dient. Es muß jedoch bestritten werden, daß die zweifellos vorhandene Personalknappheit in den bezeichneten Anstalten es rechtfertigt, die Erfüllung anderer dem Allgemeinwohl dienender Aufgaben durch Ersatzdienstpflichtige abzulehnen. Es ist nämlich darauf hinzuweisen, daß die Personalknappheit in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten sich in erster Linie auf das Pflegepersonal bezieht. Die Ersatzdienstpflichtigen werden jedoch in solchen Anstalten nur zu einem sehr geringen Teil mit Aufgaben aus dem Bereich der Krankenpflege betraut. Sie werden vielmehr überwiegend für Arbeiten handwerklicher Art eingesetzt. Die Personalknappheit in den genannten Anstalten ist hinsichtlich solcher Personen, die mit handwerk-

lichen Aufgaben beschäftigt werden, jedoch nicht größer, als dies im Allgemeinen auf dem Arbeitsmarkt schlechthin der Fall ist. Unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes ist es nicht zu rechtfertigen, daß andere Organisationen oder Einrichtungen, die mit ihrer Arbeit gleichfalls dem Allgemeinwohl dienen, bei der Zuweisung von Ersatzdienstpflichtigen unberücksichtigt bleiben.

Die Möglichkeit einer Dienstleistung im Ausland wird von Seiten der Kriegsdienstverweigerer und ihrer Interessenvertreter seit Jahren gefordert und jetzt mit der Begründung auf eine ungewisse Zeit vertagt, daß die Bedarfslage bei den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten in der Bundesrepublik dies auf absehbare Zeit nicht zulasse. Dies Argument steht in engem Zusammenhang mit der verengten Interpretation des bisherigen § 1 Abs. 2 des Gesetzes durch das Bundesarbeitsministerium. Auch hier wird von dem Gesetzgeber erwartet, daß er eine Entwicklung des Ersatzdienstwesens verhindert, welche offensichtlich aus veraltungstechnischen Gründen unerwünscht erscheint. Auch hier bringt die Novelle einen eindeutigen Rückschritt gegenüber dem bisherigen Gesetzestext (siehe Anlage).

II.

Gegen eine Übertragung der Verwaltungskompetenzen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung in Ersatzdienstangelegenheiten auf das Bundesverwaltungsamt bestehen erhebliche Bedenken. Da das Bundesverwaltungsamt ebensowenig wie das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung über einen Behördenunterbau verfügt, würden sich dort dieselben Unzuträglichkeiten ergeben, die eine Entlastung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung von den Verwaltungsaufgaben in Ersatzdienstangelegenheit notwendig gemacht haben. Es würde auch beim Bundesverwaltungsamt eine Zusammenballung von Verwaltungsvorgängen eintreten, die kaum ohne personelle Erweiterung zu bewältigen sein dürfte. Dabei würde es sich ebenso wie bisher vorwiegend um Verwaltungsaufgaben handeln, die zweckmäßiger von örtlichen Unterbehörden unter persönlicher Fühlungsnahme mit den Ersatzdienstleistenden und ihren Bevollmächtigten, sowie den Leitern der Ersatzdienstorganisationen geregelt würden. Ein Großteil des jetzt entstehenden Schriftverkehrs würde sich bei einer Behandlung der Angelegenheiten durch lokale Unterbehörden erübrigen.

Die Übertragung der Verwaltungsfunktionen auf das Bundesverwaltungsamt würde darüberhinaus für alle Anfechtungsklagen gegen Verwaltungsakte dieser Bundesbehörde eine Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts Köln begründen (§ 52 Ziff. 2 VwGO), die schon bisher zu erheblichen Unzuträglichkeiten geführt hat. Es wird in Erwägung gezogen werden müssen, eine entsprechende Anwendbarkeit der für Soldaten geltenden Zuständigkeitsregelung des § 52 Ziff. 4 VwGO auf dem Wege über eine auf Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes gestützte Klage zu erzwingen, so daß in Zukunft Ersatzdienstleistende ebenso wie Soldaten bei dem für ihren Wohnsitz zuständigen Verwaltungsgericht klagen können. Daraus würde für eine Behörde, die keinen Unterbau lokaler Behörden hat, eine erhebliche Mehrbelastung entstehen. Andererseits kann es aber den Ersatzdienstpflichtigen nicht länger zugemutet werden, ihrerseits alle Prozesse in Köln zu führen.

Als geeignete Behörde für eine Wahrnehmung der bisher dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung obliegenden Zuständigkeiten in Ersatzdienstsachen dürfte sich die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung anbieten, da diese mit den Arbeitsämtern über einen Unterbau lokaler Behörden verfügt, die überdies auch mit der Materie der Arbeitsvermittlung vertraut sind.

Von seiten des Bundesarbeitsministeriums ist anlässlich einer Besprechung mit den Interessenvertretern der Kriegsdienstverweigerer mitgeteilt worden, daß eine Verlagerung der Kompetenzen auf den Bereich der Arbeitsverwaltung an und für sich die Zustimmung des Bundesarbeitsministeriums gefunden haben würde, wenn nicht Bedenken von seiten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und aus dem Kreise des Bundestages erhoben worden wären. Diese Bedenken gründen sich offenbar darauf, daß mit der Übertragung des hier infrage stehenden Kompetenzbereiches auch ein Teil der Disziplinalgewalt auf die Verwaltung übertragen würde. Dies sei aus optischen Gründen unerwünscht.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer darf hierzu feststellen, daß er einer Verlagerung der Disziplinalgewalt auf die Arbeitsverwaltung nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen würde, sondern sie ausdrücklich befürwortet und sich in dieser Haltung einig weiß mit der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer e.V. und den in ihr vertretenen Verbänden. Es besteht kein Anlaß zu der Annahme, daß sich die Übertragung eines gewissen Teils der Disziplinalgewalt auf untere Verwaltungsinstanzen in irgendeiner Weise nachteilig für die Ersatzdienstpflichtigen auswirken würde.

III.

Das bisher gesetzlich verankerte Wahlrecht des Ersatzdienstpflichtigen hinsichtlich der Ableistung des Ersatzdienstes in einer von ihm gewählten Organisation, das noch jüngst durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 15.5.1964 (Aktz. VII C 110.63) bestätigt worden ist, soll nach § 3 des vorliegenden Entwurfes praktisch entfallen. Auch hier wird einer der liberalen Züge der bisherigen Fassung des Ersatzdienstgesetzes, die der psychologischen Situation des zu einem grundsätzlich abgelehnten Ersatzdienst gezwungenen Kriegsdienstverweigerers in kluger Weise Rechnung trug und die positive Mitarbeit der Kriegsdienstverweigererverbände wesentlich erleichterte, durch einen Federstrich des Gesetzgebers beseitigt werden. Wenn die Begründung des Entwurfs sich darauf beruft, daß nur ein Zehntel der Ersatzdienstpflichtigen von der bisherigen Wahlmöglichkeit Gebrauch gemacht hat, so wird dabei verschwiegen, daß die Wahlmöglichkeit vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung schon bisher wesentlich erschwert wurde dadurch, daß in Abweichung von der ursprünglichen Praxis weder dem einzelnen Kriegsdienstverweigerer noch den Kriegsdienstverweigererverbänden Listen in die Hand gegeben wurden, aus denen sich die anerkannten Ersatzdienstorganisationen ergeben. Wenn in der Begründung weiter ausgeführt wird, daß es die Kriegsdienstverweigererverbände an eingehender Unterrichtung der Interessierten über die gegebenen Möglichkeiten nicht fehlen ließen, so muß hier nachdrücklich betont werden, daß eine solche eingehende Unterrichtung der Interessierten den Kriegsdienstverweigererverbänden in der letzten Zeit praktisch unmöglich gemacht wurde. Eine beratende Tätigkeit der Kriegsdienstverweigererverbände wurde außerordentlich er-

schwert. Ist bisher schon in der Praxis dem Willen des Gesetzgebers, dem Kriegsdienstverweigerer eine Wahlmöglichkeit hinsichtlich Art und Ort seiner Ersatzdienstleistung zu gewähren, vom Bundesarbeitsministerium in der geschilderten Weise Widerstand entgegengesetzt worden, so soll nunmehr offenbar die bisherige dem Willen des Gesetzgebers zuwiderlaufende Praxis durch Novellierung sanktioniert werden. Dieses Bestreben läßt sich nicht etwa damit rechtfertigen, daß auch der Wehrpflichtige keine Wahlmöglichkeit hinsichtlich seines Einsatzes bei einer bestimmten Truppe habe. Ein Vergleich zwischen Wehrdienst und Ersatzdienst in dieser Hinsicht wäre absurd. Der Dienst im Rahmen der Bundeswehr umfaßt nämlich einen ganz bestimmten, fest umrissenen Aufgabenkreis, bei dem es letzten Endes unerheblich ist, bei welchem Truppenteil der Wehrpflichtige seinen Dienst ableistet. Anders dagegen ist der Ersatzdienst wesentlich vielfältiger. Nur wenn man davon ausgehen wollte, daß der Ersatzdienst ausschließlich seinen Sinn darin hat, dem Ersatzdienstpflichtigen materielle Nachteile in Höhe der Nachteile, wie sie einem Wehrpflichtigen durch die Ableistung seines Wehrdienstes erwachsen, zuzufügen, wäre eine Argumentation wie die vorstehend aufgezeigte zu verstehen. Wenn man aber davon ausgehen will, die Erfüllung der Ersatzdienstaufgaben habe dem Allgemeinwohl zu dienen - und das ist unbestreitbar der Sinn des Ersatzdienstes - dann muß angestrebt werden, den einzelnen Ersatzdienstpflichtigen dort einzusetzen, wo er nach seiner Vorbildung und seinem physischen Vermögen am ehesten und umfassendsten dem Allgemeinwohl dienlich sein kann. Das setzt aber wiederum voraus, daß man sich über die Wünsche des Ersatzdienstpflichtigen informiert, wobei ja nicht von vornherein bestimmt ist, daß die Wünsche des Ersatzdienstpflichtigen in jedem Fall erfüllt werden müssen. Es wird dem Bundesarbeitsministerium bzw. der zuständigen Verwaltungsinstanz weiterhin zugestimmt werden müssen, gegebenenfalls eine von den Wünschen des Ersatzdienstpflichtigen abweichende Entscheidung zu treffen. Unter Berücksichtigung der vorstehend aufgezeigten Gesichtspunkte besteht für eine Änderung der §§ 4 und 5 des Ersatzdienstgesetzes keine Veranlassung.

IV.

Die ersatzlose Streichung des bisherigen § 8 des Ersatzdienstgesetzes ("Das leitende Personal der Ersatzdienstgruppen muß auf Grund seiner Berufs- und Lebenserfahrung für diese Aufgabe besonders geeignet sein") ist ebenfalls nicht als notwendig belegt. Wenn es richtig wäre, daß dieser § - wie es in der Begründung des Entwurfs heißt - "keine Aussagekraft" besaß und es "selbstverständlich" sei, daß die Dienstgruppenleiter usw. unter dem Gesichtspunkt ausgewählt werden, ob sie charakterlich einwandfrei sind, die Kunst der Menschenführung beherrschen, Organisationstalent besitzen usw., dann ist nicht recht zu verstehen, weshalb diese Bestimmung fallen soll. Die Streichung dieser Bestimmung kann ja nur dann sinnvoll sein, wenn beabsichtigt sein sollte, sich in Zukunft von den Grundsätzen des bisherigen § 8 des Ersatzdienstgesetzes zu entfernen. Gerade im Hinblick auf die kürzlich öffentlicher Kritik ausgesetzte Entwicklung bei der Bundeswehr scheint es wichtig zu sein, daß an den in § 8 des Ersatzdienstgesetzes bisheriger Fassung umrissenen Grundsätzen festgehalten wird. Mit der Streichung des § 8 wird dem Gesetzgeber angesonnen, gegenüber der bisherigen Entwicklung rückschrittlich zu wirken.

1.

Mit aller Entschiedenheit muß gegen die im Entwurf vorgesehene neue Regelung hinsichtlich der Tauglichkeit für den Ersatzdienst protestiert werden. Nach § 8 Abs. 2 des Entwurfes soll der beschränkt taugliche Ersatzdienstpflichtige (früher: Tauglichkeitsgrad IV) in Abweichung von der für Wehrpflichtige geltenden Regelung auch im Frieden zur Ableistung des Grundersatzdienstes herangezogen werden. Die in der Begründung des Entwurfs vertretene Auffassung, daß hierin ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz nicht zu sehen sei, ist ebenso unzutreffend, wie die Versicherung, daß in dieser Neuregelung keine Diskriminierung der Kriegsdienstverweigerer zu erblicken sei. Hier würde durch die Novelle ein Problem geschaffen werden, das es bisher nicht gab. Es kann schon jetzt mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß zu diesem Punkt für den Fall, daß er Bestandteil der Neufassung des Ersatzdienstgesetzes werden würde, das Bundesverfassungsgericht und auch die öffentliche Meinung angerufen werden wird, da hier offensichtlich Bestrebungen am Werke sind, die auf eine Diskriminierung der Kriegsdienstverweigerer und eine erneute Erschwerung des aus Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes folgenden Grundrechts hinzielt.

Die Ungleichheit ergibt sich schon daraus, daß auch im Bereich der Bundeswehr im gleichen Umfang Einsatzmöglichkeiten für beschränkt taugliche Wehrpflichtige gegeben wären, wie im Ersatzdienst (z.B. Verwendung in der Verwaltung usw.). Die Neuregelung würde voraussichtlich die praktische Folge haben; daß entgegen § 26 Abs. 2 Satz 3 des Wehrpflichtgesetzes der Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer nur noch ausnahmsweise 14 Tage vor der Musterung eingereicht würde, weil ein mit dem Tauglichkeitsgrad IV gemusterter Wehrpflichtiger, der aus Gewissensgründen den Kriegsdienst verweigern will, nichts Unklügeres tun könnte, als einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsverweigerer zu stellen, der ihm nicht nur die Belastungen des Anerkennungsverfahrens, sondern darüber hinaus einen Ersatzdienst für einen Grundwehrdienst aufbürden würde, den er gar nicht zu leisten brauchte, wenn er den Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer nicht stellte. Dies ist zweifellos mit der Neuregelung auch beabsichtigt, da wiederholt ein dringendes Interesse bestimmter Kreise beobachtet werden konnte, die Zahl der anerkannten Kriegsdienstverweigerer möglichst gering zu halten. In der Öffentlichkeit muß sich diese Regelung aber zwangsläufig als Diskriminierung der Kriegsdienstverweigerer auswirken.

VI.

Einen weiteren Streitpunkt wird die in § 8 b des Entwurfs vorgesehene entsprechende Anwendung der Verordnung über die für Dienstleistungen im zivilen Bevölkerungsschutz vorgesehenen Wehrpflichtigen vom 27. Mai 1963 bilden. Nur wenige Kriegsdienstverweigerer werden dazu bereit sein, den in dieser Verordnung vorgesehenen Dienstleistungen nachzukommen. Es sollte rechtzeitig geklärt werden, daß eine Verweigerung der in dieser Verordnung vorgesehenen Dienstleistungen jedenfalls durch Art. 4 Abs. 1 (allgemeine Gewissensfreiheit) gedeckt ist. Auch hier bringt die Novelle einen Schritt in Richtung auf eine Militarisierung der Kriegsdienstverweigerung.

VII.

Gegen die mit § 8 c der Novelle beabsichtigte eigene Regelung der Unabkömmlichstellung von Kriegsdienstverweigerern ist an sich nichts einzuwenden, obwohl im Wege der Analogieanwendung des § 13 Wehrpflichtgesetz auch bisher eine befriedigende Regelung getroffen werden konnte. Zu beanstanden ist jedoch die im Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz gewählte Formulierung "zum Ausgleich des öffentlichen Interesses an der Heranziehung zum Ersatzdienst". Sie beinhaltet ebenfalls eine Diskriminierung des Ersatzdienstes schlechthin. Das ergibt sich bereits aus der Gegenüberstellung zu der Formulierung in § 13 Abs. 1 Wehrpflichtgesetz. Dort heißt es nämlich: "Zum Ausgleich des personellen Kräftebedarfes für Aufgaben der Bundeswehr". Bei Gegenüberstellung der beiden unterschiedlichen Formulierungen wird erkennbar, daß die Verfasser des Entwurfs den Ersatzdienst offensichtlich als Selbstzweck betrachten. Es wird nämlich nicht etwas das öffentliche Interesse an der Erfüllung bestimmter, dem Allgemeinwohl dienender, Aufgaben im Rahmen des Ersatzdienstes bejaht, sondern lediglich das öffentliche Interesse an der Heranziehung zum Ersatzdienst. Diese Einstellung der Ministerialbürokratie zum Ersatzdienst, welche dem größten Teil aller Kriegsdienstverweigerer bekannt ist, erklärt das mangelnde Interesse vieler Kriegsdienstverweigerer an der Ableistung des Ersatzdienstes. Unter diesem Gesichtspunkt muß nämlich der Ersatzdienst praktisch als Bestrafung empfunden werden. Damit aber wird derjenige Bundesbürger, der von seinem Grundrecht der freien Gewissensentscheidung Gebrauch macht, für eben diese Entscheidung bestraft. Der Gesetzgeber sollte deshalb die Gelegenheit nutzen und endlich klarstellen, daß die Ableistung des Ersatzdienstes nicht als eine Bestrafung zu werten ist, sondern daß der Kriegsdienstverweigerer mit der Ableistung seines Ersatzdienstes der Allgemeinheit von mindestens ebenso großem Nutzen ist, wie es der Wehrpflichtige durch die Erfüllung seiner Wehrpflicht zu sein glaubt.

VIII.

Die Einfügung des § 12 b des Entwurfs in das Ersatzdienstgesetz ist sinnlos und deshalb überflüssig. Es darf hierbei betont werden, daß der Verband der Kriegsdienstverweigerer durchaus die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennt und für ihre Erhaltung jederzeit eintritt. Eine solche Gesinnung ist jedoch nicht durch ein Gesetz erzwingbar. Der Hinweis in der Begründung des Entwurfs auf die Vorschrift des § 52 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes geht fehl, weil hierbei außer acht gelassen wird, daß ein Beamtenverhältnis niemals gegen den Willen

der Beteiligten begründet werden kann. Die Bestimmung des § 12 b würde bestenfalls dann einen Sinn haben, wenn beabsichtigt wäre, daß derjenige, der nicht bereit ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anzuerkennen, nicht zum Ersatzdienst einberufen wird. Eine solche Regelung ist jedoch offenbar nicht beabsichtigt. Die in der Begründung gewählte Argumentation, die Bestimmung des § 12 b solle dazu dienen, eine Gefährdung des Ansehens des Ersatzdienstes in der Öffentlichkeit zu verhindern und die Möglichkeit zu geben, Verstöße gegen die Vorschrift dann, wenn eine Strafverfolgung nicht tunlich erscheine, wenigstens disziplinar zu ahnden, überzeugt nicht. Das Ersatzdienstgesetz in Verbindung mit den einschlägigen Strafbestimmungen bietet hinreichende Handhabe, auch ohne einen § 12 b Verstöße der Ersatzdienstpflichtigen disziplinarisch oder strafrechtlich zu verfolgen. Die angestrebte Bestimmung des § 12 b birgt dagegen die Gefahr, daß eine Bürokratie, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne obrigkeitsstaatlicher Tradition interpretiert, hier die Waffe für die Unterdrückung oppositioneller Meinungsäußerungen sieht, die nach bewährter Methode schon dann als staatsfeindlich klassifiziert werden, wenn sie der Regierungspolitik zuwiderlaufen.

IX.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Novellierung des Ersatzdienstgesetzes sich auf eine Änderung oder Ergänzung solcher Bestimmungen beschränken sollte, die sich aus der bisherigen Praxis als tatsächliche Notwendigkeit ergeben haben. Es sollte aber vermieden werden, bei Gelegenheit dieser Novellierung neue Probleme zu schaffen, die die weitere Praxis des Ersatzdienstes schwer belasten dürften. Eine grundsätzliche Neufassung des Ersatzdienstgesetzes sollte aber auch die von den Kriegsdienstverweigerern und ihren Interessenvertretern vorgetragene Wünsche berücksichtigen. Auf Seiten der Kriegsdienstverweigererverbände ist bisher die Bereitschaft zu positiver Mitarbeit beim Ersatzdienst vorhanden gewesen. Auch bei der Lösung etwaiger praktischer und rechtlicher Probleme, die zum Beispiel einer Ersatzdienstleistung im Ausland entgegenstehen könnten, kann mit einer Mitwirkung der Kriegsdienstverweigererverbände durchaus gerechnet werden. Der hier vorliegende Entwurf hinterläßt aber den Eindruck, daß man sich weniger auf die positive Mitarbeit der Kriegsdienstverweigerer stützen und diese fördern will, sondern daß man eine Entliberalisierung des ganzen Ersatzdienstwesens anstrebt.

Für den VK-Bundesvorstand

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Abschrift

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

An den
Petitionsausschuß des
Deutschen Bundestages

605 Offenbach, den 26.10.64
Waldstr.99, Postfach 648
Tel. 883764 va/wr.

53 Bonn
Bundeshaus

Betr.: Wehrrersatzdienst;
hier: Änderung bzw. Ergänzung des § 1 des Gesetzes über den
zivilen Ersatzdienst vom 13. Januar 1960 (BGBl.I S.10)

Bezug: Eingabe des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer e.V. vom
23. September 1963

dort. Gesch.Z.: 22/4 - 503/8415

Sehr geehrte Herren!

Mit dem Bezugsschreiben hatte der Verband der Kriegsdienstverweigerer e.V. den Petitionsausschuß gebeten, sich dafür einzusetzen, daß das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst anlässlich seiner bevorstehenden Novellierung auch insoweit eine Ergänzung erfahren möge, als darin die Zulässigkeit der Ableistung des Ersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer auch im Ausland ausdrücklich konstatiert werden sollte.

Obwohl der Deutsche Bundestag in seiner 122. Sitzung vom 15. April 1964 nach Antrag des Petitionsausschusses (Drucksache IV/2116) beschlossen hatte, die Petition dem Herrn Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung als Material zu überweisen, ist in dem nunmehr vorliegenden Entwurf einer Novelle zu dem Gesetz nicht nur keine Ergänzung im Sinne des Antrages unseres Verbandes vorgesehen, sondern darüber hinaus eine einengende Änderung des § 1 des Gesetzes vorgesehen. Aus der Begründung zum Entwurf der Novelle ist zu entnehmen, daß die Bundesregierung die Ableistung des zivilen Ersatzdienstes im Ausland zu verhindern trachtet. Die dafür angeführten Gründe sind nach Auffassung unseres Verbandes in keiner Weise überzeugend.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer e.V. geht davon aus, daß der zivile Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer nicht ausschließlich zu dem Zweck geschaffen wurde, den Kriegsdienstverweigerern für die Dauer von 18 Monaten eine Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit und ein gewisses Maß an Unannehmlichkeiten, wie es dem des Wehrdienstes entspricht, aufzuerlegen. Sinn des zivilen Ersatzdienstes soll doch wohl vielmehr sein, den Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen Gelegenheit zu geben - und damit zugleich die Verpflichtung aufzuerlegen - in einer ihrer Gewissensentscheidungen entsprechenden Weise dem Wohle unseres Gemeinwesens

zu dienen und damit zur Erhaltung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung beizutragen. Dazu ist die weitaus Überwiegende Mehrheit aller Kriegsdienstverweigerer entschlossen.

Sowohl die Bundesregierung als auch der Deutsche Bundestag haben zu wiederholten Malen verlauten lassen, daß sie für eine friedliche Völkerverständigung eintreten und bereit sind, den bedürftigen Nationen materielle und ideelle Hilfe zukommen zu lassen. Diese Bereitschaft hat ihren Niederschlag unter anderem auch in der Gründung und Unterstützung des sogenannten "Friedenskorps" gefunden. Unabhängig von staatlicher Initiative haben jedoch bereits zahlreiche junge Menschen aus der Bundesrepublik im Rahmen privater Organisationen wie: "Internationaler Zivildienst", "Aktion Sühnezeichen" u.ä. durch selbstlosen Einsatz in bedürftigen Ländern ihre Bereitschaft zum Abbau von Furcht, Haß und Angriffsgeist unter Beweis gestellt. Bei dieser Gelegenheit darf auf den Aufsatz von Jaspers in "Junge Kirche, Protestantische Monatshefte", Heft 9/64, verwiesen werden. Die hier aufgezeigten Erfolge können und dürfen nicht länger ignoriert werden. Desto unverständlicher aber muß es erscheinen, daß von der Bundesregierung nicht alles getan wird, um auch den Kriegsdienstverweigerern Gelegenheit zu geben, im Rahmen des zivilen Ersatzdienstes im Ausland in diesem Sinne tätig zu werden. Was könnte die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland zur friedlichen Verständigung mit anderen Völkern mehr dokumentieren als der Arbeitseinsatz von Kriegsdienstverweigerern im Ausland? Hier bietet sich die Möglichkeit an, einen wesentlichen Teil der verantwortungsbewußten und politisch interessierten jüngeren Generation in der Bundesrepublik aktiv für die Völkerverständigung und damit für die Entspannung einzusetzen.

Zu den von dem Herrn Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung vorgebrachten Bedenken muß bemerkt werden:

Es ist in keiner Weise dargelegt worden, weshalb die Kontrolle der von den Ersatzdienstleistenden ggfs. im Ausland wahrzunehmenden Aufgaben mit unüberwindbaren Schwierigkeiten verbunden sein soll. Sofern diese Kontrolle nicht durch einen Bediensteten des Bundesarbeitsministeriums auszuüben wäre, könnte sie durch die jeweiligen deutschen Auslandsvertretungen ohne wesentliche Belastung wahrgenommen werden. Ob eine hoheitliche Lenkung des Ersatzdienstes im Ausland möglich ist, mag dahingestellt bleiben. Selbst wenn diese Möglichkeit nicht bestehen sollte, darf die Durchführung des Ersatzdienstes im Ausland mit Rücksicht auf ihre eminente Bedeutung nicht daran scheitern. In diesem Zusammenhang wäre darauf hinzuweisen, daß selbst beim Inlandseinsatz der Ersatzdienstpflichtigen die hoheitliche Lenkung des Dienstes nicht in sehr großem Umfange gegeben ist. Schließlich darf bemerkt werden, daß auch andere Nationen ihren Kriegsdienstverweigerern die Ableistung des Zivildienstes im Ausland ermöglichen, und es ist nicht einzusehen, weshalb der Bundesrepublik Deutschland diese Möglichkeit verwehrt sein sollte.

Das Argument, die Bedarfslage in den deutschen Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten lasse einen Auslandseinsatz der Ersatzdienstpflichtigen auf absehbare Zeit nicht zu, wäre das einzig ernstzunehmende, wenn es nicht von falschen Voraussetzungen ausgehen würde. Es kann und soll nicht bestritten werden, daß in den Krankenhäusern und Pflegeheimen in der Bundesrepublik ein erheblicher Bedarf an Pflegekräften besteht, der aus dem vorhandenen Kräfte-reservoir nicht

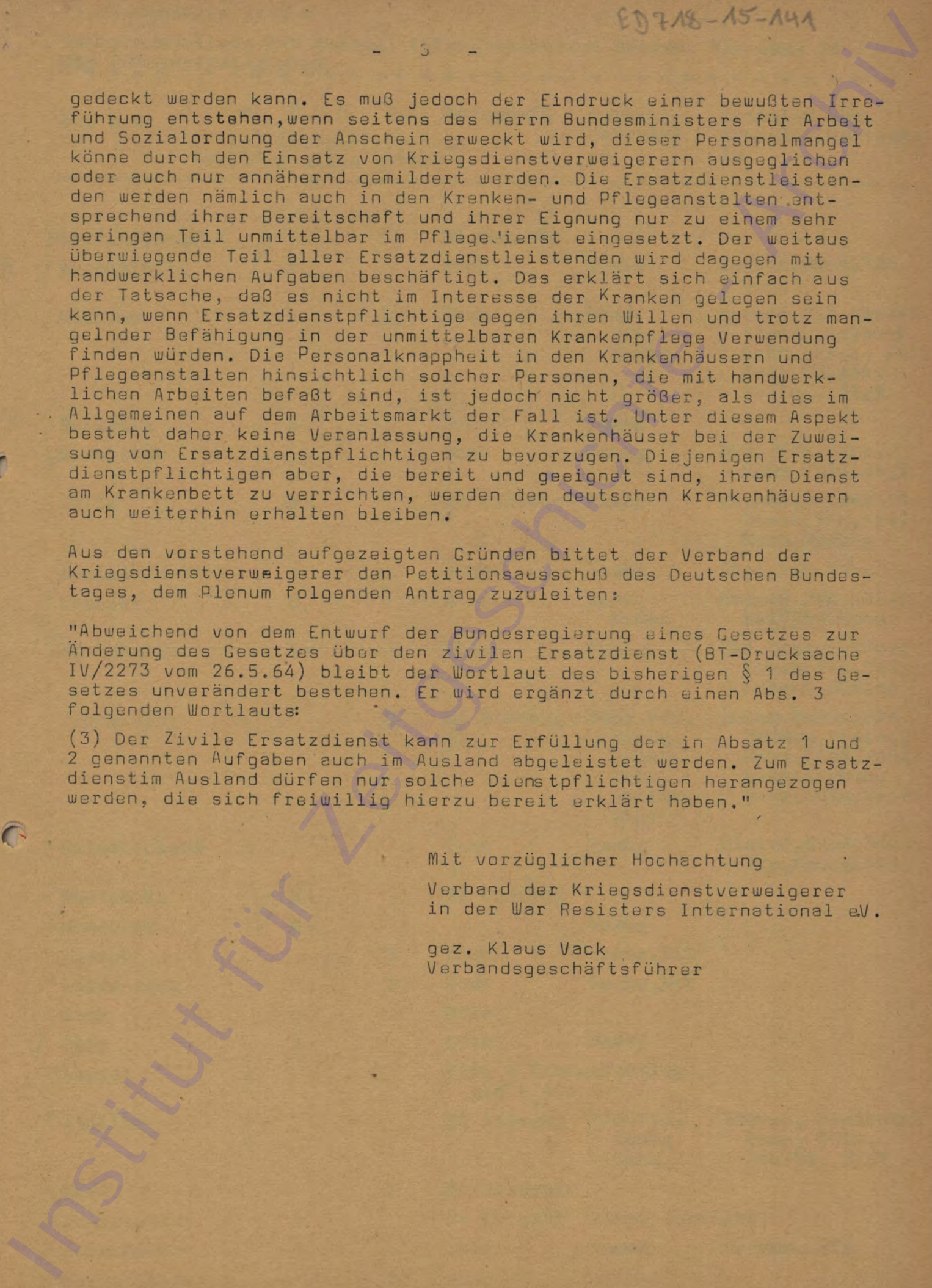
gedeckt werden kann. Es muß jedoch der Eindruck einer bewußten Irreführung entstehen, wenn seitens des Herrn Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung der Anschein erweckt wird, dieser Personalmangel könne durch den Einsatz von Kriegsdienstverweigerern ausgeglichen oder auch nur annähernd gemildert werden. Die Ersatzdienstleistenden werden nämlich auch in den Kranken- und Pflegeanstalten entsprechend ihrer Bereitschaft und ihrer Eignung nur zu einem sehr geringen Teil unmittelbar im Pflegedienst eingesetzt. Der weitaus überwiegende Teil aller Ersatzdienstleistenden wird dagegen mit handwerklichen Aufgaben beschäftigt. Das erklärt sich einfach aus der Tatsache, daß es nicht im Interesse der Kranken gelegen sein kann, wenn Ersatzdienstpflichtige gegen ihren Willen und trotz mangelnder Befähigung in der unmittelbaren Krankenpflege Verwendung finden würden. Die Personalknappheit in den Krankenhäusern und Pflegeanstalten hinsichtlich solcher Personen, die mit handwerklichen Arbeiten befaßt sind, ist jedoch nicht größer, als dies im Allgemeinen auf dem Arbeitsmarkt der Fall ist. Unter diesem Aspekt besteht daher keine Veranlassung, die Krankenhäuser bei der Zuweisung von Ersatzdienstpflichtigen zu bevorzugen. Diejenigen Ersatzdienstpflichtigen aber, die bereit und geeignet sind, ihren Dienst am Krankenbett zu verrichten, werden den deutschen Krankenhäusern auch weiterhin erhalten bleiben.

Aus den vorstehend aufgezeigten Gründen bittet der Verband der Kriegsdienstverweigerer den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, dem Plenum folgenden Antrag zuzuleiten:

"Abweichend von dem Entwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst (BT-Drucksache IV/2273 vom 26.5.64) bleibt der Wortlaut des bisherigen § 1 des Gesetzes unverändert bestehen. Er wird ergänzt durch einen Abs. 3 folgenden Wortlauts:

(3) Der Zivile Ersatzdienst kann zur Erfüllung der in Absatz 1 und 2 genannten Aufgaben auch im Ausland abgeleistet werden. Zum Ersatzdienst im Ausland dürfen nur solche Dienstpflichtigen herangezogen werden, die sich freiwillig hierzu bereit erklärt haben."

Mit vorzüglicher Hochachtung
 Verband der Kriegsdienstverweigerer
 in der War Resisters International e.V.
 gez. Klaus Vack
 Verbandsgeschäftsführer



Aktion am 1. 12. 64 vor Botschaften und Konsulaten -

VK-BK-Beschluß 7/63 -

ED 718-15-144

1964

Zusammenstellung der maximal infragekommenden Länder, die auch in der BRD vertreten sind

Land	A	B	C	D	Botschaft in	General-konsulat in	Konsulat bzw. konsular. Vertretg. in
	(+)	(+?)	(-+)	(?)			
	-Erklärung siehe unten-						
5 Arab. Republik ¹¹ Ägypten		B ✓		(S. 30)	Bd Godesbg.		
18 ✓ Argentinien		B ✓		(S. 27)	Bonn	Hambg	Berlin, Düsseldorf, Ffm, Mohn
Belgien	A				Bonn	Düss., Ffm, Hambg	Aachen, Bln, Bremen, Essen, Gelsenk., Hann, Kiel, Köln, Mohn, Saarbr., Soling, Stgt
7 ✓ Bolivien		B		(seit 1962/Recht nur für Mennoniten!)	Bonn	Hambg	Düss., Ffm, Mohn, Hann, Köln, Stgt
7 ✓ Brasilien = beschr. Recht		C		(S. 12)	Bonn	Hambg	Düss., Ffm, Mohn, Hann, Köln, Stgt
33 ✓ Chile		B ✓		(S. 29)	Bd Godesbg	Hambg	Aachen, Bremen, Düsseldorf, Essen, Ffm, Kiel, Mohn, Nürnberg
Dominic. Republ.				Keine Wff. ab 1964			
7 ✓ Ecuador		B ✓	C	(S. 30)	Bonn	Bonn, Hambg	Bremen, Ffm, Köln, Mohn, Nürnberg
10 ✓ El Salvador		B ✓		(S. 30)	Bonn	Hambg	Bln, Bremen, Düsseldorf, Essen, Ffm, Hann, Lübeck, Nürnberg
Frankreich				Recht seit 1964!	Bd Godesbg	Düss., Ffm, Hambg, Mainz, Mohn, Saarbr., Stgt	Baden-Baden, Bln, Bremen, Freibg., Hann, Kiel, Mannheim, Neunkirchen, Saarlouis, Trier
7 ✓ Griechenland	A ✓			(S. 32-33)	Bonn	Hambg	Bielef, Dtmd, Düsseldorf, Ffm, Hann, Köln
5 ✓ Guatemala		B ✓		(S. 33)	Bd Godesbg		
5 ✓ Honduras		B ✓		(S. 33)		Hambg	
Indien				Keine Wehrpfl.!	Bonn	Hambg, Bln	
7 ✓ Indonesien		B ✓		(S. 33-34)	Bonn	Hambg, Bln	
5 ✓ Irak		B ✓		(S. 34)	Bonn		
7 ✓ Iran		B ✓		(S. 34)	Köln	Hambg	
5 ✓ Israel	A ✓			(S. 34+45)	Köln = Einkaufsdeleg., Bln = etc.		
3 ✓ Italien	A ✓			(S. 34-35)	Bd Godesbg	Bln, Ffm, Hambg, Mohn	Bremen, Freiburg, Hann, Köln, Saarbr., Stgt
5 22 ✓ Jemen / Arab. Rep. Jemen					Bd Godesbg.		
5 ✓ Jugoslawien (S. 38)		A ✓			Bd Godesbg	(= über Schweden)	
15 ✓ Kolumbien		B ✓		(S. 29)	Bonn	Hambg	Bremen, Ffm
5 ✓ Korea, Republ. (S. 36)					Bonn		
18 ✓ Kuba		B ✓	C	(S. 30)	Köln,	Hambg	Mohn, Ffm, Dtmd

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

18² ✓
5
30

18

~~27~~
27

36

24

15
30

7
7
15
5

✓ Peru	B ✓	(S. 35-36)		
✓ Korea, Süd-	D ✓	(S. 36)		
✓ ² ✓ Syrien/Arab. Rep. S.	B ✓	(S. 37)		7
✓ Tunesien	D ✓	(S. 37)		
✓ Zypern	D ✓	(S. 3)		7
(✓) ✓ ² Südafrika/Union		(S. 27)		9 9
(✓) Paraguay		(S. 19-23.1.)		7
✓ ² ✓ Malaisischer Bund	D ✓	(S. 3)		7
?? ✓ ² ✓ Afghanistan				7 7

Archiv - 250 = ? -

FD 718-15-143

Institut für Zeitgeschichte

Aktion am 1. 12. 64 vor Botschaften und Konsulaten -
 VK-BK-Beschluß 7/63 -

ED 718-15-144

1964

Zusammenstellung der maximal infragekommenden Länder, die auch in
 der BRD vertreten sind

Land	A (+)	B (+?)	C (-+)	D (?)	Botschaft in	General-konsulat in	Konsulat bzw. konsular. Vertretg. in
Libanon				B	Hd Godesbg		Hambg, Mohn, Offenb.
Sachsen		B (S. 35)			Bonn	Ffm	Sachsen, Köln, Saarbr
Marokko				B	Bd Godesbg		
Mexiko					Köln	Hambg	Baden-Baden, Bln, Bremen, Bonn, Diss, Ffm, Hann, Mohn
Nicaragua		B (S. 35)	C?		Hambg		Bad Godesbg, Bremen, Ffm, Köln
Philippinen		(S. 36)		D	Bonn		Hambg
Portugal		B (S. 36)			Hd Godesbg	Hambg	Bremen, Diss, Ffm, Köln, Mohn, Neuss
Schweiz					Köln	Ffm, Hambg, Mohn, Stgt	Bln, Fulda, Diss, Freiburg, Hann, Konstanz, Saarbr.
Spanien		A (S. 36-37)			Bonn	Hambg	Bremen, Diss, Ffm, Köln, Mohn
Sudan					Bonn		
Thailand		B (S. 37)			Bd Godesbg	Hambg, Mohn	Ffm
Türkei		B (S. 37)			Bd Godesbg		Bln, Bremen, Diss, Ffm, Hambg, Hann, Köln, Ludwigsburg, Mohn
Tunesien		(S. 37)		D	Bd Godesbg		Köln
UdSSR		(S. 37)		C	Bd Godesbg		(Ffm)
Venezuela		B (S. 37)			Bd Godesbg	Hambg	Ffm, Hann
Vietnam, Republ.		(S. 37)		D	Bonn		

40 Staaten	7	21	5	12
	x A	x B	x C	x D

- Gr. A = Wehrpflicht/keine Kdv-Gesetze/Fälle von Kdv = 7 Staaten
- Gr. B = wie A, jedoch keine Fälle von Kdv bekannt = 21 Staaten
- Gr. C = wie A bzw. B, jedoch indirekte Kdv-Möglichkeit durch lockere Gesetzesbehandlung usw. = in insges. 5 St.
- Gr. D = noch unbekannt bzw. nochmals zu prüfen = in insges. 12 St.

ED 718-15-145

Deutsche Friedensgesellschaft
Westdeutscher Landesverband

469 Herne, den 26.2.1965
Bismarckstr. 98a
Tel. 5 05 73

H E R Z L I C H E E I N L A D U N G

an
alle Ortsgruppen, Vorstände und Mitglieder
sowie
befreundete Organisationen.

Auf Beschluss des Landesvorstandes lade ich hiermit ein zu einem
Wochenendseminar mit Landesverbandstagung auf

Samstag/Sonntag, 20./21. März nach Düsseldorf.

Beginn 14,30 Uhr -.-.-.- Tagungsort: ZU DEN 12 APOSTELN
Ecke Bilken-Allee u. Kronprinzenstr., mit Bus 34 ab Hbf. Richtung
Hafen bis 5. Haltestelle.

Nachtquartiere stellen dankenswerterweise die düsseldorfer Freunde.
Anmeldung bei F. Fänken, 4 Düsseldorf, Kirchfelderstr. 141, Tel. 342270.

Tagesordnung:

Samstag 14,30 Uhr : Eröffnung und Begrüssung
Bericht des Vorsitzenden und Kassenbericht,
Diskussion und Wahlen.
Bericht über die Friedenfahrt a.d. Rhein 25.-27. Juni 1965
Referat: W. Diehl-Wien
Unsere politische Aufgabe und Möglichkeiten im UNO-Jahr
für internationale Zusammenarbeit 1965 in Deutschland, in
Europa, in der Welt. Anschliessend Diskussion.

19,30 Uhr Abendessen
20 Uhr Besuch des STUDIO 122 3 Minuten vom Tagungsort,
Sondervorstellung für DFG:

A N T I G O N E von Jean A N O U I L H

Dem wider Völkerrecht handelnden König lässt Sophokles
seine Antigone sagen: Höher stehn" des Himmels ungeschriebne,
unwandelbare Rechte, nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich
da." Dies hat Anouilh in unsere Zeit, in die Zeit der Wider-
standskämpfer übertragen. Allein dieses Stück sollte uns
reizen, nach Düsseldorf zu kommen. Karte 3,50 DM.

Sonntag 9 Uhr: Weitere Diskussion über das Refrat mit dem besonderen
Bedacht,, wie wir in Zusammenarbeit mit den befreundeten
Organisationen unsere Aufgaben verwirklichen können.

Diese Einladung richtet sich ebensoherzlich an O.M. Regional-
ausschuss West, IdK, VK, Frau und Frieden u.s.f.

Schluss gegen 12,30 Uhr. Und nun auf nach Düsseldorf!

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

Geoffrey Walden

WAS DER WEHRPFLICHTIGE WISSEN MUSS

Von Januar bis März jeden Jahres werden von den Gemeindebehörden aufgrund des Wehrpflichtgesetzes alle 19 Jahre alten Wehrpflichtigen erfaßt. Ein eventueller

ANTRAG AUF ZURÜCKSTELLUNG soll zum Zeitpunkt der Erfassung bei den zuständigen Kreiswehrrersatzämtern gestellt werden, kann jedoch auch bei den Erfassungsbehörden abgegeben werden.

Weniger bekannt sind die Formalitäten, die KRIEGSDIENSTVERWEIGERER AUS GEWISSENSGRÜNDEn zu erfüllen haben.

1. WER IST WEHRPFLICHTIG ?

Im Frieden jeder deutsche Mann vom vollendeten 18. bis 45. Lebensjahr, im Krieg (jetzt "Verteidigungsfall" genannt) bis zum 60. Lebensjahr.

2. WELCHE DIENSTZEITEN SIND ZU LEISTEN ?

Vollen Grundwehrdienst von 18 Monaten muß jeder leisten, der das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Vom 25. bis zum 35. Lebensjahr kann man zu verkürztem Grundwehrdienst zwischen mindestens einem und höchstens zwölf Monaten befohlen werden.

Nach Ableistung des Grundwehrdienstes kann man außerdem zu Wehrrübungen von insgesamt 9 Monaten zusätzlich berufen werden. Für Kriegsdienstverweigerer gelten die entsprechenden Ersatzdienstzeiten.

3. WO IST DAS RECHT AUF KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG VERANKERT ?

Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 4: "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

Ferner im § 25 des Wehrpflichtgesetzes:

"Wer sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten widersetzt und deshalb den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, hat statt des Wehrdienstes einen zivilen Ersatzdienst außerhalb der Bundeswehr zu leisten."

4. Welche FORMALITÄTEN SIND ZU ERLEDIGEN , UM ALS KRIEGSDIENSTVERWEIGERER ANERKANNT ZU WERDEN ?

Der Wehrpflichtige selbst hat nur einen schriftlichen Antrag bei dem für seinen Wohnsitz zuständigen Kreiswehrrersatzamt einzureichen. Dies ist die einzige Formalität, welche er von sich aus zu erledigen hat.

5. WIE MUSS DIESER ANTRAG AUSSEHEN UND ABGEFASST SEIN ?

Dafür gibt es keine besonderen Vorschriften. Er könnte etwa so aussehen:

Betr.: Kriegsdienstverweigerung

Ich beantrage hiermit meine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gemäß Art. 4 Abs. 3 des GG der Bundesrepublik Deutschland.

(Der Antrag soll begründet werden.)
(Eine kurze Begründung möglich)

Unterschrift

6. WANN MUSS DER ANTRAG GESTELLT WERDEN ?

Der Antrag soll spätestens 14 Tage vor der Musterung (am besten gleich bei oder vor der Erfassung) gestellt werden. Nur der vor Rechtsgültigkeit des Musterungsbescheides gestellte Antrag hat mit Sicherheit aufschiebende Wirkung, d. h. der Antragsteller darf nicht eingezogen werden, bevor über seinen Antrag rechtskräftig entschieden worden ist.

7. KANN DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER GLEICHZEITIG EINEN ANTRAG AUF ZURÜCKSTELLUNG EINREICHEN ?

Unabhängig von seinem Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer kann der Wehrpflichtige einen Antrag auf Zurückstellung vom Ersatzdienst aus anderen Gründen (z. B. Berufsausbildung) einreichen.

8. MUSS DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER ZUR MUSTERUNG ERSCHEINEN ?

Der Kriegsdienstverweigerer muß wie jeder andere Wehrpflichtige sowohl zur Erfassung als auch zur Musterung erscheinen. Von dem bei der Musterung festgestellten Tauglichkeitsgrad hängt die weitere Behandlung seines Antrages ab. Über die Anträge Ausgemusterter wird überhaupt nicht verhandelt, während über die Anträge beschränkt Tauglicher bzw. vorübergehend Untauglicher oder Zurückgestellter erst zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt zu werden braucht. Der Musterungsausschuß selbst ist nicht befugt, über Anerkennung oder Nicht-Anerkennung eines Kriegsdienstverweigerers zu befinden.

9. WER ENTSCHEIDET ÜBER DEN ANTRAG AUF ANERKENNUNG ALS KRIEGSDIENSTVERWEIGERER ?

Ein Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer besteht aus einem Vorsitzenden und drei ehrenamtlichen Beisitzern. Der Prüfungsausschuß verständigt den Antragsteller über Zeit und Ort der Sitzung, zu der der Antragsteller persönlich erscheinen muß. Bei Nichterscheinen wird nach "Lage der Akten" entschieden.

10. WAS IST ZU TUN, WENN DER PRÜFUNGSAUSSCHUSS DIE ANERKENNUNG VERWEIGERT ?

Der Wehrpflichtige kann nach Ablehnung der Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer durch den Prüfungsausschuß binnen einer Frist von zwei Wochen nach Zustellung der Entscheidung schriftlich Widerspruch bei seinem zuständigen Kreiswehrrersatzamt einreichen (WG§47 Abs. 1). Über den Widerspruch entscheiden Prüfungskammern für Kriegsdienstverweigerer, die bei Bezirks-Wehrrersatzämtern gebildet werden (WG § 33 Abs. 3). Die Zusammensetzung dieser Prüfungskammern entspricht den vorher erwähnten Prüfungsausschüssen (MV § 18 Abs. 1). Gegen einen ablehnenden Bescheid der Prüfungskammern ist die Klage beim Verwaltungsgericht und gegen dessen Entscheidung die Revision beim Bundesverwaltungsgericht möglich. Bei der Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht **m u s s** ein Rechtsanwalt beigezogen werden. Bei den drei vorangegangenen Instanzen **k a n n** ein Rechtsanwalt beigezogen werden. Bei der ~~erregulierten~~ Anerkennung des Antragstellers trägt der Bund die Kosten.

11. BEISTAND

Der Antragsteller kann von Beginn seines Verfahrens an einen Beistand bestimmen, der die Formalitäten erledigt. Der Beistand (Lehrer, Pfarrer, Freund oder Jurist) muß informiert sein über seine Rechte; er ~~bringt~~ **erklärt** eine formlose Erklärung ~~dem~~ Antragstellers, daß er dessen Anliegen übernimmt; dies ~~beim Kreiswehrrersatzamt~~ **beim Kreiswehrrersatzamt** vorliegen.

12. KANN DER WEHRPFLICHTIGE AUCH NOCH NACH DER MUSTERUNG ODER GAR ALS SOLDAT EINEN ANTRAG ALS KRIEGSDIENSTVERWEIGERER STELLEN ?

Der Zeitpunkt der Gewissensentscheidung ist an keine behördlichen Termine gebunden. Wird die Anerkennung erst nach der Musterung beantragt, so kann die Einberufung des Wehrpflichtigen bis zur Entscheidung ausgesetzt werden, wenn der Antrag genügend begründet erscheint. Ist der Antragsteller schon Soldat, so muß unverzüglich verhandelt werden. Der Soldat wird entlassen, sobald er rechtskräftig als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden ist. Auch Reservisten können einen Antrag stellen. Nach Anerkennung als KDV können sie weder zu Wehrübungen, noch zur sog. Heimatschutztruppe eingezogen werden.

13. Alle Bestimmungen für die Soldaten des untersten Mannschaftsdienstgrades gelten ebenso für EDL im ziv. ED. Wählt der EDL

die Einsatzstelle nicht selbst, dann wird er in einer staatlichen Gruppe eingesetzt.

14. AUSKUNFT ÜBER EINZELHEITEN

geben die Kreiswehrrersatzämter

oder die Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer,
in Frankfurt/Offenbach zum Beispiel
montags und donnerstags 17.30 bis 20.00 Uhr
in Frankfurt, Münchener Straße 38 (Nähe Hauptbahnhof),
montags und mittwochs 18.00 - 20.00 Uhr
in Offenbach, Bleichstraße 28 (Nähe Wilhelmsplatz).

ERSATZDIENST

1) SOLD

Der Ersatzdienstleistende erhält den Sold eines Soldaten des untersten Mannschaftsgrades, der aufgrund der Wehrpflicht Wehrdienst leistet. Dieser beträgt gem. § 2 des Wehrsoldgesetzes in der zur Zeit (Mai 1966) geltenden Fassung während der ersten zwölf Monate der Dienstzeit DM 3,-- und erhöht sich vom 13. Monat ab auf DM 3,75 täglich.

2) ENTLASSUNGSGELD

Der Ersatzdienstleistende erhält (wie der Soldat auch) bei der Entlassung nach Ableistung eines ununterbrochenen Ersatzdienstes von mindestens sechs Monaten ein Entlassungsgeld. Dieses beträgt nach sechsmonatigem Ersatzdienst DM 50,--, nach zwölfmonatigem Ersatzdienst DM 100,-- und nach 18monatigem Ersatzdienst DM 350,--.

Haben Familienangehörige des Dienstpflichtigen allgemeine Leistungen nach § 5 des Unterhaltssicherungsgesetzes erhalten, so beträgt das Entlassungsgeld nach sechsmonatigem Ersatzdienst DM 85,--, nach zwölfmonatigem Ersatzdienst DM 170,-- und nach 18monatigem Ersatzdienst DM 500,--.

Wird ein Ersatzdienstpflichtiger vor Ablauf von sechs, zwölf oder 18 Monaten Ersatzdienst wegen Dienstunfähigkeit, die er nicht vorsätzlich verursacht hat, vorzeitig entlassen, so erhält er als Entlassungsgeld den Betrag, der für die Entlassung nach sechs, zwölf oder 18 Monaten Ersatzdienst jeweils vorgesehen ist.

3) VERPFLEGUNGSGELD

Der Wert der während des Ersatzdienstes unentgeltlich bereitgestellten Verpflegung beträgt DM 2,90 täglich. Bei Nichtinanspruchnahme des Essens während des ganzen Tages hat er Anspruch auf Auszahlung.

4) ARBEITSKLEIDUNG

Der EDL erhält unentgeltlich Arbeitskleidung. Auf Antrag wird anstatt der Arbeitskleidung ein Kleidergeld von täglich DM -,90 gezahlt. Beim Selbstreinigen der Kleidung wird ein Reinigungsgeld von täglich DM -,65 gezahlt, nach Vereinbarung mit der Dienststelle. Für Abnutzung der eigenen Zivilkleidung außerhalb des Dienstes wird ein Zuschuß von DM -,30 täglich gewährt.

5) URLAUB

Ersatzdienstpflichtige haben für jedes volle Vierteljahr ihrer Dienstzeit mit einer ungeraden Ordnungszahl Anspruch auf je fünf Werktage Urlaub, für jedes volle Vierteljahr ihrer Dienstzeit mit einer geraden Ordnungszahl Anspruch auf je vier Werktage Urlaub. (In 18 Monaten 27 Werktage Erholungsurlaub.) Zur Dienstzeit rechnen auch Ersatzdienstübungen. Urlaub außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin bedarf der Genehmigung des Bundesverwaltungsamtes.

6) SONDERURLAUB

Der EDL kann aus besonderen persönlichen oder familiären Gründen (Todesfall, Erkrankung eines Familienmitgliedes, Wohnungswechsel, Heirat usw.) Sonderurlaub bis zu drei Tagen erhalten, unter Belastung der Geld- und Sachbezüge.

SONDERURLAUB OHNE GELD- UND SACHBEZÜGE kann aus besonderen häuslichen, beruflichen, wirtschaftlichen Gründen auf Antrag beim Bundesverwaltungsamt auch für längere Zeit gewährt werden.

7) FREIE HEILFÜRSORGE

Jeder EDL hat Anspruch auf freie Heilfürsorge. Dazu gehören auch Medikamente, Heilmittel, Brillen und Prothesen und erforderlichenfalls Krankenhausbehandlung.

8) REISEBEIHILFEN

I Verheirateten EDL stehen neun Familienheimfahrten zu, unverheirateten EDL stehen vier Familienheimfahrten zu (jedoch frühestens nach zwei Monaten Dienstzeit). Die Fahrtkosten 2. Klasse Eisenbahn werden erstattet. Möglichkeiten der Fahrpreisermäßigung sind auszunutzen.

II Für alle zusätzlichen Heimfahrten wird der Differenzbetrag zwischen dem einfachen Bundesbahn-Fahrpreis und dem Gesamtbetrag gezahlt. Für die einfache Fahrt erhält man die Hälfte der Fahrtkosten 2. Klasse. Die Fahrkarten müssen der Gruppenleitung vorgelegt werden. Bei Benutzung eines eigenen Fahrzeugs gibt es keine Erstattung.

III Bei einer beliebigen Fahrt bis 200 km wird der gleiche Differenzbetrag wie bei II oder bei einfacher Fahrt die Hälfte gezahlt.

9) ARBEITSZEIT

Der Ersatzdienstleistende darf nicht länger beschäftigt werden, als dies für einen normal besoldeten Angestellten oder Arbeiter nach Tarif zulässig ist. Auf die regelmäßige Arbeitszeit im ED finden die für Bundesbeamte geltenden Vorschriften sinngemäß Anwendung (Arbeitszeit der Bundesbeamten zur Zeit (Mai 1966) 44 Stunden in der Woche, Montag bis Freitag). Hinzukommen können Dienstunterrichte oder nötige Arbeiten für die Gemeinschaftsunterkunft, jedoch täglich nicht mehr als zwei Stunden.

Die Ausübung einer Nebentätigkeit darf nur untersagt werden, wenn sie die Dienstfähigkeit gefährdet oder den dienstlichen Erfordernissen zuwiderläuft.

10) AUSGANGSBESTIMMUNGEN

sind entsprechend denen für Soldaten des untersten Mannschaftsgrades (Ausgang zur Zeit bis 22.00 Uhr). Der Dienort darf nur mit Genehmigung des Dienstvorgesetzten verlassen werden.

11) POLITISCHE BETÄTIGUNG

Der EDL darf sich im Dienst nicht zu Gunsten oder zu Ungunsten einer politischen Richtung betätigen. Das Recht, im Gespräch mit anderen seine Meinung zu äußern, bleibt unberührt. Innerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen darf die freie Meinungsäußerung während der Freizeit die Gemeinsamkeit des Dienstes nicht stören. Der EDL darf dort insbesondere nicht als Werber für eine politische Gruppe wirken, indem er Ansprachen hält, Schriften verteilt oder als Vertreter einer politischen Organisation arbeitet.

12) BESCHWERDEN

Der EDL kann Anträge und Beschwerden vorbringen; hierbei hat er den Dienstweg über den Dienstvorgesetzten einzuhalten. Der Beschwerdeweg bis zum Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung steht offen.

Richtet sich die Beschwerde gegen den Leiter der Organisation, in der der EDL seinen ED ableistet, so kann sie unmittelbar beim BVA eingereicht werden.

13) WEHRÜBERWACHUNG

Die Wehrpflichtigen unterliegen von ihrer Musterung an der Wehrüberwachung. Ausnahmen sind dauernde Untagglichkeit, Befreiung vom Wehrdienst, anerkannt als Kriegsdienstverweigerer, die den zivilen Ersatzdienst abgeleistet haben.

Während der Wehrüberwachung ist jede Änderung des ständigen Aufenthaltsortes oder der Wohnung beim Kreiswehrrersatzamt zu melden. Eine beabsichtigte Entfernung vom Wohnort, die länger als acht Wochen dauern soll, ist zu melden. Dienstuntauglichkeit ist zu melden. Die für eine mögliche Rückstellung eintretenden Umstände sind bekanntzugeben.

Bearbeitet und herausgegeben vom

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER in der WRI eV

Gruppe Frankfurt am Main

6000 Frankfurt 1, Münchener Straße 38 I, Telefon über (0611-) 350333

Mai 1966

ED 718-15-149

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER
i.d. WRI. e.V. -Gruppe Frankfurt-

Frankfurt (Main), 5.5.1966
Münchener Straße 38
Tel.: 350333

Sehr geehrter "Interessent",

gern wollen wir Ihnen auch weiterhin unsere monatlichen Mitteilungen zusenden. Leider erlaubt unsere Kassenlage die kostenlose Zusendung unserer Rundschreiben und Informationen nur für eine gewisse Zeit. Nach etwa einem halben Jahr müssen wir die Zusendungen aus Ersparnisgründen einstellen. Sollten Sie jedoch weiterhin an unseren Mitteilungen interessiert sein, dann wären wir für einen kleinen (oder großen) finanziellen Beitrag zu unseren Druck- und Portokosten sehr dankbar.

Sie können in diesem Falle die beiliegende Zahlkarte benutzen. Bitte vermerken Sie bei der Zahlung deutlich "Weiterbezug Ihrer Mitteilungen"!

Sicherlich haben Sie Verständnis für unser Anliegen. Wir würden uns freuen, bald von Ihnen zu hören!

Mit freundlichen Grüßen

Verband der Kriegsdienst-
verweigerer i.d. WRI.e.V.

- Gruppe Frankfurt (M) -

Anlage:

Zahlkarte

Bitte beachten Sie auch die Rückseite!

" Mitglied werden . . . ?

lieber nicht -

ich möchte von Vereinsmeierei nichts wissen!"

Wer hätte das nicht schon mal gehört oder gar selbst gesagt? Ja, wenn man das "teutsche" Vereinsleben betrachtet, ist eine solche Anschauung manchmal berechtigt.

Aber ... trifft das auch für den Verband der Kriegsdienstverweigerer zu? Sicherlich nicht!

Freilich, auch der VK ist ein Verein mit Vorstand, Mitgliederversammlungen, Beiträgen usw. Aber Vereinsmeierei wird bei uns kleingeschrieben.

Wir Vorstandsmitglieder, die wir mitten in der Arbeit unseres Verbandes stehen, sehen allerdings zur Zeit keine andere Möglichkeit, uns gleichgesinnte Kriegsdienstgegner zusammenzufassen als eben in der Organisation eines Vereins - unseres Verbandes.

In der heutigen Zeit zählen nur handfeste Machtpositionen. Auch wir erstreben - über unsere aufklärende und beratende Arbeit hinaus - eine möglichst starke Interessengemeinschaft.

Kein Verein um des Vereins willen - sondern einfach deswegen, weil wir "vereint" tatsächlich eine stärkere Position haben. Und das ist heute nötiger denn je!

Wir haben bereits manches erreicht. Auch in Frankfurt. In unserem Heimatgebiet wird niemand mehr sagen können: "Von der Kriegsdienstverweigerung habe ich gar nichts gewußt."

Dafür haben wir gesorgt. Und dafür werden wir auch weiterhin sorgen.

Helfen Sie uns dabei - werden auch Sie Mitglied im VK, der größten pazifistischen Vereinigung in der Bundesrepublik.

Mit freundlichen Grüßen

Verband der Kriegsdienstverweigerer in der WRI eV
Gruppe Frankfurt am Main

Bitte Abschnitt in Blockschrift ausfüllen und frankiert einsenden an

Verband der Kriegsdienstverweigerer in der WRI eV, Gruppe Frankfurt am Main,
6000 Frankfurt 1, Münchener Straße 38 I

BEITRITTSERKLÄRUNG

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg, weder direkt noch indirekt, zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Ich bitte um Aufnahme in den VK und um monatliche Lieferung von "ZIVIL - Monatszeitschrift für deutsche Kriegsdienstverweigerer" zum Preis von DM 6,15 vierteljährlich.

Der Mitgliederbeitrag beträgt DM 6,- im Jahr.- Aufnahmegebühr DM 2,-.

Name, Vorname

Beruf

Geburtsdatum

Postleitzahl, Wohnort

Straße, Hausnummer

Eigenhändige Unterschrift

Telefon

Eintrittsdatum

ED 718-15-150

5.66

VERBAND DER KRIEGSDIENST-
VERWEIGERER in der WRI eV
Gruppe Frankfurt/Offenbach

Geschäftsstelle: 6000 Frankfurt 1
Münchener Str. 36
Büro Offenbach: 6050 Offenbach
Bleichstraße 28
Telefon: über Frankfurt 35 03 33
Konten: Postscheckamt Ffm 167 00
Städt. Spark. Offenbach 2800 470

M E R K B L A T T über die Mitgliedschaft in unserer VK-Gruppe

Die Mitgliedschaft im VK wird wie bei allen Mitgliedern der Kriegsdienstverweigerer-Organisationen, die der "War Resisters' International" (London) angeschlossen sind, erworben durch Unterschreiben der

Beitrittserklärung:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg, weder direkt noch indirekt, zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Für die Mitglieder des VK als einer deutschen Sektion der WRI und damit auch für die Mitglieder unserer VK-Gruppe gilt darüberhinaus die "Satzung des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer".

Danach sind alle Mitglieder des VK zum BEZUG DER MONATSZEITSCHRIFT "ZIVIL - Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer" verpflichtet. Zum Bezug von "Zivil", das monatlich DM 2,- + -,05 Porto kostet, gibt es verschiedene Möglichkeiten:

- a) Normalfall: Unsere Bundesgeschäftsstelle veranlaßt, daß Ihr Postbote vierteljährlich (etwa zehn Tage vor Beginn eines neuen Quartals) bzw. vor dem ersten Bezugsmonat an Ihrer Wohnungstür DM 6,15 kassiert und Ihnen dafür "Zivil" monatlich ins Haus bringt.
- b) Wenn Sie ein Postscheckkonto besitzen: erteilen Sie der Post einen "Einziehungsauftrag" (Formulare bei jedem Postamt oder von uns), dann bucht die Post von sich aus vor jedem Quartal DM 6,15 von Ihrem Konto ab, und "Zivil" wird monatlich vom Briefträger ins Haus gebracht.

Die Kassierung gem. a) ist für die Post oft schwierig, weil der Postbote zuhause niemand antrifft oder weil Ihre Angehörigen aus Unkenntnis die Bezugsgebühr nicht bezahlen. Daher empfiehlt sich in Fällen, in denen oft niemand zuhause ist und kein eigenes Postscheckkonto besteht:

- c) Zahlen Sie die Bezugsgebühr von DM 6,15 pro Vierteljahr direkt an uns als örtliche Gruppe (Einzahlung auf eines unserer Konten oder Barzahlung in unserer Geschäftsstelle). In diesem Fall schicken wir Ihnen "Zivil" monatlich als "Drucksache" ins Haus.

Unabhängig von dem Bezug der Verbandszeitschrift "Zivil" ist die örtliche VK-Gruppe berechtigt, von ihren Mitgliedern einen zusätzlichen Jahres-MITGLIEDERBEITRAG zu erheben. Dieser ist laut Beschluß der Jahreshauptversammlung auf DM 6,- festgesetzt; er soll jeweils zu Anfang eines Kalenderjahres ohne besondere Rechnung oder Erinnerung direkt an uns als örtliche Gruppe gezahlt werden; nach Erhalt übersenden wir ein Beitragsmännchen zum Einkleben in das entsprechende Jahresfeld Ihres Mitgliedsausweises. Der Beitrag dient zur Finanzierung aller nötigen Arbeit der Gruppe - ist also wahrlich nicht zu hoch. Viele Mitglieder fassen daher diese sechs Mark auch nur als unterste Grenze auf und überweisen uns ein paar Mark mehr, manchmal sogar diesen Betrag jeden Monat.

Schließlich sei noch erwähnt, daß bei Aufnahme in den VK eine einmalige AUFNAHMEGEBÜHR von DM 2,- an die örtliche Gruppe fällig wird.

Bitte beachten Sie auch die Rückseite!

Die VK-Gruppe Frankfurt/Offenbach b i e t e t ihren Mitgliedern:

über die Zustellung der auf Bundesebene erscheinende Verbandszeitschrift "ZIVIL" hinaus.

- + Beratung in allen Fragen der Kriegsdienstverweigerung, des Wehr- und Ersatzdienstes
in Frankfurt, Münchener Straße 38 I (Ecke Moselstraße)
montags und donnerstags von 17.30 bis 20 Uhr
in Offenbach, Bleichstraße 28 (Nähe Wilhelmsplatz)
montags und mittwochs von 18.00 bis 19.30 Uhr
- + Eine große pazifistische Bibliothek (über 1000 Bände) mit Bücherausleihe
montags und donnerstags von 17.30 bis 20 Uhr
in der Geschäftsstelle, Frankfurt, Münchener Straße 38 I
- + Probe-Prüfungsverhandlungen für angehende Kriegsdienstverweigerer
jeden zweiten Donnerstag um 20.00 Uhr
in der Geschäftsstelle, Frankfurt, Münchener Straße 38 I
Termine für diese Abende Mai bis Dezember 1966:

12. und 26. Mai	8. und 22. September
23. Juni	6. und 20. Oktober
7. und 21. Juli	10. und 24. November
11. und 25. August	8. und 22. Dezember
- + Eine umfangreiche Auswahl an Material zum Problemkreis Kriegsdienstverweigerung - Abrüstung - Gewaltlosigkeit - Notstand, vom Flugblatt über das Buch bis zum Abzeichen, zu den jeweiligen Öffnungszeiten in der Geschäftsstelle in Frankfurt und im Büro Offenbach (siehe bei "Beratung" oben) bzw. per Post gegen Rechnung, nach schriftlicher oder telefonischer Bestellung
- + Zusätzliche schriftliche Mitteilungen und rechtliche Hinweise bei aktuellen Anlässen

Wer daran interessiert ist, an gelegentlich erforderlichen Aktionen (z. B. Flugblattverteilung) und Demonstrationen teilzunehmen, der möge sich bitte bei der Geschäftsstelle melden, damit wir ihn bei entsprechenden Gelegenheiten schnell erreichen können (bitte auch Telefonnummer angeben!).

Anschriften von WEITEREN BERATUNGSSTELLEN in Hessen und der Bundesrepublik sind bei unserer Geschäftsstelle zu erfragen!

VERBAND DER KRIEGSDIENST-
VERWEIGERER in der WRI eV
Gruppe Frankfurt/Offenbach

Geschäftsstelle: 6000 Frankfurt 1
Münchener Str. 38
Büro Offenbach: 6050 Offenbach
Bleichstraße 28
Telefon: über Frankfurt 35 03 33
Konten: Postscheckamt Ffm 167 00
Städt. Spark. Offenbach 2800 470

W I R B I E T E N A N

Mit der folgenden Zusammenstellung von Materialien zum Problemkreis Kriegsdienstverweigerung - Abrüstung - Gewaltlosigkeit - Notstand wollen wir Ihnen die Möglichkeit bieten, sich über diese Gebiete eingehender zu informieren.

Wir würden uns freuen, wenn diese Unterlagen helfen könnten, Ihnen ein besseres Bild über die angeschnittenen Themen zu vermitteln und Ihren eigenen Standpunkt deutlicher und genauer zu vertreten.

Bestellungen sind möglich durch Telefonanruf, unter Angabe von Stückzahl, Bestellnummer und Einzelpreis, oder durch Einsenden des anhängenden gelben Bestellvordrucks an unsere Geschäftsstelle.

Material im Wert
von einer Mark
mindestens
erhalten Sie
zusätzlich
g e s c h e n k t

wenn Sie für über
DM 5,- aus dieser
Liste bestellen!

Außerdem ist das aufgeführte Material montags und donnerstags von 17.30 bis 20 Uhr in unserer Geschäftsstelle zu bekommen.

Allerdings müssen wir uns Liefermöglichkeit vorbehalten, da einiges schnell vergriffen sein kann.

Mit freundlichen Grüßen

Verband der Kriegsdienst-
verweigerer in der WRI eV

Gruppe Frankfurt/Offenbach

Aus Platzgründen

führen wir in diesem Materialverzeichnis nur Dinge auf, die wir bereits in unserer Geschäftsstelle liegen haben und die in der Regel sofort geliefert werden können, meist handelt es sich um eigene Veröffentlichungen unseres Verbandes bzw. uns nahestehender Organisationen.

Sämtliche anderen Bücher, Zeitschriften, Schallplatten usw. des In- und Auslandes können wir Ihnen zu Originalpreisen ebenfalls liefern bzw. vermitteln und bitten um Ihre Bestellung, unter möglichst genauer Angabe von Verfasser, Titel und Verlag auf dem beiliegenden gelben Bestellordruck.

Das Angebot im In- und Ausland besonders an Literatur ist sehr umfangreich. Wir bemühen uns, unsere zeitgeschichtliche und pazifistische Bücherei ständig auf dem Laufenden zu halten und möglichst alle Neuerscheinungen schnellstens zu beschaffen. Daher empfehlen wir, sich hier über "das Neueste" zu informieren -

montags und donnerstags 17.30 bis 20 Uhr
in unserer Geschäftsstelle
in Frankfurt, Münchener Straße 38 I
(Ecke Moselstraße, im Haus von "Werken und Freizeit")

VERBAND DER KRIEGSDIENST-
VERWEIGERER in der WRI eV

Gruppe Frankfurt/Offenbach

Geschäftsstelle: 6000 Frankfurt 1
- CLUB ZIVIL - Münchener Str. 38 I
Büro Offenbach: 6050 Offenbach
Bleichstraße 28
Telefon: 23 40 22 oder über 35 03 33
Konten: Postscheckamt Ffm 167 00
Städt. Spark. Offenbach 2800 470

ED 718-15-152

~ 12. 66

Materialangebot -
Auszug und NACHTRAG

Mit diesem Auszug aus unserem Materialverzeichnis wollen wir Sie noch einmal auf unser umfangreiches Angebot an Unterlagen zum Problemkreis Kriegsdienstverweigerung - Abrüstung - Gewaltlosigkeit - Notstand hinweisen. Gleichzeitig sind einige Dinge neu oder verändert aufgenommen worden.

Besonders zu beachten bitten wir, daß jetzt in unserem CLUB ZIVIL das gesamte Schallplattenprogramm des PLÄNE-Verlags Düsseldorf zum Kauf zur Verfügung steht, nämlich - alles mit Textheften -

Ça ira 1 - Lieder der Französischen Revolution I	DM 8,50
Ça ira 2 - Lieder der Französischen Revolution II	DM 8,50
Ein Lied - drei vier - Moderne Chansons aus dem Schlaraffenland	DM 8,50
Warnung - Rattengift ausgelegt - Kinder und Haustiere fernhalten - Moderne Chansons aus dem Schlaraffenland	DM 8,50
Hanns Dieter Hüsch - Chansons	DM 8,50
Carmina Urana - Vier Gesänge gegen die Bombe	DM 8,50
Ostersongs 62/63 gegen die Bombe - Ostermarschlieder	DM 8,50
Wir wollen dazu was sagen - Neue Lieder gegen die Bombe	DM 8,50
Solidarity forever - Amerikanische Arbeiterlieder	DM 8,50
I'm on my way - Amerikanische Negerlieder	DM 8,50
Fröhlich ist du Wiener Schnitzel - Zeitkritische Chansons	DM 18,--
1933 - 1963 - Lieder des europäischen Widerstandes gegen den Faschismus	DM 18,--

sowie einige andere Schallplatten:

Christopher & Michael: Folklore Konzert "Kommt her all ihr Leute" (Aufnahme vom 4.3.66 Cantate-Saal Frankfurt)	DM 18,--
Mouloudji: Le Déserteur u. a.	DM 4,75
Mouloudji: 10 Chansons	DM 18,--
Mouloudji: 12 Chansons	DM 18,--

ACHTUNG - -

ab sofort - solange Vorrat -
wird jeder Lieferung
die Broschüre der IG Metall
"NOTSTANDSGESETZE -
NOTSTAND DER DEMOKRATIE"
(siehe Nr. 7108 der Liste)
KOSTENLOS beigelegt!

Weiter haben wir auch einige der kritischen Bücher von Rudolf Rolfs, dem Leiter der Frankfurter "Schmiere - das schlechteste Theater der Welt", ständig im CLUB ZIVIL zum Verkauf ausliegen, zum Beispiel

Die Hosenträger - 101 Satire	DM 4,80
Tagebuch eines Nichtschläfers	DM 4,80
Voller Bauch auf Barrikaden	DM 4,80
Stolperdraht für Arglose	DM 4,80
Die Katze tritt die Treppe krumm - Eine Szenenmontage zersetzender Satire	DM 2,80
Pamphlete - Illegale Handzettel gegen eine zu erwartende Diktatur	DM 6,80

	Bestell- nummer	DM
WARUM WIR DEN KRIEGSDIENST VERWEIGERN. Gute und schlechte Antworten auf kritische Fragen aus der Praxis der Prüfungsausschüsse und -kammern für Kriegsdienstverweigerer. Von Wilhelm Keller unter Mitarbeit von Hans-Konrad Tempel. Hsg.: Verband der Kriegsdienstverweigerer, Bundesgeschäftsstelle, Offenbach; 1963; 15 S. A 5, geheftet	1101	-,50
KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG UND DIENST AN DER GEMEINSCHAFT. Von Heinrich Hannover und Dr. Wilhelm Ude. Sonderdruck mit einigen Änderungen aus der Broschüre "Rechte der Wehrpflichtigen" des DGB-Bundesvorstandes. Hsg.: VK-Geschäftsstelle, Offenbach; 2. Auflage. Dezember 1966, etwa 16 S. A 5, geheftet	1102.2	-,70
WER WIRD ALS KRIEGSDIENSTVERWEIGERER ANERKANNT? Die wichtigsten Entscheidungen im Rechtsverfahren der Bundesrepublik. Zusammengestellt von Rüdiger Frank. Hsg.: Verband der Kriegsdienstverweigerer, Detmold; 1961; 54 S. A 5, broch.; mit Sach- und Namenregister	1103	3,--
WARUM ICH ALS CHRIST NICHT SOLDAT SEIN KANN. Zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Von Walter Schlenker. Stimme-Verlag, Frankfurt; 1964; 76 S. A 5, geheftet	1104	3,40
KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG oder GILT NOCH DAS GRUNDGESETZ? Hsg. Heinz Liepmann. Vlg. Rowohlt, Hamburg, Reihe rororo, Nr. 885, März 1966; 137 S. A 5, broschiert	1112	2,20
DAS SCHWERGEPRÜFTE GEWISSEN. Ein Lesespiel. Von Gerold Jaspers. Hsg. im Auftrage der Jugendkammer von der "Spiel- und Feier-Beratungsstelle" der Jugendkammer der evang. Kirche von Westfalen, Bochum; 1966; 47 S. A 6, geheftet	1113	1,--
RECHT DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG. Ein Handbuch. Vlg. Verband der Kriegsdienstverweigerer, Offenbach; 2. überarbeitete Auflage: vorauss. Januar 1967; zun. etwa 200 S. A 5, Loseblatt-Sammlung, in Ringbuch, mit abwaschbarem Umschlag, mit Register	1114.2	6,80
ANSTECKNADEL "WRI-BRUCHGEWEHR", Metall hell, 15 mm breit	1703.2	1,50
DER DRÜCKEBERGER. Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer im Ersatzdienst. Hsg.: Ersatzdienstgruppe an den Universitätskliniken Heidelberg, Heidelberg; erscheint unregelmäßig; etwa 32 S. A 4; Einzelpreis DM -,70	Probennummer 2201.2	-,70
DER DRÜCKEBERGER. - wie 2201.2 - Sondernummern mit Kurzfassung des Buches von Fritz Vilmar "Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus" (siehe Nr. 3104.3); voraussichtlich Januar 1967 1. Teil und etwa Februar 1967 2. Teil	2202 2202	1,40

ED 718-15-153

	<u>Bestell-</u> <u>nummer</u>	<u>DM</u>
ZIVILER ERSATZDIENST. Informationen vom Verband der Kriegsdienstverweigerer. Hsg.: VK Frankfurt/Offenbach; November 1966; 12 S. A 5 quer	2301	-,50
DER WEG ZUR WELTABRÜSTUNG HEUTE! Von Philip Noel-Baker. Stimme-Vlg. Frankfurt; 1964, 70 S. A 5; Vorwort von Harold Wilson, zur deutschen Ausgabe von Max Born. Originalausgabe erschien zuerst bei The Union of Democratic Control, London	3102	2,90
RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG IM SPÄTKAPITALISMUS. Materialien und Analysen. Von Fritz Vilmar. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt. 2., verbesserte und erweiterte Auflage; Sonderdruck für die Mitglieder der Kampagne für Abrüstung; Mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim, 1966; 327 S. A 5, Paperback	3104.3	9,80
ANSTECKNADEL "OSTERMARSCH-EMBLEM", Metall, schwarz auf hellem Grund, rund, 11 mm Ø	4703	1,--
ANSTECKABZEICHEN "AGAINST CONSCRIPTION", Sonderabzeichen aus England; Plastik, rund, 23 mm Ø	4704	1,--
ANSTECKABZEICHEN "MAKE LOVE NOT WAR", Sonderabzeichen aus England, Plastik, rund, 23 mm Ø	4705	1,--
HANDBUCH FÜR PLANUNG UND DURCHFÜHRUNG VON DIREKTEN, GEWALTLOSEN AKTIONEN. Von Charles Walker, USA. HSG. im Auftrag der War Resisters' International, England, von Helga und Hans-Konrad Tempel, Ahrensburg, in Verbindung mit dem VK-Bundesvorstand; Juli 1963; 36 S. A 5	5102	1,--
DIE MACHT DER GEWALTLOSIGKEIT. Von Richard B. Gregg. Aus dem Amerikanischen von Paul March, Titel der amerikanischen Originalausgabe: "The Power of Nonviolence". Mit einem Vorwort von Martin Luther King. Vlg. des Instituts für Geozozoologie und Politik, Bellnhausen/Sensen-Verlag., Wien; 1965; 168 S. A 5, broschiert	5104	9,80
BRUDERKRIEG IN VIETNAM. Entstehung - Hintergründe. Von Gerhard Grüning. Hsg./Vlg.: Gruppe Frankfurt des VK, Frankfurt; 2. erweiterte Auflage; März 1966, 64 S. A 5, mit zahlreichen Bildern und zwei Karten	6102.2	2,20
DISZIPLIN IST ALLES. Der Selbstverteidigungsbeitrag des letzten Zivilisten. Von Kurt Halbritter. Vorwort von Werner Finck. Vlg. Bärmeier und Nickel, Frankfurt; seit 1954 über 35.000 Exemplare (!); 80 S. A 5 mit 57 Zeichnungen	6105	6,80
FOTOPOSTKARTE "Deutschland - wie groß wird Dein nächstes Elend? Gilt gleichermaßen für Pankow und Bonn)", Motiv Wohnhaus-Ruine mit Bundeswehr-Werbeplakaten davor, Foto: Heinz Finck DJV, Konstanz, Bildunterschrift: Pantenius, Stuttgart 5 Stück = 1 Satz	6401	1,--

Bestell-
nummer DM

NOTSTANDSGESETZE - NOTSTAND DER DEMOKRATIE.

Hsg. Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Vorstand, Frankfurt; November 1966; 64 S. A 5, mit Fotografien

Diese Broschüre wird jeder Lieferung kostenlos beige-fügt (solange Vorrat reicht!)

7108 --,--

Kongreß "NOTSTAND DER DEMOKRATIE" in Frankfurt am 30. Oktober 1966. Ausführlicher Bericht über die einzelnen Foren und die Abschlußkundgebung auf dem Römerberg (Reden dort im Wortlaut). In "Informationen zur Abrüstung", Hsg. Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuß, Offenbach - Heft November 1966, 16 S. A 4

7109 --,60

DER GROSSE PLAN DER CDU: DIE "FORMIERTE GESELLSCHAFT". Von Reinhard Opitz. Vlg. Pahl-Rugenstein, Köln; Sonderdruck aus "Blätter für deutsche und internationale Politik" Heft 9/1965; Reihe "Argumente zur Zeit"; Ende 1965; 30 S. B 5

9101 1,50

DIE LAGE DER VERTRIEBENEN UND DAS VERHÄLTNIS DES DEUTSCHEN VOLKES ZU SEINEN ÖSTLICHEN NACHBARN. Eine evangelische Denkschrift. Hsg.: Kirchenkanzlei der EKD, Hannover; Oktober 1965; 44 S. A 5

9103 1,--

SÜSS UND EHRENVOLL ... Von Dalton Trumbo. Aus dem Amerikanischen ("Johnny got his Gun", 1939) von Rudolf Rocholl. Roman. Vlg. Rowohlt, Hamburg, Reihe rororo, Nr. 822; Februar 1966; 154 S., Taschenbuch

9107 2,20

Die genannten Preise gelten ab unserer Frankfurter Geschäftsstelle. Bei Bestellwert bis DM 10,- berechnen wir die vollen Versandkosten, ab DM 10,- liefern wir portofrei. - Zahlung sofort nach Erhalt des Materials aufgrund unserer beiliegenden Rechnung auf unser Konto.

Bestellungen sind möglich durch Telefonanruf, unter Angabe von Stückzahl, Bestellnummer und Einzelpreis, oder durch Einsenden des anhängenden gelben Bestellvordrucks an unsere Geschäftsstelle. Außerdem ist das aufgeführte Material - sowie weiteres, hier nicht genanntes - in unserer Geschäftsstelle - CLUB ZIVIL - zu bekommen (ab 17 Uhr, montags bis freitags). - Liefermöglichkeit vorbehalten.

ED 718-15-154

Verband der Kriegsdienstverweigerer

in der War Resisters' International eV, London



Gruppe FRANKFURT/OFFENBACH

Postanschrift: VK Ffm. - 6000 Frankfurt 1 - Münchener Straße 381

GESCHÄFTSSTELLE: Frankfurt-Innenstadt
Münchener Straße 381, (Ecke Moselstraße)
Beratung u. Bürostd: montags u. donnerstags 17.30 - 20.00 Uhr

BURO OFFENBACH: Offenbach
Bleichstraße 28, (Nähe Wilhelmsplatz)
Beratung: montags u. mittwochs 18.00 - 19.30 Uhr

TELEFON: über Frankfurt (0611) 35 03 33

KONTEN: Postscheckamt Frankfurt 16700
Städt. Sparkasse Offenbach 2800470

Datum: 5. Dezember 66

Liebe Freunde,

hiermit erlaube ich mir, Sie um Unterstützung für 2 Aktionen zu bitten:

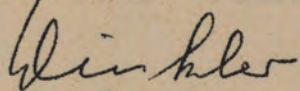
1. Freitag, den 9. Dezember ab 13.00 Uhr im Club Zivil Postversand-
arbeiten. Nicht sehr angenehm, aber wegen der zur Zeit im Gang
befindlichen Erfassung des Jahrgangs 48 doch sehr wichtig! Groß-
versand an etwa 3000 Adressaten.
2. Samstag, den 10. Dezember "Tag der Menschenrechte"
Eine Sache wird aber nur konkret, wenn man sie an konkreten Tat-
beständen mißt und sie darauf bezieht. Am 10. Dezember werden in
vielen Städten vieler Länder Aktionen gegen den Vietnam-Krieg
stattfinden. Mittelpunkt dieser Aktion in Frankfurt ist eine
Geldsammlung, die am 10. Dezember beginnen und bis Ostern 1967
fortgesetzt werden soll. Der Reinerlös dieser Sammlung wird dem
Komitee "Helft ihnen", dessen Kuratorium u.a. Oberkirchenrat
Kloppenburg, Präsident Niemöller und Prof. Fabian angehören, zur
Verfügung gestellt. Das Kuratorium leitet das Geld weiter an das
Rote Kreuz Nordvietnams und der Südvietnamesischen Befreiungs-
front an die buddhistische Bewegung Vietnams und an die demo-
kratische Opposition in Südvietnam. Diese Mittel werden von den
genannten Kräften ausschließlich für soziale und medizinische
Hilfen für die Betroffenen des unmenschlichen Krieges verwendet.

Treffpunkt 9.30 Uhr im Club Voltaire, Frankfurt am Main, Kleine
Hochstraße 6. Wer erst später kommen kann, begeben sich bitte zu
den Informationsständen:

- I. hinter der Katharinenkirche
- II. Opernplatz
- III. Kaiserstraße - Ecke Taunusanlage.

Ich weise bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß am 7. Dez. um
20.00 Uhr im Großen Saal des Frankfurter Volksbildungsheimes
eine Filmdokumentation aus Nord- und Südvietnam gezeigt wird.
Der französische Gewerkschafter Louis Postal wird dazu von sei-
nen Vietnam-Eindrücken berichten. Eintritt 2,-- DM.

Mit herzlichen subversiven Grüßen


Norbert Winkler



„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“

Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



die Abrüstung
fördern
den Kriegsdienst
verweigern

ED 7 18-15-155

Verband der Kriegsdienstverweigerer

in der War Resisters' International eV, London



Gruppe FRANKFURT/OFFENBACH

Postanschrift: VK Ffm. - 6000 Frankfurt 1 - Münchener Straße 38'

Herrn/Frau/Fräulein

GESCHÄFTSSTELLE: Frankfurt-Innenstadt
Münchener Straße 381, (Ecke Moselstraße)

Beratung u. Bürostd: montags u. donnerstags 17.30 - 20.00 Uhr

BURO OFFENBACH: Offenbach
Bleichstraße 28, (Nähe Wilhelmsplatz)

Beratung: montags u. mittwochs 18.00-19.30 Uhr

TELEFON: über Frankfurt (0611) 35 03 33

KONTEN: Postscheckamt Frankfurt 167 00
Städt. Sparkasse Offenbach 2800 470

Datum:

~ 3.67

Bei Überprüfung Ihrer Mitgliedskarte haben wir folgenden Rückstand festgestellt:

Aufnahmegebühr	DM
Jahresbeitrag 19_____	DM
" 19_____	DM
ZIVIL-Bezug _____	DM
Rechnung Nr. _____	DM
" Nr. _____	DM
_____	DM
_____	DM
Summe	=====	DM

Um unsere gemeinsame Aufgabe durchführen zu können, sind wir auf die Begleichung dieses Betrages angewiesen.

Sollten Sie mit unseren Buchungen nicht übereinstimmen, wären wir für einen baldigen entsprechenden Hinweis außerordentlich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

V K Frankfurt/Offenbach

I. A.:



„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“
Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



die Abrüstung fördern
den Kriegsdienst verweigern

BEITRITTSERKLÄRUNG

21967

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg, weder direkt noch indirekt, zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

ED 718-15-156

Ich bitte um Aufnahme in den Verband der Kriegsdienstverweigerer ("VK") und um monatliche Lieferung von "ZIVIL- Monatszeitschrift für deutsche Kriegsdienstverweigerer" zum Preis von DM 6,60 im Vierteljahr. (Für Schüler, Ersatzdienstleistende und Soldaten auf Antrag Ermäßigung des ZIVIL-Bezuges auf DM 3,- im Vierteljahr.)

Name _____ Vorname _____ Geburtstag _____

Beruf _____ Postleitzahl, Wohnort _____

Straße, Hausnummer _____ Telefon _____

Aufnahmegebühr DM 2,-- - Mitgliederbeitrag jährlich DM 6,--

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

BEITRITTSERKLÄRUNG

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg, weder direkt noch indirekt, zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Ich bitte um Aufnahme in den Verband der Kriegsdienstverweigerer ("VK") und um monatliche Lieferung von "ZIVIL - Monatszeitschrift für deutsche Kriegsdienstverweigerer" zum Preis von DM 6,60 im Vierteljahr. (Für Schüler, Ersatzdienstleistende und Soldaten auf Antrag Ermäßigung des ZIVIL-Bezugs auf DM 3,- im Vierteljahr.)

Name _____ Vorname _____ Geburtstag _____

Beruf _____ Postleitzahl, Wohnort _____

Straße, Hausnummer _____ Telefon _____

Aufnahmegebühr DM 2,-- - Mitgliederbeitrag jährlich DM 6,--

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir
kostenlos aufklärende Unterlagen
über das gesetzliche Recht
der Kriegsdienstverweigerung.

Name, Vorname

Postleitzahl, Wohnort, Postamt

Straße, Hausnummer

Beruf

Geburtsstag

Diesen ausgefüllten Abschnitt
bitte seinsenden - in offenem
Umschlag, frankiert mit -,20 -
an

VERBAND DER KRIEGSDIENST-
VERWEIGERER in der WRI eV
Gruppe Frankfurt/Offenbach

6000 Frankfurt 1

Münchener Straße 38

BERATUNGSTELLEN für KRIEGSDIENSTVERWEIGERER im Rhein-Main-Gebiet:

6000	FRANKFURT 1	"Club Civil" Münchener Straße 38	täglich (montags - freitag) 17.00 - 20.00 Uhr
6050	OFFENBACH	Bleichstraße 28 (Nähe Wilhelmsplatz)	montags und mittwochs 18.00 - 20.00 Uhr
6100	DARMSTADT	Kiesstraße 16	montags 17.30 - 20.00 Uhr
6238	HOFHEIM	Hotel Landsberg Hauptstraße	jeden 1. Dienstag im Monat 19.00 - 22.00 Uhr
6450	HANAU	Frankfurter Landstraße 1 a	donnerstags 18.00 - 20.00 Uhr

~ 1967

ED 718-15-158

M e r k b l a t t f ü r S o l d a t e n

Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz:

"Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden ... "

Das Recht, militärische Befehle zu verweigern, tritt mit der Antragstellung um Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer in Kraft.

Nach dem Urteil des OLG Ffm vom 19.4.1967 (Fall Kubetz) gilt:

Der Wehrpflichtige, der den später als begründet festgestellten Antrag auf Anerkennung als KDV gestellt hat, kann wegen einer nach Antragstellung begangenen Gehorsamsverweigerung gegenüber einem seinen Wehrdienst betreffenden Befehl nicht bestraft werden.

Das bedeutet: Nichtausführen militärischer Befehle nach Antragstellung bleibt straffrei.

Der De-Maizièrè-Erlaß vom Dezember 1966 besagt noch, daß

noch nicht anerkannte Kriegsdienstverweigerer an Stellen einzusetzen sind, die auch den vollen soldatischen Einsatz erfordern.

Dies darf jedoch kein Dienst mit der Waffe sein!

Beschleunigte Bearbeitung der Anträge.

Der Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer kann auch von S o l d a t e n jederzeit gestellt werden.

Nach § 21 Abs. 9 MVO müssen diese Anträge beschleunigt verhandelt werden. Die Ladung vor den Prüfungsausschuss muß soll unverzüglich erfolgen.

Nach der Anerkennung können Kriegsdienstverweigerer

auf eigenen Antrag beurlaubt werden, auch wenn der Bescheid oder das Urteil noch nicht rechtskräftig sind.

Dieser Sonderurlaub wird ohne Dienst- und Sachbezüge ausgesprochen.

Da der Wegfall der Bezüge auch für die Unterhaltssicherung der Angehörigen gilt, ist es aus materiellen Gründen oft angebracht, auf die Beurlaubung zu verzichten und bis zur endgültigen Entlassung bei der Bundeswehr zu bleiben.

Näheres enthält unser Handbuch "Recht der Kriegsdienstverweigerung", zu beziehen von untenstehender Adresse (2. Auflage, 200 Seiten, DM 6,80)

Herausgegeben vom Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK)
- Gruppe Frankfurt (M) -, 6 Frankfurt 1, Moselstr. 25 / Tel.: 234022

ED 718-15-159

~ 7.67

**club
civil**



..... für politischen Pazifismus

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER
in der War Resisters' International eV

Gruppe Frankfurt am Main

D-6 Frankfurt 1

Moselstraße 25

Telefon 23 40 22

In eigener Sache

=====

Das Wichtigste im Telegrammstil:

Ausgezeichneter Erfolg unseres Spendenaufufes - VK-Frankfurt stellt Geschäftsführer ein - In 5 Wochen fast hundert neue Mitglieder geworben - VK-Aktion vor amerikanischen Kasernen - Trägerkreis "VK-Geschäftsführer" trat in Aktion - Intensive Arbeit in wesentlich verbesserten Räumen

Unsere letzten Rundschreiben haben uns erfreulicherweise wieder ein beträchtliches Stück weitergebracht: wir konnten unsere Herbstarbeit mit einer aufgefüllten Verbandskasse beginnen und möchten hier an erster Stelle den vielen Freunden danken, die in den letzten 8 Wochen durch Überweisung einer Spende und prompte Zahlung des Mitgliedsbeitrages unser finanzielles Schiff wieder flottgemacht haben!

Ein Mitglied aus Bad Ems allerdings schreibt uns, wir sollten doch mit den regelmäßig wiederkehrenden Bettelbriefen aufhören und mit der Billigmacherei Schluß machen; ein Mitgliedsbeitrag von 6,--DM sei lächerlich - es wäre viel besser, das Doppelte oder Dreifache zu fordern, die meisten Mitglieder würden das auch gerne bezahlen und Spendenaufufe würden sich dann erübrigen.

2

Liebe Freunde,

das ist eine ernste Frage, die hier aufgeworfen wird. Freilich haben wir sie uns in den vergangenen Jahren auch selber schon öfter gestellt. Wir würden gerne Ihre Meinung zu dieser kritischen Äußerung eines Mitgliedes hören:

Befürworten Sie einen höheren Jahresbeitrag oder halten Sie unser bisheriges Verfahren für besser, wenn die finanzielle Lage es erfordert, mit einem Spendenaufuf an Sie heranzutreten, der dann meist immerhin 800 - 1.200 DM einbringt. Ein solcher Spendenaufuf hat gegenüber einer verbindlichen Beitragserhöhung den großen Vorteil, daß die weniger zahlungskräftigen Mitglieder nicht durch einen

von vornherein sehr hoch angesetzten Mitgliedsbeitrag abgeschreckt werden. Immerhin kommt es uns nicht nur darauf an, von unseren Mitgliedern Geld einzunehmen - wir halten es auch für wichtig, einen geistigen und dem politischen Pazifismus dienenden Kontakt mit möglichst vielen jüngeren und älteren Menschen aufrechtzuerhalten.

Ein neuer Schritt vorwärts

ED 718-15-160

Was wir uns seit Jahren gewünscht haben, ist seit dem 1. Oktober Wirklichkeit geworden: Unser Club Civil ist ab 1. Oktober täglich ab 14.00 Uhr (samstags 16 - 18 Uhr) geöffnet, weil wir es finanziell geschafft haben, für einige Stunden am Tag einen Geschäftsführer einzustellen (im Oktober und November hatten wir das Glück, daß unser Freund Horst Döring für ein außerordentlich geringes Entgelt die Arbeit übernommen hat; wir dürfen ihm an dieser Stelle einen Herzlichen Dank aussprechen.)

Es ist selbstverständlich, daß diese Tatsache, daß wir nun ein "Haus der offenen Tür" geworden sind, unsere Arbeit sehr belebt hat. Nicht nur haben wir einer wesentlich größeren Zahl von Ratsuchenden helfen können. Da viele junge Menschen unsere Tür offen fanden, konnten wir auch mit ihnen reden - und so ist es sicherlich kein bloßer Zufall, daß wir in den letzten 5 Wochen einen noch nie dagewesenen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen hatten.

Wallraff

liest noch nicht veröffentlichte neue
und bespricht alte Reportagen:

Bundeswehrtagebuch

????.....?

Industriereport

????.....?

politische Strafjustiz

usw.

Freitag, den 15. Dezember
um 20 Uhr in der Klettenbergstr. 11
(Veranstaltung des Club Civil
im Seminar für Politik)



Trägerkreis "VK-Geschäftsführer" gegründet

Diese wesentliche Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen hätten wir kaum verwirklichen können, wenn es uns nicht gelungen wäre, in den vergangenen 10 Wochen einen "Trägerkreis VK-Geschäftsführer" zu gründen. An einen Kreis von Mitgliedern, der nach unserer Vermutung bereit und "zahlungsfähig" in dieser Angelegenheit ist, haben wir persönliche Anschreiben gerichtet. Das überraschende und höchst erfreuliche Ergebnis war, daß bis zum heutigen Tage nicht weniger als 66 der Angeschriebenen sich bereiterklärt haben, - mindestens für 1 Jahr - einen festen monatlichen Beitrag zur Finanzierung eines Geschäftsführers zu leisten, so daß wir nun mit einer zusätzlichen monatlichen Summe von 225 DM rechnen können,

Von den anderen Aktivitäten unserer Gruppe wird in diesem Heft im einzelnen berichtet.

Alles in allem läßt sich feststellen:

Der VK-Frankfurt/Offenbach hat in diesem Herbst eine durchaus positive Arbeit geleistet. Wir können hoffen, allmählich über den Rahmen einer kleinen Beratungsstelle zu einem Begegnungszentrum des politischen Pazifismus zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz Vilmar

Norbert Winkler

Übrigens

haben Sie schon unser wesentlich erweitertes Literaturangebot über den politischen Pazifismus beachtet?

Kommen Sie auf jeden Fall einmal in unseren Club Civil;
Es lohnt sich sicher für Sie!

Müssen Pazifisten Sozialisten sein?

EO 718-15-161

Ein Seminar im CLUB CIVIL

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr bemüht, die gesellschaftlichen Grundlagen und vor allem die gesellschaftspolitischen Konsequenzen der Kriegsdienstverweigerung zu erkennen. Wer in der letzten Zeit aufmerksam "ZIVIL" gelesen hat, wird - etwa in dem Grundsatzreferat unseres Bundesvorsitzenden - bemerkt haben, daß der Zusammenhang von Pazifismus und grundsätzlicher Sozialkritik in zunehmendem Maße deutlich wird.

Kurz gesagt: Es zeigt sich, daß das individuelle und isolierte "Nein" zum Töten nicht genügt, daß es vielmehr notwendig ist, sich politisch, gesellschaftskritisch zu engagieren und gegen diejenigen Kräfte zu kämpfen, deren Herrschaftsinteressen immer wieder zu riesigen Rüstungen, Völkerhaß, Polizeiaktionen, Krieg und Terror führen.

Andererseits freilich haben sich Pazifisten auch mit einer bestimmten Art von doppelter Moral einer nicht kleinen Gruppe von Sozialisten auseinandersetzen: Mit denjenigen nämlich, die hierzulande eifrig für Kriegsdienstverweigerung und Rüstungsabbau eintreten, in Vietnam oder Südamerika dagegen den revolutionären Krieg bejahen.

Fritz Vilmar hat daher, in Fortsetzung recht erfolgreicher Seminare des vergangenen Jahres, ein Seminar über Pazifismus und Sozialismus wieder aufgenommen. In einer Reihe von Sitzungen ist von einem aktiven Teilnehmerkreis bereits Wichtiges erarbeitet worden. Aber leider war es ein recht kleiner Kreis. Offenbar hat diese notwendige Form politischer Bildungsarbeit für Pazifisten unter unseren Mitgliedern noch nicht die Resonanz gefunden, die für ihre eigene Standortbestimmung so wichtig wäre. Wir möchten daher alle heute noch einmal einladen, an diesem Seminar teilzunehmen (siehe "Kasten"). Wir werden in einer einleitenden Sitzung allen neu Hinzugekommenen ein zusammenfassendes Ergebnis unserer bisherigen Arbeit vorlegen.

Seminar:
politischer Pazifismus

**Zusammenfassung der
seitherigen Besprechungen und
Weiterführung des Seminars
im neuen Jahr:**

**Dienstag, den 9. Januar
20 Uhr im Club Civil
Danach jeden Dienstag Fortsetzung.**

Die folgenden Thesen (gegenwärtig sind These 1 bis 3 behandelt) mögen allen Interessierten einen Eindruck geben, um welche Problematik es in unserem Seminar geht.

**POLITISCHER PAZIFISMUS UND GESELLSCHAFT-
LICHER FORTSCHRITT**

(Provisorische, im Laufe des Seminars zu korrigierende Thesen)

- 1) Politischer Pazifismus ist der Versuch, die gesellschaftlichen Probleme in einer Nation und zwischen den Nationen ohne Vernichtung von Menschen zu lösen.
- 2) a. Gesellschaftlicher Fortschritt ist die zunehmende Befreiung der Menschen aus der Herrschaft der Naturzwänge und der Machteliten.
b. Durch die Industrielle Revolution ist die Knechtung des Menschen durch den natürlichen Mangel weitgehend aufgehoben. Dagegen besteht die Unterdrückung durch herrschende Klassen weiter fort und verhindert sogar die vernünftige Realisierung des industriell erzeugten Reichtums.
- 3) a. Politische Pazifisten können dem gesellschaftlichen Fortschritt nicht neutral gegenüberstehen, denn sie müssen in der Existenz beherrschender Klassen den heute entscheidenden Ursprung von Krieg und anderen Formen der Existenzbedrohungen des Menschen erkennen.
b. Der politische Pazifist muß also für gesellschaftlichen Fortschritt und gegen Klassenherrschaft eintreten.
c. Politischer Pazifismus und die Idee des Sozialismus sind also untrennbar verbunden.

- 4) Politische Pazifisten haben sich jedoch mit einer Form des Sozialismus auseinandersetzen, die in dem Satz von Karl Marx zum Ausdruck kommt: "Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht." Durch diesen Satz wird die Möglichkeit, gesellschaftlichen **Fortschritt und schließlich** eine friedliche klassenlose Gesellschaft mit Mitteln des politischen Pazifismus zu erreichen, in Frage gestellt. Es fragt sich andererseits, ob die marxistische Behauptung stimmt. ED 718-15-162
- 5) a. Der generelle marxistische Satz, Gewalt sei der Geburtshelfer für eine neue Gesellschaft, ist am Beispiel der Französischen Revolution gewonnen worden.
b. Dieser Satz gilt nicht generell. Vielmehr sind wesentliche gesellschaftliche Fortschritte evolutionär und nicht gewaltsam-revolutionär erreicht worden.
- 6) Politische Pazifisten können keine Antwort für alle politischen Epochen und Situationen geben. Es bleibt denkbar, daß unter bestimmten gesellschaftlichen terroristischen Verhältnissen der Verzicht auf politische Gegengewalt zum Rückfall in totale Barbarei führt. Gegenwärtig sind allerdings nirgends in der Welt solche Verhältnisse gegeben.
- 7) a. Es ist zu untersuchen, inwieweit diese Thesen für die Emanzipationsbewegung der Dritten Welt zutreffen und daher der Satz Che Guevaras gilt oder nicht gilt: "Schafft zwei, drei - viele Vietnam!"
b. Vieles spricht dafür, daß die These Guevaras nicht gesellschaftlichen Fortschritt, sondern ein absehbares Blutbad in den ehemals und/oder noch kolonialisierten Nationen erzeugt.
- 8) a. Die politischen Kräfte, die für den gesellschaftlichen Fortschritt eintreten, wie ebenso die - politisch oft hilflosen, auf Individualethik sich zurückziehenden Pazifisten - haben bisher keine systematische Anstrengung unternommen, Methoden gewaltfreier politischer Aktion in ihre Theorie aufzunehmen.
b. Diese Methoden und Formen gewaltfreier politischer Aktionen sind daher von politischen Pazifisten künftig genau und gründlich zu untersuchen.

Fortsetzung dieser Thesen auf der letzten Seite

To American servicemen in Europe

VK Frankfurt startet internationale
Aktion zur Aufklärung der in Deutsch-
land stationierten amerikanischen
Soldaten

In den späten Nachmittagsstunden des 15. November, kurz vor Beendigung der "Arbeitszeit" der amerikanischen Soldaten, eilten 15 Freunde unserer Gruppe und 5 Vertreter ausländischer Sektionen der "War Resisters' International" vor die Kasernen in der Friedberger Landstraße und begannen dort mit der Verteilung von Flugblättern in englischer Sprache: "To American servicemen in Europe".

Sofort begannen sich die Militärpolizisten in der Wachstube zu regen; sie ließen sich unsere Flugblätter zeigen und begannen aufgeregt zu telefonieren. Ordonanzen eilten mit sorgfältig auf Schreibtafeln eingeklemmten Flugblättern hin und her. Zunächst passierte nichts; lediglich die aus der Kaserne eilenden Soldaten wurden von den Militärpolizisten angehalten, unsere Flugblätter nicht anzunehmen. Etwas weiter abseits standen jedoch die gleichen Soldaten trau-
benweise um ein einzelnes Flugblatt herum, um eifrig darin zu studieren. In dem Flugblatt wurden die Soldaten daraufhingewiesen, daß jeder Mensch

für seine Taten selbst verantwortlich ist: In Nürnberg wurden deutsche Soldaten verurteilt, weil sie verbrecherische Befehle nicht verweigert haben. Auch der amerikanische Interventionskrieg in Vietnam ist ein großes Verbrechen an Leben und Freiheit des Vietnamesischen Volkes. Was die amerikanischen Soldaten tun können, wurde ihnen in vier Punkten erläutert:

1. Sie können ihre Einwände gegen den Vietnamkrieg in Form von Petitionen an die übergeordnete Stelle richten,
2. Sie können sich an Demonstrationen beteiligen,
3. Sie können ihren Einwänden durch ihre Verweigerung nach Vietnam zu gehen mehr Nachdruck verleihen,
4. Wenn der Dienst in der Armee gegen ihr Gewissen geht, sollen sie darüber nachdenken, ob sie aus der Armee desertieren; selbst bei Strafe.

Bald darauf erschien die von der MP herbeigerufene deutsche Polizei, um nach dem "Rechten" zu schauen. Da wir die Flugblätter jedoch auf öffentlichem Gelände, ohne den Verkehr zu behindern, verteilten, gab es keine Einwände und die Polizei fuhr bald wieder ab.

ED 718-15-163



Wenn auch der Text unserer Informationsschrift von einigen Soldaten sehr interessiert gelesen wurde, so wurden wir von der Mehrzahl der GI's doch für Kommunisten gehalten; einige fluchten über uns oder spukten uns an. Immerhin hatten wir den Eindruck, daß es in der Kaserne einige Diskussionen gegeben hat.

Noch am selben Abend brachten wir unsere Flugblätter auch in amerikanische Wohnsiedlungen. Am nächsten Morgen fanden wir uns am Gateway-Garden ein, um in der dortigen Wohnsiedlung des amerikanischen Militärflughafens einige Aufregung zu verursachen. Nachmittags belieferten wir das Hauptquartier der amerikanischen Armee in Frankfurt. Wieder Auflauf und eifriges Photographieren von Armeeingehörigen, CIA-Männern sowie Journalisten der Soldatenzeitung "The Overseas Weekly". Der nächste Tag sah unsere Freunde in Hanau vor der Lamboy-Kaserne. Dort ging es nicht ganz so friedlich zu. Aus den Fenstern kamen nicht nur Flüche und ablehnende Redensarten, sondern auch Coca-Cola-Büchsen und Kleiderbügel auf unsere Freunde herab. Die bald darauf erscheinende Hanauer Polizei inhaftierte unsere Flugblattverteiler und brachte sie zum örtlichen Polizeirevier zur Feststellung der Personalien. Da nichts zu beanstanden war, fuhr sie die Polizei - sehr zum Erstaunen der amerikanischen Soldaten - wieder zum Eingang der Kaserne zurück, wo die Flugblattverteilung weitergehen konnte.

Bei der ganzen Aktion hat sich unser "Club Civil" als Organisationszentrale und Diskussionstreffpunkt ausgezeichnet bewährt und als unsere ausländischen Freunde wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten, haben sie die Vorstellung mitgenommen, daß es in Frankfurt wirklich ein pazifistisches Zentrum gibt.



„Manche Leute müssen doch wegen jeder Kleinigkeit gleich demonstrieren...“

ED 718-15-164

Treffen für Aktion!

Besser ist es, jetzt noch nichts genaues zu sagen. Wer sich jedoch für eine große subversive Aktion Anfang Januar zur Verfügung stellen will, komme bitte am Freitag, den 5. Januar ins Gewerkschaftshaus, Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, Raum 1b
Beginn der Veranstaltung 19.30^h

ABRÜSTUNG FÖRDERN -

KRIEGSDIENST VERWEIGERN !

Hinweise zum VK - Solidaritätsfonds

Bekanntlich kann die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer in vier Instanzen erstritten werden. Während die beiden ersten Instanzen (Prüfungsausschuß und Prüfungskammer) kostenlos sind, entstehen in den weiteren Instanzen (Verwaltungsgericht und Bundesverwaltungsgericht) Kosten für den Rechtsanwalt und das Gerichtsverfahren. Diese Kosten trägt der Staat, wenn die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer rechtsgültig ausgesprochen wird. Im Falle der Nichtanerkennung hat der Antragsteller die Unkosten zu tragen. Das sind immerhin bis zu 700,-- DM.

Dem Verband der Kriegsdienstverweigerer, Gruppe Frankfurt, ist es nach langen Bemühungen gelungen, mit Hilfe einiger großzügiger Spenden einen Fonds zu schaffen, der dem speziellen Zweck dienen wird, VK-Mitgliedern diese Kosten abzunehmen.

Der Fonds trägt sich aus einem vorhandenen Grundstock, sowie aus Spenden von Beteiligten und Unbeteiligten. Besonders jeder, der den Fonds in Anspruch nehmen will, wird gebeten, lang vor der Inanspruchnahme eine Spende zu entrichten, die dem späteren Unterstützungsbetrag von bis zu 700,-- DM angemessen ist. Diese Spende sollte bei Kriegsdienstverweigerern, die

noch vor dem Prüfungsausschuß stehen DM 20,-- bis 25,--

noch vor der Prüfungskammer stehen DM 50,-- bis 60,--

bereits vor dem Verwaltungsgericht stehen DM 130,-- bis 150,--

betragen.

Jeder, der die entsprechenden Spendenanteile eingezahlt hat, erhält eine Bescheinigung über die volle Unterstützungsberechtigung.

Nähere Auskünfte erhalten Sie im Club Civil.

für angehende Kriegsdienstverweigerer

Zeit: jeden ersten Donnerstag im Monat um 20 Uhr
(also am 4. Jan., 1. Febr., 7. März, 4. April usw.)

Ort: CLUB CIVIL, Frankfurt, Moselstr. 25

Voranmeldung nicht erforderlich.

Diese Abende sind speziell für die Kriegsdienstverweigerer wichtig, die ihre Prüfungsverhandlung noch vor sich haben. Es ist vorteilhaft, wenn man diese Diskussionsabende mehrfach besucht!

Wir erläutern das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer und demonstrieren Testverhandlungen nach der Wirklichkeit vor.

Dabei finden die Erkenntnisse aus den letzten Verhandlungen Berücksichtigung.

Zu diesen Abenden sollten auch Eltern, die Braut, Freunde und Bekannte sowie evtl. Zeugen des Kriegsdienstverweigerers für seine Prüfungsverhandlung mitkommen.

Die Testverhandlung ist für alle Beteiligten wichtig !

Vor einiger Zeit rief uns eine nette Dame an und teilte uns mit, daß sie sich gelegentlich für Schreibmaschinenarbeiten zur Verfügung stellen könne. Leider ging uns die Notiz mit der Adresse verloren.

Wenn wir hiermit recht schön bitten, vielleicht könnte diese Dame sich noch mal melden. (Evtl. erhalten wir jetzt mehrere Anrufe?)

Auf jeden Fall recht schönen Dank im voraus !

Zahlen zur Kriegsdienstverweigerung: Stand 31.12.1966

Von nicht aufgerufenen Jahrgängen haben bisher 289, von den aufgerufenen Geburtsjahrgängen 1937 bis 1948 33 103, insgesamt 33 392 Wehrpflichtige einen Antrag gestellt. Hinzukommen 5 314 Anträge von Angehörigen des Geburtsjahrganges 1922, die jedoch bis auf wenige Ausnahmen nicht bearbeitet werden. 1 515 Anträge

von der Gesamtzahl 33 392 wurden von Soldaten gestellt.

ABRÜSTUNG FÖRDERN - KRIEGSDIENST VERWEIGERN!



"EIN AUFRECHTER STAATSBÜRGER WIRD NUR, WER AUCH SOLDAT WAR...!"

Von den unanfechtbar abgeschlossenen Verfahren (22 527) sind 17 932 positiv (als Kriegsdienstverweigerer anerkannt) und 4 595 negativ (als Kriegsdienstverweigerer abgelehnt) entschieden worden. Die Anerkennungsquote liegt danach bei 79,6 %.

ED 718-15-166

~ 7.67

club
civil



L I T E R A T U R A N G E B O T zum politischen Pazifismus

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER
in der War Resisters' International eV

Gruppe Frankfurt am Main

D-6 Frankfurt 1

Moselstraße 25

Telefon 23 40 22

W I R B I E T E N A N . . .

Mit der folgenden Zusammenstellung von Materialien zum Problemkreis Kriegsdienstverweigerung - Abrüstung - Gewaltlosigkeit wollen wir Ihnen die Möglichkeit bieten, sich über diese Gebiete eingehender zu informieren.

Wir würden uns freuen, wenn Ihnen die Unterlagen helfen könnten, sich ein besseres Bild über die angeschnittenen Themen zu verschaffen und Ihren eigenen Standpunkt deutlicher und genauer zu vertreten.

Die in diesem Materialverzeichnis aufgeführten Dinge sind in der Regel sofort ab unserer Geschäftsstelle ("Club Civil", geöffnet täglich ab 14 Uhr) durch Abholung oder Postversand lieferbar.

Weitere Angebote entnehmen Sie bitte den besonderen Verlagsprospekten, die teilweise hier beiliegen. Diese Bücher usw. sowie sämtliche anderen Verlags-erzeugnisse des In- und Auslands können wir Ihnen zu Originalpreisen ebenfalls liefern und bitten um Ihre Bestellung, unter möglichst genauer Angabe von Verfasser, Titel, Verlag und Ladenpreis.

2

Bitte bestellen Sie persönlich, telefonisch oder schriftlich (Bestellvordruck siehe letztes Blatt dieses Heftes). Die in diesem Verzeichnis genannten Preise gelten ebenso wie die Original-Ladenpreise sämtlicher anderer Verlagserzeugnisse ab unserer Frankfurter Geschäftsstelle; bei Bestellwert bis DM 10,- berechnen wir die vollen Versandkosten, ab DM 10,- liefern wir portofrei. Zahlung soll sofort nach Erhalt des Materials aufgrund unserer jeder Sendung beigefügten Rechnung erfolgen.

Denken Sie daran: jede Bestellung bei uns ist eine Hilfe zur Finanzierung unserer gesamten Arbeit!

ED 718-15-167

Best.

WARUM WIR DEN KRIEGSDIENST VERWEIGERN. Gute und schlechte

Best.
nr.

DM

Antworten auf kritische Fragen aus der Praxis der Prüfungsausschüsse und -kammern für Kriegsdienstverweigerer. Von Wilhelm Keller, unter Mitarbeit von Hans-Konrad Tempel. Hsg: Verband der Kriegsdienstverweigerer, Bundesgeschäftsstelle, Offenbach; 1963; 15 S. A 5, geheftet

1101.2 - ,70

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG UND DIENST AN DER GEMEINSCHAFT. Von Heinrich Hannover und Dr. Wilhelm Ude. Ein allgemeiner Überblick zur ersten Information. Hsg: VK-Bundesgeschäftsstelle, Offenbach; 2. Auflage; Dezember 1966; 16 S. A 5, geheftet

1102.2 - ,70

WER WIRD ALS KRIEGSDIENSTVERWEIGERER ANERKANNT? Die wichtigsten Entscheidungen im Rechtsverfahren der Bundesrepublik. Zusammengestellt von Rüdiger Frank. Hsg: Verband der Kriegsdienstverweigerer, Detmold; 1961; 54 S. A 5, brosch.; mit Registern

1103 3,--

WARUM ICH ALS CHRIST NICHT SOLDAT SEIN KANN. Zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Von Walter Schlenker. Stimme-Vlg, Frankfurt; 1964; 76 S. A 5, geheftet

1104 3,40

DAS SCHWERGEPRÜFTE GEWISSEN. Ein Lesespiel. Von Gerold Jaspers. Hsg. im Auftrag der Jugendkammer von der "Spiel- und Feier-Beratungsstelle" der Jugendkammer der evangelischen Kirche von Westfalen, Bochum; 1966; 47 S. A 6, geheftet

1113 1,--

Lesespiel "Verhandlung vor dem Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer", geeignet für Jugendgruppen!

	Best. <u>nr.</u>	DM <u> </u>
RECHT DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG. Ein Handbuch. Vlg. Verband der Kriegsdienstverweigerer, Offenbach; 2. Auflage, überarbeitet; 1967; über 200 S. A 5, Loseblatt-Sammlung, in Ringbuch, mit abwaschbarem Umschlag; mit Register.	1114.2	6,80
Enthält alles, was ein Kriegsdienstverweigerer bzw. ein hierüber beratender oder hieran interessierter Leser wissen muß. Ein Sachregister ermöglicht es jedem Laien, Rechtsfragen zum gesamten Fragenkomplex zu beantworten.		
BEITRÄGE ZUM POLITISCHEN PAZIFISMUS. Von Egon Becker, Herbert Stubenrauch, Dr. Theodor Ebert, Reinhold Settele; mit Diskussionsbeiträgen von Dr. Wilhelm Peters, Hans-Karl Rupp, Prof. Dr. Nikolaus Koch, Dr. Theodor Ebert, Günter Bartsch. Hsg. in Zusammenarbeit mit dem VK-Bundesvorstand, Offenbach. Vlg. "gestern und heute" Kurt Hirsch, München; März 1957; Heft 26 der "Sonderreihe", Dokumentationen und zeitgeschichtliche Beiträge; 53 S. A 5, geheftet	1116	2,60
HANDBOOK FOR CONSCIENTIOUS OBJECTORS. Hsg. von Arlo Tatum. Vlg. Central Committee for Conscientious Objectors, Philadelphia, USA; 8. Auflage; Dezember 1966; 110 S. A 5; in englischer Sprache	1117	6,50
Anstecknadel "WRI-BRUCHGEWEHR", Metall, hell, 15 mm breit	1703.2	1,50
Ansteckabzeichen "WRI-BRUCHGEWEHR", Metall, hell, 25 mm breit	1704	1,50
ZIVILER ERSATZDIENST. Informationen vom Verband der Kriegsdienstverweigerer. Hsg. VK Frankfurt, Frankfurt; November 1966; 12 S. A 5 quer, illustriert	2301	-,50

DER WEG ZUR WELTABRÜSTUNG - JETZT ! Von Philip Noel-Baker.
Stimme-Vlg, Frankfurt; 1964; 70 S. A 5; Vorwort von Harold Wilson,
zur deutschen Ausgabe von Max Born. Originalausgabe erschien zuerst
bei The Union of Democratic Control, London

<u>Best. nr.</u>	<u>DM</u>
3102	2,90

Chronik und Dokumente zu: Abrüstungs- und Rüstungskontrolle-Verhandlungen, mit Kommentaren und Schlußfolgerungen des Verfassers, den Harold Wilson als "größten lebenden Abrüstungsexperten" bezeichnete.

RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG IM SPÄTKAPITALISMUS. Eine sozialökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft. Von Fritz Vilmar. Vlg: Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt; 3. Auflage, neu bearbeitet und erweitert; 1967; 401 S. A 5, broschiert. Vorwort von Ossip K. Flechtheim. Ladenpreis DM 19,80 -

Sonderdruck für die "Kampagne für Abrüstung"

3104.4 12,80

In diesem Buch von Fritz Vilmar, derzeit 1. Vorsitzender unserer VK-Gruppe Frankfurt, wird zum ersten Mal in einer zusammenfassenden Darstellung

- + der verhängnisvolle Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaft, Rüstung und Politik im 20. Jahrhundert,
- + besonders die rüstungswirtschaftliche Entwicklung in den USA und in der Bundesrepublik,
- + die allgemeinen Funktionen des Militarismus im Spätkapitalismus,
- + der Widersinn der militärischen Ideologien, mit denen heute das Wettrüsten gerechtfertigt wird,
- + die vorhandenen Ansätze eines erfolgreichen Abrüstungsprozesses,
- + die vorhandenen Pläne für die Umstellung der Rüstungsindustrie und des Militärs auf zivile Tätigkeiten,
- + die gesellschaftlichen Widerstände gegen eine konsequente Abrüstungspolitik

untersucht. Der Leser hat die Möglichkeit, sich einen Gesamtüberblick zu verschaffen in diesem höchst wichtigen politischen Bereich.

PEACE NEWS. An Independent Weekly. Hsg. in London; erscheint wöchentlich; 12 S. A 3; Einzelpreis etwa DM -,50; in englischer Sprache	Probnummer	Best. nr.	DM
		3202.2	-,50

DIE pazifistische Wochenschrift Englands!

Postkartensatz mit Zeichnungen und Gedichten zu ABRÜSTUNG UND KOEXISTENZ, sieben verschiedene Karten	zus./Satz 4401		-,50
---	----------------	--	------

Auto-Selbstklebeplakette mit OSTERMARSCH-EMBLEM und Schrift "KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG", schwarz auf gelbem Grund, rund, 7 cm ø; für Hinterglas-Anbringung		4601	1,--
---	--	------	------

Anstecknadel "OSTERMARSCH-EMBLEM", Metall, schwarz auf hellem Grund, rund, 8 mm ø		4701	1,--
--	--	------	------

Ansteckabzeichen "OSTERMARSCH-EMBLEM", Plastik, weiß auf schwarzem Grund, rund, 23 mm ø		4702	1,--
--	--	------	------

Anstecknadel "OSTERMARSCH-EMBLEM", Metall, schwarz auf hellem Grund, rund, 11 mm ø (ähnlich Nr. 4701)		4703	1,--
--	--	------	------

Ansteckabzeichen "AGAINST CONSCRIPTION", Plastik, rund, 26 mm ø		4704	1,--
---	--	------	------

Ansteckabzeichen "MAKE LOVE NOT WAR", Plastik, rund, 26 mm ø		4705	1,--
--	--	------	------

Ansteckabzeichen "OSTERMARSCH-EMBLEM", Metall, hell auf schwarzem Grund, rund, 15 mm ø		4706	1,50
---	--	------	------

	Best. nr.	DM
Ansteckabzeichen "PAX"/Umriss Vietnams, weiß auf schwarzem Grund, Plastik, rund, 26 mm Ø	4708	1,--
Ansteckabzeichen "STOP THE WAR IN VIETNAM", Plastik, weiße Schrift auf schwarzem Grund, rund, 26 mm Ø	4709	1,--
Schallplatte "BLUES IN THE EVENING", mit OSTERMARSCH-LIEDERN. Biggi and Bricklayer-Skiffle Group/Dixieland Clochards. Hsg: Fritz Dörflinger, Frankfurt; 1964/65; 17 cm, 45 UpM	4801	5,--
HANDBUCH FÜR PLANUNG UND DURCHFÜHRUNG VON DIREKTEN, GEWALTLOSEN AKTIONEN. Von Charles Walker, USA, Hsg. im Auftrag der War Resi- sters' International, England, von Helga und Hans-Konrad Tempel, Ahrensburg, in Verbindung mit dem VK-Bundesvorstand; Juli 1963; 36 S. A 5, geheftet	5102	1,--
7 DIE MACHT DER GEWALTLOSIGKEIT. Von Richard B. Gregg. Aus dem Amerikanischen von Paul March; Titel der amerikanischen Original- ausgabe: "The Power of Nonviolence". Mit einem Vorwort von Martin Luther King. Vlg. des Instituts für Geozologie und Politik, Bellnhausen/Sensen-Vlg., Wien; 1965; 168 S. A 5, broschiert	5104	9,80
"Gregg zeigt, daß Gewaltlosigkeit keineswegs ein Privileg von Indern, vielmehr auch dem westlichen Menschen wesensgemäß ist, daß sie mit den Erkenntnissen der modernen westlichen Psychologie ebenso überein- stimmt wie mit den alten Erfahrungen Asiens oder den Lehren Jesu." "Dieses Buch ist eine Anweisung zum staatsbürgerlichen verantwor- tungsbewußten Handeln, eine Schule für gewaltlosen unmilitärischen Einsatz, ein Lehrbuch für die Massen zur freiheitlichen Selbstbehauptung, für den Dienst an Menschen und an der Demokratie."		

BRUDERKRIEG IN VIETNAM. Entstehung - Hintergründe. Von Gerhard Grüning. Hsg/Vlg. Gruppe Frankfurt des VK, Frankfurt; 2. Auflage, erweitert; März 1966; 64 S. A 5, mit zahlreichen Bildern und zwei Karten

Best.
nr. DM

6102.2 2,20

"Die große Nachfrage nach Informationen über den Krieg in Vietnam, über seine Entstehung und Hintergründe haben uns veranlaßt, die Broschüre 'Bruderkrieg in Vietnam' ein zweites Mal aufzulegen." "Dank der Fähigkeit des Autors, das gebotene Material in verständlicher Form darzubieten, ist die neue Ausgabe auch für den politischen Laien sehr interessant und leicht zu lesen. Eine wertvolle Hilfe zum Verständnis des Geschehens stellen außer weiteren Bildern die Karte der Einflußgebiete und eine Zeittabelle der wichtigsten Ereignisse dar." "Die bestimmenden Faktoren des Vietnamkrieges werden offenbar, wenn man registriert, daß die Diskussion heute weniger um die Schuld und Ursache des vom vietnamesischen Volk nicht gewollten Krieges geht - dies dürfte inzwischen wohl zu Ungunsten Amerikas entschieden sein -, sondern darum, wie sich der Westen, ohne sein 'Gesicht' zu verlieren, aus der Affäre ziehen kann. 'Kalte-Kriegs-Parolen' müssen herhalten, um die bewaffnete Auseinandersetzung bis zu ihrem 'ehrentvollen' Schluß zu rechtfertigen."

DISZIPLIN IST ALLES. Der Selbstverteidigungsbeitrag des letzten Zivilisten. Von Kurt Halbritter. Vorwort von Werner Finck. Vlg. Bärmeier und Nickel, Frankfurt; seit 1954 über 40.000 Exemplare (!); 80 S. A 5 mit 57 Zeichnungen

6105 6,80

WETTRÜSTEN UND ABRÜSTUNG IM ATOMZEITALTER. Von Gerhard Schlott. Stimme-Vlg, Frankfurt; Sonderdruck aus Heft 15/16 der "Stimme der Gemeinde"; August 1965; 15 S. A 4

6107 -,80

ED 718-15-170

Best. nr. DM

IST DER KRIEG NOCH ZU RETTEN ? Eine Anthologie militärpolitischer Meinungen. Hsg. Helmut Lindemann, Idee und Bilanz Golo Mann. Vlg. Fischer, Frankfurt; Reihe Fischer-Bücherei, Nr. 644; 170 S., Taschenbuch 6110.2 2,80

Mit Beiträgen von Raymond Aron, Robert Jungk, Hermann Kahn, Helmut Lindemann, Golo Mann, Bertrand Russell, Maxwell D. Taylor, Edward Teller und anderen.

PAMPHLETE. Illegale Handzettel gegen eine zu erwartende Diktatur. Von Rudolf Rolfs. Grafik und Montage: Gerhard Matzat. Vlg. Die Schmiere, Frankfurt; 1966; 41 Blätter A 5 (satirische)"Handzettel", broschiert 6112 6,80

9

Fotopostkarte "DEUTSCHLAND - WIE GROSS WIRD DEIN NÄCHSTES EULEND ? (Gilt gleichermaßen für Pankow und Bonn)"; Motiv Wohnhaus-Ruine mit Bundeswehr-Werbeplakaten davor; Foto: Heinz Finke DJV, Konstanz, Bildunterschrift: Pantenius, Stuttgart 6401.2 -,30

DER GROSSE PLAN DER CDU: DIE "FORMIERTE GESELLSCHAFT". Von Reinhard Opitz. Vlg. Pahl-Rugenstein, Köln; Sonderdruck aus "Blätter für deutsche und internationale Politik" Heft 9/1965; Reihe "Argumente der Zeit"; Ende 1965; 30 S. B 5 9101 1,50

DIE LAGE DER VERTRIEBENEN UND DAS VERHÄLTNIS DES DEUTSCHEN VOLKES ZU SEINEN ÖSTLICHEN NACHBARN. Eine evangelische Denkschrift. Hsg: Kirchenkanzlei der EKD, Hannover; Oktober 1965; 44 S. A 5 9103 1,--

	<u>Best.</u> <u>nr.</u>	<u>DM</u>
EINE WELT ODER KEINE ? Beiträge zur Politik, Politologie und Philosophie. Von Professor Ossip K. Flechtheim. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt; 1965; 268 S. A 5, kartoniert	9105	14,80
SÜSS UND EHRENVOLL ... Von Dalton Trumbo. Aus dem Amerikanischen ("Johnny got his gun", 1939) von Rudolf Rocholl. Roman. Vig. Rowohlt, Hamburg; Reihe rororo, Nr. 822; Februar 1966; 154 S., Taschenbuch	9107.2	2,80
DARMSTÄDTER BLÄTTER - WIR LESEN FÜR SIE ... Hsg. Allgemeiner Studentenausschuß der Technischen Hochschule Darmstadt/Dr. Günther Schwarz, Darmstadt; erscheint monatlich; etwa 50 S. A 4, geheftet; Einzelpreis DM -,50	9203	-,50
Leitwort der "Darmstädter Blätter", das wir zugleich als Motto zum Abschluß unseres Materialverzeichnisses bringen:		10

DENKENDE MENSCHEN ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Wer an den Aufgaben der Zeit mitarbeiten will, sollte die Tatsachen kennen, die bestimmend für die Zukunft werden. Auch Vorstellungen und Ideen, die nicht in die persönliche Meinung des Einzelnen passen, sind wirkende Kräfte. Die Technik verkleinert unseren Erd-ball mehr und mehr, so daß es für uns heute wichtig ist, zu wissen, was die Menschen in Japan und China bewegt, was in Rußland und Amerika geschieht.

ED 718-15-171

BEI SCHRIFTLICHER BESTELLUNG dieses Blatt in offenem Umschlag als "Briefdrucksache" mit 20 Pf frankiert einsenden an

V K Frankfurt, D-6000 Frankfurt 1, Moselstraße 25

HIERMIT BESTELLE ICH die auf der Rückseite aufgeführten Dinge zum Gesamt-Materialpreis von DM zuzüglich Portokosten (bei Bestellwert bis DM 10,- = voll, ab 10,- = keine) DM

ZAHLUNG des Gesamt-Rechnungsbetrages in Höhe von . . . DM

- in bar -
- auf Postscheckkonto Ffm 167 00 "Verband der Kriegsdienstverweigerer"
- ist heute bereits erfolgt -
- wird nach Erhalt der Sendung geleistet -

11

ABSENDER:

.....
Zuname Vorname

.....
Postleitzahl, Wohnort, Zustellpostamt

.....
Straße, Hausnummer

.....
Datum

.....
Unterschrift

ED718-15-172



Verband der Kriegsdienstverweigerer

in der War Resisters' International eV, London

Gruppe FRANKFURT/OFFENBACH

Postanschrift: VK Ffm. - 6000 Frankfurt 1 - Münchener Straße 38!

Jetzt: Moselstr. 25 / Tel.: 234022

Liebe Mitglieder
und Interessenten!

Sehr wichtige Mitteilungen -
bitte gründlich lesen!

GESCHÄFTSSTELLE: Frankfurt-Innenstadt
Münchener Straße 38', (Ecke Moselstraße)
Beratung u. Bürostd: montags u. donnerstags 17.30 - 20.00 Uhr
BURO OFFENBACH: Offenbach
Bleichstraße 28, (Nähe Wilhelmsplatz)
Beratung: montags u. mittwochs 18.00 - 19.30 Uhr
TELEFON: über Frankfurt (0611) 35 03 33
KONTEN: Postscheckamt Frankfurt 167 00
Städt. Sparkasse Offenbach 2800470

Datum: 5. Sept. 1967

Dieses Rundschreiben ist umfangreich geworden. Nach unserer Meinung ist jedoch alles ziemlich wichtig oder interessant, so daß wir nichts auslassen oder verschieben wollten. Bitte machen Sie den Versuch, alles bis zum Ende zu lesen und vor allem - auch zu beachten!

+ VK-SOLIDARITÄTSFONDS

Etwa 20 % der Kriegsdienstverweigerer springen im Verlauf des Anerkennungsverfahrens vor der Anerkennung ab. Die Ursache dafür ist in den meisten Fällen mangelnde Information oder die abschreckende Wirkung des Kostenrisikos bei den Verwaltungsgerichten. Die Zahl derjenigen, die aus diesen Gründen erst gar keinen Antrag stellen, ist noch viel höher.

Wir haben daher überlegt, wie dieses Kostenrisiko bis zum BVG für den Einzelnen weitgehend verringert oder ganz ausgeschlossen werden könnte.

Zu diesem Zweck hielten wir die Eröffnung eines **Spendenfonds (SOLIDARITÄTSFONDS)** für eine brauchbare Lösung. Aus diesem Fonds werden finanzielle Hilfen für Kriegsdienstverweigerer-Verfahren gegeben. Es ist klar, daß nur Mitglieder unseres Verbandes in den Genuß dieser Unterstützung kommen.

Wir haben bereits einen gewissen Grundstock gebildet und bitten alle Interessenten, sich mit dem beigefügten Blatt "VK-SOLIDARITÄTSFONDS" bei uns zu melden. Alles Weitere wird dann persönlich besprochen. - Anmeldevordruck siehe 4. Seite!

+ VK-BERATUNG UND CLUB CIVIL IN NEUEN UND BESSEREN RÄUMEN

Es ist uns gelungen, schräg gegenüber der alten "Behausung" eine komplette Wohnung für unseren Verband zu mieten:

M o s e l s t r . 25, II. Stock
(zwischen Münchener und Kaiserstraße, im Haus "Weinstube Michel" und "Briefmarken-Adler")



„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“

Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



die Abrüstung
fördern
den Kriegsdienst
verweigern

+ SAMSTAGS 16 - 18 UHR
BERATUNG IM BÜRO

Bis zum 31.12.1966 haben 1.515 Soldaten einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Rechnet man noch diejenigen Kriegsdienstverweigerer hinzu, die erst nach Antragstellung zur Bundeswehr einberufen wurden, so ergibt sich ein relativ hoher Anteil von Kriegsdienstverweigerern, die (leider) mit der Bundeswehr in Berührung kommen.

Aus diesem Grunde und aufgrund unserer Erfahrungen, daß sich die Zahl der kriegsdienstverweigernden Soldaten und Reservisten besonders in letzter Zeit ständig erhöht, werden wir ab Oktober unser Frankfurter Büro jeden Samstag ab 16.00 Uhr für Soldaten (Wochenendurlauber) und Ersatzdienstleistende zur Beratung geöffnet haben. Bitte beachten Sie auch das beiliegende Merkblatt für Soldaten (grün).

+ TÄGLICH AB 14 UHR
GESCHÄFTSSTELLE
GEÖFFNET

Ab 2. Oktober wird unser Frankfurter Büro montags bis freitags ab 14 Uhr besetzt sein. Hierfür konnten wir unseren Freund Erwin WAGNER gewinnen. Herr Wagner wird täglich bis 18 Uhr besonders für telefonische Auskünfte und im Rahmen des Möglichen für telefonische Beratung zur Verfügung stehen.

Liebe Freunde,

der Umzug, die Neueinrichtung, die notwendige Vergütung für unsere unumgänglich gewordene Halbtagskraft im Büro - vor allem aber die Vorbereitung neuer Werbekampagnen zwingt uns, Sie

herzlich und sehr dringend
zu einer SPENDE aufzurufen!

Bitte helfen Sie uns - die Kasse ist leer!

Einige Rechnungen sind noch nicht bezahlt. Jede Aktivität wird bei diesem Zustand gelähmt.

Wir haben ausgerechnet, daß wir mit einer finanziellen "Minimalbasis" unser Herbstprogramm (siehe Anlage, gelbes Papier) bestreiten können,

wenn jedes "verdienende" Mitglied uns eine
Spende von 9,-- Mark überweist!

Vor allem aber bitten wir dringend, daß diejenigen unserer Mitglieder, die ihren JAHRESBEITRAG noch nicht bezahlt haben (6,-- DM), dies jetzt tun.

+ WERBUNG FÜR
KRIEGSDIENST
VERWEIGERUNG

Mit Veranstaltungen in Rüsselsheim, Wiesbaden, Frankfurt und einem Schwerpunkt in Offenbach in der letzten September-Woche wird in diesem und im nächsten Monat unsere politische Winterarbeit beginnen. Wir hoffen, daß sich wieder genügend Mitarbeiter zur Verfügung stellen werden, um die Wirkung unserer Werbung möglichst groß werden zu lassen.